



universität
wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Armut ist weiblich...“

Theoretische Einordnung und Kritische Diskursanalyse der
Berichterstattung ausgewählter österreichischer
Tageszeitungen über Frauen und Armut“

verfasst von / submitted by

Sara Stroj, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Magisterstudium Publizistik- u.
Kommunikationswissenschaft UniStG

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Katharine Sarikakis

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1.	Erkenntnisinteresse	1
1.2.	Medientheoretischer Rahmen	3
1.3.	Forschungsstand	4
1.4.	Forschungsfragen.....	9
1.5.	Gliederung der Arbeit	10
2.	Theoretischer Teil	13
2.1.	Armut als wissenschaftliches Konzept	13
2.1.1.	Das Konzept der relativen Armut.....	14
2.1.2.	Einschätzungen zum Armutskonzept	20
2.2.	Armut in Zahlen.....	21
2.2.1.	Armutsrisiken in Österreich und der EU seit 2010	22
2.2.2.	Risikostruktur der Armutsgefährdung in Österreich	27
2.2.3.	Armutsgefährdung nach der Kategorie Geschlecht.....	29
2.2.4.	Einschätzungen über Zahlen zur Armut und zur Kategorie Geschlecht	32
2.3.	„Ist Armut weiblich?“. Die Bedeutung von Armut für Frauen	34
2.3.1.	Soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Armut	35
2.3.2.	Entstehungszusammenhänge von Frauenarmut	38
2.4.	Das Stigma Armut und der Einfluss des Neoliberalismus.....	60
2.4.1.	Neoliberale Leistungsideologie und Armut	61
2.4.2.	Auswirkungen der neoliberalen Leistungsideologie und Armutswahrnehmung	61
3.	Empirischer Teil	65
3.1.	Diskursanalyse: Theorie und Methode	65
3.1.1.	Diskursanalyse und feministische Theorie	67
3.2.	Das Verfahren der Kritischen Diskursanalyse.....	68
3.3.	Analyseteil	71
3.3.1.	Auswahl des Untersuchungsmaterials	71
3.3.2.	Publizistisches Selbstverständnis der ausgewählten österreichischen Tageszeitungen ...	73
3.3.3.	Strukturanalyse	75
3.3.4.	Feinanalyse	90
3.3.5.	Zusammenfassende Interpretation der Struktur- und Feinanalyse	115
4.	Schluss.....	117
4.1.	Beantwortung der Forschungsfragen.....	117
4.2.	Einschätzungen über die Gültigkeit der Empirie.....	119
4.3.	Resümee und Ausblick	119

5.	Quellenverzeichnis	123
5.1.	Bibliographie	123
5.2.	Internetquellen	128
5.3.	Zeitungsartikel für Diskursanalyse	130
5.3.1.	Kleine Zeitung	130
5.3.2.	Kronen Zeitung	130
5.3.3.	Kurier	131
5.3.4.	Die Presse	131
5.3.5.	Der Standard	132
5.4.	Abbildungsverzeichnis (Tabellen und Graphiken)	133
6.	Anhang	135
6.1.	Liste von Artikeln und Kategorien aus der Strukturanalyse	135
6.2.	Gesamte Zeitungsartikel der Feinanalyse	155
6.3.	Abstract	161

1. Einleitung

Die Situation könnte widersprüchlicher nicht sein: Österreich zählt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, zu den reichsten Staaten der Welt und dennoch ist Armut für viele Realität. In wohlhabenden Ländern wie Österreich stellt Armut ohne Frage ein komplexes Phänomen dar. Insbesondere wenn in Betracht gezogen wird, dass Österreich auf eine lange Tradition seines wohlfahrtsstaatlichen Systems zurückblicken kann und selbst die jüngste Wirtschaftskrise ab 2008 vergleichsweise gut überstanden hat. Im ersten Moment mag es abwegig klingen im Kontext eines solchen Staates überhaupt von Armut zu sprechen - und doch ist sie auch in Österreich ein ernstzunehmendes Problem. Armut in Österreich zeigt sich oft in einer subtileren, differenzierteren Form, die deshalb nicht immer zum Alltagsverständnis von Armut zu passen scheint.

Auch wenn Armut in Österreich selten offen zutage tritt, so hat sie doch auch ein Gesicht – und das ist zumeist weiblich. Insgesamt sind Frauen in Österreich – wie sich in dieser Magisterarbeit noch verschiedentlich zeigen wird – tendenziell stärker armuts- und sozial ausgrenzungsgefährdet als Männer. Betrachtet man den Durchschnitt der EU-28-Staaten, so zeigt sich auch hier ein vergleichbares Bild. (Vgl. Eurostat, 2019) In Anbetracht der positiven ökonomischen Entwicklung in Österreich und dem ausgeprägten Sozialsystem gibt es keine offensichtlichen, ökonomischen Gründe, warum die vorhandene Armutsgefährdung für Frauen besteht. Worin liegen die Ursachen, dass Armut in einem reichen Land wie Österreich existiert und Frauen besonders davon betroffen sind? Kann dies einzig mit individuellem Verschulden begründet werden oder braucht es vielmehr eine vertiefende Auseinandersetzung mit Geschlechterungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit als mögliche strukturelle Ursachen?

1.1. Erkenntnisinteresse

Die Auseinandersetzung mit Armut in Österreich bekommt einen besonders bitteren Beigeschmack, wenn offizielle Statistiken zeigen, dass Frauen als Bevölkerungsgruppe überdurchschnittlich oft armutsgefährdet sind, ohne dass es dafür offensichtliche, ökonomische Zusammenhänge gibt. In einer wohlhabenden Gesellschaft wie in Österreich, die für sich den Anspruch erhebt, sozial, gerecht und demokratisch zu sein, muss es eine öffentliche Rechtfertigung dafür geben, wenn Armut real existiert und sich nicht auf Einzelfälle beschränkt (vgl. Butterwegge, 2009a: 34). Im Kontext von Österreich wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung generell vom Konzept der relativen Armut gesprochen (vgl. Kapitel 2.1.1.), welches sich, anders als bei absoluter Armut, nicht durch den Mangel an den physisch

absolut notwendigen Gütern wie z.B. Nahrung oder Unterkunft zeigt, sondern an den Mängeln, die sich an den allgemeinen Lebensstandards einer Referenzgesellschaft eruieren lassen und auch das soziokulturelle Vermögen – im Sinne der allgemeinen Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Geschehen – berücksichtigt wird. (Vgl. Verwiebe, 2011: 4-5) Von entscheidender Bedeutung ist, wie Armut gesellschaftlich aufgefasst wird. Idealtypisch kann Armut entweder als individuell verursachter Zustand gesehen werden, oder aber sie wird in einen größeren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gestellt. Welche der beiden Betrachtungen von Armut gewählt wird, hängt maßgeblich mit den vorherrschenden und allgemein akzeptierten Menschen- und Gesellschaftsbildern in einem Staat zusammen, die sich bis in die normativen Instanzen des Rechts hineinspiegeln. (Vgl. Häusl, 2016: 34-35)

Aus diesen beschriebenen Zusammenhängen ergibt sich das Forschungsinteresse der vorliegenden Magisterarbeit. Wenn die weibliche Bevölkerung in Österreich einem größeren Armutsrisiko ausgesetzt ist als der männliche Teil, stellt sich die Frage, ob dies überhaupt erkannt und wie dieser Umstand in der öffentlichen Wahrnehmung aufgefasst wird. Ausschlaggebend dabei ist, ob die erhöhte Armutsgefährdung von Frauen als individuell verschuldetes Schicksal gesehen wird oder ob strukturelle Ursachen in den Blick genommen werden, die das spezifische Armutsrisiko für Frauen in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu erklären suchen. Eine maßgebliche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Massenmedien, die durch ihre Berichterstattung das öffentliche Armutsbild mitprägen und das Alltagsbewusstsein von BürgerInnen beeinflussen (vgl. Butterwegge, 2009a: 218). Die Art und Weise, wie über Armut medial berichtet wird, kann dazu beitragen eine Öffentlichkeit für das Problem herzustellen und damit die Möglichkeit zu schaffen, der Armut nachhaltig zu begegnen (vgl. Butterwegge, 2009a: 311). In dieser Magisterarbeit ist also der medial vermittelte Diskurs über Armut von Frauen von zentralem Interesse und soll anhand der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (vgl. Kapitel 3.2.) empirisch untersucht werden. Dafür werden relevante Artikel der sieben reichweitenstärksten österreichischen Tageszeitungen *Kronen Zeitung*, *Österreich*, *Heute*, *Kurier*, *Die Presse*, *Kleine Zeitung* und *Der Standard* aus dem Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 30. Juni 2019 für die Analyse ausgewählt, die sich mit der Armut von Frauen in Österreich befassen. Gerade die Geschlechterungleichheit nimmt in Zusammenhang mit Frauenarmut in der vorliegenden Magisterarbeit eine zentrale Rolle ein und wird aus der Perspektive des materialistischen Feminismus betrachtet. Dieser Ansatz versucht gesellschaftstheoretisch und emanzipatorisch die Gesamtheit der Verhältnisse in den Blick zu nehmen, unter denen Geschlechterungleichheit produziert und reproduziert wird und betrachtet sowohl die Orte, in welchen sich unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse verschränken als

auch potentielle Möglichkeiten für Widerstand. Der Ansatz verbindet feministische Theorie mit materialistischer Analyse und geht von einem patriarchalen Verhältnis aus, welches auf der geschlechtsbezogenen Teilung zwischen Produktion und Reproduktion basiert, um so die geschlechterspezifische Herrschafts- und Dominanzverhältnisse zu beleuchten. (Vgl. Dück/Schütt, 2014: 2-3)

1.2. Medientheoretischer Rahmen

Der Themenbereich Armut konnte sich seit den 1980er Jahren im deutschsprachigen Raum als wichtiger Untersuchungsgegenstand in der sozialwissenschaftlichen Forschung etablieren. Die Kategorie Geschlecht als Bezugspunkt wurde jedoch außerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung bisher nur in wenigen Studien berücksichtigt und noch seltener als Untersuchungsschwerpunkt gewählt. In der Medien- und Kommunikationswissenschaft können die Auseinandersetzung mit Armut und insbesondere mit Armut von Frauen weiterhin als Randgebiete der Forschung betrachtet werden. Ein Blick auf die wenigen aktuellen Studien im deutschsprachigen Raum zeigt eine offensichtliche Forschungslücke in der Analyse von medialer Berichterstattung über Frauen und Armut. Wenn angenommen wird, dass das Potential von Medien in der Herstellung von Öffentlichkeit im Sinne Jürgen Habermas' liegt (vgl. Burkart/Lang, 2012: 63), Öffentlichkeit als Sphäre für gesellschaftlich und politisch relevante Themen unter der gleichberechtigten Teilnahme aller BürgerInnen erachtet wird und dadurch gesellschaftlicher Diskurs angestoßen und im Idealfall sozialer Wandel stattfindet (vgl. Burkart/Lang, 2012: 59-60), dann rückt also die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesen Medien gerade auch im Hinblick auf Armut in den Vordergrund. Als medientheoretischer Rahmen dient dieser Magisterarbeit Hans Magnus Enzensbergers „Baukasten einer Theorie der Medien“ (1970). Enzensberger bezeichnet dort seinen Ansatz als sozialistische Theorie der Medien, deren Anspruch nicht nur in der „kritischen“ Bestandsaufnahme des Status Quo besteht, sondern in der Schaffung emanzipatorischer Möglichkeiten. Die Hauptaussage seiner Theorie besteht darin, dass Medien eine mobilisierende Kraft besitzen, die als politisches Moment zu verstehen ist. Enzensberger vertritt damit einen utopischen Ansatz, der sich nicht primär damit beschäftigt, wie die Medien sind, sondern was sie sein könnten. Er weist dabei über die traditionelle Rolle der Medien als sendende Instanz und dem Publikum als Empfangende hinaus und strebt damit größtmögliche Egalität an, die durch die Ermöglichung eines reziproken Austauschs - als eigentlicher Aufgabe der Medien - erreicht werden soll. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Produzierenden und Konsumierenden spiegelt sich in der Trennung zwischen Senden und Empfangen wider und beruht nach Enzensberger auf

dem Grundwiderspruch zwischen herrschenden und beherrschten Klassen. (Vgl. Enzensberger, 1970)

Die vorliegende Magisterarbeit versteht Enzensbergers Ansatz als ihre medientheoretische Rahmung, da sowohl mit Armut als auch der Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht zwei Aspekte gewählt wurden, die eng mit sozialer Ungleichheit verwoben sind. Sie bedingen auch die Situation unterprivilegierter Gruppen, die weder zu den präferierten AkteurInnen, noch zu den häufig thematisierten Inhalten zählen, die von Medien aufgegriffen werden. Enzenbergers Theorie ermöglicht es über den Status Quo der Medien hinauszudeuten und eröffnet die Sicht auf ihr emanzipatorisches Potential. Medien können so eine Öffentlichkeit im Sinne Habermas' für die Armutsbetroffenheit von Frauen und damit ein gesellschaftliches Bewusstsein herstellen, das zu nachhaltigen Lösungen für das Armutsproblem führen kann.

1.3. Forschungsstand

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Armut konnte sich in den vergangenen Jahrzehnten von einer Randgruppenforschung hin zu einem Kernbereich der Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung im deutschsprachigen Raum entwickeln. Dies ging einher mit einer Weiterentwicklung der angewandten Forschungsmethodik, die sich lange Zeit nur auf Querschnittsanalysen beschränkte. Zwischen den 1970er und 1980er Jahren wurde Armut deshalb überwiegend als dauerhafter Zustand für die Betroffenen angesehen. Durch die heute stattfindenden Trend- und Längsschnittstudien wird nunmehr von Armut als zeitlich begrenzte Episode im Lebenslauf von Personen ausgegangen, deren Überwindung durchaus möglich ist. Armut ist außerdem konzeptionell kein Randgruppenphänomen mehr, sondern reicht episodenhaft oder in Form eines latenten Risikos bis in die mittleren sozialen Schichten hinein. Armut wird in der heutigen Armutsforschung somit als zeitlich begrenzt, individualisiert und sozial weitläufig aufgefasst. Die methodische Weiterentwicklung in der Armutsforschung hat gezeigt, dass Armut immer eine zeitliche Komponente besitzt, auch die mittleren sozialen Schichten treffen kann und daher weitaus mehr Menschen berührt, als dies noch bis in die 1980er Jahre wissenschaftlich erfasst wurde. Die schichten- und klassenspezifische Risikostruktur der Armutsgefährdung besteht jedoch weiterhin, unabhängig von der eingesetzten wissenschaftlichen Methode. (Vgl. Verwiebe, 2011: 8)

In den Medien- und Kommunikationswissenschaften im deutschsprachigen Raum wurde der Themenbereich Armut bislang nur in wenigen Untersuchungen aufgegriffen. Die bisher stattgefundenene Forschung ist von Diskontinuitäten und von Initiativhandlungen öffentlicher

AuftraggeberInnen geprägt, wobei insbesondere die Kategorie Geschlecht zwar nicht grundsätzlich ignoriert, spezifische Analysen zu Frauenarmut jedoch nicht durchgeführt wurden. Nachfolgend sollen ein kurzer Überblick über die bisherigen Befunde zum Thema Armut in den Medien im deutschsprachigen Raum gegeben und zwei aktuelle Studien von Maja Malik und MediaAffairs für Österreich vorgestellt werden. Im Zuge dessen soll auch die Forschungslücke im Bereich Armut von Frauen in der medienwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Armut verdeutlicht werden: es gibt nicht nur generell wenige Untersuchungen zum Armutsaspekt in Medien, sondern bislang auch keine Studien im deutschsprachigen Raum, die sich primär dem medialen Diskurs über Frauenarmut widmen. Die vorliegende Magisterarbeit soll einen Beitrag dazu leisten, sich diesem wenig erforschten Aspekt anzunähern.

Der deutsche Pädagoge und Soziologe Richard Stang hat sich mit dem Verhältnis von Armut und Öffentlichkeit im Hinblick auf die Medienlandschaft im deutschsprachigen Raum auseinandergesetzt und fasst in seinen Ergebnissen dieses als doppelt marginalisiert zusammen: zum einen wird das Thema in den meisten Medien nur dann aufgegriffen, wenn Meldungen einen gewissen Sensationscharakter aufweisen. Zum anderen ist es besonders sozial Benachteiligten nur unzureichend möglich Medien für ihre Interessen zu mobilisieren. Einer historischen Perspektive folgend sind die Darstellungen und Thematisierung von Armut in der Öffentlichkeit stark von der jeweiligen ökonomischen und gesellschaftlichen Situation abhängig. (Vgl. Stang, 2018: 823-824) Die Auffassung von Armut in der Öffentlichkeit zeigt sich historisch betrachtet nie einheitlich, da sich ihre Wahrnehmung abhängig von den umgebenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen wandelt. Die gesellschaftlichen Auffassungen von Armut im Laufe der Geschichte sind von Konjunkturen gekennzeichnet und stehen in Zusammenhang mit den ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der jeweiligen Zeit. (Vgl. Stang, 2018: 825) Während beispielsweise nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wirtschaftliche Not und Armut zu einem Massenphänomen avancierten und der öffentliche Diskurs Armut als gesellschaftliches Problem thematisierte, führte der wirtschaftliche Aufschwung ab den 1950er Jahren zu einer weitgehenden Individualisierung der Problematik. (Vgl. Stang, 2018: 827) Nach Stang ist Armut heute zwar stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert, es sind jedoch meist singuläre Ereignisse, die die Armutsthematik in den Fokus medialer Berichterstattung rücken. Die Entwicklung hin zu einer verstärkten Personalisierung und Instrumentalisierung sozialer Problemlagen in den Medien hat nach Stang dazu geführt, dass vermehrt Einzelfälle in der Berichterstattung herausgegriffen werden, was zur verstärkten Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen beiträgt und die

Möglichkeit eines sachlichen, öffentlichen Diskurs erschwert. Als weiteres Problem führt Stang an, dass die öffentliche Aufmerksamkeit nur von begrenzter Dauer ist und deshalb die Tragweite von Armut als gesellschaftlichem Problem verkannt bleibt. Das Thema findet sich im medialen Diskurs somit zwischen Tabuisierung und Dramatisierung wieder, anstatt dass durch die hergestellte Öffentlichkeit ein weitreichenderes Bewusstsein für die Armutsthematik geschaffen und zur Entwicklung von Bewältigungsstrategien beigetragen wird. (Vgl. Stang, 2018: 829)

Eine ähnliche Position vertritt Christoph Butterwege, der die Berichterstattung über Armut ebenfalls meist in Zusammenhang mit spektakulär wirkenden Ereignissen sieht. Nach seiner Einschätzung hat sich Armut seit der Jahrtausendwende von einem Tabuthema zu einem Topthema der deutschen Massenmedien entwickelt, aber trotzdem wird Armut weiterhin vom Medienbetrieb nicht als wichtiges gesellschaftliches Problem thematisiert. (Vgl. Butterwege, 2009b: 30-33) Auch wenn die Anzahl der Beiträge über Armut quantitativ zugenommen hat, bleibt die Berichterstattung in der Beurteilung von Butterwege auf die Erscheinungsebene beschränkt, was dazu beiträgt, dass die gesellschaftlichen Hintergründe des Problems nicht angemessen thematisiert und daher auch keine erfolgsversprechenden Lösungsstrategien entwickelt werden (vgl. Butterwege, 2009a: 185). Für Butterwege sind in einem Land Entwicklung von Sozialstaat und Armut untrennbar miteinander verbunden und gerade die Massenmedien nehmen in Bezug auf die öffentliche Diskussion darüber eine zentrale Rolle ein. Während soziale Absicherung für alle BürgerInnen lange Zeit in der öffentlichen Debatte als erstrebenswertes Gut betrachtet wurde, hat sich im medialen Diskurs der letzten Jahrzehnte eine Wende vollzogen, die von zwei zentralen Behauptungen in der Berichterstattung getragen wird: erstens ist der Sozialstaat aufgrund übertriebener Großzügigkeit nicht mehr länger finanzierbar und zweitens befindet er sich aufgrund eines massenhaften Leistungsmissbrauchs in einem Zustand der andauernden Überforderung. Anstelle über die Probleme zu berichten, die der Sozialstaat mehr oder weniger gut löst, wird ihm von JournalistInnen unterstellt, selbstverschuldet Probleme zu kreieren. Die Massenmedien leisten damit ihren Beitrag dazu, die angebliche Notwendigkeit des Abbaus vom Sozialstaat durch Sachzwänge zu legitimieren und die Bevölkerung auf entsprechende politische Reformen einzustimmen. (Vgl. Butterwege, 2009a: 216) Bezeichnungen wie „Abzocker“, „Sozialschmarotzer“ oder „Parasiten“ prägen das medial vermittelte Bild eines außer Kontrolle geratenen und überhandnehmenden Missbrauchs von staatlichen Transferleistungen. Durch die zahlreichen Berichte über Leistungsmissbrauch wird nach Butterwege eine negative Gemütslage gegen den Wohlfahrtsstaat und gegen von Armut Betroffene generell verbreitet. Im Diskurs über Armut und Sozialleistungen wird sowohl

von bestimmten PublizistInnen als auch PolitikerInnen dabei stets versucht eine Unterscheidung zwischen den „Faulen“ und den „Fleißigen“ bzw. den „unwürdigen“ und „würdigen“ LeistungsbezieherInnen zu etablieren. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 217) Die massenmedial vermittelten Ansichten über Armut prägen laut Butterwegge das Alltagsbewusstsein sowie die politische Meinungsbildung der BürgerInnen. Gleichzeitig spielt auch der Sprachgebrauch eine wichtige Rolle. Durch den Einsatz von verharmlosenden Begriffen und beschönigenden Sprachregelungen in Zusammenhang mit Armut verliert die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung und der politischen Schuld an Relevanz. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 218-219) Einzelne, herausstechende Beispiele von Sozialhilfemissbrauch werden in der medialen Darstellung generalisiert um den Sozialstaat damit zu diskreditieren, anstatt dass über seine existenzsichernden Funktionen für viele benachteiligte Gesellschaftsmitglieder berichtet wird. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 220) Nach Butterwegge wird die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Sozialleistungen in der Medienberichterstattung dramatisiert und verurteilt. Ähnliche Delikte wie Steuerhinterziehung, eher von besser Situierten begangen, werden dagegen nicht in vergleichbarem Ausmaß medial aufgegriffen und problematisiert. Ebenfalls selten thematisiert wird auch die vermutlich hoch liegende Dunkelziffer an Anspruchsberechtigten, die aufgrund von Scham oder Unwissenheit über Zuständigkeiten und Rechtsnormen nicht auf Sozialhilfe zurückgreifen. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 222) Als Verharmlosungsstrategie von Armut in den Medien nennt Butterwegge die Gegenüberstellung von sich unterscheidenden Lebensbedingungen innerhalb desselben Landes zu unterschiedlichen Zeitpunkten bzw. zwischen verschiedenen Ländern. Nach seiner Auffassung kann Armut nicht daran gemessen werden, wie die Umstände zu einem früheren Zeitpunkt in einem Land waren bzw. auch heute noch in anderen Ländern sind. Messbar ist nur das vorhandene Potential, die Situation der Benachteiligten zu verbessern, würde der gesellschaftliche Reichtum gleichmäßiger verteilt werden. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 231-232) Die eigentliche Aufgabe der Medien liegt für Butterwegge darin, das soziale Verantwortungsbewusstsein der Politik und Bevölkerung für die Armutsproblematik im eigenen Land zu wecken. Primär sollte dies dadurch geschehen, dass Armut als gesellschaftliches Problem thematisiert und nicht auf individuelles Verschulden zurückgeführt wird (vgl. Butterwegge, 2009a: 307). Nach seiner Auffassung bedarf es eines Engagements von JournalistInnen, die einen öffentlichen Diskurs anleiten, welcher sich gegen die derzeitige Stigmatisierung, Diffamierung und Kriminalisierung von Armut stellt. Die derzeitigen Verhältnisse, die geprägt sind von Verarmungs-, Marginalisierungs- bzw.

Prekarisierungsprozessen, dürfen nicht länger ignoriert, beschönigt oder durch ökonomische Sachzwänge entschuldigt werden. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 308-309)

In einer Studie der deutschen Kommunikationswissenschaftlerin Maja Malik mit dem Titel „Zum Umgang der Medien mit Armut und sozialer Ausgrenzung“ aus dem Jahr 2010 über die Armutsberichterstattung in 17 überregionalen deutschen Medien (Print, TV, Hörfunk und Online) weist die Autorin nach, dass im zweiwöchigen Untersuchungszeitraum zwar vielfältige Inhalte präsentiert, gleichzeitig jedoch auch stereotype Muster von Armut kommuniziert wurden. Anhand von 17 Inhaltsanalysen und 13 Tiefeninterviews mit den JournalistInnen der untersuchten Medien wurden inhaltliche und formale Charakteristika der Berichterstattung über Armut und Ausgrenzung aufgezeichnet und die Entstehungszusammenhänge der Berichterstattung und die Erklärungsmuster in den Redaktionen ermittelt. (Vgl. Malik, 2010: 6-7) Malik bezeichnet ihre Forschung selbst als Pilotstudie, da im Zeitraum von zwei Untersuchungswochen die grundlegenden Mechanismen der Berichterstattung über Armut umfassend nachvollzogen wurden. Nach ihrem Ermessen wurden die Art und die Zusammenhänge der Thematisierung von Armut in deutschsprachigen Medien vor ihrer Studie auf keine systematische Weise untersucht. (Vgl. Malik, 2010: 6) Die Befunde der Untersuchung zeigen, dass Armut in den Medien im Wesentlichen gleich thematisiert wird wie andere Themengebiete. Die Auswahl bezieht sich überwiegend auf einzelne Ereignisse, die einen konkreten Anlass für die Berichterstattung bieten. Diese Anlässe werden nach journalistischen Nachrichtenfaktoren bewertet, wozu vor allem Themen mit Neuigkeitswert zählen sowie Themen, die viele Menschen betreffen und eine gewisse Nähe zur Lebenswelt des Publikums aufweisen. (Vgl. Malik, 2010: 6-7) Malik hält als Ergebnis der Untersuchung fest, dass betroffene Personen nur selten selbst die Quelle der jeweiligen Berichterstattung sind und Armut nur im Zusammenhang mit ausgewählten Bevölkerungsgruppen thematisiert wird. Sie erklärt zusammenfassend, dass ihre Untersuchung gezeigt hätte, dass es maßgeblich von den einzelnen Medien und Redaktionen abhängt und wie flexibel ihre Formatierung ist, ob und wie über Armut berichtet wird. (Vgl. Malik, 2010: 73)

Für Österreich wurde jüngst eine Studie zur Berichterstattung über sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und Kinderarmut in den österreichischen Massenmedien vom Institut MediaAffairs veröffentlicht. Initiiert wurde die Untersuchung von der österreichischen Volksanwaltschaft und der Armutskonferenz. Anhand einer qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse wurde im Zeitraum von Juni bis August 2017 der Status Quo der medialen Berichterstattung über die Darstellung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Österreich erhoben. Dazu wurden die folgenden Printmedien für die Untersuchung ausgewählt:

Kronen Zeitung, Österreich, Heute, Kurier, Der Standard und *Die Presse*. Darüber hinaus wurde auch der jeweilige Facebook-Auftritt dieser Medien in die Analyse inkludiert. (Vgl. MediaAffairs, 2019: 8-9) Die Untersuchung ergab, dass gewisse Themen überproportional oft in der Berichterstattung behandelt werden, so z.B. die zwei häufigsten Themen Jugendkriminalität und Spendenaktionen, während andere Themen relativ wenig Aufmerksamkeit erfuhren. Dazu zählen mitunter die Themengebiete Ausbildung und mangelnde Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen. (Vgl. MediaAffairs, 2019: 19) Als zusätzlicher Aspekt wurden in der Untersuchung auch die Geschlechterverhältnisse betrachtet. Dabei kam heraus, dass Burschen zu 65% in der Berichterstattung vorkamen, während Mädchen nur in 35% der Fälle präsent waren. Es zeigt sich somit ein Gender-Gap zwischen Mädchen und Burschen, der laut den AutorInnen nicht erklärt werden kann. (Vgl. MediaAffairs, 2019: 37-38)

1.4. Forschungsfragen

Diese Magisterarbeit will sich mit dem öffentlichen, medial vermittelten Diskurs über das Thema Armut von Frauen in Österreich beschäftigen. Anhand einer kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger wird die Berichterstattung über Frauenarmut von 2010 bis 2019 in den reichweitestärksten österreichischen Tageszeitungen *Kronen Zeitung, Heute, Kleine Zeitung, Der Standard, Kurier, Österreich* und *Die Presse* analysiert. Die übergeordnete Forschungsfrage lautet:

F1: Wie wird Armut von Frauen in der Berichterstattung der ausgewählten österreichischen Tageszeitungen *Kronen Zeitung, Heute, Kleine Zeitung, Der Standard, Kurier, Österreich* und *Die Presse* dargestellt?

Unterfragen:

F2: Welche Gründe für Armut von Frauen werden genannt und welche Urteile/Feststellungen folgen diesen Begründungen?

F3: Welche Themen tauchen im Zusammenhang mit Armut von Frauen auf?

F4: Wird bei der Begründung und bei den Konsequenzen von Armut zwischen Frauen und Männern unterschieden?

F5: Lassen sich wiederkehrende Aussageelemente in der Berichterstattung finden?

F6: Wird Armut als individuell verschuldetes Problem dargestellt oder auf strukturelle Ursachen zurückgeführt?

1.5. Gliederung der Arbeit

Die vorliegende Magisterarbeit gliedert sich in einen theoretischen und einen darauf bezogenen empirischen Teil. Im theoretischen Teil soll Armut von Frauen in Österreich umfassend dargestellt werden. Dem Thema Frauenarmut ist bislang kein eigener wissenschaftlicher Forschungszweig gewidmet worden, deshalb verbindet diese Magisterarbeit für die theoretische Auseinandersetzung Erkenntnisse aus der Armutforschung und der Gender- und Frauenforschung.

Das erste Kapitel beschäftigt sich deshalb mit dem wissenschaftlichen Konzept von Armut. Dafür werden unterschiedliche Konzeptionen und Begriffsbestimmungen von Armut behandelt um zu klären, wie Armut in der wissenschaftlichen Literatur und empirischen Armutforschung verstanden wird. Dabei spielt für den österreichischen Kontext das Konzept der relativen Armut eine wichtige Rolle, deshalb wird es zunächst näher beleuchtet. Das zweite Kapitel präsentiert offizielle statistische Daten zu Armut und Armutsgefährdung in Österreich und der Europäischen Union vergleichend seit 2010. Die Auseinandersetzung mit den statistischen Daten dient primär der Etablierung einer validen Datenbasis um Entwicklungen und Tendenzen aufzuzeigen. Die Erhebungsmethode und daraus hervorgehende Daten weisen jedoch große Einschränkungen auf, da in Hinblick auf die Kategorie Geschlecht nur wenig Differenziertheit hervorgeht. Deshalb folgt im dritten Kapitel eine Auseinandersetzung mit den bisherigen Befunden aus der Frauen- und Geschlechterforschung zum Thema Armut von Frauen und eine detaillierte Betrachtung der möglichen Entstehungszusammenhänge. Hierbei wird auf ein Modell der Sozialwissenschaftlerinnen Lamei und Skina-Tabue zurückgegriffen, welches die geschlechtsspezifische Armutslage von Frauen unterteilt in eine Mikro-, Meso- und Makroebene. Der theoretische Teil der Magisterarbeit wird mit einem Kapitel über Armut und Stigmatisierung abgeschlossen.

Der empirische Teil beginnt mit einem Kapitel zur eingesetzten Methode der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger. Dafür wird zuerst die Methode selbst vorgestellt und in der Folge erörtert, was unter einem Diskurs zu verstehen ist. Es folgt eine kurze Abhandlung darüber, warum die Kritische Diskursanalyse besonders für feministische Forschung gewinnbringend ist. Danach werden die einzelnen Analyseschritte der Kritischen Diskursanalyse erklärt und das Untersuchungsmaterial der empirischen Analyse präsentiert. Die Untersuchung selbst gliedert sich in eine Strukturanalyse repräsentativer Zeitungsartikel und eine Feinanalyse der relevantesten Artikel. Die Erkenntnisse werden in einer Gesamtinterpretation dargelegt. Im abschließenden Resümee dieser Masterarbeit werden die Ergebnisse der Analyse noch einmal reflektiert und ein Ausblick auf weitere Forschungsarbeiten gegeben.

2. Theoretischer Teil

2.1. Armut als wissenschaftliches Konzept

Ab wann gilt eine Person als arm? Bereits die Beantwortung der Frage, was unter Armut zu verstehen ist, erweist sich als äußerst schwierig. Die Suche nach einer einheitlichen Begriffsbestimmung, die deutlich und verallgemeinerbar aufzeigt, was im wissenschaftlichen Kontext unter Armut verstanden wird, bleibt erfolglos. Sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch im alltäglichen Sprachgebrauch lassen sich eine Vielzahl an unterschiedlichen Definitionen und Kontexten ausmachen, in denen von Armut die Rede ist. (Vgl. Verwiebe, 2011: 4) Im Alltagsverständnis wird Armut primär mit einem Mangel an materiellen Ressourcen gleichgesetzt und auf derselben Bedeutungsebene angesiedelt wie die Begriffe der Bedürftigkeit und Mittellosigkeit. Armut wird vorwiegend als materielle Not verstanden, im alltäglichen Sprachgebrauch kann sie jedoch auch mit sozialen Randgruppen wie z.B. obdachlosen Personen oder von Sucht Betroffenen in Zusammenhang gebracht werden, deren Integration in die Gesellschaft als nicht ausreichend wahrgenommen wird. (Vgl. Eiffe, 2009: 68)

In der Armutsforschung hat sich die Unterscheidung zwischen „absoluter“ und „relativer“ Armut als weitgefaste Definition durchgesetzt. Die Erläuterung der absoluten Armut weist die längste Tradition innerhalb der Armutsforschung auf. Ihr Ausgangspunkt wird auf die englischen Soziologen Charles Booth und Seebohm Rowntree zurückgeführt, die bereits zur Schwelle des 20. Jahrhunderts den Versuch unternahmen Armut anhand allgemeingültiger Kriterien zu definieren. (Vgl. Reichwein, 2012: 31) Von absoluter Armut wird heute in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung gesprochen, wenn es Personen an den fundamentalen, für die physische Existenzsicherung absolut notwendigen Gütern fehlt. Dazu werden vor allem Nahrung, Kleidung, medizinische Versorgung und ein Ort zum Wohnen gezählt. (Vgl. Verwiebe, 2011: 4) Solch eine absolute Ausprägung von Armut, die in der wissenschaftlichen Literatur zu Armut auch als existenzielle oder primäre Armut bezeichnet wird, ist in Staaten wie Österreich sowie in der Mehrzahl europäischer Gesellschaften nicht mehr oder kaum mehr auffindbar, deshalb wird in diesem Länderkontext in der Armutsforschung auf das Konzept der relativen Armut zurückgegriffen. Die beiden Konzepte unterscheiden sich darin, dass sich relative Armut, anders als bei absoluter Armut, nicht nur auf den Mangel an materiellen Ressourcen beschränkt und deshalb primär Verwendung findet in der Armutsforschung für Österreich und im europäischen Raum. Beim Konzept der relativen Armut wird der allgemeine Lebensstandard einer Referenzgesellschaft als Referenzgröße genutzt. Als Maßstab dient dabei das durchschnittliche Einkommensniveau in der betreffenden Referenzgesellschaft. Relative

Armut ist im Unterschied zur absoluten Armut breiter angelegt, da es neben den materiellen Ressourcen gleichzeitig auch die soziokulturellen Vermögen einer Gesellschaft berücksichtigt und somit über eine rein materielle Betrachtung von Armut hinausweist. (Vgl. Verwiebe, 2011: 5) Für Österreich als westlicher Industriestaat mit einem ausgeprägten Sozialsystem besitzt das Konzept der relativen Armut größere Relevanz, weshalb in dieser Magisterarbeit nachfolgend Bezug darauf genommen wird. Für ein besseres Verständnis wird relative Armut im nächsten Unterkapitel näher behandelt.

2.1.1. Das Konzept der relativen Armut

Erste Überlegungen zum Konzept der relativen Armut reichen zurück bis in das Jahr 1908. Sie wurden maßgeblich vom deutschen Soziologen und Philosophen Georg Simmel geprägt, der dem Armutsbegriff schon früh einen relativistischen Charakter attestierte. Als Grundlage seiner Überlegungen verwies er dabei auf die soziale Schicht sowie die Zugehörigkeit einer jeden Person zu einem allgemeinen Milieu. Diese Milieus weisen nach seiner Auffassung typische Bedürfnisse auf. Nach Simmel basiert die relative Armut darauf, dass diese typischen Bedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können. Als Beispiel für seine Zeit nennt Simmel den Usus der gehobenen Gesellschaft in England zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Öffentlichkeit immer Lederschuhe zu tragen. (Vgl. Simmel, 1908: 369) Armut ist nach Simmel relativ, da die soziale Schicht einer Person dafür ausschlaggebend ist, welche typischen Bedürfnisse bestehen und nicht allgemein gültige Kriterien. Wenn die spezifischen Bedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können, geht nach Simmel auch der Anschluss an die gewohnten Beziehungen, an die Schichten und Milieus verloren. Dieser Zustand der relativen Armut ist für die Betroffenen oft nicht von Anfang an bemerkbar. Er wird für sie selbst sowie für die sie umgebende Gesellschaft meist erst dann erkennbar, wenn symbolische Zuschreibungen durch staatliches Handeln stattfinden und nicht bereits zu dem Zeitpunkt, wo die milieuspezifischen Bedürfnisse nicht mehr befriedigt werden können. Unter den symbolischen Zuschreibungen sind laut Simmel die Zuteilung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und die damit einhergehenden Klassifikationsprozesse zu verstehen: „Der Arme als soziologische Kategorie entsteht nicht durch ein bestimmtes Maß von Mangel und Entbehrung, sondern dadurch, dass er Unterstützung erhält oder sie nach sozialen Normen erhalten sollte.“ (Simmel, 1908: 371) Relative Armut ist somit kein objektiver Sachverhalt, der sich an einem bestimmten Grad an Mangel oder Defiziten messen lässt, sondern wird als soziologische Kategorie durch die Zuschreibung von Bedürftigkeit und Zuteilung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen hervorgebracht. (Vgl. Simmel, 1908: 369-371)

Der Erhalt von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen birgt für die Betroffenen auch heute noch oftmals eine empfundene Entmündigung oder Entwürdigung in sich und führt teilweise auch als Folge zu einer Identitätskrise. Kennzeichnend für wohlfahrtsstaatliche Leistungen ist, dass ihr Höchstumfang nur so weit politisch und gesellschaftlich gebilligt wird als dass sie, wenn überhaupt, zur Absicherung der grundlegendsten materiellen Bedürfnisse ausreichen. Die Leistungsgebenden bestimmen anhand strenger Kriterien, wer diese Form der Sicherung erhält. Die Betroffenen werden lediglich als Empfangende und nicht als Individuen in den Blick genommen, deren Lebensumstände den festgelegten Kriterien entsprechen müssen. (Vgl. Häusl, 2016: 37) Sozialhilfe kann zwar die grundlegenden Bedürfnisse wie Nahrung oder einen Ort zum Wohnen stillen, ihr Bezug führt jedoch trotzdem zu Ausschließungen, da Sozialleistungen den Betroffenen keine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Sozialstaatliche Leistungen zu beziehen geht gleichzeitig einher mit diversen Einschränkungen und einem zwangsläufigen Verzicht auf Dinge, die in einer westlichen Gesellschaft alltäglich sind, wie z.B. ein neuer Haarschnitt, Bekannte oder Verwandte zum Essen einladen, ins Kino gehen, ein Musikinstrument erlernen oder Kindern die Klassenfahrt ermöglichen. In modernen Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaften gilt der Sozialhilfeempfang als Versagen, da die Betroffenen als unfähig erscheinen sich selbst zu versorgen und deshalb auf Kosten des Staates leben müssen. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 57) Die Armuts- und Sozialpolitik erfüllt aus dieser Perspektive somit eine doppelte Funktion: auf der einen Seite unterstützt sie die Integration in und Teilhabe an der Gesellschaft, auf der anderen Seite führt sie jedoch auch zum gleichzeitigen Ausschluss sowie zur Deklassierung von Personen (vgl. Verwiebe, 2011: 6).

Das Konzept der relativen Armut impliziert darüber hinaus, dass nicht bestimmte Kriterien festlegen, was Armut bedeutet, sondern dass Armut eine relative Größe darstellt, die nie endgültig ausdefiniert werden kann und sich parallel zu den Lebensstandards in einem Land verändert. Relative Armut ist eine zeitlich und räumlich variierende Größe, die sich abhängig zeigt von den politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Konventionen. Diese gesellschaftlichen Übereinkünfte sind entscheidend für die Bestimmung von Umfang und Ausmaß von Armut und der darauf bezogenen sozialpolitischen Lösungsvorschläge. Schlussendlich dient das Konzept der relativen Armut auch zur Messung der existierenden Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft. (Vgl. Reichwein, 2012: 31-32) Relative Armut muss nach Christoph Butterwegge als mehrdimensionales Konzept verstanden werden, welches gleichzeitig ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte miteinschließt. Nach seiner Auffassung sind sechs Merkmale entscheidend, um relative Armut in wohlhabenden Gesellschaften wie in Österreich als mehrdimensionales Problem zu erfassen:

1. erhebliche Mittellosigkeit bzw. monetäre Defizite, verursacht durch niedrige Einkommens- und Vermögensverhältnisse und der damit einhergehende Verzicht auf bestimmte Güter und Dienstleistungen;
2. ein lang andauerndes Fehlen von lebensnotwendigen bzw. grundlegenden Gütern und Dienstleistungen, deren Mangel zu einem Reputationsverlust gegenüber anderen Gesellschaftsmitgliedern führt;
3. die Notwendigkeit auf staatliche Unterstützung oder auf vergleichbare „Fremdalimentierung“ zur Absicherung des Existenzminimums zurückzugreifen, im Notfall auch durch Betteln bzw. illegale Tätigkeiten den Lebensunterhalt zu bestreiten, verbunden mit dem Kampf darum, die täglichen Bedürfnisse abzudecken und keine längerfristige Lebensplanung betreiben zu können;
4. Defizite in grundlegenden Bereichen wie Gesundheit, Wohnraum, Ernährung, Bildung, Freizeit, Kultur etc., die zur Exklusion der Betroffenen vom gesellschaftlichen Leben führen;
5. die Macht- und Einflusslosigkeit der betroffenen Personen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen, die für bindende Entscheidungen verantwortlich sind, wie z.B. staatliche Verwaltung, Politik, Wissenschaft oder Massenmedien;
6. eine gesellschaftlich verbreitete Abwertung und Missbilligung der Lebensweise von Betroffenen, die marginalisiert, stigmatisiert und ausgegrenzt werden, verbunden mit der Anschuldigung selbst für das eigene Schicksal verantwortlich zu sein, während strukturelle Hintergründe und Ursachen keine Beachtung finden.

(Vgl. Butterwegge, 2009a: 17-18)

Nach Butterwegge bedeutet Armut in einem wohlhabenden, westlichen Industriestaat zwar in erster Linie einen dauerhaften Mangel an grundlegenden und als notwendig erachteten Gütern, die für ein „normales“ Leben unerlässlich sind, gleichzeitig jedoch auch die Benachteiligung in verschiedenen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Freizeit oder Sport. Der Mangel an monetären Ressourcen führt gemäß Butterwegge darüber hinaus zum Ausschluss von Bildung, Kultur und sozialen Netzwerken, die für die gesellschaftliche Inklusion benötigt werden. Als Konsequenz führt Armut bei den Betroffenen zu vermehrten Existenzrisiken, einer Beeinträchtigung der Gesundheit oder einer verkürzten Lebenserwartung. Neben den physischen Folgen können auch psychische Beeinträchtigungen entstehen, die bedingt sein können durch den Verlust gesellschaftlicher Wertschätzung und öffentlichem Ansehen. Armut

kann insofern auch negative Auswirkungen auf das individuelle Selbstbewusstsein haben. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 28)

In der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Forschung im deutschsprachigen Raum hat sich der relative Armutsbegriff als Konzept durchgesetzt, wobei spezifischer zwischen drei unterschiedlichen Ansätzen unterschieden wird: der Ressourcenansatz, der multiple Lebenslagenansatz und der Deprivationsansatz (vgl. Verwiebe, 2011: 6). Die drei Ansätze werden zum besseren Verständnis nachfolgend kurz vorgestellt.

2.1.1.1. Der Ressourcenansatz

Amtliche Statistiken greifen überwiegend auf den Ressourcenansatz zurück um die Zahl der Betroffenen sowie die Gruppe der armutsgefährdeten Personen in einem Staat zu ermitteln. Im Zentrum des Ressourcenansatzes steht das Gesamteinkommen eines Haushalts. Der Vorteil, als Indikator für Armut das Einkommen heranzuziehen, wird in seinem universellen Charakter gesehen sowie in der Möglichkeit, viele Defizite in unterschiedlichen Lebensbereichen durch Einkommen zu kompensieren. Die Grenzwerte zur Bestimmung von Armut werden auf nationaler Ebene unterschiedlich festgesetzt, weshalb auch keine international verbreitete bzw. standardisierte Messgrundlage besteht. (Vgl. Verwiebe, 2011: 6-7) Nach dem Ressourcenansatz wird als allgemeiner Leitsatz diejenige Person als arm bezeichnet, die durch ihr Einkommen nicht in der Lage ist die Güter und Dienstleistungen zu erwerben, die benötigt werden, um ihr soziokulturelles Existenzminimum abzudecken. Der Grenzwert wird dabei üblicherweise bei 50% des nationalen Medianeinkommens festgelegt. Der Schwellenwert von 40% des Medianeinkommens gilt als strenge Armutsgrenze. Liegt der Schwellenwert bei 60%, wird von Armutsgefährdung gesprochen. Durch die Zentriertheit auf das Gesamteinkommen eines Haushalts weist der Ressourcenansatz eine offensichtliche Eindimensionalität auf, die bestimmte Problematiken zur Folge hat. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit der Kategorie Geschlecht und der daraus resultierenden Schwierigkeit das Armutsrisiko von Frauen statistisch akkurat zu erfassen. (Vgl. Verwiebe, 2011: 6-7) Dies wird im Kapitel 2.2.4. näher behandelt. Die SozialwissenschaftlerInnen Bäcker, Bispinck, Hofemann, Naegele und Neubauer nehmen eine kritische Haltung gegenüber dem Umstand ein, dass der Handlungsspielraum eines Haushaltes einzig am Einkommen festgemacht wird. Nach ihrer Auffassung können auch weitere Ressourcen wie Vermögen, Humankapital in Form von schulischer Ausbildung bzw. beruflicher Qualifikation sowie Sozialkapital eine entscheidende Rolle spielen (vgl. Bäcker/Bispinck/Hofemann/Naegele/Neubauer, 2008: 357). Der Ressourcenansatz wird trotz seiner Limitationen als Grundlage für amtliche Statistiken genutzt,

so auch in Österreich, um die Zahl der betroffenen Personen sowie die Gruppe der armutsgefährdeten Menschen in einem Staat zu ermitteln (vgl. Verwiebe, 2011: 7).

2.1.1.2. Der multiple Lebenslagenansatz

Der multiple Lebenslagenansatz ist im Unterschied zum Ressourcenansatz mehrdimensional angelegt, weshalb ihm in der wissenschaftlichen Armutsforschung tendenziell größere Bedeutung zukommt. Die Mehrdimensionalität des Ansatzes liegt darin begründet, dass nicht nur Einkommen als Indikator berücksichtigt wird, sondern dass auch weitere Anhaltspunkte wie die Versorgung eines Haushalts mit Gesundheit, Bekleidung, Nahrung, Wohnraum und Wohnungseinrichtung in die Analyse miteinbezogen werden. Darüber hinaus wird im Lebenslagenansatz mitbedacht, ob die Personen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen können oder durch Armut auch in diesen Bereichen von Exklusionserfahrungen betroffen sind. Auch beim multiplen Lebenslagenansatz gibt es festgelegte Grenzwerte zur Bestimmung von Armut, die sich an der Unterversorgung in mindestens zwei der genannten zentralen Lebensbereiche wie z.B. Gesundheit, Bekleidung, Wohnraum etc. orientieren. (Vgl. Verwiebe, 2011: 7)

2.1.1.3. Der Deprivationsansatz

Ähnlich wie der multiple Lebenslagenansatz inkludiert der Deprivationsansatz mehrere Dimensionen, die über das Einkommen hinaus dazu dienen Armut zu bestimmen. Das Konzept unterscheidet sich jedoch vom multiplen Lebenslagenansatz, da es sich zusätzlich auch an den Indikatoren der mangelnden Teilhabe und Ausgrenzung von Personen als messbare Größen orientiert. Eine deprivierte Lebenslage liegt nach dem Ansatz dann vor, wenn nach allgemeinen Standards eine Teilhabe an der Gesellschaft nur beschränkt möglich ist und Armut als Konsequenz zu einer Ausschlusserfahrung führt. Die erwähnten Standards werden dabei nicht von der Sozialpolitik oder den Sozialwissenschaften bestimmt, sondern mithilfe umfassender Bevölkerungsbefragungen ermittelt. Diese Vorgehensweise stellt sicher, dass nicht PolitikerInnen oder WissenschaftlerInnen bestimmen, welche Elemente zum notwendigen Lebensstandard gezählt werden, sondern diese von der Bevölkerung selbst bestimmt werden. Eine zusätzliche Möglichkeit der Ermittlung der Standards besteht darin, die unterschiedlichen Güter, die zur freien Gestaltung des Lebens benötigt werden, anhand ihrer Verbreitung in der Gesamtbevölkerung zu erfassen und entsprechend zu priorisieren. Die Vorteile des Deprivationsansatzes liegen somit darin, dass die Versorgungslage eines Haushalts betrachtet wird, die soziokulturellen Mindeststandards Berücksichtigung finden sowie das allgemeine

Wohlfahrtsniveau einer Gesellschaft in die Analyse von Armut miteinbezogen werden. (Vgl. Verwiebe, 2011: 7)

2.1.1.4. Armut und Sozialhilfe

Neben den bisher beschriebenen Konzepten bietet der Blick auf „bekämpfte Armut“ bzw. „verdeckte Armut“ eine ergänzende Armutsdefinition, die im wissenschaftlichen Diskurs jedoch seltener zum Tragen kommt. Die Begriffe bezeichnen die Situation von Personen, die staatliche Sozialleistungen wie Mindestsicherung oder Arbeitslosengeld zur Absicherung des Existenzminimums beziehen. Diese Personen gelten nach offizieller und politischer Definition nicht mehr als arm, da der Empfang von Sozialhilfeleistungen das soziokulturelle Existenzminimum absichern und somit Armut bekämpfen soll. Im Gegensatz dazu besteht in der Armutsforschung ein Konsens darüber, dass der Bezug staatlicher Sozialleistungen einen Indikator für Benachteiligung, mangelnde Teilhabe und letztlich auch für Armut darstellt. Sozialhilfe wird zwar nicht zwangsläufig mit Armut gleichgesetzt, jedoch wird z.B. der langjährige Bezug von Mindestsicherung als Anzeichen eines sozialen Abstiegs gewertet. Ausschlaggebend ist dafür nicht zuletzt die Höhe der Sozialhilfe, die geringer bemessen wird als die unteren Einkommen am Arbeitsmarkt, um so einen Anreiz für SozialhilfeempfängerInnen zu schaffen, wieder eine Lohnarbeit aufzunehmen. In der Armutsforschung hat sich deshalb die Bezeichnung „bekämpfte Armut“ für staatliche SozialhilfebezieherInnen etabliert um auszudrücken, dass es sich um Menschen handelt, die über der offiziellen Armutsgrenze eines Landes leben und deren Armut aus politischer Perspektive erfolgreich „bekämpft“ wurde. Die Bezeichnung wird verwendet, um der Auffassung Ausdruck zu verleihen, dass es sich trotzdem um eine Gruppe handelt, die zumindest nahe an der Armutsgrenze lebt und einem realen Armutsrisiko ausgesetzt ist. (Vgl. Reichwein, 2012: 34-35)

In Österreich liegt die Höhe der neuen Sozialhilfe ab 2019 für eine alleinlebende Person bei 885,47€ monatlich und auf das Jahr (mal zwölf) gerechnet bei 10.625,64€. Für das Jahr 2018 lag die Höhe bei 863€ monatlich und bei 10.356€ als Jahreseinkommen. Die Höhe der Sozialhilfe (vor 2019 als Mindestsicherung bezeichnet) setzt sich aus dem Grundbetrag und dem Wohnkostenanteil zusammen. (Vgl. Finanz.at, 2019) Im Jahr 2018 lag die Armutsrisikogrenze für alleinlebende Personen in Österreich bei einem Jahreseinkommen von 15.105€ (vgl. Eurostat, 2019). Somit waren alle Personen in Österreich, die im Jahr 2018 Mindestsicherung bezogen haben, nach der offiziellen Definition armutsgefährdet.

Der Begriff „verdeckte Armut“ bezieht sich im Gegensatz dazu auf all diejenigen Personen, die zwar einen Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen könnten, jedoch bewusst nicht darauf zurückgreifen. Während im politischen und öffentlichen Diskurs oft suggeriert wird, dass härter gegen Sozialhilfebetrug vorgegangen werden müsse und es eine Vielzahl an Personen gäbe, die Sozialhilfe ohne tatsächliche Bedürftigkeit beziehen, zeigen Studien, dass gerade auch das Ausmaß von verdeckter Armut meist unterschätzt wird. (Vgl. Reichwein, 2012: 34-35)

2.1.2. Einschätzungen zum Armutskonzept

Die Politikwissenschaftler Jürgen Boeckh, Ernst-Ulrich Huster, Benjamin Benz und Johannes Schütte haben sich in ihrer Forschung eingehend mit der Sozialpolitik in Deutschland beschäftigt und stellen fest, dass allen gängigen wissenschaftlichen Messkonzepten zur Bestimmung von Armut in der Armutsforschung gemein ist, dass diese nicht neutral konzipiert sind, auch wenn eine gewisse Objektivität suggeriert wird. Durch ihre Abgrenzungsvorschläge, die entscheiden, wer als arm gilt und wer nicht, stehen sie immer auch in Abhängigkeit von Werturteilen. Somit kann letztlich kein Versuch einer Begriffsbestimmung von Armut als objektiv gewertet werden – Begriffsbestimmungen zeigen sich von ihrer politisch-normativen Natur. (Vgl. Boeckh/Huster/Benz/Schütte, 2006: 265) Nach Christoph Butterwegge existiert Armut nie im luftleeren Raum und darf deshalb nicht unabhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet werden. Eine allgemeingültige Definition von Armut kann deshalb letztlich nach Butterwegges Einschätzung unmöglich gefunden werden. Sinnvoll wäre nur die Bestimmung einer vorherrschenden Deutung zu gewissen Zeitpunkten in gegebenen Gesellschaften. Wie Armut ausgelegt wird, hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Politik und bestimmt nicht nur, wer als betroffen wahrgenommen wird, sondern auch, ob eine Person unterstützenswert erscheint oder nicht. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 12) Die postulierte Neutralität rund um verwendete Armutsbegriffe bildet die Grundlage für die stets kontroversiell geführten politischen sowie wissenschaftlichen Diskussionen über die Armutsthematik in modernen Gesellschaften. So zeigt sich, dass abhängig von der gewählten Armutsgrenze und der Definition von Armut ein größerer oder ein kleinerer Teil der Bevölkerung als betroffen gewertet werden kann. Als Konsequenz daraus bewirkt eine eng gesetzte Definition, die nur einen geringen Teil der Bevölkerung erfasst, eine mögliche Verschleierung des realen Ausmaßes der Bedürftigkeit innerhalb einer Gesellschaft und relativiert dadurch die sozialen Verhältnisse. Gleichzeitig birgt jedoch eine breit gefasste Definition, die einen großen Teil der Bevölkerung miteinbezieht die Gefahr, die wirklich Betroffenen zu übersehen. (Vgl. Bäcker/Bispinck/Hofemann/Naegle/Neubauer, 2008: 359) Beide Optionen verdeutlichen,

dass jede Definition von Armut eine politische Dimension enthält und dafür ausschlaggebend ist, wer in einem Staat in den offiziellen Statistiken als betroffen aufscheint oder nicht. Nach Butterwegge braucht es einen fortwährenden öffentlichen bzw. fachlichen Diskurs für die Ausdeutung eines Armutsbegriffs. Da weder die Wissenschaft, noch die Politik frei von Ideologien sind, sollte ihnen nicht die Bestimmungsmacht zufallen, eine normative Ausdeutung des Armutsbegriffs vorzunehmen. Der Armutsbegriff lässt sich laut Butterwegge aufgrund seiner politisch-normativen Natur nicht ein für alle Mal ausdifferenzieren. Selbst innerhalb einer Gesellschaft kann es nie einen Grundkonsens darüber geben, was als Armut zu definieren ist. Denn auch unter den Gesellschaftsmitgliedern existieren unterschiedliche bzw. gegensätzliche Auffassungen darüber, was unter Armut zu subsumieren ist, da die soziale Stellung, die Weltanschauung und auch die religiöse Haltung der Einzelnen die Einschätzungen beeinflussen. Gleichzeitig hat der Armutsbegriff nach Butterwegge immer auch einen relationalen Charakter, denn er erhält seine Sinnhaftigkeit erst durch das Verhältnis der Betroffenen mit der Gesellschaft, in der sie leben. Deshalb lautet sein Argument, dass es einen breiten öffentlichen Diskurs braucht, in dem darüber gestritten wird, wo die Armut ihren Anfang nimmt, was sie für die Betroffenen selbst, aber auch für eine Gesellschaft als Ganzes bedeutet und welche politischen Maßnahmen sinnvoll sind um der Armut zu begegnen. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 12-13)

2.2. Armut in Zahlen

Nach der Auseinandersetzung mit dem Begriff Armut und den unterschiedlichen wissenschaftlichen Konzepten von relativer Armut soll im folgenden Kapitel die Entwicklung der Armutsstruktur ab 2010 sowie der Status Quo in Österreich anhand der aktuellsten statistischen Daten für 2018 nachgezeichnet werden. Das Jahr 2010 ist von besonderer Bedeutung, da im Zuge des Brüsseler EU-Gipfels 2008 die Strategie „Europa2020“ beschlossen wurde, die ab 2010 in Kraft getreten ist und zum ersten Mal in der Geschichte der EU konkrete Ziele zur Armutsbekämpfung in den europäischen Mitgliedsstaaten festlegte. Das Jahr 2010 wurde zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen um das Bewusstsein für die Thematik unter den BürgerInnen der EU zu schärfen. Die Strategie „Europa2020“ ersetzte und aktualisierte die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung aus dem Jahr 2000. In Bezug auf Armut wurde das ambitionierte Ziel festgelegt in der Dekade zwischen 2010 und 2020 in der gesamten EU die Anzahl der armuts- oder sozial ausgrenzungsgefährdeten Personen um 20 Millionen zu reduzieren. Der Indikator der Armuts- oder sozialen Ausgrenzungsgefährdung setzt sich aus drei Zielgruppen zusammen:

Armutsgefährdung, erhebliche materielle Deprivation und Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Mit diesem Beschluss wurde ein formaler politischer Meilenstein in der Armutsbekämpfung auf EU-Ebene gesetzt, den es in dieser Form bisher noch nicht gegeben hatte. (Vgl. Neumann, 2016: 97) Deshalb ist für diese Arbeit der Zeitrahmen 2010-2020 von besonderem Interesse, da der Armutsthematik durch die „Europa2020“-Strategie weitreichende Aufmerksamkeit verliehen wurde.

Der Hauptfokus dieser Arbeit liegt auf der Entwicklung in Österreich – um jedoch Referenzgrößen zu bieten, erfolgt in Hinblick auf die Armutsgefährdung ein Vergleich mit weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Bei den angeführten Daten handelt es sich um offizielle amtliche Statistiken des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) und der Statistik Austria, welche sich Indikatoren bedienen, die prinzipiell dem Ressourcenansatz in der Armutsforschung zuzuordnen sind. Für Österreich liegen die aktuellsten Zahlen bereits für das Jahr 2018 vor. Da die Daten noch nicht für alle EU-Mitgliedsländer veröffentlicht wurden, beziehen sich die angeführten Vergleiche mit anderen EU-Ländern auf das Jahr 2017. Durch die bereits beschriebene Eindimensionalität des Ressourcenansatzes kann lediglich ein erster quantitativer Überblick über die Betroffenen und die Armutsrisiken in Österreich gegeben werden, es bedarf jedoch einer kritischen Betrachtung der Aussagekraft solcher statistischen Daten, besonders im Hinblick auf die Kategorie Geschlecht. In Kapitel 2.2.4. wird diese Problematik noch einmal aufgegriffen und näher behandelt. Relative Armut, wie sie in Österreich anzutreffen ist, stellt ein komplexes und mehrdimensionales Problem dar, welches daher empirisch nie zur Gänze erfasst werden kann und sich nicht anhand von Statistiken begreifen lässt. Nichtsdestotrotz kann eine valide Datenbasis zu einer glaubwürdigeren Argumentation verhelfen. Ohne den Anspruch zu erheben jede armutsbetroffene Person zahlenmäßig zu erfassen, kann durch die Betrachtung der Statistiken die Entwicklungsrichtung innerhalb der Sozialstruktur dokumentiert werden. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 39)

2.2.1. Armutsrisiken in Österreich und der EU seit 2010

Die aktuellsten verfügbaren Daten von Eurostat für die Armutsgefährdungsquote in Österreich liegen aus dem Jahr 2018 vor. Bei der Armutsgefährdungsquote handelt es sich um den Anteil der Bevölkerung in einem EU-Staat mit einem Äquivalenzeinkommen von unter 60% des durchschnittlichen national verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens. In Österreich lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2018 vor sozialstaatlichen Transferleistungen bei 25,2%. Die Quote hat sich vom Jahr 2017 (24,9%) auf das Jahr 2018 (25,2%) erhöht. Der Prozentsatz an

armutsgefährdeten Personen in Österreich im Jahr 2017 befindet sich im Bereich des EU-Durchschnitts (EU-28) von 25,6% (Wert für 2017) und war daher in einem ähnlichen Bereich angesiedelt wie in Dänemark (25,3%), Italien (25,2%), Ungarn (25%) oder Zypern (24,5%). Zu beachten ist hierbei, dass Renten zu den Einkommen vor Sozialtransfers zählen. Tschechien hatte mit 15,8% im Jahr 2017 die niedrigste Armutsgefährdungsquote unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Irland hingegen mit einem Anteil von 32,9% die höchste. Betrachtet man die Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransferleistungen ab 2010, so hat sich der Wert in allen Mitgliedsstaaten, mit Ausnahme der acht Länder Bulgarien, Estland, Italien, Malta, Niederlande, Rumänien, Schweden und Zypern, im Jahr 2017 verringert. Dies zeigt sich auch am EU-Durchschnitt (EU-28), der von 26,1% im Jahr 2010 auf eine Quote von 25,6% im Jahr 2017 gesunken ist. (Vgl. Eurostat, 2019)

Abb. 1, Tabelle: Armutsgefährdung vor/nach sozialstaatlichen Transfers sowie Armuts- und Sozialausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers 2010-2017, EU-28 (Reihung übernommen von Eurostat)

	Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers			Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers			Armuts- und sozialausgrenzungsgefährdet nach Sozialtransfers		
	2010	2014	2017	2010	2014	2017	2010	2014	2017
Belgien	26,7	27,5	26,3	14,5	15,5	16,0	20,8	21,2	20,3
Dänemark	29,1	26,9	25,3	13,3	12,1	12,4	18,3	17,9	17,2
Deutschland	24,2	25,0	24,1	15,7	16,7	16,1	19,7	20,6	19,0
Irland	39,9	37,1	32,9	15,2	16,4	15,6	27,3	27,7	22,7
Griechenland	23,8	26,0	24,0	20,1	22,1	20,2	27,7	36,0	34,8
Spanien	28,8	31,1	28,4	20,7	22,2	21,6	26,1	29,2	26,6
Frankreich	24,9	24,0	24,1	13,2	13,2	13,1	19,2	18,5	17,1
Italien	23,7	24,7	25,2	18,7	19,4	20,3	25,0	28,3	28,9
Luxemburg	29,1	27,6	29,0	14,5	16,4	18,7	17,1	19,0	21,5
Niederlande	21,1	21,3	21,9	10,3	11,6	13,2	15,1	16,5	17,0
Österreich	26,0	25,4	24,9	14,7	14,1	14,4	18,9	19,2	18,1
Portugal	26,4	26,7	23,6	17,9	19,5	18,3	25,3	27,5	23,3
Finnland	27,0	27,6	26,7	13,1	12,8	11,5	16,9	17,3	15,7
Schweden	29,0	30,0	29,3	14,8	15,6	15,7	17,7	18,2	17,7
Großbritannien	31,0	29,4	29,2	17,1	16,8	17,0	23,2	24,1	22,0
Bulgarien	27,1	27,3	29,2	20,7	21,7	23,4	49,2	40,1	38,9
Tschechien	18,1	17,2	15,8	9,0	9,7	9,1	14,4	14,8	12,2
Estland	24,9	28,4	28,9	15,9	21,9	21,0	21,7	26,0	23,4

Zypern	23,5	24,6	24,5	15,6	14,4	15,7	24,6	27,4	25,2
Lettland	28,5	27,0	28,3	20,9	21,0	22,2	38,2	32,7	28,2
Litauen	31,3	27,5	29,8	20,5	19,2	22,9	34,0	27,3	29,6
Ungarn	28,4	26,6	25,0	12,3	15,0	13,3	29,9	31,8	25,6
Malta	23,5	23,7	23,9	15,5	15,8	16,7	21,2	23,9	19,3
Polen	24,4	23,1	24,0	17,7	16,8	14,9	27,8	24,7	19,5
Rumänien	27,8	28,8	28,3	21,6	25,0	23,6	41,5	40,3	35,7
Slowenien	24,2	25,1	24,0	12,7	14,5	13,3	18,3	20,4	17,1
Slowakei	19,8	19,6	17,5	12,0	12,6	12,4	20,6	18,4	16,3
Kroatien	30,0	29,9	26,6	20,6	19,4	20,0	31,1	29,3	26,4
EU-28	26,1	26,1	25,6	16,5	17,2	16,9	23,8	24,4	22,4

Quelle: Eurostat (2019)

Auch in Österreich hat sich die Armutsgefährdungsquote vor sozialstaatlichen Transferleistung seit 2010 von 26% auf einen Anteil von 25,2% (2018) reduziert. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um einen kontinuierlichen Trend. Den höchsten Wert verzeichnete das Jahr 2011 mit 27,1% und im Jahr 2017 gab es mit 24,9% die niedrigste Quote in diesem Zeitraum. (Vgl. Eurostat, 2019)

Die Armutsgefährdungsquote nach sozialstaatlichen Transfers (2017) liegt mit 16,9% im Vergleich zur Quote vor sozialstaatlichen Transfers (2017) mit 25,6% im EU-Durchschnitt (EU-28) deutlich niedriger. Als armutsgefährdet nach sozialstaatlichen Transfers gelten all jene Personen, denen auch nach Einbeziehung von sozialstaatlichen Transferleistungen nur ein Einkommen von weniger als 60% des durchschnittlich national verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens zur Verfügung steht. Im Vergleich zum Jahr 2010 mit einem Anteil von 16,5% hat sich der EU-Durchschnitt im Jahr 2017 auf 16,9% leicht erhöht. In Österreich beträgt der Anteil im Jahr 2017 14,4% und liegt im Jahr 2018 bei 14,3%. Bei der Armutsgefährdungsquote nach sozialstaatlichen Transfers lag der höchste Wert bei 14,7% im Jahr 2010. Im Vergleich hat sich die Quote im Jahr 2018 mit 14,3% somit verringert. Aus Abbildung 1 geht auch hervor, dass es sich allerdings bei der jährlichen Abnahme der Armutsgefährdungsquote nach sozialstaatlichen Transfers in Österreich nicht um eine durchgehende Tendenz handelt.

Im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten lag die Armutsgefährdungsquote nach sozialstaatlichen Transfers in Österreich mit 14,4% (2017) unter dem durchschnittlichen EU-Wert von 16,9% (2017). In allen Ländern der EU fällt die Armutsgefährdungsquote nach sozialstaatlichen Transferleistungen generell deutlich geringer aus als vor den Transfers. Eine nähere Betrachtung der Statistik macht deutlich, dass es in der EU eine Gruppe von Ländern

gibt, die durch ihre sozialpolitischen Maßnahmen die Armutsgefährdung kontinuierlich reduzieren können (vgl. Eurostat, 2019). Dazu zählen, neben Österreich, die Mitgliedsstaaten Tschechien, Ungarn, die Niederlande, Frankreich, Dänemark, Schweden und Finnland. Auf der anderen Seite stehen Mitgliedsländer wie Bulgarien, Rumänien, die baltischen Staaten, Spanien, Italien, Portugal und Griechenland, die mit ihrem Wohlfahrtssystem das Armutsrisiko nur geringfügig abschwächen können. Die Armutsrisikogrenze in Österreich für das Jahr 2018 betrug 15.105€ Jahreseinkommen bzw. 1.258,75€ monatliches Einkommen für alleinstehende Personen. Da es sich bei der Armutsrisikogrenze um eine Messgröße handelt, die vom durchschnittlich national verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommen abhängt, kann die Grenze, je nach betrachtetem Nationalstaat, zwischen dem niedrigsten Wert in der EU im Jahr 2017 von 1.645€ Jahreseinkommen in Rumänien und dem höchsten Wert von 21.645€ Jahreseinkommen in Luxemburg schwanken. (Vgl. Eurostat, 2019)

Beim Indikator Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers handelt es sich um einen festgelegten Leitwert für die „Europa2020“-Strategie. Der Anteil der österreichischen Bevölkerung, der nach sozialstaatlichen Transferleistungen armuts- und sozial ausgrenzungsgefährdet war, lag im Jahr 2017 bei 18,1%. Der Wert ist im Jahr 2018 auf 17,5% gesunken. Der Indikator setzt sich aus drei Komponenten zusammen: die Armutsgefährdungsquote (in Österreich liegt der Anteil an der Bevölkerung, wie bereits erwähnt, bei 14,3%), geringe Erwerbsbeteiligung (7,3%) und erhebliche materielle Deprivation (2,8%). Von mindestens zwei der drei Komponenten sind in Österreich im Jahr 2018 insgesamt 4,2% der Bevölkerung betroffen, auf 1% treffen alle drei Merkmale zu. (Vgl. Eurostat, 2019)

Von geringer Erwerbsbeteiligung wird in diesem Kontext gesprochen, wenn die Haushaltsmitglieder im erwerbsfähigen Alter (18-59 Jahre, Studierende exkludiert) weniger als 20% ihres gesamten Erwerbspotenzials im Jahr ausschöpfen. Erhebliche materielle Deprivation liegt nach Angaben der Statistik Austria dann vor, wenn auf einen Haushalt mindestens vier von neun festgelegte Merkmale zutreffen, die wie folgt lauten: 1. unerwartete Ausgaben bis 1.160€ nicht finanzieren können (z.B. für Reparaturen), 2. sich keinen jährlichen Urlaub leisten können, 3. jeden zweiten Tag kein Fleisch, keinen Fisch oder keine vergleichbare vegetarische Speise essen können, 4. regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten nicht rechtzeitig begleichen können (z.B. Mietkosten), 5. sich die Anschaffung und Erhaltung eines PKWs nicht leisten können, 6. die Wohnung nicht angemessen beheizen können, 7. sich kein Fernsehgerät leisten können, 8. sich kein Telefon oder Handy leisten können und 9. keine Waschmaschine oder Zugang zu einer Gemeinschaftswaschküche haben. (Vgl. Statistik Austria, 2019a)

Der EU-Durchschnitt (EU-28) für die Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers lag im Jahr 2010 bei 23,8% und 2017 bei 22,4%, die Quote konnte sich demnach in den letzten Jahren verringern. Österreich lag mit 18,1% im Jahr 2017 unter dem europäischen Mittelwert der Armuts- und sozialen Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers. Auch hier zeichnet sich laut Angaben von Eurostat ein ähnliches Bild einer Aufspaltung der Mitgliedsländer in zwei Gruppen ab. Österreich zählt zusammen mit Tschechien, Ungarn, Niederlande, Frankreich und den skandinavischen Ländern zu denjenigen Mitgliedsstaaten, die durch ihre Sozialpolitik stärker in die Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung eingreifen können, während dies Mitgliedsländern wie Bulgarien, Rumänien, den baltischen Staaten, Spanien, Italien, Portugal und Griechenland weniger gelingt. (Vgl. Eurostat, 2019)

Die Quote für die Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung ist einer der ausschlaggebenden Werte für die „Europa2020“-Strategie, deren Ziel die Reduktion der Anzahl an Gefährdeten um 20 Millionen Menschen bis 2020 festgesetzt hat. Für Österreich beläuft sich der Anteil an der vorgegebenen Reduktion zwischen 2010 und 2020 auf 235.000 Personen. Die bisherige Tendenz lässt darauf schließen, dass Österreich sein vorgegebenes Ziel auch erreichen wird, da der Wert von 19,1% im Jahr 2010 bereits auf einen Anteil von 17,5% im Jahr 2018 verringert werden konnte. (Vgl. Statistik Austria, 2019a) Abbildung 2 schlüsselt die Entwicklung in Österreich von 2010-2018 nochmals detaillierter auf.

Abb. 2, Tabelle: Armutsgefährdung vor und nach sozialstaatlichen Transfers, Armutsrisikogrenze und Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers in Österreich 2010-2018

Jahr	Armuts- gefähr- dungs- quote vor Sozial- transfers	Armuts- gefährdungs- quote nach Sozial- transfers	Armutsrisiko- grenze für allein- lebende Person, Jahreseinkommen	Armuts- und sozial- ausgrenzungs- gefährdet nach Sozialtransfers	Geringe Erwerbs- betei- ligung	Erheb- -liche materi- -elle Depri- vation
2018	25,2%	14,3%	15.105€	17,5%	7,3%	2,8%
2017	24,9%	14,4%	14.851€	18,1%	8,3%	3,7%
2016	26,3%	14,1%	14.217€	18%	8,1%	3,0%
2015	25,6%	13,9%	13.956€	18,3%	8,2%	3,6%
2014	25,4%	14,1%	13.926€	19,2%	9,1%	4,0%
2013	25,9%	14,4%	13.244€	18,8%	7,7%	4,2%
2012	25,8%	14,4%	13.084€	18,5%	7,6%	4,0%
2011	27,1%	14,5%	12.878€	19,2%	8,5%	4,0%
2010	26,0%	14,7%	12.635€	19,1%	7,8%	4,3%

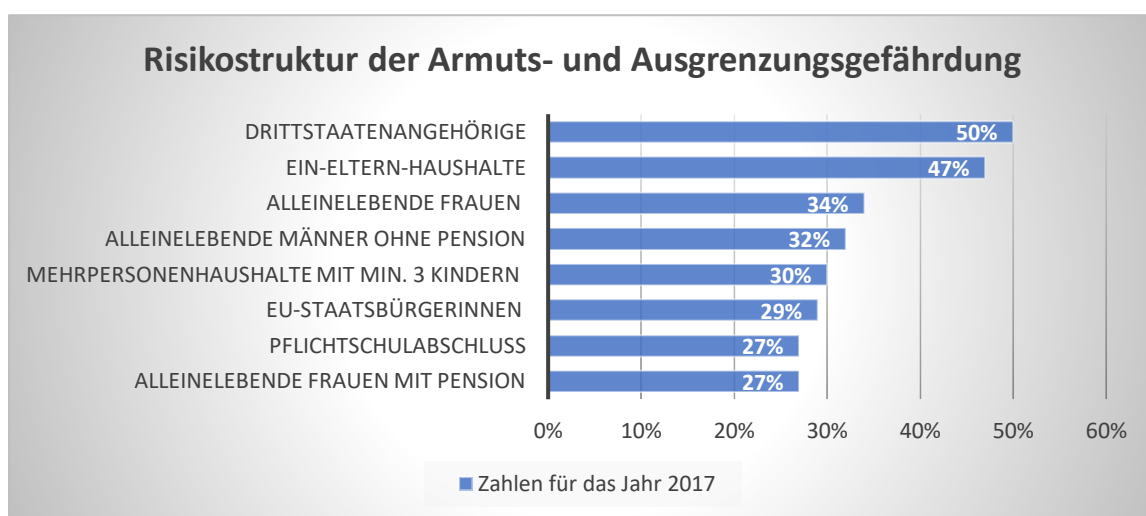
Quelle: Eurostat (2019), Statistik Austria (2019a)

2.2.2. Risikostruktur der Armutsgefährdung in Österreich

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Armut hat in der Vergangenheit gezeigt, dass nicht nur die Zahl der armutsgefährdeten Personen wichtig ist, sondern gleichzeitig auch die spezifische Risikostruktur von Armutsgefährdung zentral für die Untersuchung von Armut ist. Dazu werden üblicherweise die Armutsrisiken für unterschiedliche soziale Gruppen erfasst. Zu den am stärksten von Armutsgefährdung betroffenen Gruppen zählen in Österreich sowie unter den Mitgliedsstaaten der EU-28 besonders Alleinerziehende (hier vor allem Frauen), kinderreiche Familien, Arbeitslose und ältere Menschen (65+ Jahre). (Vgl. Verwiebe, 2011: 11) Da sich die Risikostruktur der Armutsgefährdung in Österreich über die letzten Jahrzehnte als konstant erweist, werden hier nur die aktuellsten Daten für 2017 behandelt (die genauen Daten für die Risikostruktur für 2018 sind noch nicht verfügbar). In Österreich zählen Personen ohne

österreichische oder EU-StaatsbürgerInnenschaft mit einer Quote von 50% zur Risikogruppe der am stärksten Armuts- oder sozial Ausgrenzungsgefährdeten im Jahr 2017, gefolgt von Ein-Eltern-Haushalten mit 44% (hier vor allem Frauen mit Kindern). Besonders gefährdet sind außerdem alleinlebende Frauen (34%) sowie Mehrpersonenhaushalte mit drei Kindern oder mehr (30%). Darüber hinaus besteht ein erhöhtes Risiko für EU-StaatsbürgerInnen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft (29%), Personen mit Pflichtschulabschluss als höchstabschlossener Schulbildung (27%) und alleinlebende Frauen in Pension (27%). (Vgl. Statistik Austria, 2019a; vgl. Abb. 3)

Abb. 3, Graphik: Risikostruktur der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich (2017)



Quelle: Statistik Austria, (2019a)

Nach dem Beschäftigungsverhältnis aufgeschlüsselt besteht das höchste Armuts- und Ausgrenzungsrisiko für arbeitslose Personen, deren Arbeitslosigkeit seit 12 Monaten oder länger andauert, der Anteil liegt hier bei 80%. Stark gefährdet sind außerdem Erwerbslose, deren Arbeitslosigkeit zwischen sechs und elf Monaten (41%) liegt. Gefährdet sind darüber hinaus nur im Haushalt Tätige (40%), sich in Ausbildung befindende Personen (28%) sowie HilfsarbeiterInnen (19%). (Vgl. Statistik Austria, 2019a; vgl. Abb. 4)

Abb. 4, Graphik: Armuts- und Ausgrenzungsrisiko nach Beschäftigungsverhältnis in Österreich (2017)



Quelle: Statistik Austria, (2019a)

2.2.3. Armutsgefährdung nach der Kategorie Geschlecht

Insgesamt sind Frauen in Österreich im Jahr 2018 nach sozialstaatlichen Transferleistungen stärker armuts- und sozial ausgrenzungsgefährdet als Männer. Der Indikator setzt sich, wie bereits erwähnt, zusätzlich zur Armutsgefährdung aus den zwei Komponenten „geringe Erwerbsbeteiligung“ und „erhebliche materielle Deprivation“ zusammen. Bei Frauen liegt der Anteil im Jahr 2018 bei 18,7%, bei Männern hingegen nur bei 16,2% (vgl. Abb. 5). Auch im EU-Durchschnitt (EU-28) sind Frauen nach sozialstaatlichen Transferleistungen stärker armuts- und sozial ausgrenzungsgefährdet als Männer. Die Quote für Frauen im Jahr 2017 betrug 23,3%, bei Männern 21,6%. Sowohl der Wert für Frauen als auch der für Männer lag in Österreich im Jahr 2017 somit unter dem EU-Durchschnitt. Eine Betrachtung der Statistik ab 2010 zeigt, dass die Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers in Österreich und im EU-Durchschnitt sowohl für Frauen als auch Männer seit 2014 rückläufig ist. Frauen weisen dennoch in Österreich auf beiden Ebenen von 2010 bis 2018 eine höhere Gefährdung auf als Männer. (Vgl. Eurostat, 2019) Bei der Analyse der Statistik ist jedoch anzumerken, dass die Geschlechterunterschiede durch die Betrachtung der Haushaltssituation nur bedingt erkennbar sind. Wenn Frauen und Männer gemeinsam in einem Haushalt leben, zählt dieser nur noch als Ganzes, ohne eine Unterscheidung zwischen Frauen und Männern zu ermöglichen. Der Ressourcenansatz, welcher sowohl Grundlage für die Erhebungen von Statistik Austria als auch Eurostat ist, setzt voraus, dass entweder alle Personen in einem Haushalt armutsgefährdet sind oder keine. Unterschiede innerhalb eines Haushalts werden damit ausgeblendet. (Vgl. Statistik Austria, 2019a)

Abb. 5, Tabelle: Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers nach Geschlecht für Österreich und EU-Durchschnitt von 2010-2018

Jahr	Frauen Österreich	Frauen EU-28	Männer Österreich	Männer EU-28
2018	18,7%	-	16,2%	-
2017	19,3%	23,3%	16,8%	21,6%
2016	18,9%	24,4%	16,9%	22,5%
2015	19,1%	24,5%	17,5%	23,1%
2014	20,5%	25,2%	17,7%	23,6%
2013	20,1%	25,5%	17,4%	23,7%
2012	19,6%	25,8%	17,3%	23,8%
2011	20,3%	25,4%	17,9%	23,2%
2010	20,5%	24,8%	17,3%	22,7%

Quelle: Eurostat (2019)

Die Armutsgefährdung für Frauen in Österreich lag im Jahr 2018 bei 18,7% und fiel auch hier im Vergleich zur Gefährdungsquote von Männern (16,2%) höher aus (vgl. Abb. 6). Auch im EU-Durchschnitt für das Jahr 2017 waren Frauen mit 23,3% stärker armutsgefährdet als Männer mit 21,6%. Die Quoten für Frauen und Männer in Österreich lagen 2017 unter dem EU-Durchschnitt. Betrachtet man die statistische Entwicklung seit 2010, so zeigt sich, dass sowohl im EU-Durchschnitt als auch in Österreich die Armutsgefährdungsquote für Frauen und Männer relativ konstant geblieben ist. (Vgl. Eurostat, 2019)

Abb. 6, Tabelle: Armutsgefährdung nach Sozialtransfers nach Geschlecht für Österreich und EU-Durchschnitt von 2010-2018

Jahr	Frauen Österreich	Frauen EU-28	Männer Österreich	Männer EU-28
2018	15,2%	-	13,3%	-
2017	15,3%	17,6%	13,5%	16,2%
2016	14,6%	17,9%	13,5%	16,6%
2015	14,3%	17,7%	13,5%	16,9%
2014	14,9%	17,7%	13,3%	16,7%
2013	15,2%	17,2%	13,5%	16,2%
2012	15,3%	17,4%	13,5%	16,2%
2011	15,0%	17,6%	14,0%	16,1%
2010	15,9%	17,2%	13,4%	15,8%

Quelle: Eurostat (2019)

Die Armutsgefährdung vor Sozialtransfers für Frauen und Männer im Jahr 2018 in Österreich fiel weitaus höher aus als nach sozialstaatlichen Leistungen (vgl. Abb. 7). Die Quote für Frauen in Österreich im Jahr 2018 lag bei 23,4%, im Vergleich dazu waren es 20,6% bei den Männern. Im EU-Durchschnitt für das Jahr 2017 waren Frauen mit 27,6% vor Sozialtransfers stärker armutsgefährdet als Männer mit 27,8%, der Unterschied fiel hier aber nur marginal aus. Frauen und Männer in Österreich waren im Jahr 2017 weniger stark von Armutsgefährdung vor Sozialtransfers betroffen als im EU-Durchschnitt, der Unterschied zwischen Frauen in Österreich und im EU-Durchschnitt belief sich jedoch als geringer (Frauen in Österreich 26,6%, Frauen im EU-Durchschnitt 27,6%) als dies bei Männern der Fall war (Männer in Österreich 23,3%, Männer im EU-Durchschnitt 27,8%). Zwischen den Jahren 2010 und 2017 hatte sich die Armutsgefährdung vor Sozialtransfers im EU-Durchschnitt sowohl für Frauen (von 25,0% auf 27,6%) als auch für Männer (von 25,2% auf 27,8%) erhöht. In Österreich verringerte sich der Wert zwischen 2010 und 2018 sowohl bei Frauen (von 26,6% auf 23,4%) als auch bei Männern von (21,6% auf 20,6%), wobei es sich dabei nicht um eine jährlich festzustellende kontinuierliche Reduktion handelt. Die höchste Armutsgefährdungsrate vor Sozialtransfers bei Frauen in Österreich lag im genannten Zeitraum mit 29,0% für das Jahr 2014 vor. Bei den

Männern in Österreich fiel der Wert im Jahr 2011 mit 25,3% am höchsten aus. (Vgl. Eurostat, 2019)

Abb. 7, Tabelle: Armutsgefährdung vor Sozialtransfers nach Geschlecht für Österreich und EU-Durchschnitt von 2010-2018

Jahr	Frauen Österreich	Frauen EU-28	Männer Österreich	Männer EU-28
2018	23,4%	-	20,6%	-
2017	26,6%	27,6%	23,3%	27,8%
2016	23,6%	27,4%	23,8%	27,8%
2015	23,8%	26,1%	22,1%	28,1%
2014	29,0%	27,1%	22,5%	27,5%
2013	25,0%	26,8%	19,8%	26,7%
2012	27,1%	26,5%	22,3%	26,1%
2011	25,6%	25,6%	25,3%	26,0%
2010	26,6%	25,0%	21,6%	25,2%

Quelle: Eurostat (2019)

2.2.4. Einschätzungen über Zahlen zur Armut und zur Kategorie Geschlecht

Auch wenn die amtlichen Statistiken dabei helfen können sich der Armutsgefährdung und -struktur in Österreich quantitativ anzunähern und deshalb in dieser Magisterarbeit behandelt werden, so kann doch das Wesen von einem komplexen Phänomen wie Armut nicht einzig durch eine quantitative Analyse erschlossen werden. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 13) Armut ist ein vielschichtiges Problem, das empirisch nie vollständig erfasst werden kann und sich nur schwer durch Statistiken, Daten und Zahlen begreifen lässt. Gleichzeitig braucht es jedoch für eine glaubwürdige Argumentation eine valide Datenbasis. Der Anspruch kann dabei jedoch nicht lauten, jede arme Person zahlenmäßig zu erfassen, sondern die Entwicklungsrichtung der Sozialstruktur zu dokumentieren und darauf basierend richtige Schlussfolgerungen zu ziehen. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 39) Sowohl die Statistik Austria als auch Eurostat orientieren sich am in Kapitel 2.1.1. beschriebenen Ressourcenansatz und berechnen deshalb die individuelle Armutsgefährdung anhand des Gesamteinkommens eines Haushalts. Wie bereits erwähnt,

ergeben sich durch die Eindimensionalität dieses Ansatzes bestimmte Problematiken. Besonders kritisch ist dabei das Fehlen geschlechterdifferenzierter Daten zu sehen. Mittlerweile werden deshalb Umfang und spezifische Armutsrisiken für Frauen in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. (Vgl. Sellach, 2010: 471) Da statistische Erhebungen in der Regel auf dem Konzept des Ressourcenansatzes basieren, beziehen sich die erhobenen Daten einzig auf die Haushaltsvorstände bzw. die Person mit dem höchsten Haushaltseinkommen – in beiden Fällen zumeist Männer. Der mögliche Beitrag zum Haushaltseinkommen von weiteren Haushaltsmitgliedern wird nach dem OECD-Modell des Äquivalenzeinkommens gewichtet und stimmt daher nicht mit dem tatsächlichen Umfang überein. Die reale Einkommenssituation von nicht alleinlebenden Frauen und die daraus resultierenden spezifischen Armutsrisiken können mit statistischen Verfahren, die dem Ressourcenansatz verpflichtet sind, somit nicht akkurat erfasst werden. (Vgl. Sellach, 2010: 471-472) Tatsächlich entspricht das Äquivalenzeinkommen lediglich einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen (vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 135). Ungleichheiten in der Ressourcenverteilung innerhalb eines Haushaltes werden durch die Wahl des Ressourcenansatzes und des Haushaltseinkommens als Bezugsgröße ausgeblendet. Die eingesetzte Messmethode setzt voraus, dass entweder alle Mitglieder eines Haushalts von Armutsgefährdung betroffen sind oder keines. Dabei wird nicht berücksichtigt, wie sich die finanzielle Situation der einzelnen Personen tatsächlich gestaltet und wie viel Geld real zur Verfügung steht. Da bestehende geschlechterspezifische Rollenbilder und zugewiesenen Aufgabenverteilungen zwischen Männern und Frauen zumeist bewirken, dass Frauen oft keine oder nur geringe Einkommen haben, kann von der Annahme ausgegangen werden, dass die Entscheidungsmacht über die finanziellen Mittel in einem geteilten Haushalt nicht gleichberechtigt verteilt ist. Daher kann darauf geschlossen werden, dass der Ressourcenansatz das Armutsrisiko von Frauen unzureichend abbildet und in weiterer Folge die Armutsgefährdung von Frauen weitgehend unterschätzt. (Vgl. Lamei / Skina-Tabue, 2011: 127)

Christoph Butterwegge weist in diesem Zusammenhang auf die Problematik hin, dass im öffentlichen Diskurs sowie auch in der Fachliteratur die Auslöser von Armut häufig mit deren Ursachen verwechselt werden. Die strukturellen Zusammenhänge und gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen Menschen sozialisiert werden und leben, bilden die ursächliche Grundlage bzw. Voraussetzung für Prekarisierungsprozesse und, in letzter Konsequenz, für Armut. Bestimmte Ereignisse im Leben eines Menschen können als Auslöser für solche Entwicklungen oder für ihre vollständige Wirkungsentfaltung verstanden werden. So scheinen im Lebenslauf einer Person einschneidende Erlebnisse wie der Tod des (Familien-)Ernährers,

die Scheidung vom Partner, Arbeitslosigkeit oder Krankheit als Ursachen eines sozialen Abstiegs auf, der überwiegend Frauen, Mütter und/oder deren Kinder trifft. Diese Ereignisse müssen jedoch vielmehr als Auslöser verstanden werden und nicht als Ursache, da die Betroffenen bereits vor dem Schicksalsschlag durch die strukturellen Zusammenhänge und gesellschaftlichen Verhältnisse unzureichend abgesichert waren und deshalb erst in Gefahr geraten können, von Armut betroffen zu sein. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 44)

2.3. „Ist Armut weiblich?": Die Bedeutung von Armut für Frauen

Eine Betrachtung der statistischen Daten zur Armuts- und sozialen Ausgrenzungsgefährdung in Österreich zwischen 2010 und 2018, erhoben durch Eurostat und Statistik Austria, hat verdeutlicht, dass Frauen stärker armuts- und sozial ausgrenzungsgefährdet sind als Männer, auch wenn die Unterschiede nicht gravierend ausfallen. Die nähere Auseinandersetzung mit dem Ressourcenansatz als Messverfahren für die Bestimmung von Armutsgefährdung unter Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht im Kapitel 2.2.4. hat aufgezeigt, dass die reale Einkommenssituation und die daraus resultierenden Armutsrisiken für Frauen in Mehrpersonenhaushalten nicht akkurat erfasst werden können. Es bedarf deshalb einer intensiveren Beschäftigung mit der Problematik, die über die in offiziellen Statistiken erhobenen Daten hinausgeht. Um Armut umfassend analysieren zu können, braucht es nach Christoph Butterwegge eine grundlegende Auseinandersetzung mit ihren Ursachen. Entscheidend ist dabei die Betrachtung der Frage, ob es sich bei Armut um ein selbstverschuldetes Schicksal handelt oder der Ursprung in einem gesellschaftlichen Problem liegt. Wenn die Verantwortung für Armut bei den Betroffenen selbst verortet werden kann, scheint es auszureichen Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Handelt es sich jedoch um ein gesellschaftliches Problem, so müssen die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen in den Blick genommen werden. Der öffentliche Diskurs konzentriert sich zumeist nur auf zwei Strategien als Gegenmaßnahmen zur Armut: Arbeit und Bildung. Dabei werden jedoch die ursächlichen strukturellen Bedingungen, die zur Armut führen, verkannt. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 249) Auslöser und Entstehungsursachen werden sowohl in der Fachliteratur als auch im öffentlichen Diskurs häufig verwechselt. Besonders im Hinblick auf Frauenarmut scheinen bestimmte einschneidende Erlebnisse im Lebenslauf, wie z.B. der Tod des Familienernährers, Trennung bzw. Scheidung vom (Ehe-)Partner oder der Verlust des Arbeitsplatzes die Ursache von materieller Not zu sein. Die genannten Ereignisse können zwar als Anlässe auftreten, die Prekarisierungs- und Pauperisierungsprozesse auslösen oder diese verschärfen können. Es sind jedoch die strukturellen Zusammenhänge und die gesellschaftlichen Verhältnisse unter denen

Menschen leben, die die Voraussetzungen für diese armutsgefährdenden Prozesse bilden. Schicksalshafte Ereignisse können verantwortlich für den sozialen Abstieg von Frauen erscheinen, tatsächlich waren die Betroffenen jedoch schon lange zuvor unzureichend abgesichert und daher einer Armutsgefahr ausgesetzt. Bestimmte Ereignisse können also Auslöser für Armut im Leben von Frauen sein, die Ursachen liegen jedoch in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 44)

2.3.1. Soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Armut

Um Frauenarmut in Österreich tatsächlich fassen zu können, braucht es eine qualitative Analyse, die sich nicht nur an den offiziellen statistischen Daten orientiert. In dieser Magisterarbeit werden zur Auseinandersetzung mit der ökonomischen Situation von Frauen die drei zentralen Instanzen der sozialen Sicherung in Österreich, nämlich Erwerbsarbeit, Familie und Sozialstaat (vgl. z.B. Tálos, 1997) herangezogen. Davon abgeleitet ergibt sich das Armutsrisiko für Individuen in Österreich. Es folgt deshalb eine Analyse aller drei Instanzen (Erwerbsarbeit als Mikroebene, Familie als Mesoebene und Sozialstaat als Makroebene) im Einzelnen und ihrer gegenseitigen Überschneidungen in Kapitel 2.3.2.

Die bisherigen Befunde der Frauen- und Geschlechterforschung zu Frauen und Armut verdeutlichen, dass es sich generell nicht um ein individuell verschuldetes Problem handelt, sondern strukturelle Ursachen in den Blick genommen werden müssen. Die Bedeutung von Armut speziell für Frauen wird bereits seit Mitte der 1970er Jahre in der Frauenforschung und später in der Geschlechterforschung untersucht, sichtbar gemacht und mit der Phrase „Feminisierung der Armut“ bzw. der These „die Armut ist weiblich“ zusammengefasst. (Vgl. Sellach, 2010: 471) Nach Sellach konnten die bisherigen Studien zu Frauenarmut der Frauen- und Geschlechterforschung zeigen, dass die Struktur der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die Diskriminierung von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt und das System der sozialen Sicherung als Bedingungen für die geschlechterspezifischen Armutsrisiken für Frauen festgemacht werden müssen. Darüber hinaus haben sich neuere Studien auch mit dem spezifisch weiblichen Armutsrisiko durch häusliche Gewalt auseinandergesetzt. Die Frauenforschung hat sich zudem mit der Situation von armen Frauen „in besonderen Lebenslagen“, z.B. obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung oder Frauen mit Migrationserfahrungen beschäftigt und charakterisiert die Lage von Frauen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit als deprivierter, gemessen an der Lage von Männern in vergleichbaren Situationen. Auch der wissenschaftliche Mainstream im Bereich Armutsforschung konnte aufgrund der statistischen Befunde zur höheren Armutsgefährdung von Frauen die These der „Feminisierung der Armut“ nicht ignorieren.

Nichtsdestotrotz fanden bisher keine theoretischen Begründungen für die spezifischen weiblichen Armutsrisiken Einzug in den wissenschaftlichen Mainstream. (Vgl. Sellach, 2010: 471)

Die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist empirisch nachgewiesen und wird häufig auf das geschlechtsspezifische Berufsspektrum, das niedrigere Gehalt, das Ausmaß an in Teilzeit arbeitenden Frauen und die zugeschriebene Verantwortung für die Reproduktionsarbeit zurückgeführt. Frauen beziehen ihre Existenzsicherung und sozialen Rechte, anders als Männer, nicht überwiegend aus formellen Arbeitsverhältnissen, sondern zumeist aus Transfereinkommen und aus informeller Erwerbsarbeit. Die gesellschaftliche Verpflichtung von Frauen für die Haus- und Familienarbeit birgt ein spezifisches Armutsrisiko in sich, da das soziale Arrangement des partnerschaftlichen Unterhalts immer auch durch eine mögliche Trennung zusammenbrechen kann. (Vgl. Sellach, 2010: 472) Das niedrigere Einkommen von Frauen gegenüber dem von Männern führt zu einer minimierten Möglichkeit der individuellen Absicherung, die sich in geringeren Arbeitslosensätzen und sich später bis in niedrigere Pensionsbezüge fort schreibt (vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 125).

Das derzeitige Konzept von Armutsmessung anhand des Ressourcenansatzes birgt aus Sicht der Frauen- und Geschlechterforschung zwei implizite Problematiken in sich, die bereits im Kapitel 2.2.4. thematisiert wurden: erstens sind die wissenschaftlichen Grundlagen zur Messung von quantitativen Dimensionen von Armut unzureichend geschlechtersensibel ausgerichtet und zweitens werden durch den auf Einkommen reduzierten Ansatz die qualitative Dimension von Arbeit und die Folgen von Armut ausgeblendet, so z.B. soziale Ausgrenzung, gesundheitliche Beeinträchtigung oder die eingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Als Ursache für ein spezifisch weibliches Armutsrisiko können die folgenden gesellschaftlich strukturierten Lebensverhältnisse angeführt werden: die Schwierigkeit für Frauen ein eigenständiges und existenzsicherndes Einkommen zu erwirtschaften, die auf das Geschlecht bezogene vertikale sowie horizontale Segregation von Arbeits- und Berufsfeldern, die Exklusion von nicht erwerbstätigen Frauen aus der sozialen Sicherung und männliche Gewalt im Haushalt. Die frauenspezifischen Armutsrisiken müssen auch im Lichte dieser strukturell begründeten sozialen Ungleichheit der Geschlechter gesehen, analysiert und erforscht werden. (Vgl. Sellach, 2010: 473-474) Die deutsche Politikwissenschaftlerin Ingrid Kurz-Scherf stellt in Bezug auf das Geschlechterverhältnis fest, dass sich auf der einen Seite die soziale Konstruktion von Geschlecht als Identitätskategorie, als Verhaltensnorm und als soziographischer Kompass von traditionellen Vorgaben löst. Auf der anderen Seite bleibt jedoch der innere Zusammenhang zwischen sozialer Konstruktion von Geschlecht, der

Verfasstheit moderner Gesellschaften insgesamt und ihrem Verhältnis zum Rest der Welt weiterhin bestehen. (Vgl. Kurz-Scherf, 2009: 44-45). Kurz-Scherf schreibt in diesem Zusammenhang:

„In der Konsequenz reproduziert sich die soziale Konstruktion von Geschlecht oder auch Geschlecht als soziale Institution als ein systemisch verankertes, ideologisch gestütztes und habituell befestigtes Verhältnis von (männlicher) Suprematie und (weiblicher) Subalternität immer stärker als Effekt vermeintlich geschlechtsneutraler Sachzwänge einer nur vermeintlich geschlechtsneutralen Herrschaftsordnung.“ (Kurz-Scherf, 2009: 45)

Auf Frauenarmut bezogen kann das Beispiel der zugeschriebenen Verantwortung für die Kinderbetreuung die Ansichten von Kurz-Scherf auf das Geschlechterverhältnis verdeutlichen. Aufgrund der vermeintlich geschlechtsneutralen Sachzwänge wird oft innerhalb von Paarbeziehungen argumentiert, dass zwar auch der männliche Partner die Kinderbetreuung übernehmen könnte, es jedoch „sinnvoller“ scheint, wenn die Frau dies tut, da der Mann in vielen Fällen ein höheres Einkommen erzielt. Weder der Mann, noch die Frau würden ihre Entscheidung auf die traditionelle Rollenzuschreibung zurückführen und doch reproduzieren sie mit ihrem Verhalten die soziale Konstruktion von Geschlecht. Frauen übernehmen oft Teilzeitstellen, um Beruf und Kinderbetreuung miteinander zu vereinbaren. Dies führt Frauen in ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Partnern und wirkt sich negativ auf die Anspruchshöhe ihrer Versicherungsleistungen aus. Sollte es zu einer Trennung vom Partner kommen, sind viele Frauen finanziell nicht ausreichend abgesichert, was wiederum Armut zur Folge haben kann.

Nach den Sozialwissenschaftlerinnen Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp steht der Begriff des Geschlechterverhältnisses gleichzeitig für zwei Dinge: zum einen für das gesamte Feld von Regelungen in einem sozialen Gefüge, die die Geschlechterbeziehungen betreffen. Diese Regelungen strukturieren die persönlichen und sachlichen sozialen Beziehungen zwischen Männern und Frauen, gleichzeitig sind sie jedoch auch Bestimmungen des Austausches (z.B. von Leistungen, Arbeit, etc.) sowie des Ausschlusses (z.B. aus Räumen, von Ressourcen, etc.). Die Beziehungen sind kultureller, politischer und ökonomischer Natur und werden von gesellschaftlichen Regelungen sowie Machtverhältnissen bestimmt. Diese Art der Regelungen unterscheidet sich nicht nur je nach Kultur, geschichtlichem Zusammenhang oder Gesellschaftssystem, sondern auch innerhalb einer Gesellschaft, abhängig vom Bereich, der Altersgruppe und der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Zum anderen steht der Begriff des Geschlechterverhältnisses jedoch auch für die Organisationsprinzipien, durch die Frauen und Männer als soziale Gruppen gesellschaftlich in Verhältnis gesetzt werden. Unter diese Organisationsprinzipien können sowohl Trennung und Hierarchisierung als auch Egalität

und Komplementarität zusammengefasst werden. Um das Geschlechterverhältnis klären zu können, muss zuerst festgestellt werden, welche Positionen die sozialen Gruppen in den gesellschaftlichen Hierarchien einnehmen und worin die Legitimationsmuster der geschlechtlichen Rangordnung liegen. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 1995: 18)

Ungleichheit bedeutet nach Auffassung des Wirtschaftswissenschaftlers und Philosophen Amartya Sen für das Individuum immer eine Begrenzung der persönlichen Gestaltungsmöglichkeiten und damit auch der Handlungsspielräume und Verwirklichungschancen eigener Vorstellungen. Die Einschränkungen, die Frauen und Männer dabei erleben, sind nicht einheitlich, sondern gestalten sich auf divergierende Weise:

„There are systematic disparities in the freedom that women and men enjoy in different societies, and these disparities are often not reducible to differences in income and resources. While different wages or payment rates constitute an important part of gender inequality in most societies, there are many other spheres of differential benefits, e.g. in the division of labour within the household, in the extend of care or education received, in the liberties that different members are permitted to enjoy.” (Sen, 1992: 122)

Die bisherige Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis bzw. Ungleichheit der Geschlechter hat aufgezeigt, dass Geschlecht als wichtige Kategorie für die Analyse von Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung in Österreich zu berücksichtigen ist. Im folgenden Kapitel sollen deshalb die geschlechterspezifischen Entstehungszusammenhänge und Ursachen von Armut für Frauen näher behandelt werden.

2.3.2. Entstehungszusammenhänge von Frauenarmut

Die Beantwortung der Frage, unter welchen Bedingungen es zur Entstehung von Armut kommen kann, gestaltet sich als komplex. Die vorliegende Magisterarbeit orientiert sich an drei wesentlichen Entstehungszusammenhängen, die von Butterwegge und weiteren WissenschaftlerInnen im Kontext von Kinderarmut herausgearbeitet und später von den Sozialwissenschaftlerinnen Nadja Lamei und Magdalena Skina-Tabue auf die geschlechterspezifische Armutslage von Frauen übertragen wurden. Die Ursachen liegen Butterwegge et al. zufolge vor allem in den folgenden Faktoren begründet, die sich mit den drei zentralen Instanzen sozialer Sicherung in Österreich nach Tálos (1997) decken: erstens in deregulierten, liberalisierten und daher von sozialer Sicherung abgekoppelten Arbeitsmärkten, zweitens in neuen und vielfältigen Familienkonstellationen, die von der „Normalfamilie“ abweichen und oft geringere materielle Sicherheit bieten und drittens im tendenziellen Abbau des Sozialstaats (vgl. Butterwegge/Holm/Imholz/Klundt/Michels/Schulz/Wuttke/Zander/Zeng, 2004: 101-102; Lamei/Skina-Tabue, 2011: 128).

Der Übertragung auf geschlechterspezifische Armutslagen nach Lamei und Skina-Tabue folgend, sind drei Ebenen hervorzuheben, die entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Lage von Personen und deren Haushalten nehmen und somit auch als Ursache von Armut aufgefasst werden können:

1. die Form und der Umfang der Erwerbsbeteiligung von Individuen und das daraus verfügbare Erwerbseinkommen;
2. das Zusammenwirken von unterschiedlichen Einkommen im Haushalt, womit nicht nur Einkünfte aus der Erwerbsarbeit gemeint sind, sondern auch Pensionen, Sozialtransfers, Kapitaleinkommen und Privattransfers; außerdem die Auswirkungen von einkommens- und nichteinkommensbeziehenden Mitgliedern eines Haushalts auf das Haushaltseinkommen und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Einflüsse bezüglich des Armutsrisikos;
3. die direkten und indirekten Effekte staatlichen Handelns auf den Lebensstandard, wie z.B. die Art und Höhe von Sozialleistungen.

(Vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 128)

Um die spezifische Armutsgefährdung von Frauen verstehen zu können, werden in dieser Magisterarbeit alle drei Ebenen von Armutsursachen mithilfe theoretischer Perspektiven aus der Frauen- und Geschlechterforschung sowie anhand der für Österreich spezifischen empirischen Daten behandelt. Die drei angeführten Ebenen stehen dabei nicht für sich alleine, sondern sind untrennbar miteinander verwoben. So wirken z.B. sowohl das individuelle Handeln als auch staatliche Leistungen auf den Lebensstandard eines Haushalts ein. Die drei Ebenen können auch als Bestimmungsfaktoren für Armut anhand einer Mikro-Makro-Achse verortet werden. Das individuelle Einkommen und die Möglichkeiten bzw. Aussichten ein Einkommen zu erwirtschaften sind dabei auf der Mikroebene angesiedelt. Die Mesoebene ist gleichzusetzen mit dem Haushalt und den dort zusammengetragenen Einkünften sowie deren Umverteilung unter den Haushaltsmitgliedern. Die Makroebene bildet die Umverteilung auf gesellschaftlicher Ebene durch staatliche Interventionen ab. (Vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 129) Jede der drei Ebenen nimmt eine entscheidende Rolle in der Betrachtung von Geschlechterunterschieden und Armut ein, weshalb im Folgenden eine näher Auseinandersetzung mit ihnen stattfindet.

2.3.2.1. Geschlechterleitbilder als gesellschaftliche Vorbedingung

Von zentraler Bedeutung sind im Zusammenhang mit den Entstehungszusammenhängen von Armut sowohl auf Mikro-, Meso- als auch Makroebene die Geschlechterleitbilder, welche Frauen und Männern zwar „von Natur aus“ gewisse Eigenschaften zuschreiben, historisch betrachtet jedoch in enger Verbindung mit der Trennung von öffentlicher und privater Sphäre im Zuge der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise stehen. Behning beschreibt, dass die Trennung der Produktions- von der Konsumtionssphäre gleichzeitig auch zu einer Unterscheidung zwischen dem Produktions- und Reproduktionsbereich beigetragen hat. Durch staatliche Unterstützung und durch das Handeln politischer AkteurInnen wurde der familiäre Arbeitsbereich der privaten Sphäre zugeordnet, während die Marktökonomie die öffentliche Sphäre einnahm. Die private Sphäre bzw. Reproduktionsarbeit wurde Frauen mit der Begründung zugewiesen, dass sie über die Fähigkeit verfügen Kinder zu gebären. Die Aufteilung in öffentliche und private Sphäre anhand einer biologisierenden und naturalisierenden Argumentation findet somit ihren Ausgangspunkt im 19. Jahrhundert und dem Wechsel vom feudalistischen zum kapitalistischen System. Im Feudalsystem waren der häusliche und der wirtschaftliche Arbeitsbereich untrennbar miteinander verbunden. Erst im Zuge der kapitalistischen Produktionsweise bildeten sich, zugeschnitten auf die dichotome Trennung der Arbeitssphären, die auch heute noch bestehenden Geschlechterleitbilder bzw. Geschlechtercharaktere heraus. Frauen erfahren ab diesem Zeitpunkt eine Zuschreibung von Eigenschaften, die traditionell gleichgesetzt werden mit Mütterlichkeit, Fürsorge, Häuslichkeit, Reinheit, Einfühlungsvermögen, Emotionalität, Anteilnahme oder Tugendhaftigkeit. Männern hingegen werden die Charaktereigenschaften Stärke, Aggression, Aktivität oder Emotionslosigkeit zugeschrieben. Diese Geschlechterleitbilder haben sich über die Jahrzehnte kulturell adaptiert und verfestigen die Auffassung, dass Frauen und Männern von „Natur“ aus unterschiedlich sind. Gleichzeitig legitimieren und reproduzieren die Geschlechterleitbilder die jeweils zugeschriebenen, getrennten Arbeitssphären. (Vgl. Behning, 2004: 193) Die Geschlechterleitbilder haben auch Auswirkungen auf das Familienleitbild und machten es nicht nur zum postulierten Inbegriff des Privaten, sondern halten auch als gesellschaftspolitische Legitimationsquelle die Trennung zwischen privater und öffentlicher Arbeitssphäre aufrecht. Das Leitbild der Familie im deutschsprachigen Kontext besteht in einem heterosexuellen, verheirateten Ehepaar mit Kind bzw. Kindern. Familienpolitik kann in diesem Kontext laut Behning deshalb nie unabhängig von Geschlechterpolitik gesehen werden. Die Trennung der Arbeitssphären erweist sich nicht nur aufgrund ihrer Vergeschlechtlichung problematisch, sondern auch, weil Frauen durch die Zuteilung der unbezahlten Arbeit in ein ökonomisches

Abhängigkeitsverhältnis zu ihren verdienenden männlichen Partnern gesetzt werden. (Vgl. Behning, 2004: 194)

2.3.2.2. Mikroebene: Individuelles Einkommen und Einkommenschancen

Für Personen im erwerbsfähigen Alter stellt Lohnarbeit die entscheidende Einnahmequelle für die Bestreitung des Lebensunterhalts dar. Auf der Gesellschaftsebene besteht die Übereinkunft, dass bezahlte Erwerbsarbeit dazu dient ein Leben abseits von Armut führen zu können. Dies lässt sich auch so deuten: wer einer bezahlten Arbeit nachgeht, hat bereits die Grundvoraussetzung dafür geschaffen nicht von Armut betroffen zu sein. Im Allgemeinen gilt sowohl für Männer als auch Frauen, dass Lohnarbeit das wichtigste Mittel zur Armutsbekämpfung bzw. für den Weg aus der Armut darstellt. Als Voraussetzungen dafür muss es jedoch einerseits genügend Arbeitsmöglichkeiten geben, damit jede Person, die arbeiten möchte, dies auch tun kann und dadurch auch mehr Menschen in den Prozess der Erwerbsarbeit miteinbezogen werden. Andererseits braucht es die Entlohnung der Arbeitsverhältnisse auf einem Niveau, welches angemessen ausfällt und vor allem über der Armutsgrenze liegt. (Vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 129) Obwohl bezahlte Erwerbsarbeit für Männer und Frauen als bedeutendste Absicherung vor Armut gilt, gestalten sich die ökonomische Integration und Situation am Arbeitsmarkt in der Realität für beide Geschlechter zur Gänze anders. Das soll im Folgenden genauer erläutert werden.

Gemäß der Wirtschaftswissenschaftlerin Christa Schlager gilt der Arbeitsmarkt aus der Sicht der Wirtschaftspolitik als neutrale Instanz, die keine Unterscheidung zwischen Frauen und Männern vornimmt. Entgegen solchen Ansichten muss der Markt jedoch als Regulierungsform verstanden werden, welche nicht außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse steht, sondern bestehende männliche Machtstrukturen reproduziert. Der Arbeitsmarkt spiegelt die gesellschaftlichen Strukturen, die ihn umgeben, wider und verhält sich daher nicht so neutral, wie dies oft suggeriert wird. Die Grundvoraussetzungen für Frauen in der Gesellschaft und entsprechend auch am Arbeitsmarkt sind anders als die von Männern, da beiden Geschlechtern unterschiedliche Rollen zugeschrieben werden. In diesem Sinne erfahren auch die Realitäten der Lebenssphären von Männern und Frauen unterschiedliche Prägungen. Als verdeutlichendes Beispiel kann hier die Reproduktionsarbeit genannt werden, die auch heute noch immer zum Großteil von Frauen geleistet wird. In der vorliegenden Magisterarbeit werden unter Reproduktionsarbeit all jene Tätigkeiten verstanden, die die Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen umfassen. Da Reproduktionsarbeit in der Regel unbezahlt verrichtet

wird und daher keinen offiziellen monetären Wert besitzt, stellt sie für die Wirtschaftspolitik einen blinden Fleck dar und wird auch allgemein in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung und Wertschätzung nicht als bedeutsam anerkannt. Tatsächlich nimmt die unbezahlte Reproduktionsarbeit aber eine zentrale Rolle für das Funktionieren des Wirtschaftssystems ein. Wie die Auseinandersetzung mit Reproduktionsarbeit zeigt, bedient die Wirtschaftspolitik einen strukturell männlichen Fokus und ist auf männliche Anliegen ausgerichtet. (Vgl. Schlager, 2009: 127) Als aktuelles Beispiel für Österreich sei hier die Einführung des 12-Stunden-Arbeitstags seit 01.09.2018 zu nennen, welcher bereits im Vorfeld unter anderem heftig dafür kritisiert wurde eine Flexibilität der ArbeitnehmerInnen vorauszusetzen, die besonders in Hinblick auf Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen, welche überwiegend von Frauen übernommen werden, nicht möglich ist.

Interessen, die im Arbeitskontext als „weiblich“ bezeichnet werden können, da noch immer hauptsächlich Frauen einer Doppelbelastung durch Lohn- und Reproduktionsarbeit ausgesetzt sind, werden von der Wirtschaftspolitik ausgeblendet. In einem System agierend, welches die männliche, lückenlose Erwerbsbiographie als Norm postuliert, erscheint die weibliche Erwerbsbiographie, welche insbesondere geprägt ist von der Erfüllung gesellschaftlich zugeschriebener Aufgaben im Reproduktionsbereich, als weniger bedeutsam. Der Markt als Hauptverteiler von Ressourcen wie Einkommen und Vermögen erzeugt als Teil dieser Dynamik enorme Ungleichheiten. Schlussendlich muss auch darauf die höhere Armutsgefährdung von Frauen zurückgeführt werden, die sich konstant durch alle Lebenslagen zieht. (Vgl. Schlager, 2009: 127)

Ein Blick auf die Erwerbsquote von Frauen zwischen 15 und 64 Jahren in Österreich zeigt, dass sich diese trotz der Doppelbelastung von Frauen in den letzten Jahren erhöht hat. Im Jahr 2006 lag der Anteil bei 62,2% und stieg im Jahr 2016 bereits auf 67,7% an. (Vgl. Statistik Austria, 2019b) Diese zunehmende Tendenz von Erwerbsbeteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt ist nach der Politik- und Sozialwissenschaftlerin Ute Behning nicht nur ein auf Österreich beschränktes Phänomen, sondern lässt sich seit den 1980er Jahren in allen Staaten Westeuropas feststellen. In ihrem Aufsatz „Arbeit und Arbeitsteilung“ erörtert Behning, dass sich der typisch männlich konnotierte Industriesektor in einer Krise befindet, während der Dienstleistungsbereich als typisch weiblich konnotierter Sektor verstärkt ausgebaut wird. Diese Tendenz scheint darauf hinzudeuten, dass sich die Geschlechterleitbilder positiv auf die Erwerbschancen für Frauen auswirken, da die Nachfrage nach Qualifikationen, die als typisch weiblich gelten, zunimmt. Typisch männlich zugeschriebene Qualifikationen hingegen verlieren am Arbeitsmarkt an Stellenwert. Diese Entwicklung wird auch als „Feminisierung

von Erwerbsarbeit“ bezeichnet. (Vgl. Behning, 2004: 192) In den ersten Nachkriegsjahrzehnten bestimmte das Bild des männlichen Vollzeitarbeiters im Industrie- und Gewerbesektor den österreichischen Arbeitsmarkt. Zurückzuführen ist dies vor allem auf das damalige starke Wirtschaftswachstum, den vermehrten Arbeitskräftebedarf und daraus resultierende sichere Arbeitsplätze sowie die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die den Mann als Haupternährer der Familie konstituierte – Frauen spielten am Arbeitsmarkt eine untergeordnete Rolle. Selbst als es Mitte der 1960er Jahre dank des stetigen Wirtschaftswachstums zu einer Arbeitskräfteknappheit kam, wurde zuerst auf Arbeitsmigration als Lösung zurückgegriffen und nicht auf die Inklusion von Frauen in den Arbeitsmarkt. So gingen im Jahr 1971 in Österreich nur 49% aller Frauen zwischen 15 und 64 Jahren einer Erwerbsarbeit nach. Der Anteil der männlichen Bevölkerung lag mit 86% deutlich darüber. Als zu Beginn der 1980er Jahre der zunehmende, internationale Wettbewerb und die voranschreitende Technologisierung im industriellen Sektor zu einem Anstieg der Arbeitslosenrate führten, nahm gleichzeitig auch die Erwerbsquote von Frauen zu, während sich die Erwerbstätigkeit unter den Männern zugleich reduzierte. Im Jahr 1981 stieg die Erwerbsbeschäftigung unter Frauen zwischen 15 und 64 Jahren in Österreich bereits auf 54% an, zehn Jahre später waren 56% der weiblichen Bevölkerung berufstätig. Trotz dieser Entwicklungen wurde der Lohn von Frauen weiterhin lediglich als Zuverdienst für die Familie gewertet. (Vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 129)

Bis heute schreibt sich die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen als Tendenz fort und es besteht mittlerweile auch politischer Konsens darüber, dass der weibliche Anteil am Arbeitsmarkt noch weiter ausgebaut werden muss. Dies ist nicht zuletzt auf die politischen Vorgaben der Europäischen Union zurückzuführen: im Zuge des Vertrags von Amsterdam im Jahr 1997 hatten die damals 15 Mitgliedsländer beschlossen ihre Beschäftigungspolitiken zu koordinieren und mit der allgemeinen Erwerbsbeteiligung auch die Frauenquote am Arbeitsmarkt zu erhöhen. (Vgl. Behning, 2004: 197) Die Erwerbsquote von Frauen in Österreich ist von 64,8% im Jahr 2008 auf 68,6% im Jahr 2018 angestiegen. Die Erwerbsbeteiligung von Männern ist im Vergleichszeitraum relativ konstant geblieben, liegt jedoch im Jahr 2008 mit 76,8% und im Jahr 2018 mit 77,4% weiterhin auf einem höheren Niveau als bei Frauen. (Vgl. Statistik Austria, 2019e)

Betrachtet man die zunehmende Frauenerwerbsquote in Österreich über die Jahre, so zeigt sich, dass in der jüngsten Vergangenheit zum Großteil neue Teilzeitarbeitsplätze entstanden sind. Der Anteil an Teilzeitstellen in Österreich lag Mitte der 1970er Jahre bei unter sieben Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in Österreich. Im Jahr 2016 hat sich die Quote im Vergleich

dazu mit 28,7% mehr als vervierfacht. (Vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 130) Der Anstieg der Teilzeitbeschäftigungen ist jedoch nicht gleichmäßig zwischen den Geschlechtern aufgeteilt, sondern beschränkt sich fast ausschließlich auf Frauen. Im Jahr 2008 waren 8,2% der männlichen erwerbsfähigen österreichischen Bevölkerung in einem Teilzeitverhältnis beschäftigt, im Jahr 2018 schon 11,2%. Bei Frauen lag der Anteil 2008 hingegen bei 41,6% und stieg bis zum Jahr 2018 auf nunmehr 47,5% an. (Vgl. Statistik Austria, 2019e) Die Begründung für den hohen Anteil an teilzeitbeschäftigten Frauen in Österreich ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Betreuungspflicht für Kinder hauptsächlich den Müttern zugeschrieben wird und damit nur sehr schwer eine gleichzeitige Vollzeitbeschäftigung vereinbart werden kann. Dies verdeutlichen auch die Zahlen für das Jahr 2016, wo erfasst wurde, dass 75,1% aller Frauen im Alter zwischen 25 und 49 Jahren mit Kindern unter 15 Jahren einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen. Bei Männern mit Kindern unter 15 Jahren, in der Altersgruppe zwischen 25 und 49, lag der Anteil hingegen nur bei 6,9%. Die Aufgabe der Kinderbetreuung befindet sich somit noch immer deutlich im Verantwortungsbereich der Mütter. Die Einkünfte aus der Teilzeitbeschäftigung von Frauen werden als Zusatzeinkommen für die Familie aufgefasst, während die Kinderbetreuung unentgeltlich als „Liebesdienst“ gewertet wird. (Vgl. Statistik Austria, 2019b) Bei einer Erhebung der Statistik Austria im Jahr 2018 gaben 37% der Teilnehmerinnen als Grund für die Teilzeitbeschäftigung die Betreuungspflicht für Kinder oder Angehörige an. Bei Männern waren die genannten Gründe lediglich für 5,1% der befragten Teilnehmer ausschlaggebend. In der Altersgruppe 30 bis 44 Jahre gaben sogar 67% der befragten Frauen an aufgrund von Betreuungspflichten nur Teilzeit zu arbeiten, der Anteil der Männer lag nur bei 13,2%. Für Männer zählte als einer der Hauptgründe für Teilzeitbeschäftigung mit 21,4% die schulische oder berufliche Aus- bzw. Fortbildung. Bei Frauen traf dies nur bei 7,9% als Begründung zu. Als wichtigster Grund wurde bei Männern mit 23,7% kein Wunsch nach einer Vollzeittätigkeit genannt, bei Frauen bestand dieser Grund bei 21,6%. (Vgl. Statistik Austria, 2019e)

Auch wenn Frauen einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen und ihr Lebenslauf keinerlei Unterbrechungen bzw. Lücken aufweist, finden sich Frauen nichtsdestotrotz beim Pensionsantritt in einer schlechteren finanziellen Ausgangssituation wieder als Männer. Zurückführbar ist dies hauptsächlich auf die geschlechterspezifischen Lohnunterschiede. Das Stichwort lautet hier „Gender-Pay-Gap“, der 2017 in der Privatwirtschaft 19,9% Unterschied im Bruttostundenverdienst ausgemacht hat. (Vgl. Statistik Austria, 2019c) Der Begriff Gender-Pay-Gap bezeichnet die geschlechterspezifische Entgeltdiskriminierung, nach welcher Frauen einzig aufgrund ihres Geschlechts einen niedrigeren Lohn erhalten als Männer. Der Gender-

Pay-Gap ist ein EU-Indikator, der anhand der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von unselbstständigen Beschäftigten einheitlich die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern bestimmt. Betrachtet man die Entwicklungen der letzten zehn Jahre in Österreich, so hat sich der vom standardisierten Bruttostundenverdienst abgeleitete Indikator des Gender-Pay-Gaps von 25,5% im Jahr 2007 auf 19,9% im Jahr 2017 reduziert. Nichtsdestotrotz liegt Österreich im Jahr 2017 über dem EU-Durchschnitt von 16,0%. (Vgl. Statistik Austria, 2019c) Auf Grundlage der Einkommensdaten von 2014 hat die Statistik Austria eine Untersuchung zu den beobachtbaren und unbeobachtbaren Faktoren durchgeführt, die den Gender-Pay-Gap beeinflussen, um so die Gründe für die Lohnunterschiede zu untersuchen. Für das Jahr 2014 lag der Gender-Pay-Gap gemessen am Bruttostundenverdienst in der Privatwirtschaft bei insgesamt 22,2%. Unter die beobachtbaren Faktoren sind Merkmale wie Branche, Beruf, Bildungsniveau, Alter, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Vollzeit- oder Teilzeitanstellung, Art des Arbeitsvertrags, Region und Unternehmensgröße zusammengefasst. Werden die genannten Merkmale für die Berechnung miteinbezogen, verringert sich der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen auf 13,6%, mehr als die Hälfte des Gender-Pay-Gaps kann jedoch unter Berücksichtigung der angeführten Faktoren trotzdem nicht erklärt werden. Es gibt somit faktisch keinen beobachtbaren Grund, warum Frauen um 13,6% weniger verdienen als Männer. (Vgl. Statistik Austria, 2019c) Bei der Untersuchung der Statistik Austria handelt es sich nicht um die einzige wissenschaftliche Studie über die geschlechterspezifischen Lohnunterschiede in Österreich, die verdeutlichen konnten, dass unabhängig von der Berufsbranche oder -klasse Frauen ein geringeres Einkommen erzielen als Männer. Dieser Umstand trifft selbst dann zu, wenn der Einkommensvergleich arbeitsbereinigt mit jenem der männlichen Kollegen stattfindet und berufliche Stellung und Ausbildung als zusätzliche Faktoren herangezogen werden. Die mit dem Gender-Pay-Gap erfasste geschlechterspezifische Einkommensdiskriminierung von Frauen ist ein komplexes Phänomen, welches sich nicht durch Defizite auf Seiten der Frauen oder aufgrund einer einzigen Ursache erklären lässt. (Vgl. Hönig/Kreimer, 2005: 44-45) Als Konsequenz des Gender-Pay-Gaps erhalten Frauen nicht nur für die gleiche Arbeit weniger Lohn, sondern auch ihre Arbeitslosenbezüge sind im Falle eines Verlustes ihrer Lohnarbeit dementsprechend niedriger, außerdem fallen auch Pensionen bzw. die Rentenhöhen für Frauen durch die Diskriminierung geringer aus als bei Männern. Die Konsequenzen der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede schreiben sich also bis zum niedrigeren Pensionsanspruch fort, was als „Gender-Pension-Gap“ bezeichnet wird. Frauen sind deshalb speziell ab Pensionsantritt einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als Männer, da

die Pensionshöhe nicht notwendigerweise über der Armutsgrenze liegen muss und Frauen daher oftmals darunterliegende Beiträge erhalten. (Vgl. Grabka/Jotzo/Rasner/Westermeier, 2017: 87)

Wie bereits angesprochen wurde, bezieht sich die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen hauptsächlich auf Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor, was wiederum spezifische Problematiken in sich birgt (vgl. Behning, 2004: 192). Die Sozialpsychologin Regina Becker-Schmidt und die Soziologin Helga Krüger haben für Deutschland herausgearbeitet, dass der Weg in den Dienstleistungssektor für Frauen vielfach bereits im Bildungssystem geebnet wird. Durch die tradierten geschlechtlichen Rollenbilder werden Frauen in der Ausbildung vor dem eigentlichen Eintritt in den Arbeitsmarkt auf den tertiären Arbeitssektor vorbereitet. Männern hingegen steht eine Auswahl an Ausbildungsplätzen in einer Vielzahl von Branchen und Industrien offen. Die Arbeitsfelder, in denen Frauen Lehrlingsplätze finden, sind eher begrenzt. Junge Frauen werden bereits während der Ausbildung auf den tertiären Sektor eingestimmt und zwar überwiegend auf den Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen. (Vgl. Becker-Schmidt/Krüger, 2009: 27)

Aufgrund der räumlichen und kulturellen Nähe lassen sich Parallelen zur österreichischen Ausbildungslandschaft ziehen. So waren 2016 laut der WKO-Lehrlingsstatistik für Österreich die meisten männlichen Lehrlinge in den folgenden zehn Berufen zu finden: Metalltechniker, Elektrotechniker, Kraftfahrzeugtechniker, Einzelhandelskaufmann, Installations- und Gebäudetechniker, Maurer, Tischler, Koch, Mechatroniker und Informationstechnologe. Bei den jungen Frauen waren die meisten Lehrlinge hingegen in den folgenden zehn Berufen vertreten: Einzelhandelskauffrau, Bürokauffrau, Friseurin und Perückenmacherin, Köchin, Restaurantfachfrau, Pharmazeutisch-Kaufmännische Assistenz, Verwaltungsassistentin, Hotel- und Gastgewerbeassistentin, Metalltechnikerin und Konditorin. (Vgl. WKO, 2019)

Bei männlichen Jugendlichen dominieren somit Lehrplätze in technischen Berufen, während bei weiblichen Jugendlichen der personenbezogene Dienstleistungssektor als Ausbildungsort überwiegt.

Die bis heute andauernde Beschäftigungsexpansion im Zuge des an Bedeutung gewinnenden Dienstleistungssektors geht zugleich einher mit grundlegenden Veränderungen in der Qualität von Arbeitsverhältnissen. Bei einer Vielzahl neu entstandener Arbeitsplätze handelt es sich um Teilzeitstellen und geringfügige Anstellungen, oder aber um Leiharbeit, Solo-Selbstständige und befristete Dienstverhältnisse. Der Dienstleistungssektor ist besonders von der Durchsetzung niedriger Lohnsätze betroffen und wird als Experimentierfeld für die Etablierung von neuen, zumeist prekären Beschäftigungsverhältnissen genützt. (Vgl. Bosch/Weinkopf, 2011: 439)

Der Anteil an Frauen in Arbeitsbranchen mit niedrigem Lohnniveau ist überproportional hoch. Zu den Niedriglohnbeschäftigten zählen all jene Personen, die pro

Stunde brutto weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdienen. Sowohl auf Normalarbeitsverhältnisse bezogen als auch bei atypischen Beschäftigungen war die Gruppe von Frauen, die Niedriglöhne erhielten, mit 16,7% bei normalen und 26,8% bei atypischen Beschäftigungen im Jahr 2014 in Österreich überdurchschnittlich groß. Im Vergleich dazu lag auch der Anteil der Männer mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Niedriglohn mit 23,2% hoch, jedoch ist dieser Wert trotzdem unter dem von Frauen angesiedelt. Betrachtet man den Anteil von niedriglohnbeschäftigten Männern, die sich 2014 in Normalarbeitsverhältnissen befanden, so liegt der Wert mit 6,1% bei weniger als der Hälfte des vergleichbaren Anteils bei Frauen. (Vgl. Statistik Austria, 2019d)

Die Betrachtung der individuellen Einkommenschancen von Frauen, angesiedelt auf der Mikroebene der Bestimmungsfaktoren von Armut, hat gezeigt, dass die Geschlechterzugehörigkeit einen entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Lage und damit auf das Armutsrisiko von Frauen ausübt. Bezahlte Erwerbsarbeit gilt für Männer und Frauen in gleicherweise als bedeutendste Absicherung vor Armut, die Grundvoraussetzungen am Arbeitsmarkt gestalten sich für beide Geschlechter jedoch wie gezeigt unterschiedlich. Der Arbeitsmarkt stellt keine neutrale Instanz dar, sondern reproduziert männliche Machtstrukturen, weshalb selbst die steigende Frauenerwerbsquote nicht zu gerechteren Verhältnissen beitragen kann. Frauen arbeiten aufgrund von zugeschriebenen Kinderbetreuungspflichten überwiegend in Teilzeit, sie sind überproportional in schlecht bezahlten und prekären Beschäftigungsverhältnissen vertreten und selbst wenn sie einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, einen lückenlosen Lebenslauf vorweisen und in den gleichen Branchen wie Männer beschäftigt sind, verdienen Frauen dennoch weniger als ihre männlichen Kollegen. Als Konsequenz tragen die niedrigeren Einkommenschancen und die Diskriminierungen am Arbeitsmarkt zu einer höheren Armutsgefährdung von Frauen bei.

2.3.2.3. Mesoebene: Mehrpersonenhaushalte und Haushaltseinkommen

Die geschlechterbezogene Lohndiskriminierung in Form des Gender-Pay-Gaps und ein beispielsweise durch Kinder- und Angehörigenbetreuung lückenhafter Versicherungsverlauf wirken sich, wie bereits angedeutet, negativ auf die Pensionsansprüche von Frauen als Gender-Pension-Gap aus. Das Armutsrisiko von Frauen im Alter gestaltet sich dementsprechend weitaus höher als bei Männern. Alleinlebende Frauen mit Pension waren im Jahr 2017 zu 27% von Armutsgefährdung betroffen, während der Wert bei alleinlebenden Männern mit Pension im Gegensatz dazu 16% betrug. Wie die Auseinandersetzung mit der Armutsrisikostuktur in

Österreich in Kapitel 2.2.2. jedoch gezeigt hat, sind es statistisch betrachtet vor allem Alleinerziehenden-Haushalte, die von Armut betroffen sind. Darunter werden Haushalte mit nur einem Elternteil gezählt, wobei sich diese fast ausschließlich aus Frauen mit ihrem Kind bzw. ihren Kindern zusammensetzen und mit einer Quote von 47% im Jahr 2017 eines der höchsten Armutsrisiken aller österreichischen Haushaltstypen aufweisen. (Vgl. Statistik Austria, 2019d)

Unter der in diesem Kapitel beschriebenen Mesebene sind, im Unterschied zur Mikroebene, die Einkommenschancen von Haushalten insgesamt zu verstehen und nicht primär die Einkommen einzelner Personen bzw. Haushaltsmitglieder. Wichtig ist hierbei sowohl, wie sich das Haushaltseinkommen zusammensetzt als auch, wie sich eine Umverteilung der Einkünfte innerhalb des Haushalts gestaltet. Hier zeigt sich eine Überschneidung mit der zuvor beschriebenen Mikroebene der individuellen Einkommenschancen, da die Einkünfte von einzelnen Personen schließlich das Gesamteinkommen eines Haushalts bilden, weshalb beide Ebenen nicht strikt getrennt voneinander betrachtet werden können. Es ist daher auch auf der Haushaltsebene wichtig, die bereits im Kapitel über die Mikroebene behandelte Arbeitsteilung und damit verwobene Geschlechterleitbilder in den Blick zu nehmen, erweitert um den Aspekt der Reproduktionsarbeit. Wie bereits erwähnt wurde, ist die hohe Teilzeirate unter Frauen in Österreich gerade auf die Doppelbelastung durch die zusätzlich zugeschriebene Verantwortung für den Reproduktionsbereich zurückzuführen.

Obwohl der Anteil an erwerbstätigen Frauen in Österreich nachweislich zunimmt, sind Frauen in der Regel nicht die Hauptverdienerinnen des Haushaltseinkommens, sondern nehmen die Rolle als Zuverdienerinnen ein. Aufgrund ihrer niedrigeren Lohnhöhe stehen Frauen in Mehrpersonenhaushalten großteils in einem ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zu den männlichen Hauptverdienern. Wie sich der reale Lebensstandard für Frauen gestaltet, ist somit zumeist entscheidend vom Partner beeinflusst. Das bestehende Abhängigkeitsverhältnis von Frauen zum Hauptverdiener kann, bezogen auf die ökonomische Absicherung oder das Armutsrisiko, besonders folgeschwer sein, da immer auch die Möglichkeit von partnerschaftlichen Konflikten, Trennung oder dem Ableben des Partners besteht. (Vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 135)

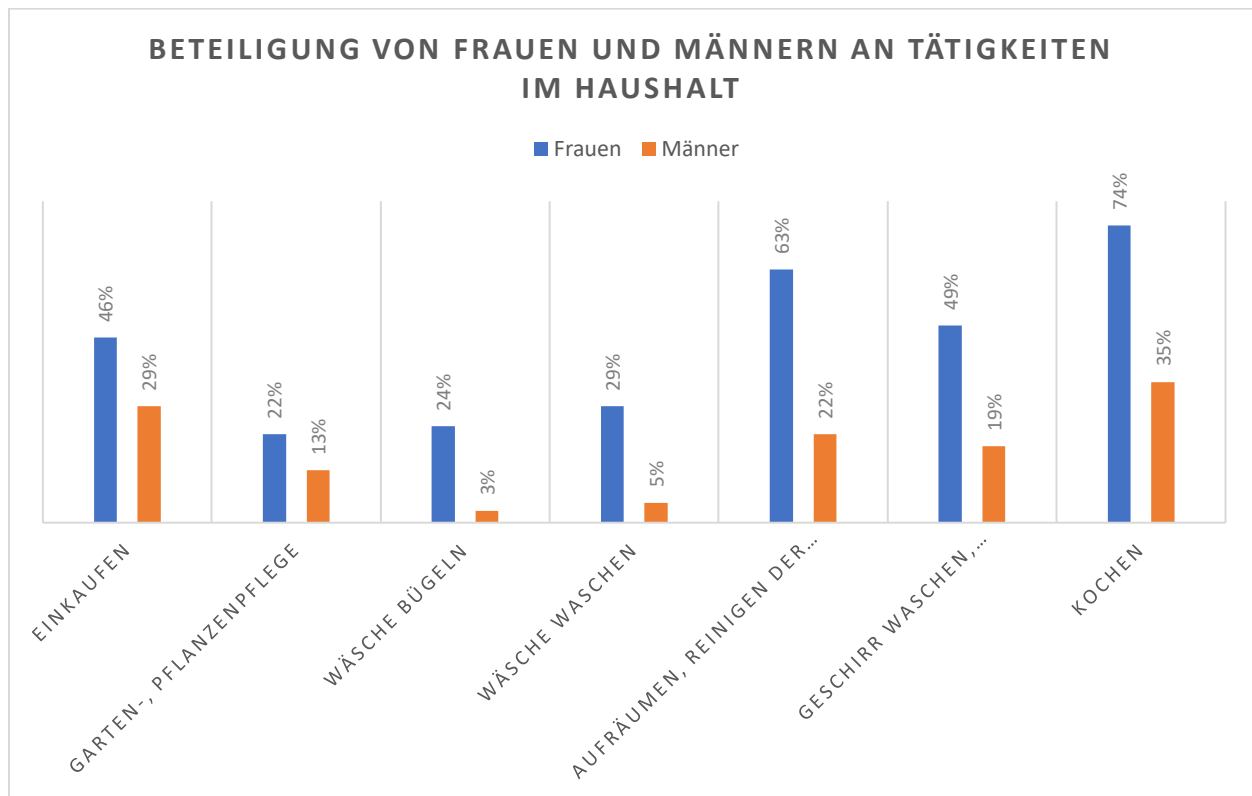
Die bereits behandelten Geschlechterleitbilder nehmen im Haushalts- bzw. Familienkontext eine zentrale Rolle ein, da sie weitreichende Konsequenzen für die ökonomische Situation und damit auch für die Armutsgefährdung von Frauen haben. Die den Männern zugeschriebene Rolle des Familienernährers etabliert laut den Sozialwissenschaftlerinnen Becker-Schmidt und Krüger, oftmals die Auffassung, dass Hausarbeit, selbst wenn die Partnerin auch berufstätig ist,

nicht in den männlichen Verantwortungsbereich fällt. Sie erleben daher im Geschlechterverhältnis einen Anspruch auf soziale Bevorzugung. In der Rolle als Familienernährer steht Männern eine vermeintlich höhere Entlohnung, bessere Arbeitsplätze und unterschiedliche Fortbildungsmöglichkeiten zu. Wenn Frauen in einer Normalfamilienkonstellation auch einer Erwerbsarbeit nachgehen, so geschieht dies scheinbar nur aus der Notwendigkeit eines Zuverdienstes heraus. Die darüber hinaus zugeschriebenen Familienverpflichtungen werden als selbstverständliche Aufgaben angesehen und nicht als ebenbürtige Belastung im Vergleich zur Erwerbsarbeit wahrgenommen. Die beschriebenen gesellschaftlich verbreiteten Auffassungen haben nicht nur Auswirkungen auf die Aufgabenverteilung und Verantwortungsbereiche in Haushalten, sondern wirken sich auch auf die Dynamiken innerhalb der Personalentscheidung von Unternehmen aus. Da bei Männern überwiegend davon ausgegangen wird, dass sie eine Vollzeitanstellung ohne Unterbrechungen annehmen können, werden sie auch bevorzugt in die Stammbesetzung aufgenommen. Ihre Arbeitskraft scheint vollständig zur Verfügung zu stehen, während dies bei Frauen durch die zugeschriebene Doppelbelastung als eher nicht der Fall angesehen wird. Der Rückgriff auf die weibliche Arbeitskraft wird als flexibler betrachtet, welche je nach Bedarf eingestellt und auch wieder entlassen werden können. Legitimiert wird dies durch die Ansicht, dass die benötigten Familieneinkünfte bereits durch den Lohn des Ehemannes bzw. Partners abgedeckt werden und die Höhe der Entlohnung von Frauen deshalb weniger bedeutsam erscheint. Ihre Hauptaufgabe wird in der unbezahlten Reproduktionsarbeit verortet, Frauen sollen damit vorrangig der Aufrechterhaltung der Ware Arbeitskraft dienen, anstatt selbst vorrangig erwerbstätig zu sein. (Vgl. Becker-Schmidt/Krüger, 2009: 25-26) Gerade die kapitalistische Produktionsweise ist für ihr Funktionieren auf die vielfältigen Prozesse der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion angewiesen, da sie für diese nicht alleinig Sorge tragen kann (vgl. Chorus, 2013: 31). Wenn Arbeit und Wirtschaft breiter konzipiert werden als sich nur auf die Lohnarbeit zu beschränken, kann auch der Blick für die Bedeutung von unbezahlter Reproduktionsarbeit für das Funktionieren des Wirtschaftssystems geöffnet werden. Reproduktionsarbeit ist sowohl für die individuelle als auch die volkswirtschaftliche Entwicklung essentiell, was mit dem herkömmlichen Wirtschaftsbegriff jedoch nicht erfasst wird, da dieser keine Handlungsrationitäten zulässt, welche nicht einzig auf Nutzenmaximierung ausgerichtet sind. Die Verrichtung von unbezahlter Reproduktionsarbeit kann auf diese Weise konzeptionell nicht erfasst werden. (Vgl. Chorus, 2013: 30)

Um den Stellenwert von unbezahlter Reproduktionsarbeit für das Wirtschaftssystem allgemein und für Mehrpersonenhaushalte im Speziellen darzustellen, wird nachfolgend die

österreichische Zeitverwendungsstudie von 2008/2009 näher betrachtet. Bei dieser handelt es sich um eine Untersuchung der Zeitaufwendung innerhalb von österreichischen Haushalten, die vom Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst in Auftrag gegeben und von der Statistik Austria durchgeführt wurde. Die aktuellsten Ergebnisse liegen für den Zeitraum 2008/2009 vor. Von Ende März 2008 bis Anfang April 2009 wurde im Zuge der Studie unter anderem die Verteilung und Bedeutung von Reproduktionsarbeit in Mehrpersonenhaushalten untersucht. Die Zeitverwendungsstudie von 2008/2009 ist die dritte Erhebung dieser Art in Österreich nach früheren Untersuchungen aus den Jahren 1981 und 1992. Insgesamt beteiligten sich im Zeitraum 2008/2009 8200 Personen ab einem Alter von 10 Jahren an der Studie. Diese war so konzipiert, dass alle TeilnehmerInnen für einen Tag in einem Tagebuch alle Tätigkeiten notieren mussten, welche mehr als 15 Minuten in Anspruch nahmen. (Vgl. Statistik Austria, 2009) Die Auswertung der Ergebnisse weisen auf das Ausmaß und die Wichtigkeit von Reproduktionsarbeit hin: jede Woche werden in Österreich rund 186,5 Millionen Stunden an unbezahlter Arbeit von Personen ab 10 Jahren verrichtet. Auf das Jahr gerechnet werden in Österreich 9,7 Milliarden Stunden in Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen sowie ehrenamtliche Mitarbeit investiert. Von den 9,7 Milliarden Stunden werden zwei Drittel von Frauen und ein Drittel von Männern übernommen. Bei bezahlter Lohnarbeit kehrt sich das Verhältnis fast um, da der Frauenanteil bei 39% und der von Männern bei 61% liegt. (Vgl. Statistik Austria, 2009: 15) Gerechnet von Montag auf Sonntag gehen 92,2% aller Frauen Tätigkeiten im Haushalt nach, bei Männern sind es im Vergleich 74,3%. Insgesamt verbringen Frauen durchschnittlich vier Stunden am Tag mit kochen, waschen, putzen oder einkaufen, bei Männern sind es täglich knapp 1,5 Stunden weniger. (Vgl. Statistik Austria, 2009: 29) Frauen verrichten mit 123 Millionen Stunden unbezahlter Arbeit pro Woche fast doppelt so viel wie Männer, bei ihnen liegt der Zeitaufwand bei 63,6 Millionen Stunden pro Woche (vgl. Statistik Austria, 2009: 34). Der Gesamtzeitaufwand bei Frauen durch die Doppelbelastung von Erwerbsarbeit und Aufgaben im Haushalt sowie Kinderbetreuung und weiteren unbezahlten Arbeiten beläuft sich auf ca. 51 Stunden pro Woche. Bei Männern fällt die Gesamtbelastung mit 48 Stunden etwas niedriger aus. Wenn man diese Werte genauer betrachtet und zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit unterscheidet, so wenden Frauen insgesamt 27 Stunden pro Woche für unbezahlte Arbeiten trotz gleichzeitiger beruflicher Verpflichtungen auf, während sich der Wert bei Männern mit 16,1 Stunden pro Woche an unbezahlter Arbeit neben ihrer Erwerbsarbeit deutlich geringer zeigt. (Vgl. Statistik Austria, 2009: 36)

Abb. 8, Graphik: Beteiligung von Frauen und Männern an Tätigkeiten im Haushalt (2008/2009)



Quelle: Statistik Austria, Zeitverwendung (2008/2009)

Im Falle einer Erwerbstätigkeit reduziert sich sowohl für Frauen als auch für Männer die Zeit, die für Haushaltstätigkeiten aufgewendet wird, wobei dies stärker auf Frauen zutrifft. Zurückzuführen ist dies jedoch nicht auf eine stärker ausgeglichene Aufteilung der Haushaltsarbeiten zwischen der Frau und dem ebenfalls berufstätigen Partner, sondern in der Regel führt der Zeitmangel dazu, dass gewissen Tätigkeiten nicht mehr nachgegangen werden kann und sich deshalb die aufgewendete Zeit für den Haushalt bei Frauen einfach verringert. (Vgl. Statistik Austria, 2009: 65) Nicht nur Haushaltstätigkeiten werden öfter von Frauen als von Männern verrichtet, sondern auch die Kinderbetreuung liegt zum Großteil bei Frauen. Bei der Zeitverwendungsstudie 2008/2009 machten in Bezug auf Kinderbetreuung doppelt so viele Frauen wie Männer Angaben zur aufgewendeten Zeit für unterschiedliche Aufgaben der Kinderbetreuung. Die angegebenen Bereiche umfassen Tätigkeiten wie Kinder zu baden, mit Essen zu versorgen, mit ihnen zu lernen, zu Hause oder am Spielplatz zu beaufsichtigen oder die Körperpflege der Kinder. Vergleichbare Werte in der Zeitaufwendung lassen sich bei Frauen als auch Männern bei der Kinderbetreuung nur im Bereich „Spielen“ feststellen. Hier gaben im Schnitt 13% der Frauen und 10% der Männer an Zeit aufzuwenden. (Vgl. Statistik Austria, 2009: 69)

Die behandelten Bereiche, so z.B. die asymmetrische Verteilung von Aufgaben innerhalb der Familie und dem Haushalt auf der Mesoebene, die nach Geschlecht segregierten Ausbildungsmöglichkeiten und die späteren, nachteiligen Konsequenzen am Arbeitsmarkt für Frauen auf der Mikroebene sowie die schlechtere soziale Absicherung im sozialstaatlichen System auf der Makroebene, weisen einen deutlichen Zusammenhang auf. Laut Becker-Schmidt und Krüger kann hier von einer Dynamik gesprochen werden, die sowohl Trennung als auch Verknüpfung zwischen den Bereichen herstellt und in weiterer Folge zu Institutionalisierungen führt. Auch wenn die angesprochenen Bereiche verschiedene Funktionen erfüllen, verbindet sie die Eigenschaft als diskriminierende Praxis. Durch die zugeschriebene Unterscheidung zwischen der männlichen, öffentlichen Sphäre und der weiblichen, privaten Sphäre finden die Diskriminierungspraxen ihre Legitimation in der als privat geltenden Lebenswelt und hier, nach Becker-Schmidt und Krüger, besonders in der historisch durchgesetzten Aufteilung der Verantwortungsbereiche zwischen Frauen und Männern innerhalb der Familie und in den Dynamiken heterosexueller Partnerschaften. Männer werden eher so sozialisiert, dass sie bei einer möglichen Familiengründung die Rolle des Ernährers einnehmen und deshalb stärker berufsorientiert handeln müssen als Frauen. Nach Becker-Schmidt und Krüger findet auch bei Frauen eine bestimmte Form der Sozialisierung statt, welche Frauen die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung und Haushalt vermittelt, unabhängig davon, ob sie selbst im Berufsleben stehen oder auch eigene Karriereziele verfolgen wollen. In der heterosexuellen Partnerschaft treffen diese beiden geschlechtsspezifischen Sozialisationen aufeinander und konstituieren das strukturelle Muster des männlichen Familienernährers und der Frau als verantwortlich für den privaten Bereich und damit für die Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen. Diese Konstellation innerhalb von Partnerschaften reproduziert gemäß Becker-Schmidt und Krüger die Bindung von Frauen an den Reproduktionsbereich und führt in weiterer Konsequenz zu schlechteren Berufschancen. Dies hat wiederum negative Folgen für die längerfristige ökonomische Situation und damit das Armutsrisiko von Frauen. (Vgl. Becker-Schmidt/Krüger, 2009: 28)

Alleinerziehenden-Haushalte bestehen öfter aus einer Frau und ihrem Kind bzw. ihren Kindern, seltener sind es Männer alleine mit Kind bzw. Kindern. Wie in Kapitel 2.2.2. erwähnt, weisen Alleinerziehenden-Haushalte eine der höchsten Armutsrisikoraten unter allen österreichischen Haushaltstypen auf. Zwar spielen staatliche Unterstützungen besonders für das Gesamteinkommen von Alleinerzieherinnen eine wichtige Rolle, nichtsdestotrotz gestaltet sich die finanzielle Situation laut Lamei und Skina-Tabue für einen Großteil der Frauen als derart prekär, dass sie unter Armutsgefährdung leiden. Auch wenn private Transfers, hier vor allem

Unterhaltszahlungen, zum Gesamteinkommen beitragen, verbessert sich die finanzielle Lage meist nur marginal, sodass das Armutsrisiko für viele Alleinerziehende weiterhin hoch bleibt. (Vgl. Lamei/Skina-Tabue, 2011: 141-142) Alleinerziehende Frauen mit Kind oder Kindern unter 16 Jahren sind laut der Zeitaufwendungsstudie 2008/2009 durchschnittlich öfter erwerbstätig als Frauen in Paarbeziehungen mit Kind oder Kindern unter 16 Jahren. Alleinerzieherinnen mit Kind bzw. Kindern unter 16 Jahren sind zu 58% erwerbstätig, bei Frauen mit Partner und Kind oder Kindern unter 16 Jahren ist der Anteil mit 44% deutlich niedriger. Alleinerzieherinnen wenden im Durchschnitt täglich fast 2 Stunden mehr für Erwerbsarbeit auf als berufstätige Mütter in geteilten Haushalten. Dies führt in der Regel zu einem höheren Belastungsgrad, welcher gleichzeitig auch dazu beiträgt, dass Alleinerzieherinnen über weniger Zeit für Persönliches, Tätigkeiten im Haushalt oder für die Kinderbetreuung verfügen. (Vgl. Statistik Austria, 2009: 72) Alleinerzieherinnen müssen die Rolle der Familienernährerin übernehmen, gleichzeitig sehen sie sich jedoch am Arbeitsmarkt mit denselben geschlechterspezifischen Diskriminierungspraxen konfrontiert wie diejenigen Frauen, deren Einkommen durch Lohnarbeit für die Familie nur als Zuverdienst gewertet wird. Durch die zugeschriebenen Geschlechterleitbilder und die damit verbundene Arbeitsteilung erleben Alleinerzieherinnen die gleichen negativen Konsequenzen für ihre beruflichen Chancen und ökonomische Gesamtsituation wie Frauen, die in der zugeschriebenen Rolle der „Zuverdienerin“ leben.

Die beschriebene Mesoebene, unter welcher die Einkommenschancen von Haushalten insgesamt und die Umverteilung der Einkünfte innerhalb der Haushalte zu verstehen sind, zeigt eine deutliche Überschneidung mit der zuvor beschriebenen Mikroebene der individuellen Einkommenschancen. Die Einkünfte von einzelnen Personen bilden das Gesamteinkommen eines Haushalts, die Betrachtung der Mesoebene ermöglicht jedoch die Miteinbeziehung weiterer Aspekte, die sich durch die Dynamiken von Mehrpersonenhaushalten ergeben. Frauen verrichten den Großteil der Hausarbeiten und Kinderbetreuung, wodurch ihre Erwerbstätigkeit oft lediglich als Zuverdienst gewertet wird, was sich letztlich auch negativ auf die Personalentscheidungen von Unternehmen auswirken kann. Frauen stehen deshalb oft in einem ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Partnern, was sich bei einer möglichen Trennung und dem Ableben des Hauptverdieners als folgenswer für die finanzielle Absicherung und damit das Armutsrisiko für Frauen erweisen kann. Besonders deutlich wird dies in der Auseinandersetzung mit der Situation der zumeist weiblichen Alleinerziehenden, die zu den am stärksten armutsgefährdeten Gruppen in Österreich zählen.

2.3.2.4. Makroebene: Der österreichische Sozialstaat, Arbeit und Geschlechterdemokratie

In den vorherigen zwei Abschnitten konnte anhand der Betrachtung der Mikroebene, d.h. der individuellen Einkommenschancen von Frauen in Österreich sowie der Mesoebene, d.h. der Akkumulation und Verteilung der Einkünfte im gesamten Haushalt bereits verdeutlicht werden, dass es eine Auseinandersetzung mit der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung, den damit zusammenhängenden Geschlechterleitbildern sowie den Aspekt der Reproduktionsarbeit braucht, um die besondere Bedeutung von Armut für Frauen erfassen zu können. Es soll nun ergänzend auch die Makroebene und damit die Rolle des österreichischen Sozialstaats bei der Bewältigung von Frauenarmut sowie der Zusammenhang zwischen Geschlecht, Arbeit und Demokratie betrachtet werden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Verschränkung zwischen dem vorherrschenden Erwerbsprinzip im sozialstaatlichen Leistungssystem, der Kategorie Geschlecht sowie den damit verbundenen Diskriminierungsformen und Ausschlussmechanismen.

Gemäß dem Politikwissenschaftler Emmerich Tálos ist das Prinzip der Erwerbsarbeit tief in die Geschichte des österreichischen Sozialstaats eingeschrieben und kann bis heute als die zentrale Zugangsform zu Sozialleistungen aufgefasst werden. Zurückzuführen ist dies auf den Finanzierungsmodus der Sozialversicherung in Österreich, deren Haupteinnahmequelle aus den eingezahlten Beiträgen von versicherten Personen bzw. von deren ArbeitgeberInnen im Falle einer unselbstständigen Erwerbsarbeit auf Grundlage der Lohnsumme besteht. (Vgl. Tálos, 1998: 7) Um das System des österreichischen Sozialstaats zu verstehen, kann auf die Wohlfahrtsstaaten-Typologie nach dem Politikwissenschaftler und Soziologen Gøsta Esping-Andersen zurückgegriffen werden, der das österreichische System zu den sogenannten „korporatistischen“ bzw. konservativen Wohlfahrtsstaaten zählt. Wohlfahrtsstaaten, die diesem Typ zugeordnet werden, sind stark von kirchlichem Einfluss geprägt und streben deshalb überwiegend den Erhalt der traditionellen Familienform an. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sollen familienpolitische Leistungen Frauen zur Mutterschaft motivieren. Wenn Frauen nicht selbstständig einer Lohnarbeit nachgehen, sind sie gewöhnlich aus der direkten Sozialversicherung ausgeschlossen, können sich jedoch über ihre Ehemänner mitversichern lassen. Da die Förderung von Kinderbetreuungsplätzen und anderen familienbezogenen Diensten nicht umfassend betrieben wird, ist ihre Entwicklung in Österreich im Vergleich zu Ländern mit anderen Wohlfahrtsstaatssystemen weniger stark vorangetrieben. Die Familie soll die Aufgabe der primären Instanz für soziale Absicherung übernehmen. Dieses Arrangement wird durch das Subsidiaritätsprinzip zusätzlich gestützt, welches sicherstellt, dass der Staat erst

dann eingreifend wirkt, wenn die gegenseitige Unterstützung durch Familienmitglieder nicht oder nicht mehr ausreicht um vor Armut zu schützen. (Vgl. Esping-Andersen, 1998: 44)

Betrachtet man die Entstehungsgeschichte des österreichischen Sozialstaats, so lässt sich bereits ab den frühesten Anfängen eine deutliche Verbindung zwischen der sozialen Absicherung durch Erwerbsarbeit und dem gleichzeitigen Ausschluss von Frauen aus dem Sozialsystem festmachen. Der Ursprung des modernen österreichischen Sozialstaats reicht zurück bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Gemeinsam mit einer erstarkenden ArbeiterInnenbewegung und dem Beispiel der Einführung einer Sozialversicherung unter Bismarck in Deutschland folgend, gewann auch in Österreich die Forderung nach einer staatlich eingeführten Unfall- sowie Krankenversicherung an Nachdruck. Dies führte zu den ersten Schritten einer tatsächlichen Implementierung. Besonders auf die Unfallversicherung bezogen können die Maßnahmen historisch betrachtet vordergründig weniger als Entlastung der ArbeiterInnen im Falle eines Unfalls verstanden werden, sondern vielmehr um das hohe Konfliktpotential aufgrund der haftungs- und schuldrechtlichen Bewältigung von Arbeitsunfällen im Industriesektor abzubauen. Nach Tálos können die Anfänge des österreichischen Sozialstaats, zugespitzt ausgedrückt, auf die Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft zurückgeführt werden. (Vgl. Tálos, 1998: 7)

Wenn in der Öffentlichkeit über die Leistungen des Sozialstaats diskutiert wird, so stehen meist dessen normative Aufgaben im Fokus. Es erscheint deshalb bedeutsam, sich näher mit diesen auseinanderzusetzen. Der deutsche Soziologe Stephan Lessenich vertritt die Auffassung, dass die Sicherungsinstitutionen des modernen Sozialstaats als wichtige gesellschaftliche „Integrationsmaschinen“ zu verstehen sind. Die durch den Staat organisierte Sozialversicherung als sicherungspolitischer Kernbestand verkörpert die Übereinkunft über eine notwendigerweise institutionalisierte und generalisierte Solidarität innerhalb einer Gesellschaft. Durch die staatlich organisierte Wechselseitigkeit von Unterstützungsleistungen, die verallgemeinert und tendenziell auf die ganze Gesellschaft ausgedehnt ist, konstruiert und etabliert der Sozialstaat einen gegenseitigen Risiko-, Schadens- und Bedarfsausgleich unter allen versicherten Mitgliedern der staatlichen Gemeinschaft. Er besitzt durch die Beitragsverpflichtung und Leistungsgewährung die Legitimation im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit ausgleichend einzugreifen. Dies bedeutet, dass die gesunden, arbeitenden und jungen BürgerInnen eines Staates für diejenigen bürgen, die krank, arbeitslos oder alt sind. Auf der einen Seite herrscht für die BürgerInnen als Teil des Sozialsystems und durch Pflichtversicherung ein Zwang zu Beiträgen. Auf der anderen Seite besteht innerhalb des Systems auch für sie die Sicherheit, dass sie ebenfalls auf staatliche

Unterstützung zurückgreifen können, sollten sie arbeitslos werden, erkranken oder im Alter nicht mehr in der Lage sein, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. (Vgl. Lessenich, 2008: 32-33)

Da der Zugang zu Sozialleistungen in Österreich an eine Erwerbsarbeit gebunden ist, kann in Frage gestellt werden, ob die sozialstaatlichen Sicherungsinstitutionen ihrer normativen Aufgabe der gesellschaftlichen Integration gerecht werden. Zwar ist der Großteil der österreichischen Bevölkerung in das Sozialsystem inkludiert - nämlich alle Personen, die zumindest einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Die Erwerbszentriertheit des Sozialstaats hat jedoch zur Folge, dass auch gleichzeitig Ausschlussmechanismen bedient werden, welche all diejenigen exkludieren, die keiner oder nur einer geringfügigen Erwerbsarbeit nachgehen. Besonders in Hinblick auf die Situation von Frauen muss die Frage gestellt werden, ob der österreichische Sozialstaat tatsächlich seine normative Aufgabe der institutionalisierten Solidarität bzw. eines gerechten Systems erfüllt. Für Frauen bedeutet die geschlechterspezifische Arbeitsteilung von den Ausschlussmechanismen des österreichischen Sozialstaats betroffen zu sein. Wie die britische Soziologin Jane Lewis in ihrem Aufsatz „The Decline of the Male Breadwinner Model“ herausarbeitet, wurde im deutschsprachigen Raum bei der Durchsetzung des modernen Sozialstaats eine gesellschaftliche Übereinkunft in zweierlei Hinsicht getroffen. Einerseits durch den Zusammenhang zwischen Arbeit und Kapital, welcher sich in der Erwerbsarbeit als zentralem Bezugspunkt für Sozialleistungen in Österreich äußert. Andererseits besteht eine Übereinkunft darüber, dass in heterosexuellen Paarbeziehungen die dem (Ehe-)Mann zugeschriebene Rolle als Hauptverdiener auch dessen Ehefrau durch sein Einkommen finanziell mitabsichert. Als Konsequenz davon stellten Frauen lange Zeit eine relativ unbedeutende Gruppe für den Arbeitsmarkt dar und konnten nur als Angehörige Anspruch auf Sozialleistungen geltend machen. (Vgl. Lewis, 2001: 152-153)

Aus der zugeschriebenen Trennung der Arbeitssphären ergibt sich nach Auffassung von Ute Behning eine Schieflage zwischen Männern und Frauen, die auch von sozialstaatlicher Politik reproduziert wird. Der vollzeitbeschäftigte Ehemann als Familienernährer und die für die Reproduktionsarbeit verantwortliche Ehefrau und Mutter bilden noch heute die Norm, nach welcher sich die sozialstaatlichen Policies im deutschsprachigen Raum orientieren, auch wenn sich mittlerweile abweichenden Tendenzen durchsetzen und auch historisch betrachtet immer Varianten vorhanden waren. Es zeigt sich also, dass auch der Sozialstaat die zugeschriebene Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern mitträgt und die als weiblich konnotierte, unbezahlte Reproduktionsarbeit in der privaten Sphäre sieht, während die Verantwortung für „echte Arbeit“ im Sinne von Lohnarbeit bei den Männern verortet bleibt. Die Einkünfte sollen dabei nicht nur den Mann selbst finanziell absichern, sondern auch als Versorgung für die

Ehefrau und die ganze Familie dienen. Der Sozialstaat unterstützt das ökonomische Abhängigkeitsverhältnis von Frauen zu ihren Ehemännern durch dementsprechende Policies und legt Frauen in Partnerschaften implizit die Verantwortlichkeit für Hausarbeit und Betreuung von Kindern und Angehörigen nahe. Männern wird damit zugleich das Vorrecht auf die Arbeitskraft von Frauen gewährt, während sie der Rolle des Familienernährers durch eine Vollzeitbeschäftigung gerecht werden müssen. Der Ehevertrag stellt somit eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren und die Aufrechterhaltung des modernen Sozialstaates dar. Auch wenn die Ehefrauen selbst einer Erwerbsarbeit nachgehen, sind sie im Ermessen des Sozialstaats nicht gleichgestellt mit den berufstätigen Ehemännern. Ihnen kommt laut Behning lediglich ein vom Ehemann abgeleiteter und niedrigerer Wohlfahrtsstaatsbürgerinnenstatus zu. (Vgl. Behning, 2004: 193-195) Als Grundvoraussetzung für das Funktionieren des sozialstaatlichen Systems müssen also zwei Faktoren erfüllt sein: Vollbeschäftigung und lebenslange Ehegemeinschaften. Obwohl sich beide Bedingungen seit Jahren in der Krise befinden, hat kein Umdenken in der Sozialpolitik stattgefunden. (Vgl. Behning, 2004: 195)

Nach Auffassung der Politikwissenschaftlerin Ingrid Mairhuber ist in der Sozialpolitik konservativer Wohlfahrtsstaaten ein Gender-Bias beobachtbar. Frauen sind nach ihrer Ansicht immer mit einem doppelten strukturellen Ausschluss sowie einem doppelten spezifischen Einschluss konfrontiert. Der doppelte strukturelle Ausschluss besteht in der bereits behandelten Dominanz des Erwerbsprinzips für den Zugang zu Sozialversicherungsleistungen und in der Aufrechterhaltung einer männlichen Erwerbsarbeitsnorm, die eine lückenlose Erwerbsbiographie und ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis als Normalität postuliert und damit nachhaltig den Arbeitsmarkt prägt. Der Großteil von Frauen in konservativen Wohlfahrtsstaaten ist deshalb unabhängig von ihren Ehemännern nicht ausreichend abgesichert, da sie die Voraussetzungen um Ansprüche geltend zu machen, nicht erfüllen oder die Anspruchshöhe so gering ist, dass sie nicht existenzsichernd ausfällt. Dieser Umstand trifft sowohl auf Arbeitslosen- als auch Pensionsversicherung zu. Der doppelte spezifische Einschluss erfolgt wiederum durch die Leistungsansprüche im Falle einer Mutterschaft und den vom Ehemann abgeleiteten Anspruch auf Witwenpension bzw. Mitversicherungsmöglichkeit von Frauen bei ihren Ehemännern. Durch die Erfüllung der Rolle als Mutter können Frauen dann mitunter auch Ansprüche auf Kinderbetreuungsgeld oder Pensionsersatzzeiten für die Kinderbetreuung geltend machen. (Vgl. Mairhuber, 2001: 138-140) Auch wenn dies von Mairhuber nicht explizit erwähnt wird, so sollte hier betont werden, dass sowohl Kinderbetreuungsgeld als auch Pensionsansprüche durch Kinderbetreuung nicht

existenzsichernd ausfallen und Frauen deshalb nichtsdestotrotz in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren männlichen Partnern stehen, welches keine Garantie für Stabilität darstellt und Frauen so einem höheren Armutsrisiko aussetzt. Außerdem betreffen die aufgezählten Leistungen nur diejenigen Frauen, die sich im Rahmen der „Normalfamilie“ bewegen. Es ist deshalb anzuzweifeln, ob in diesem Kontext tatsächlich von einem doppelten Einschlussmechanismus für Frauen ins Sozialsystem gesprochen werden kann, da dieser stets auf einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Partner und bzw. oder auf Mutterschaft beruht. Vielmehr verdeutlichen beide Aspekte die zuvor erwähnte Verpflichtung des konservativen Wohlfahrtsstaates auf den Erhalt der traditionellen Familienform und die Ermutigung von Frauen zur Mutterschaft (vgl. Esping-Andersen, 1998: 44). Besonders im Hinblick auf das Sozialsystem und dem überdurchschnittlich hohen Armutsrisiko für Frauen braucht es ein Umdenken, welches verschiedenste Frauenbiographien als Norm akzeptiert und Frauen in ihren individuellen und nicht nur in abgeleiteten Ansprüchen in der Sozialpolitik bekräftigt und damit einen Beitrag zu einer umfassenden Armutsabsicherung von Frauen leistet. (Vgl. Schlager, 2009: 128-129)

Die Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer sieht in der Beziehung zwischen Arbeit und Geschlecht auch einen zentralen Aspekt demokratiepolitischer Überlegungen. Lohnarbeit erweist sich nicht nur als zentral für den Zugang zum Sozialsystem, sondern auch hinsichtlich gesellschaftlicher Integration und politischer Partizipation. Historisch betrachtet hat sich die geschlechterspezifische Arbeitsteilung und die damit verbundenen Geschlechterleitbilder nicht nur negativ auf die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt ausgewirkt, sondern auch die politische Teilhabe für Frauen, etwa durch die Zuweisung in die private Reproduktionssphäre, erschwert. Da Frauen nur unbezahlte Liebesdienste verrichten und keiner „produktiven“ und insofern bezahlten Lohnarbeit nachgehen, wurde ihnen historisch betrachtet die Politikfähigkeit lange Zeit schlichtweg abgesprochen. Zwischen Arbeit, Demokratie und Geschlecht besteht daher immer eine Verbindung, die nicht ausgeklammert werden darf. (Vgl. Sauer, 2014: 84)

Der Erwerbsbereich befindet sich in einem grundlegenden Wandel – das wurde bereits früher in dieser Arbeit behandelt. Der Wandel äußert sich z.B. darin, dass die für lange Zeit dominierende Industriearbeit an Wichtigkeit verliert, während der Dienstleistungssektor an Bedeutung zugewinnt und diese Entwicklung bringt nicht nur Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen mit sich, sondern führt auch zu Erosionen in den sozialstaatlichen Versprechungen. Mit diesem Phänomen des Wandels hat sich laut Sauer die Wissenschaft noch viel zu wenig in Bezug auf Arbeit, Geschlecht und Demokratie beschäftigt. Diese Leerstelle in der Forschung muss gemäß Sauer durch eine Reformulierung der Beziehung zwischen

Geschlecht, Arbeit und Demokratie geschlossen werden. Stattfinden kann dies nur durch zweierlei Vorgehensweisen: einerseits durch eine Re-Politisierung des Arbeitsbegriffs, der Arbeit als politisches Handeln konzipiert; andererseits durch eine transformatorische Perspektive auf Demokratie in Form einer geschlechterdemokratischen Rekonzeptualisierung. Die Sozialwissenschaften müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie Arbeit theoretisch erfasst und so gestaltet werden kann, dass sie als Mittel demokratischer Teilhabe für alle nützt, um damit nicht nur über ein Mitspracherecht in Hinblick auf das eigene Leben, sondern auch auf das positive Zusammenleben Aller zu verfügen. Außerdem muss die Frage behandelt werden, welche Bedeutung die Verteilung ökonomischer Ressourcen und von Chancengleichheit durch Arbeit für die demokratische Teilhabe besitzen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, welche Rolle Demokratie bei der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung einnimmt und wie diese verhandel- und dadurch auch veränderbar wird. Die derzeit stattfindenden Transformationsprozesse in der Erwerbsarbeit stehen nach Sauer in Zusammenhang mit einer sich vollziehenden Geschlechterdemokratisierung. Ihre größte Herausforderung liegt darin, die Trennung und Zuteilung von der weiblichen und daher privaten und der männlichen und daher öffentlichen Sphäre und der gleichzeitigen Zuschreibung von unproduktiver und produktiver Arbeit zu überwinden. Nach Sauer benötigt es dazu eine gesellschaftstheoretische Perspektive auf die Geschlechterdemokratie in Zusammenhang mit Arbeit. Die benötigte Betrachtungsweise sollte subjekttheoretische Überlegungen miteinbeziehen und eine Konzeptualisierung der politischen Realität mit ein, welche nicht unabhängig von den tatsächlichen Erfahrungen und Umständen von Personen in der Arbeitswelt gesehen werden dürfen, egal ob es sich dabei um Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit oder andere Formen von Arbeit handelt. (Vgl. Sauer, 2014: 85-86)

Die Auseinandersetzung mit den drei wesentlichen Entstehungszusammenhängen von Frauenarmut – individuelles Einkommen bzw. Einkommensmöglichkeiten, hier beschrieben als Mikroebene, dann die Einkommenschancen eines Haushalts und die Umverteilung der Einkünfte unter den Haushaltsmitgliedern, beschrieben als Mesoebene und schließlich die Makroebene in Form des Sozialstaats und staatlichem Handeln – hat aufgezeigt, dass Frauen vielfältigen Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt sind, die sich in letzter Konsequenz verantwortlich für die Armutsgefährdung von Frauen zeigen. Dies betrifft die Ebene des Arbeitsmarktes ebenso wie jene von Familie oder Staat. Jede der drei Ebenen weist strukturelle Ursachen für Frauenarmut auf, für die es gesamtgesellschaftliche Lösungen braucht, um der Problematik nachhaltig zu begegnen.

2.4. Das Stigma Armut und der Einfluss des Neoliberalismus

Wie bisher bereits angeschnitten wurde, ist relative Armut und ihre Auswirkungen in einem wohlhabenden Industriestaat wie Österreich nicht alleine auf einen Mangel an materiellen Ressourcen reduzierbar, sondern wird laut Mayert und Schendel begleitet von gesellschaftlichen Abwertungstendenzen und der Stigmatisierung von Betroffenen. Als Stigma ist in diesem Kontext eine sozial negativ bewertete Eigenschaft zu verstehen, deren Beurteilung von den stigmatisierten Personen verinnerlicht wird und damit einen negativen Einfluss auf das individuelle Selbstwertgefühl ausübt. Stigmatisierende Eigenschaften können sowohl angeboren sein, z.B. durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, als auch – wie im Falle von Armut – im Laufe des Lebens angeeignet bzw. erworben werden. Die Verinnerlichung der sozial negativen Bewertung und deren Übertragung auf das eigene Selbstbild kann als Folge Scham in den Betroffenen auslösen. Schamgefühle beinhalten per se auch eine soziale Dimension, da sie als Reaktion auf einen tatsächlichen oder angenommenen Achtungsverlust gegenüber anderen Personen entstehen. Eine Person, die Scham empfindet, ist immer auch beeinflusst von der mehr oder weniger zutreffenden Vorstellung darüber, wie andere Menschen sie wahrnehmen und beurteilen. (Vgl. Mayert/Schendel, 2018: 194) Der deutsche Soziologe Sighard Neckel spricht in diesem Zusammenhang auch von Scham als Wertgefühl (vgl. Neckel, 2000: 93). Das Schamempfinden als erlebter Wertverlust setzt, nach seiner Auffassung, eine bestimmte sozial anerkannte Norm voraus, welche es, nach den Erwartungen Anderer und dem eigenen Selbstbild, zu erfüllen gilt. Wenn die Norm nicht eingehalten wurde oder werden konnte, findet eine Wertminderung des eigenen Selbstbewusstseins statt, indem die Fremdbewertung zur Selbsteinschätzung und die Bloßstellung als selbst verschuldet erklärt wird. (Vgl. Neckel, 2000: 98) Neckel weist darauf hin, dass die Schamgefühle eines Individuums verbunden sind mit dem sozialen Status im Sozialgefüge, da dieser ausschlaggebend für die gesellschaftliche Wertschätzung ist. Für den Staterwerb sind nach Neckel vier Dimensionen von Bedeutung: Reichtum, Wissen im Sinne von Bildungsabschlüssen, die hierarchische berufliche Situation und die soziale berufliche Situation. (Vgl. Neckel, 2000: 102) Um die gesellschaftliche Bedeutung der Dimensionen zu garantieren, werden Beschämungstechniken eingesetzt. Sie übernehmen die Funktion der sozialen Kontrolle und Disziplinierung und erweisen sich nach Neckel als erfolgreich, wenn die Person, gegen die die Beschämungstechnik angewendet wird, das persönliche Versagen als Ursache für die Beschämung wahrnimmt. In einer auf Leistung bedachten Gesellschaft kann dies Normen und Anforderungen betreffen, welche aus vermeintlich eigenem Versagen nicht erfüllt werden, wie z.B. seinen Unterhalt nicht selbst durch Lohnarbeit bestreiten zu können.

Das Verantwortungsgefühl für das eigene Schicksal steigt an, gleichzeitig erhöht sich im selben Maß auch die Angst vor dem persönlichen Scheitern. Als Konsequenz nimmt die persönliche Scham über einen möglichen Statusverlust zu, für welchen man sich selbst verantwortlich fühlen würde. (Vgl. Neckel, 2000: 107)

2.4.1. Neoliberale Leistungsideologie und Armut

In einer wohlhabenden, aufgeklärten Gesellschaft wie in Österreich, die von sich behauptet gerecht, demokratisch sowie sozial zu sein, braucht es eine öffentliche Legitimation für das dennoch bestehende Armutsrisiko. Christoph Butterwegge weist daraufhin, dass solch eine Form der Rechtfertigung zumeist anhand der neoliberalen Leistungsideologie stattfindet. Die Grundthese dieser Ideologie besagt, dass es den LeistungsträgerInnen in der Sozialen Marktwirtschaft besser gehen soll als denen, die weniger leistungsfähig sind oder die sich verweigern ihren gesellschaftlichen Anteil durch Lohnarbeit zu leisten. Diese Leistungsideologie ist nach Butterwegge ein zentrales Legitimationsmittel für soziale Ungleichheit. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 34) Der Soziologe Thomas Marshall drückt es wie folgt aus: „Je mehr man Wohlstand als schlüssigen Beweis von Leistung sieht, desto mehr neigt man dazu, Armut als Zeichen des Versagens zu betrachten – wobei die Strafe für das Versagen größer zu sein scheint, als es der Verstoß verlangt.“ (Marshall, 1992: 56) In einem Land, das sich an der geistig-politischen Weltsicht des Neoliberalismus orientiert, welcher den Fokus auf individuelle Leistung und ökonomischen Erfolg legt, ist Armut nicht nur mit dem Mangel an materiellen Ressourcen gleichgesetzt, sondern auch mit einem persönlichen Makel, der das Selbstwertgefühl der Betroffenen angreift. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 36)

Nach Butterwegge verstellt die neoliberale Weltsicht in diesem Sinne den Blick auf Armut als gesellschaftliches Problem. Armut erscheint als selbst verschuldetes Schicksal und gerechte Strafe dafür, nicht die nötige Leistung erbringen zu können bzw. für die Unfähigkeit sich am Arbeitsmarkt zu behaupten. Reichtum wiederum wird als Belohnung für Leistung wahrgenommen, selbst wenn es sich um Börsenspekulationen handelt und sich eigene Leistungen darauf beschränken den Empfehlungen von AnlageberaterInnen zu folgen. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 75)

2.4.2. Auswirkungen der neoliberalen Leistungsideologie und Armutswahrnehmung

Die neoliberale Hegemonie hat Folgen für das Alltagsbewusstsein. Dies wird besonders deutlich, wenn der Wandel im Hinblick auf typische Erklärungen für Armutsentwicklungen

betrachtet wird: seit Ende der 1990er Jahre wird die individuelle Verantwortung deutlich häufiger als Erklärung für Armut genannt als zuvor. Nach Butterwegge steht dies im Zusammenhang mit der starken Betonung der Eigenverantwortung im Neoliberalismus. Die neoliberale Modernisierung geht gleichzeitig einher mit sozialer Polarisierung, Pauperisierung und Entsolidarisierung. Armut erscheint in der Lesart des Neoliberalismus als das selbst verschuldete Pendant zu den Fleißigen und Tüchtigen, die sich durch Leistung einen besseren Lebensstil verdient haben. In westlichen Industriestaaten hat sich jedoch bereits seit geraumer Zeit eine duale Armutsstruktur herausgebildet, die nicht mehr nur aus armen Erwerbslosen besteht, die aufgrund eines fehlenden Lohnes auf das Existenzminimum zurückgeworfen sind, sondern auch aus erwerbstätigen Armen, deren Lohn nicht ausreicht um ein Leben in gesichertem Wohlstand zu führen. Die steigende Zahl an Erwerbstätigen, deren Einkommen trotz kontinuierlicher Lohnarbeit in einem oder mehreren Lohnverhältnissen nicht oder nur knapp über der relativen Armutsgrenze liegt, zeigt auf, dass Erwerbsarbeit inzwischen kein garantierter Schutz vor Armut mehr ist. Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor auf die Erklärungsmuster von Armut sind die persönlichen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Armut von Personen. Bei verbreiteter Arbeitslosigkeit steigt auch gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte Ungerechtigkeit als eine Ursache nennen. Ist die Arbeitslosenquote hingegen niedrig, wird auch wiederum Ungerechtigkeit in viel geringerem Maße als Grund angeführt. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 75)

Die Sozialwissenschaftler Andreas Mayert und Gunther Schendel haben in ihrem Aufsatz „Armut, Stigmatisierung, Scham und Angst“ für Deutschland anhand von einer Analyse quantitativer Befragungen herausgearbeitet, inwieweit Armut in der heutigen Gesellschaft stigmatisiert bzw. als stigmatisierende Eigenschaft erscheint. Ihre Untersuchung hat gezeigt, dass Langzeitarbeitslose als Teilgruppe der Armutsbetroffenen besonders von Abwertungen betroffen sind. Ihre Stigmatisierung übertrifft fast ausnahmslos die jeder anderen vulnerablen Gruppe in Deutschland. Aufgrund der räumlichen und kulturellen Nähe, kann darauf geschlossen werden, dass die Ergebnisse für Deutschland auch Gültigkeit für Österreich besitzen. Mayert und Schendel verweisen in ihrem Aufsatz auf eine repräsentative Befragung der Friedrich Ebert Stiftung aus dem Jahr 2016, welche zeigt, dass z.B. der Aussage „die meisten Arbeitslosen (haben) kein wirkliches Interesse daran, einen Job zu finden“ 48,8% der Befragten voll und ganz oder eher zustimmen und die Aussage „Ich finde es empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein leichtes Leben machen“ sogar von 60,6% voll und ganz oder eher unterstützt wird. (Vgl. Mayert/Schendel, 2018: 200) Mayert und Schendel zitieren außerdem ein von der deutschen Bundesregierung in Auftrag gegebenes

Forschungsprojekt im Zuge ihres 5. Armuts- und Reichtumsberichts, in dem 38% der Befragten, nach der Eigenverantwortung von Armutsbetroffenen befragt, angaben, dass Sozialleistungen zu leichtfertig vergeben werden ohne genügend Anstrengungen von den Armutsbetroffenen zu verlangen. Darüber hinaus verweisen Mayert und Schendel auf Befragungsergebnisse der häufigsten Gründen für Armut, wo mit 66,8% am Öftesten ein falscher Umgang mit Geld genannt wird und weitere 25,1% der Befragten als Hauptgrund für Armut mangelnde Anstrengungen und keine Bereitschaft zu harter Arbeit anführten. Im Hinblick auf den sozialen Status von Armutsbetroffenen gaben 49,7% der StudienteilnehmerInnen an, dass dieser niedrig sei und die diesbezügliche Angabe von Armutsbetroffenen selbst liegt mit 57,2% sogar deutlich höher. (Vgl. Mayert/Schendel, 2018: 200-201)

Auf die Frage, inwiefern sich Armutsbetroffene und GrundsicherungsempfängerInnen selbst stigmatisiert fühlen, verweisen Mayert und Schendel auf eine 2017 erschienene Studie der Antidiskriminierungsstelle des deutschen Bundes, welche auch die sozio-ökonomische Lage als Diskriminierungsfaktor miteinbezieht. In der von Mayert und Schendel herangezogenen Repräsentativbefragung gaben 7,1% der TeilnehmerInnen an, in den letzten 24 Monaten aufgrund ihres niedrigen Einkommens diskriminiert worden zu sein – die Betrachtung der Gruppe von tatsächlichen NiedriglohneempfängerInnen zeigt mit 20,3% einen noch deutlich höheren Wert. Unter einem geringeren Einkommen wird in der Studie ein Haushaltseinkommen von unter 1.500€ im Monat gezählt. Mayert und Schendel verweisen darauf, dass die sozio-ökonomische Lage, direkt nach Rassismus, der zweithäufigste Grund für Diskriminierungserfahrungen ist, besonders im Kontakt mit Behörden. (Vgl. Mayert/Schendel, 2018: 203-204)

Wie stark ausgeprägt die Verinnerlichung des Leistungsprinzips unter Armutsbetroffenen ist, zeigt laut Mayert und Schendel eine Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung zur sozialen Mobilität und zu Armutsdynamiken in Deutschland. Die Ergebnisse der Untersuchung lassen laut ihnen darauf schließen, dass die Betroffenen der Überzeugung sind, dass Deutschland eine Leistungsgesellschaft bildet und dass Armut weniger auf strukturelle Ursachen zurückzuführen ist als auf mangelnde individuelle Anstrengung und Fähigkeiten. Unter den Armutsbetroffenen lässt sich nach Mayert und Schendel eine höhere Zustimmung für das Leistungsprinzip als gültiges Gerechtigkeitsprinzip (wie z.B. Leistungsprinzip, Solidaritätsprinzip usw.) als unter Nicht-Armutsbetroffenen feststellen. Eine höhere Zustimmung von den Armutsbetroffenen selbst erhält laut Mayert und Schendel auch die Aussage, dass gesellschaftliche Rangunterschiede widerspiegeln, wie individuelle Möglichkeiten genutzt wurden und auch nach Faktoren für den sozialen Aufstieg befragt, geben

Armutsbetroffene der Aussage, dass Fleiß und Leistung den sozialen Aufstieg fördern, eine deutlichere Zustimmung als Nicht-Armutsbetroffene. (Vgl. Mayert/Schendel, 2018: 204)

Solch negative Wahrnehmungen werden zusätzlich von Seiten einzelner SozialwissenschaftlerInnen als auch JournalistInnen vorangetrieben. Nach Butterwegge können in der Thematisierung von Armut Tendenzen des „blaming the victim“ erkannt werden. Im Englischen wird damit der Versuch bezeichnet, die eigentlichen Opfer der sozialen Verhältnisse als selbst verantwortlich für ihre Situation darzustellen. Heute wird dies erkennbar, indem Personen, die beruflich und/oder sozial gescheitert sind, in der Öffentlichkeit für ihre Umstände selbst beschuldigt und lächerlich gemacht werden. Dazu zählen beispielsweise Aussagen über in Armut lebende Menschen, dass diese „ein für alle Mal abgehängt“ wären. Die berufliche und/oder soziale Perspektivenlosigkeit wird mit solchen Aussagen nicht wertfrei beschrieben, sondern den Betroffenen wird damit gleichzeitig abgesprochen, dass sich an ihrer derzeitigen Situation etwas ändern könnte. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 55) Auch die Rolle, die dem Staat im Neoliberalismus zukommt, ist nicht von Toleranz und Demokratie geprägt, sondern sie entspricht der eines harten Durchgreifers, der kontrollierend und notfalls auch disziplinierend dafür Sorge trägt, dass die BürgerInnen der Arbeitsnorm entsprechen. Dies zeigt sich etwa darin, dass Langzeitarbeitslose einen möglichen Arbeitsplatz nicht mehr selbstständig wählen können, sondern gezwungen sind auch Stellen anzunehmen, für die sie überqualifiziert sind. (Vgl. Butterwegge, 2009a: 84)

3. Empirischer Teil

3.1. Diskursanalyse: Theorie und Methode

Zur Bearbeitung der Forschungsfrage in dieser Magisterarbeit wurde die Methode der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger gewählt. Diese Magisterarbeit verfolgt das Ziel, die gegenwärtigen Stimmungen in der Medienwelt in Bezug auf Armut von Frauen in Österreich und ihren Ausdruck in den Medientexten von ausgewählten österreichischen Tageszeitungen, nämlich *Kronen Zeitung*, *Heute*, *Kleine Zeitung*, *Der Standard*, *Kurier*, *Österreich* und *Die Presse* zu betrachten. Die Kritische Diskursanalyse, welche sich am Grundgedanken der Diskurstheorie von Michel Foucault orientiert, wird als qualitative Methode in den Sozialwissenschaften gewertet, ohne dabei ein spezifisches Subjekt in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen. Im Zentrum dieser Forschungsmethode stehen Diskurse und ihre Beziehungen zu Institutionen und sozialen Gemeinschaften sowie die Frage, welche Macht sie ausüben und wie sie auf die Gesellschaft einwirken. (Vgl. Diaz-Bone, 2005: 538) Macht wird nach Foucault nicht als Institution oder als Eigenschaft von Mächtigen verstanden, sondern wie folgt konzipiert:

„Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt. (...) Die Macht kommt von unten, d.h. sie beruht nicht auf der allgemeinen Matrix einer globalen Zweiteilung, die Beherrscher und Beherrschte einander entgegensetzt und von oben nach unten auf immer beschränktere Gruppen und bis in die letzten Tiefen des Gesellschaftskörpers ausstrahlt. Man muß eher davon ausgehen, daß die vielfältigen Kräfteverhältnisse, die sich in den Produktionsapparaten, in den Familien, in den einzelnen Gruppen und Institutionen ausbilden und auswirken, als Basis für weitreichende und den gesamten Gesellschaftskörper durchlaufende Spaltungen dienen.“ (Foucault, 1983: 114-115)

Diskurse sind die Träger des jeweils anerkannten Wissens und üben als solche Macht aus. Sie selbst sind als Machtfaktor aufzufassen, da sie Verhaltensformen und abweichende Diskurse bedingen und damit zur Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft beitragen. (Vgl. Jäger/Jäger, 2007: 20)

Die Kritische Diskursanalyse zählt zu den sozialkonstruktivistischen Ansätzen. Sie zeigt auf, wie die Konstruktion des Sozialen erfolgt, welches selbst durch soziale Prozesse hervorgebracht wird. (Vgl. Diaz-Bone, 2005: 542) Bei der Kritischen Diskursanalyse wird der Versuch unternommen, einen Zusammenhang zwischen Macht und Wissen in Diskursen zu ermitteln und kritisch zu bearbeiten. Von besonderer Relevanz ist daher die Frage nach der Beschaffenheit und Herkunft jeweils gültigen Wissens, welche Bedeutung es für die verschiedenen Subjekte einnimmt und welche Auswirkungen das Wissen auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hat. (Vgl. Jäger, 2011: 91) Wissen wird durch die Kritische Diskursanalyse als nur „jeweils gültiges Wissen“ kritisier- und deutbar, statt dass es

als objektiv und überzeitlich gültig bzw. es als vernünftig, evident und alternativlos zu verstehen (vgl. Jäger/Jäger, 2007: 20). Die Methode der Kritischen Diskursanalyse bietet für die Medienforschung ein sinnvolles Forschungsinstrumentarium, da in differenzierten Gesellschaften vor allem Massenmedien als Wissensquellen fungieren. Medieninhalte können anhand der Kritischen Diskursanalyse analysiert werden und gleichzeitig stellt sie auch eine Verbindung zum theoretischen Denken in der Medienforschung her. (Vgl. Diaz-Bone, 2005: 539) Nicht die durchgeführte Diskursanalyse selbst ermöglicht die Generierung neuer Erkenntnisse, sondern dies geschieht erst dann, wenn das Erkenntnisinteresse in einen theoretisch-historischen Kontext gesetzt wird. Der empirische Teil dieser Magisterarbeit ist demnach nicht als Beweisführung der zuvor aufgestellten Thesen gedacht – diese können sich als richtig oder falsch erweisen – sondern es ist die Analyse, die beispielhaft und auf systematische Weise anführt, wie und an welcher Stelle in den analysierten Artikeln die theoretisch-historischen Themenzusammenhänge erkennbar sind, um sich schließlich auch kritisch damit auseinanderzusetzen.

Nach Foucault besteht ein Diskurs immer aus der Differenz „zwischen dem, was man korrekt in einer Epoche sagen könnte (nach den Regeln der Grammatik und denen der Logik) und dem, was tatsächlich gesagt wird, besteht. Das diskursive Feld ist, zu einem bestimmten Zeitpunkt, das Gesetz dieser Differenz“ (Foucault, 1978: 316). Die Kritische Diskursanalyse befasst sich mit jenen Aussagen, die in einer bestimmten Gesellschaft während eines gewissen Zeitraums als akzeptabel gelten, gleichzeitig beschäftigt sie sich aber auch mit dem, was als nicht sagbar gilt und mit jenen Strategien, die an der Ausweitung bzw. Eindämmung dieser beiden Bereiche arbeiten. (Vgl. Jäger, 2004: 130) Sie ermöglicht nicht nur eine Untersuchung konkreter Inhalte von Medien, sondern kann auch zutage fördern, was zu einem Thema unausgesprochen bleibt. Siegfried Jäger beschreibt Diskurse ganz allgemein als „Fluß von ‚Wissen‘ durch die Zeit“ und sieht Diskurse davon ausgehend als „fest“ im Sinne von sozial verfestigt (Jäger, 2004: 129). Nach Margarete Jäger ist der Diskurs, bezogen auf das Gedankenbild vom „Fluß von ‚Wissen‘ durch die Zeit“, sowohl als die Form als auch der Inhalt von Äußerungen zu verstehen. Solche Analysen legen offen, dass Diskurse mit Macht ausgestattet sind zu entscheiden, „was zu einem bestimmten Zeitpunkt von wem wie sagbar war bzw. sagbar ist“ (vgl. Jäger, 2010: 386-388). Mithilfe der Methode der Kritischen Diskursanalyse werden die Zusammenhänge zwischen Macht und Wissen in Diskursen untersucht, da das kommunizierte Wissen auch als die jeweils gültige Wahrheit verstanden werden kann. (Vgl. Jäger, 2010: 387) Siegfried Jäger erläutert dazu: „Was jeweils als Wahrheit gilt, ist ja nichts anderes als ein diskursiver Effekt. Wahrheit ist demnach nicht irgendwie diskursextern vorgegeben, sondern sie wird jeweils erst historisch

diskursiv erzeugt.“ (Jäger, 2004: 129) Anhand diesem Zitat wird sichtbar, dass Wirklichkeit und Diskurse nicht gleichzusetzen sind, vielmehr führen Diskurse und Wirklichkeit jeweils ein „Eigenleben“ (vgl. Jäger, 2004: 144). Die Kritische Diskursanalyse erfasst Wahrheiten nicht als der Wirklichkeit entsprechend, sondern als ihr zugewiesen. Die Wirklichkeit kann nicht „an sich“ erkannt werden, sondern ihre Erkenntnis unterliegt einem fortlaufenden Deutungsprozess. Ausdeutungen der Wirklichkeit erfolgen unterschiedlich, abhängig von den Interessenlagen, Zielvorstellungen und Traditionen. In Folge dessen gibt es immer auch Auseinandersetzungen über die Wahrheit und über die Gültigkeit und Relevanz von Normen und Werten. In dieser Weise konzipiert, kann die Kritische Diskursanalyse auch nicht unabhängig von den stattfindenden politischen Deutungskämpfen gesehen werden, sondern ist in diese immer auch gleichsam involviert. Ihr Ziel ist es Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und die herrschenden Diskurse damit problematisier- und kritisierbar zu machen. Durch dieses Vorgehen ermöglicht die Kritische Diskursanalyse auch Vorschläge für die Veränderung von Seh- und Deutungsgewohnheiten zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Sie ist daher auch als politisches Projekt zu verstehen, welches sich der Vorstellung und Illusion von wissenschaftlicher Objektivität klar widersetzt. (Vgl. Jäger/Jäger, 2007: 7-8)

3.1.1. Diskursanalyse und feministische Theorie

Besonders für die feministische Theorie und für feministisch orientierte Untersuchungen, die Geschlechterverhältnisse in den Blick nehmen, gewannen die diskursanalytische und auch die dekonstruktivistische Herangehensweise in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung, da als ihr Ausgangspunkt gilt, dass „alle sozialen Phänomene und Unterscheidungen hergestellt und nicht gegeben sind“ (Hark, 2011: 381). Dies führte gleichzeitig zu einer vermehrten Auseinandersetzung vieler feministischer VertreterInnen aus den Sozialwissenschaften und Philosophie mit der Machtanalytik von Michel Foucault (vgl. Jäger, 2010: 389). Bereits die Fragerichtung der Diskursanalyse ermöglicht unterschiedliche Machtdimensionen im Blick zu behalten (vgl. Jäger, 2010: 386), sodass damit auch die leitende Frage dieser Magisterarbeit nach der sozialen Ungleichheit der Geschlechter und der daraus resultierenden Armutsgefährdung von Frauen in Österreich umfassend beleuchtet werden kann.

Margarete Jäger erklärt in ihrem Aufsatz „Diskursanalyse: Ein Verfahren zur kritischen Rekonstruktion von Machtbeziehungen“, dass durch eine diskurstheoretische Perspektive die Dichotomie von „männlich“ und „weiblich“ auf ihren realen Ursprung zurückverfolgt werden könne. Dadurch wird es möglich Ungerechtigkeit und Unterdrückung an konkreten Beispielen

aufzuzeigen und zu kritisieren, anstatt sich auf eine „generelle Identität der Geschlechter“ (Jäger, 2010: 390) zu berufen. Für Margarete Jäger ist das Kollektivsubjekt „Frau“ oder „Mann“ nicht vorhanden, wodurch keine Einschränkungen dafür existieren, wer Kritik an Ungerechtigkeit äußern darf. Anstatt dass Frauen widerspruchslos als die „Unterdrückten“ und Männer als „Unterdrückende“ vorausgesetzt werden, können auch den Frauen Machtpositionen zuerkannt werden. (Vgl. Jäger, 2010: 390) Dieser Aspekt ist für die feministische Theoriebildung besonders wichtig, da es sich bei der Unterscheidung zwischen den Geschlechtern und der scheinbar unüberwindbaren Differenz zwischen Frauen und Männern um eine ihrer zentralen Problematisierungen handelt (vgl. Hark, 2011: 383). Mithilfe der Diskurstheorie und -analyse kann die feministische Forschung „die Produktivität von Machtbeziehungen nutzen, um Kritik (und Widerstand) zu formulieren“ (Jäger, 2010: 390). Die Diskursanalyse kann insofern als wichtiges medienwissenschaftliches Werkzeug für feministische Untersuchungen, unter denen sich auch die vorliegende Magisterarbeit verortet, betrachtet werden.

3.2. Das Verfahren der Kritischen Diskursanalyse

Im empirischen Teil dieser Magisterarbeit wird das Analyseverfahren für Diskurse nach Siegfried Jäger (2012) angewendet und deshalb zur besseren Nachvollziehbarkeit im Folgenden kurz skizziert.

Diskurse werden in der Kritischen Diskursanalyse in zwei Kategorien unterteilt: zum einen in Spezialdiskurse, die sich auf die Wissenschaften beziehen und zum anderen in Interdiskurse, unter die alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse fallen. Interdiskurse können im Wortsinn als allgemeine und oft auch populäre Wissensregionen aufgefasst werden, welche insbesondere massenmedial verankert sind und zum Austausch zwischen Spezialdiskursen beitragen, indem sie diese für größere Bevölkerungsgruppen „übersetzen“. (Vgl. Diaz-Bone, 2005: 542) Zwischen Spezialdiskursen und Interdiskursen findet immer auch ein Austausch statt, weshalb sich auch wissenschaftliche Elemente in Letzteren wiederfinden lassen. (Vgl. Jäger, 2004: 159) Um Diskurse trotz ihrer Komplexität und ihrem oft weitreichendem Umfang analysieren zu können, ist es vorab nötig ihre Struktur offen zu legen und sie dadurch durchschaubarer zu machen (vgl. Jäger, 2004: 158-159). Die Struktur von Diskursen lässt sich anhand von Diskursfragmenten unterteilen. Dabei handelt es sich um jene Texte und Textteile, die ein gemeinsames Thema behandeln (vgl. Jäger, 2004: 159). Mehrere Diskursfragmente zum selben Thema werden als Diskursstränge betitelt (vgl. Jäger, 2004: 160). Sie bezeichnen einen

thematischen Ausschnitt aus den (historischen) Gesamtdiskursen (vgl. Jäger, 2010: 388). Diskursstränge können sich miteinander „verschränken“, d.h. sich gegenseitig beeinflussen und stützen, woraus besondere diskursive Effekte hervorgehen (vgl. Jäger, 2004: 160). Die zumeist in komplexer Weise verschränkten Diskursstränge bilden dann einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs (vgl. Jäger, 2011: 111). Zwar haben alle Ereignisse diskursive Wurzeln, es werden jedoch nur solche zu den diskursiven Ereignissen gezählt, die auch mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen und deshalb ausführlich behandelt werden. Sie müssen Einfluss auf die Qualität und Richtung des Diskursstranges ausüben um dieser Kategorie zugeordnet zu werden. (Vgl. Jäger, 2004: 162) Diskursstränge können auf verschiedenen Diskursebenen erscheinen. Dabei handelt es sich um die unterschiedlichen sozialen Orte, von denen ausgehend Diskurse wirken: z.B. in der Wissenschaft, der Politik, den Medien etc. (Vgl. Jäger, 2010: 388) Die unterschiedlichen Diskursebenen beeinflussen sich untereinander, nehmen aufeinander Bezug und können auch von gegenseitigem Nutzen sein. Sie sind untereinander so stark verflochten, dass es legitim ist von „dem“ Mediendiskurs zu sprechen, selbst wenn, wie auch in dieser Magisterarbeit, z.B. unterschiedlich ausgerichtete Tageszeitungen analysiert werden. In unterschiedlichen Medien herrscht auch eine Dynamik, in der renommierte Medien z.B. auch Inhalte übernehmen, die bereits von anderen, auch weniger anerkannten Medien thematisiert wurden. Dabei können verschiedene Diskurspositionen trotzdem unterschiedlich stark zur Geltung kommen. Unter Diskurspositionen werden die spezifischen politischen Standorte einer Person, oder im vorliegenden Fall, eines Mediums verstanden – sie lassen sich ebenfalls durch die Diskursanalyse ermitteln. (Vgl. Jäger, 2004: 163-165) Auch wenn im Zuge von Diskursanalysen unterschiedliche Diskurspositionen zutage treten, so lässt sich, wie erwähnt, dennoch von „dem“ Mediendiskurs sprechen, da dieser in wesentlichen Aspekten, besonders in Hinblick auf die hegemonialen Medien, als einheitlich betrachtet werden kann. (vgl. Jäger/Jäger, 2007: 28) Die Vollständigkeit einer durchgeführten Diskursanalyse und damit auch ihre Repräsentativität und Gültigkeit der Ergebnisse ist dann gewährleistet, sobald nach dem Bearbeiten einer Anzahl von Diskursfragmenten „die Analyse keine inhaltlich und formal neuen Erkenntnisse zu Tage fördert“ (vgl. Jäger, 2011: 113).

Um mithilfe von Diskurssträngen den gesamtgesellschaftlichen Diskurs untersuchen zu können, muss zuerst das Material aufbereitet werden. Dabei handelt es sich um das eigentliche Herzstück von Diskursanalysen. (Vgl. Jäger, 2004: 171-173) Als erster Untersuchungsschritt wird eine Strukturanalyse durchgeführt. Sie zeigt, welche „inhaltlichen, formalen und auch ideologischen Schwerpunkte“ (Jäger, 2004: 193) in einer Zeitung oder Zeitschrift auszumachen sind. Die Strukturanalyse erfasst die bedeutsamsten Inhalte und ordnet die Aussagen in

zusammengehörige Gruppen. Gleichzeitig erschließt sie die auffälligsten Oberflächenmerkmale wie z.B. das Erscheinungsdatum eines Zeitungsartikels. Sie steckt damit den Aussagerahmen ab und schafft dadurch die Grundlage der Untersuchung. (Vgl. Jäger/Jäger, 2007: 34) Als Nächstes folgt die Feinanalyse der Diskursfragmente, die als Ausgangspunkt für die abschließende Gesamtinterpretation dient. (Vgl. Jäger, 2011: 115-118) Die Feinanalyse einzelner Artikel im Rahmen einer Kritischen Diskursanalyse erhebt nicht den Anspruch, die unmittelbare und spontane Wirkung eines Textes auf die Lesenden zu ermitteln. Die Untersuchungsmethode geht davon aus, dass Diskurse nur in ihrer Gesamtheit wirken und nicht als einzelne Ausschnitte. Jeder einzelne Artikel muss dennoch als Träger von Wissen verstanden werden, denn ausschlaggebend ist die fortlaufende Wiederholung von denselben Informationen mit dem Ziel, in den Lesenden ein festes Wissen als Bestandteil der jeweiligen Diskursposition zu etablieren. Die Kritische Diskursanalyse sieht daher in der ständigen Wiederholung von Wissens-elementen die Voraussetzung dafür, dass Wissen dauerhaft aufgebaut wird. Jede Feinanalyse einzelner Artikel kann und soll Textwirkungen deshalb nur exemplarisch darstellen. Die Texte, die im Rahmen einer Feinanalyse untersucht werden, stehen immer für eine Fülle an Diskursfragmenten, mit welchen die Lesenden kontinuierlich konfrontiert werden. Daher ist es für die Relevanz der Feinanalyse ausschlaggebend, dass genau solche Artikel ausgewählt werden, die den betreffenden Diskursstrang einer Zeitung formal und inhaltlich möglichst repräsentativ abbilden. Zu den entscheidenden Kriterien, die bestimmen, ob ein Artikel als typisch gewertet werden kann oder nicht, zählen etwa Umfang, Bebilderung, Einsatz gewisser (Kollektiv-)Symbole, Art der Argumentation, Wortschatz, Stil, Inhalt, usw. Entsprechend gilt, dass die Entscheidung darüber, was als typischer Artikel gelten kann, erst dann möglich ist, wenn zuerst eine Strukturanalyse und damit die Analyse des gesamten Diskursstrangs über eine gewisse zeitliche Periode erfolgt ist. (Vgl. Jäger / Jäger, 2007: 184-185)

Zur besseren Übersicht werden die Untersuchungsschritte nach Siegfried Jäger (2012) noch einmal kurz angeführt:

1. Zunächst muss die Zielsetzung angegeben werden, um daraufhin die theoretische Basis zu konzipieren und auszuarbeiten (siehe Kapitel 1.4.).
2. Ein politisch und gesellschaftlich relevantes Thema sowie ein dazugehöriges Untersuchungsobjekt werden sodann festgelegt (siehe Kapitel 2.3.).
3. Als Nächstes muss eine Begründung für die Auswahl des Untersuchungsmaterials gegeben werden (siehe Kapitel 3.3.1.).

4. Es folgt die Strukturanalyse und die Entwicklung einer Tabelle (siehe Kapitel 3.3.3.).
5. Erst dann findet die Feinanalyse statt (siehe Kapitel 3.3.4.).
6. Nun werden Struktur- und Feinanalyse für die Zusammenfassende Diskursanalyse in Verbindung gebracht (siehe Kapitel 3.3.5.).
7. Danach folgt eine Auseinandersetzung mit der Relevanz des behandelten Themas für die Publizistik- und Kommunikationsforschung (siehe Kapitel 4.3.).
8. Abschließend werden Gültigkeit und Vollständigkeit der durchgeführten Diskursanalyse thematisiert (siehe Kapitel 4.2.).

(Vgl. Jäger, 2012: 90-91)

3.3. Analyseteil

3.3.1. Auswahl des Untersuchungsmaterials

Für eine umfangreiche Analyse wurden die sieben reichweitestärksten österreichischen Tageszeitungen ausgewählt: *Kronen Zeitung*, *Heute*, *Kleine Zeitung*, *Der Standard*, *Kurier*, *Österreich* und *Die Presse*. Diese breite Auswahl soll sicherstellen, dass Inhalte ausgewählt werden, die von einem breiten Publikum rezipiert und über einzelne Bundesländer hinaus gelesen werden. Gleichzeitig wird ein weites Spektrum an unterschiedlich ausgerichteten Tageszeitungen in die Analyse inkludiert und so unterschiedliche Diskurspositionen abgebildet. Eine typischerweise festgelegte Unterscheidung zwischen Qualitäts- und Boulevardmedien in vielen publizistikwissenschaftlichen Arbeiten soll in dieser Arbeit jedoch vermieden werden. Alle ausgewählten Tageszeitungen unterliegen dem gleichen ökonomischen Druck wirtschaftlicher Rentabilität, weshalb gängige Unterscheidungskriterien – beispielhaft sei auf das Postulat verwiesen, dass Qualitätsmedien Information vor Unterhaltung stellen würden – kritisch hinterfragt werden müssen. Alle sieben Tageszeitungen artikulieren in Form der jeweiligen Blattlinie dennoch unterschiedliche Selbstverständnisse als öffentliche Medien und bilden zusammengekommen daher ein breites Untersuchungsfeld.

Als Untersuchungszeitraum wurde 1. Januar 2010 bis 30. Juni 2019 gewählt. Der Beginn des Untersuchungszeitraums ist durch zweierlei zu begründen: Erstens, da frauenpolitische Themen in Medien generell unterrepräsentiert sind und deshalb ein großzügig dimensionierter Untersuchungszeitraum benötigt wird um genügend passende Artikel für die Analyse zu finden. Und zweitens, da es sich beim 1. Januar 2010 um den Stichtag für das Inkrafttreten des Europäischen Aktionsjahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung handelt, welches organisiert wurde um die europäische Bevölkerung für ein ganzes Jahr lang gezielt

über Armut zu informieren und für die Thematik zu sensibilisieren. Als Teil der „Europa2020“-Strategie trat außerdem ab 1. Januar 2010 der Beschluss der Europäischen Kommission in Kraft, welcher die Zahl der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten bis zum Jahr 2020 EU-weit nachhaltigen reduzieren wollte. (Vgl. Neumann, 2016: 97; vgl. auch Kapitel 2.2. in dieser Arbeit) Das Ende des Untersuchungszeitraums wurde deshalb mit 30. Juni 2019 festgelegt, da nicht nur das Aktionsjahr 2010 von Interesse ist, sondern Armut und soziale Ausgrenzung auf europäischer Ebene für das gesamte Jahrzehnt zu einem sozialpolitischen Kernthema ausgerufen wurden. Aufgrund der supranationalen Vorgaben kann auch für Österreich von einem verstärkten öffentlichen Interesse und einer vermehrten Berichterstattung in den letzten Jahren ausgegangen werden. Der 30. Juni 2019 wurde aus Gründen der Aktualität ausgewählt, da die „Europa2020“-Strategie einerseits noch bis Jahresende Gültigkeit besitzt, andererseits ein sinnvoller Stichtag für das Ende des Untersuchungszeitraums gefunden werden musste, um die Analyse durchführen zu können.

Für die empirische Untersuchung dieser Magisterarbeit wurden alle Zeitungsartikel der ausgewählten Medien im genannten Zeitraum gesammelt, die in der APA-Onlinedatenbank „Online Manager“ durch die Schlagwörtersuche „Frau (UND) Armut“ aufgelistet wurden. Insgesamt ergab diese Suchanfrage 3999 Artikel im festgelegten Zeitraum, wobei sich nicht alle dezidiert mit der Armutsthematik von Frauen in Österreich beschäftigen. Deshalb wurde eine erste Vorselektion und ein Ausschlussverfahren anhand der folgenden Kriterien durchgeführt: kein Bezug zu Österreich; keine ausreichende Länge für die Analyse (hier wurde ein Mindest-Grenzwert von 30 Zeilen festgelegt, da die erste Sichtung zeigte, dass kürzere Artikel zu wenig Inhalt für die Analyse bieten würden); keine LeserInnenbriefe, da das Untersuchungsinteresse den Mediendiskurs und nicht die Meinungen einzelner LeserInnen betrifft; keine Interviews mit PolitikerInnen, da hier Standpunkte politischer Parteien wiedergegeben werden; keine Artikel, die als explizite Spendenaufrufe von karikativen Einrichtungen gedacht sind, da diese zwar oft umfangreich genug wären, jedoch wenig inhaltliches Material für die Analyse bieten; und schließlich auch keine Artikel, die zwar sowohl die Begriffe „Frau“ und „Armut“ beinhalten, jedoch nicht die Armut von Frauen in Österreich thematisieren, sondern beide Themen eher zusammenhangslos nebeneinander erwähnen. Insgesamt bleiben nach der ersten Vorselektion 191 Artikel übrig, die für die Diskursanalyse in Betracht kommen. Die Gesamtzahl gliedert sich wie folgt: *Der Standard*: 57 Artikel, *Kurier*: 44 Artikel, *Kleine Zeitung*: 39 Artikel, *Die Presse*: 31 Artikel, *Kronen Zeitung*: 18 Artikel, *Österreich*: 1 Artikel und *Heute*: 1 Artikel. Da die beiden Tageszeitungen *Österreich* und *Heute* mit nur jeweils einem relevanten Artikel nicht genügend Grundlage liefern um von

einer Repräsentativität hinsichtlich des Diskursstrangs auszugehen, wie es die Kritische Diskursanalyse nach Jäger verlangt, werden sie von der Analyse ausgeschlossen. Die Anzahl der Untersuchungsobjekte reduziert sich somit auf 189 Artikel. Nach einer ersten Sichtung, in der die Artikel gelesen und die wichtigsten Themen schriftlich festgehalten wurden, fand eine Auswahl der relevantesten Artikel in Hinblick auf eine exemplarische Abbildung des Diskurses für die Struktur- und Feinanalyse statt. Insgesamt ergab diese Auswahl 50 Artikel für die Strukturanalyse und daraus wurden 5 Artikel für die Feinanalyse ausgesucht. Begründet wird die Reduktion der Anzahl an Artikel damit, dass der Schwerpunkt dieser Magisterarbeit primär auf der Verknüpfung von Empirie und Theorie und nicht auf einer quasi-archäologischen Suche nach Beweisen liegt.

3.3.2. Publizistisches Selbstverständnis der ausgewählten österreichischen Tageszeitungen

Die regionale Tageszeitung *Kleine Zeitung* gehört zur Styria Media Group AG und erscheint täglich in der Steiermark, in Kärnten und in Osttirol. Laut aktuellster Daten der Media-Analyse 2018 hat die *Kleine Zeitung* eine Reichweite von 9,8% in ganz Österreich und ist damit hinter der *Kronen Zeitung* und *Heute* die drittreichweitenstärkste Tageszeitung in Österreich. Die Reichweite in der Steiermark beträgt 41,5% und in Kärnten 47,3%. (Vgl. Media-Analyse, 2019) Die *Kleine Zeitung* wurde 1904 gegründet und versteht sich selbst als unabhängige Tageszeitung, die sich keiner politischen Partei zugehörig fühlt und als erste Zeitung mit Ombudsperson mit großen Bemühungen dem „Land und Leut“ durch regionale Berichterstattung verpflichtet ist. Die offizielle Blattlinie der Kleinen Zeitung lautet wie folgt:

„Die ‚Kleine Zeitung‘ ist eine von allen politischen Parteien und Interessenvereinigungen unabhängige Tageszeitung. Sie steht auf dem Boden christlicher Weltanschauung, tritt für eine plurale, demokratische Gesellschaftsordnung, die Eigenständigkeit der Bundesländer, die Unabhängigkeit der Republik Österreich sowie ein geeintes Europa ein.“ (Styria Media Group AG, 2019a)

Die überregionale Tageszeitung *Kurier* besitzt nach Angaben der Media-Analyse 2018 eine Reichweite von 7,4% (vgl. Media-Analyse, 2019). Der *Kurier* wurde 1945 als „Wiener Kurier“ von der US-amerikanischen Besatzungsmacht gegründet. Er versteht sich als unabhängige Tageszeitung, die sich von allen direkten und indirekten Einflüssen politischer Parteien und Interessensgruppen distanziert. Er sieht sich als Vertreter von Integrität, Eigenstaatlichkeit und vom föderalistischen Aufbau der Republik Österreich. Der *Kurier* bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat und möchte deren Weiterentwicklung durch seine publizistische Tätigkeit fördern und konstruktiv gegen Missstände im

demokratischen Leben auftreten. Er betrachtet sich außerdem als Instrument der demokratischen Meinungsbildung im Sinne einer umfassenden Informationsfreiheit und tritt für die größtmögliche Freiheit der StaatsbürgerInnen im Rahmen der Gesetzeslage ein. Darüber hinaus bejaht er eine freie Gesellschaftsordnung und deren geordnete Weiterentwicklung ohne jeglichen Extremismus. Der *Kurier* unterstützt nach eigenen Angaben die Idee und das System der Sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der Ökologie. Seine publizistischen Tätigkeiten folgen der Richtschnur einer Vertiefung von Toleranz in allen Lebensbereichen, der Verteidigung der Gewissensfreiheit und der Achtung aller Glaubens- und Religionsgemeinschaften. Die Inhalte richten sich an LeserInnen aus allen Schichten der Bevölkerung und verfolgen das Ziel, einen objektiven und aktuellen Informationsgehalt sowie profilierte Kommentierung und gehaltvolle Unterhaltung zu bieten. (Vgl. *Kurier*, 2019)

Die überregionale Tageszeitung *Die Presse* gehört, so wie die *Kleine Zeitung*, zur Styria Media Group AG. Ihre Reichweite beträgt laut Media-Analyse 2018 österreichweit 4,6% (vgl. Media-Analyse, 2019). Sie wurde 1848 gegründet und steht nach eigenen Angaben für Qualitätsjournalismus, ist in Besitz des größten KorrespondentInnennetzes aller österreichischen Medien und bekennt sich zu Toleranz, geistiger Öffnung und Internationalität. (Vgl. Styria Media Group AG, 2019b) *Die Presse* beschreibt ihre Blattlinie wie folgt:

„Die Presse vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf gehobenem Niveau. Sie tritt für die Rechtsstaatlichkeit und die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems ein. ‚Die Presse‘ bekennt sich zu den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit bei Aufrechterhaltung der Eigenverantwortlichkeit des Staatsbürgers, zur Wahrung des privaten Eigentums unter Beobachtung seiner Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft, zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, zur freien unternehmerischen Initiative und zum Leistungswettbewerb. Sie verteidigt die Grundfreiheiten und Menschenrechte und bekämpft alle Bestrebungen, die geeignet sind, diese Freiheiten und Rechte oder die demokratische rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung zu gefährden. ‚Die Presse‘ betrachtet es als journalistische Standespflicht, ihre Leser objektiv und so vollständig wie nur möglich über alle Ereignisse von allgemeinem Interesse zu informieren. Stellung zu nehmen und Kritik zu üben, wird von der Tageszeitung ‚Die Presse‘ als ihre Aufgabe und ihr unveräußerliches Recht angesehen.“ (Styria Media Group AG, 2019b)

Der Standard zählt zu den überregionalen Tageszeitungen und besitzt der Media-Analyse 2018 zufolge eine Reichweite von 7,8% (vgl. Media-Analyse, 2019). *Der Standard* wurde 1988 von Herausgeber Oscar Bonner nach dem Vorbild der New York Times gegründet. Die Blattlinie von *Der Standard* lautet wie folgt:

„DER STANDARD ist ein liberales Medium. Er ist unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und Interessengruppen und wendet sich an alle Leserinnen und Leser, die hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung sowie an eine fundierte, sachgerechte Kommentierung auf den Gebieten von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft stellen.“ (Der Standard, 2019)

Nach eigenen Angaben tritt *Der Standard* für die Wahrung und Förderung der parlamentarischen Demokratie und der republikanischen politischen Kultur, für die rechtsstaatlichen Ziele bei gleichzeitiger Ablehnung von politischem Extremismus und Totalitarismus, für die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, für die Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gemeinschaften und für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und aller Bundesländer der Republik Österreich ein. (Vgl. *Der Standard*, 2019)

Die *Kronen Zeitung* besitzt mit 27,2 % die größte Reichweite aller österreichischen Tageszeitungen (vgl. Media-Analyse, 2019). Als grundlegende Ausrichtung der *Kronen Zeitung* wird Folgendes angegeben: „Die Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure“ (Krone Zeitung, 2019). Es gibt keine weiteren Angaben zur offiziellen Blattlinie.

3.3.3. Strukturanalyse

Indem einzelne Zeitungsartikel nach Ober- und Unterkategorien abgesucht werden, lassen sich mithilfe einer Strukturanalyse umfangreiche Materialmengen untersuchen. Dieses Vorgehen ermöglicht es einen ersten Überblick über das zu analysierende Material zu gewinnen. Anhand genauer Inhaltsangaben und unter Miteinbezug von Überschriften erfolgt dann die Ermittlung der sprachlich-rhetorischen Besonderheiten von Aussagen, die einem einzelnen Diskursstrang unterliegen und deren Verschränkungen. Dadurch werden erste diskursanalytische Interpretationen möglich. (Vgl. Jäger/Zimmermann, 2010: 115)

Für die Strukturanalyse werden drei Kategoriensysteme angewandt:

1. Bezogen auf den Inhalt und daher den Artikel als Ganzes.
2. Bezogen auf die inhaltliche Strukturierung der Artikel anhand von Titeln, Untertiteln, Zwischentiteln und Bildbeschriftungen.
3. Bezogen auf die Bebilderung und somit die Bildelemente des Artikels.

Bei der inhaltlichen Strukturanalyse für diese Untersuchung wurden die Artikel (vgl. S. 130-150) nach Ober- und Unterkategorien abgesucht. Hierbei kam es aufgrund des Forschungsthemas unvermeidlich zu Überschneidungen, die als solche beibehalten werden, anstatt dass sie durch neue Kategorien eliminiert werden. Dies würde zwar zur Komplexitätsreduktion beitragen, die auftretenden Diskursstränge sind jedoch an sich schon komplex, weshalb eine Vereinfachung zu vermeiden ist. Die Ober- und Unterkategorien sagen

noch nichts darüber aus, ob beispielsweise Stigmatisierungen in den Artikeln aktiv getroffen oder nur passiv wiedergegeben werden. Eine solche Unterscheidung wird erst in der Feinanalyse getroffen. Das generelle Ziel der Strukturanalyse liegt letztlich in der Herausarbeitung von Thematisierungen und Mustern in den Artikeln.

3.3.3.1. Kategorien

OBER-KATEGORIE	UNTER-KATEGORIEN	ANKER-BEISPIELE	FUNKTION
Altersarmut	Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Vorsorge, Tod von Ehemann, höhere Lebenserwartung von Frauen, Lebenshaltungskosten, Verzicht	„Noch immer sind Frauen überwiegend für Kindererziehung und Pflege zuständig. Statt dass die Gesellschaft sie für ihre Leistungen belohnt, werden sie im Alter mit Armut bestraft.“ (Art. 1) „Als der Mann (...) heuer starb, stand die Frau mit knapp 70 Jahren vor dem nichts.“ (Art. 8)	Frauen sind durch den ihnen zugeschriebenen Verantwortungsbereich der unbezahlten Reproduktionsarbeit weniger erwerbstätig als Männer und daher besonders von Altersarmut betroffen, da sie wenige bis keine Versicherungsjahre aufweisen und deshalb im Alter oft vom Ehepartner abhängig sind.
Erwerbsarbeit	Arbeitslosigkeit, Working Poor, Teilzeit, Frauenarbeitslosigkeit bzw. -erwerbs-	„Viele Frauen arbeiten (freiwillig oder unfreiwillig) in Teilzeit. (...) Versicherungslücken ergeben sich durch Karenz, Kinderbetreuung und Pflegezeiten. Auch sind frauentypische Berufe (...) weniger gut bezahlt als männertypische Berufe (...) Deshalb fordern wir	Vollzeiterwerbstätigkeit wird als das wichtigste Mittel gegen Armut betrachtet, weshalb auch das höhere Armutsrisiko von Frauen im Alter darauf zurückgeführt wird, dass zu viele Frauen nur in Teilzeit arbeiten. Als notwendiges Ziel wird des-

	quote, „typische“ Frauen- /Männer- berufe, Lohnhöhe, Arbeits- wiederein- stieg, Karenz, Work-Life- Balance, Arbeits- anreiz, Vollzeit- erwerbs- tätigkeit als Ziel, Arbeitszeit- verkürzung, flexible Arbeits- modelle, Niedrig- lohnsektor	mehr Frauen in der Technik“ (Art. 11) „Und Frauen in Österreich verdie- nen statistisch auch deshalb weni- ger, weil viele (meist freiwillig) Teilzeit arbeiten.“ (Art. 20) „Wer hat übrigens je umgekehrt berechnet, was eine Hausfrau der Gesellschaft kostet? Was es kos- tet auf das Potenzial von Frauen zu verzichten, in deren Bildung der Staat investiert hat? Faktum ist zudem, dass Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit länger unterbre- chen, unverhältnismäßig öfter von Armut betroffen sind als Frauen, die relativ früh wieder in den Beruf einsteigen.“ (Art. 26) „Teilzeit ist die größte Karriere- falle, der Hauptgrund für den eklatanten Einkommensunter- schied zwischen Männern und Frauen und endet – insbesondere für Alleinerzieherinnen – häufig tatsächlich in Armut. Und Teil- zeit ist weiblich.“ (Art. 27)	halb die Überführung von Teilzeit- in Vollzeitstellen gesehen. Das hohe Armuts- risiko wird auch daran fest- gemacht, dass Frauen zum Pensionsantritt mehr Lücken im Arbeitsleben und weniger Versicherungsjahre aufgrund von Reproduktionsarbeit aufweisen sowie in Bran- chen arbeiten, die tenden- ziell niedriger entlohnt wer- den. Frauen müssen deshalb die Karenzzeit so kurz wie möglich halten und Berufe wählen, die „typisch männ- lich“ sind um mehr zu ver- dienen als sie es derzeit tun. (Es wird somit suggeriert, dass sich Frauen an die „Normalerwerbsbiographie“ von Männern anpassen müssen.)
Pension	Höhe, Mindest- pension, Witwen- pension, Vorsorge, Pensions- antritts-	„Am Ende heißt es wieder ‚Das habe ich nicht gewusst‘. Nicht gewusst, dass die Ehe nicht hält. Nicht gewusst, dass das Geld nicht reicht. Nicht gewusst, dass Teil-Zeit auch Teil-Pension heißt.“ (Art. 11)	Auch beim Thema Pension wird suggeriert, dass Frauen sich an der männlichen „Normalerwerbsbiographie“ in der Arbeitswelt orientie- ren sollen und zwar so früh wie möglich, um in der Pen- sion versorgt zu sein. Beson-

	alter, Mütter-pension	„Das Beste, was eine Frau machen kann, um ihr Einkommen im Alter zu sichern, ist, so lange wie möglich zu arbeiten. Das bedeutet: kürzere Auszeiten zur Kinderbetreuung, weniger Teilzeitarbeit, später in Pension gehen. Denn das traditionell frühere Pensionsantrittsalter von Frauen schmälert die Beitragsjahre und damit die Höhe der Pension.“ (Art. 28)	ders die Karenzzeit und der schwierige Wiedereinstieg in die Berufswelt werden als Gründe für niedrige Pensionen von Frauen genannt. Frauen werden zudem gewarnt, nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Partnern zu geraten, da Ehegemeinschaften auseinanderbrechen oder Ehemänner frühzeitig sterben können und die Frauen dann nicht ausreichend abgesichert sind, was sich in Altersarmut niederschlägt.
Bildung	Geschlecht, soziale Herkunft ausschlaggebend für Bildungschancen, Ganztags-schulmodell, Qualität	„(...) in der Bildung den Schlüssel zur effektiven Armutsbekämpfung.“ (Art. 1) „Schlecht ausgebildete Jugendliche aus armen Familien, haben geringe Chancen einen Job zu finden.“ (Art. 3) „Mit dem Resultat, dass primär soziale Herkunft und Einkommen der Eltern die zukünftige Bildungslaufbahn der Kinder bestimmen.“ (Art. 27)	Bildung wird als wichtiger Schlüssel für die Armutsbekämpfung gesehen, weshalb es, durch den Staat ermöglicht, einheitliche Bildungschancen für alle geben muss.
Alleinerziehend	Doppel- und Dreifachbelastung	„Neun von zehn Alleinerziehern sind Frauen: Sie müssen mehr arbeiten und sind dennoch stärker armutsgefährdet.“ (Art. 15) „Trotz hoher Erwerbstätigkeit sind alleinerziehende Mütter	Überwiegend Frauen sind Alleinerziehende, die nicht nur einer Mehrfachbelastung durch Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung ausgesetzt sind, sondern auch zu den

		deutlich stärker von Armut gefährdet als die österreichische Gesamtbevölkerung.“ (Art. 16)	am stärksten armutsgefährdeten Gruppen in Österreich zählen.
Sozialleistungen	Mindestsicherung, Familienbeihilfe, Ausgleichszahlung, Pflegegeld, Wohnbeihilfe, Notstandshilfe, Sachleistungen statt Geldleistungen	„Nach einiger Zeit der Berufstätigkeit war die 49-jährige in den letzten Jahren zu Hause. Den Alltag kann sie sich durch soziale Transferleistungen gerade leisten.“ (Art. 15) „Im Gegenzug könnte man langfristige Geldleistungen abbauen, insbesondere solche, die ‚die Inaktivität von Frauen fördern‘.“ (Art. 25)	Hier werden zwei unterschiedliche Motive bedient: einerseits wird die niedrige Höhe von Sozialleistungen kritisch betrachtet, da diese kaum zum Leben reichen und die Bezieherinnen daher als arm bezeichnet werden, andererseits werden Sozialleistungen dafür verantwortlich gemacht, dass durch sie für Frauen nicht genügend Anreiz geschaffen wird erwerbstätig zu sein und sie deshalb spätestens in der Pension bzw. im Alter von Armut betroffen sind.
Stigma	Scham, versteckte Armut, soziale Isolation, Schmarotzertum, sozialer Abstieg, soziale Ausgrenzung, Würde, Außenseiterrolle	„Ich fühlte mich wie ein Schmarotzer. Wenn man arbeitslos ist, gehört man doch zu den Außenseitern.“ (Art. 19) „Haller heißt eigentlich anders, ihren echten Namen möchte sie nicht in der Zeitung lesen. Zu groß ist die Scham, arm zu sein.“ (Art. 6)	Armut ist für die Betroffenen beschämend. Sie möchten ihre Armut deshalb verstecken und nehmen dafür soziale Isolation in Kauf, um sich im Gegenzug nicht als SchmarotzerInnen bzw. AußenseiterInnen fühlen zu müssen oder für andere ihren sozialen Abstieg erkennbar zu machen.

Ge- schlecht- er- verhält- nis	Ungleich- behandlung, Lohnunter- schied, Un- gleichheit, Equal-Pen- sion-Day, unbezahlte Reproduk- tionsarbeit, Machtposi- tionen, Ab- hängigkeits- verhältnis vom Partner , Verant- wortungs- verteilung, Gender- Pay-Gap, Chancen- gleichheit, Familiener- nährermo- dell, Quo- tenregelung, Aufstiegs- chancen und -mög- lichkeiten, Seilschaften und Män- nerbünde, Scheidung	„Als Gegenentwurf für das ‚männliche Ernährermodell‘ auf dem der Sozialstaat basiere, (...) junge Mädchen dazu ermutigen, sich ‚Männerberufe‘ zu schnappen. Dort sollen sie mehr verdienen - und so für eine gesicherte Zukunft sorgen“ (Art. 1) „Und dann gibt es wohl auch Frauen, die weniger arbeiten, weil der Partner ohnehin genug verdient. Das kann man skeptisch sehen, weil sie sich damit einer Ehe ausliefern, die vielleicht nicht ewig hält. Aber die Politik/die Unternehmer/die Reichen sollte man dafür nicht verantwortlich machen.“ (Art. 20) „Bevor aber unentgeltliche und entgeltliche Arbeit sowie Machtpositionen nicht gerecht zwischen Männern und Frauen verteilt sind, bleibt das Thema (Gleichstellung) unerledigt.“ (Art. 38)	In Hinblick auf das Geschlechterverhältnis wird auf unterschiedliche Diskriminierungen Bezug genommen, z.B. Ungleichbehandlung, die Verantwortung von Frauen für den Reproduktionsbereich etc. Frauen wird jedoch suggeriert, dass sie durch eine durchgehende Vollzeitbeschäftigung in „typischen Männerberufen“ diese Diskriminierungen selbst überwinden können, da die Lohnunterschiede zumeist auf die Teilzeitbeschäftigung von Frauen zurückgeführt wird und nicht etwa auf den Gender-Pay-Gap. Auch hier wird die Verantwortung an die Frauen selbst übertragen, indem sie sich durch Vollzeiterwerbsarbeit von ihren männlichen Partnern unabhängig machen und für sich selbst und ihre spätere Pension sorgen sollen, um nicht in die Gefahr von Altersarmut zu geraten.
---	--	---	---

Gesundheit	Krankheit, Stress, Zahnprobleme, Übergewicht, psychische Probleme, Kinderbetreuung	„Sie besiegt den Krebs, arbeiten kann sie aber nicht mehr. Jetzt lebt sie in einer Wohnung ohne Tisch und Bett.“ (Art. 3) „Bezahlt wurde der Zahnersatz und auch die Kosten für eine dringend notwendige Psychotherapie.“ (Art. 17)	Beim Thema Gesundheit spielen vor allem die Bereiche Krankheit und Kosten eine Rolle. Es wird davon ausgegangen, dass sowohl Krankheit zu Armut führen kann als auch Armut zu gesundheitlichen/körperlichen Problemen bzw. psychischen Problemen führt, da Behandlungen nicht bezahlt werden können.
Reproduktionsarbeit	Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Müttergehalt, gesellschaftliche Anerkennung, Erwerbsunterbrechung, Hausarbeit	„Sind doch die Leistungen von Frauen in der Gesellschaft nach wie vor nicht nur unbedankt und oft unbemerkt, sondern auch unbezahlt – und dennoch selbstverständlich.“ (Art. 26) „Nur wenn Mütter wissen, dass ihre Kinder in pädagogisch exzellenten Einrichtungen betreut und gefördert werden, können sie sich auf ihre beruflichen Aufgaben konzentrieren.“ (Art. 27) „In Österreich wird 80 Prozent der Pflege und Betreuungsarbeit privat zu Hause erbracht, und dort kümmern sich meist Frauen um Kinder genauso wie um kranke und alte Menschen. (...) Pflege und Betreuung bedeutet für viele Frauen Abhängigkeit und eine Armutsfalle.“ (Art. 38)	Die Verantwortung für Reproduktionsarbeit wird bei den Frauen gesehen, dieser Umstand wird auch überwiegend kritisiert und für mehr Verantwortungsaufteilung zwischen Männern und Frauen plädiert. Außerdem wird auf die staatliche Aufgabe verwiesen für bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu sorgen. Reproduktionsarbeit wird als bedeutsame Aufgabe gesehen, die jedoch nicht genug gesellschaftlich anerkannt ist und für Frauen zum Armutsrisiko im Alter oder als Alleinerzieherinnen beiträgt.

Bei der Analyse der Titel, Untertitel, Zwischentitel und Bildbeschriftungen wurden die Kategorien nach dominanten Aussagen abgesucht und dienen daher zur Orientierung:

KATEGORIE	ERKLÄRUNG
Keine Zuordnung	Kein erkennbarer Aussagegehalt
Negative Emotionalisierung/ Dramatisierung	Ausdrücke, die Hoffnungslosigkeit und keinen Ausweg aus bzw. Veränderbarkeit der Situation suggerieren, dramatisierend oder negativ emotionalisierend wirken (Beispiele: „Armutsfalle“, „Alarmierende Zahlen“, „Strafe statt Lohn“)
Schuldzentriertheit/ Verantwortungszentriertheit	Frauen müssen sich selbst vor Armut durch Vollzeit-Erwerbsarbeit absichern (Beispiel: „Nur Arbeit kann die Armut beseitigen“)
Information	Wenn Informationsgehalt neutral, „objektiv“ und ohne erkennbare Wertung wiedergegeben wird
Appell an Politik, LeserInnen, Umwelt, Menschen, Institutionen	PolitikerInnen etc. sollen mehr Präventionsarbeit leisten bzw. die Ist-Situation verbessern u.ä.
Stigmatisierung	Thematisierung von Scham, Wiederholung stereotypisierender Aussagen oder eigene Stereotypisierungen

Bei der Analyse der Bilder/Graphiken wurden die Themen folgendermaßen zusammengefasst:

MOTIVE	KONKRETE AUSGESTALTUNG
Armut bzw. Altersarmut	Leere Brieftasche, Geld wird gezählt; Einkaufswagen mit wenig Inhalt und ½ Preis-Aufklebern; Leere Hosensäcke; Kopf in den Händen halten; Graphik zu Armutsgefährdung
Bildung	Kind mit Schultasche; Schulzeugnisse
Geschlechterverhältnis	Zwei unterschiedlich hohe Türme an Euromünzen, auf dem höheren ist ein Mann stehend und auf dem niedrigeren eine Frau, zu sehen

Erwerbsarbeit	Frau in Anzug; Abgebildete Hände, die am Schreibtisch in Terminkalender schreiben; Frau sitzt auf vollgeräumten Schreibtisch; Frau mit Putzwagen; Frauen arbeiten am Fließband; Frauen arbeiten in Textileinrichtung; Frau arbeitet in Bäckerei
Kinderbetreuung	Kind spielt mit Bausteinen; Kindergruppe mit gleichen roten Hauben und Rucksäcken auf der Straße; Frau hält Kind in den Armen; Frau zieht Kind auf Schlitten im Schnee
Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit	Frau schreibt am Laptop und hat gleichzeitig Kind am Schoss
Foto von AutorIn/Interviewte Person/Portraitierte Person	Foto von AutorIn; Foto von portraitierte Person in eigener Wohnung; Person von hinten gezeigt, um nicht erkannt zu werden; Foto von interviewter Person
Unbestimmte Zuordnung	Porzellanfiguren; Frauen stehen an Geländer und schauen auf Wasser; Betonmauer; Stecker mit Knopf, auf der eine Frau zu sehen ist; Männerköpfe

3.3.3.2. Auswertung und Ergebnisse

Inhalt: Dominante Kategorien

Untersuchte Elemente: 50 Artikel

OBERKATEGORIE	VORKOMMEN INSGESAMT	NUMMER DES ARTIKELS
Altersarmut	12	1, 8, 21, 23, 24, 28, 31, 32, 33, 34, 43, 48
Erwerbsarbeit	37	1, 2, 4, 5, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 25, 26, 27, 28, 31, 32, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 48, 49, 50
Pension	12	1, 4, 6, 7, 8, 11, 12, 23, 24, 28, 43, 48
Bildung	5	1, 2, 3, 27, 50

Alleinerziehend	15	2, 3, 4, 7, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 22, 31, 32, 35, 47
Sozialleistungen	16	2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 14, 19, 25, 28, 33, 35, 43, 44, 47
Stigma	12	2, 6, 10, 17, 19, 21, 23, 32, 33, 43, 47, 50
Geschlechterverhältnis	26	4, 5, 11, 12, 13, 20, 23, 24, 26, 27, 29, 30, 31, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 45, 46, 49
Gesundheit	8	3, 6, 16, 17, 19, 26, 47, 50
Reproduktionsarbeit	21	5, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 23, 26, 31, 32, 34, 38, 39, 42, 43, 44, 46

Ergebnis: Die Kategorien „Altersarmut“, „Erwerbsarbeit“, „Pension“ und „Sozialleistungen“ sind stark miteinander verwoben. Sie legitimieren sich gegenseitig und unterstützen die dominierende Aussage, dass Frauen sich an die „Normalerwerbsbiographie“ von Männern anpassen müssen um sich insbesondere im Alter vor Armut abzusichern. Ebenfalls stark verbunden sind die Kategorien „Alleinerziehend“, „Geschlechterverhältnis“ und „Reproduktionsarbeit“. Dies weist auf ein bestehendes Bewusstsein dafür hin, dass Frauen noch immer überwiegend die Verantwortung für den Bereich Kinderbetreuung zugeschrieben wird. Die schwache Ausprägung der Kategorie „Gesundheit“ zeugt davon, dass Krankheit nicht vorrangig als Ursache für Armut betrachtet wird und auch gesundheitliche Probleme durch Armut eher selten thematisiert werden.

Analyse der Titel, Untertitel, Zwischentitel und Beschriftungen der Bilder: Dominante Kategorien

Ausgewertete Elemente: 220

KATEGORIE	ERKLÄRUNG	VOR-KOM-MEN INSGE-SAMT	TITEL, UNTERTITEL, ZWISCHENTITEL, BILDBESCHRIFTUNG NR.
Keine Zuordnung	Kein erkennbarer Aussagegehalt	48	4, 17, 18, 22, 27, 30, 34, 35, 36, 38, 41, 54, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 91, 95, 96, 104, 124, 133, 141, 144, 147, 162, 168, 174, 175, 176, 180, 199, 201
Negative Emotionalisierung/ Dramatisierung	Ausdrücke, die Hoffnungslosigkeit und keinen Ausweg aus bzw. Veränderung der Situation suggerieren, dramatisierend oder negativ emotionalisierend wirken (Beispiele: „Armutsfalle“, „Alarmierende Zahlen“, „Strafe statt Lohn“)	50	1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 13, 15, 20, 24, 25, 28, 31, 40, 79, 82, 86, 87, 97, 101, 102, 107, 108, 109, 115, 119, 125, 128, 136, 137, 138, 140, 151, 153, 159, 160, 177, 178, 179, 186, 188, 207, 208, 209, 210, 211, 216
Schuldzentriertheit/ Verantwortungszentriertheit	Frauen müssen sich durch Vollzeit-Erwerbsarbeit selbst vor Armut absichern (Beispiel: „Nur Arbeit kann die Armut beseitigen“)	16	33, 43, 44, 45, 81, 94, 110, 111, 121, 127, 134, 135, 143, 161, 171, 184
Information	Wenn Informationsgehalt neutral, „objektiv“ und	52	12, 14, 16, 19, 29, 39, 42, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52,

	ohne erkennbare Wertung wiedergegeben wird		53, 67, 68, 83, 88, 90, 99, 103, 105, 112, 113, 126, 129, 132, 154, 155, 156, 165, 167, 169, 182, 183, 185, 187, 189, 191, 192, 197, 198, 202, 203, 204, 205, 213, 214, 215, 218, 219
Appell an Politik, LeserInnen, Umwelt, Menschen, Institutionen	PolitikerInnen etc. sollen mehr Präventionsarbeit leisten bzw. die Ist- Situation verbessern u.ä.	43	9, 21, 32, 55, 62, 78, 80, 84, 85, 92, 98, 114, 116, 117, 118, 120, 122, 123, 130, 131, 139, 142, 148, 149, 150, 152, 157, 158, 163, 164, 166, 170, 172, 173, 181, 190, 194, 195, 196, 200, 206, 212, 220
Stigmatisierung	Thematisierung von Scham, Wiederholung stereotypisierender Aussagen oder eigene Stereotypisierungen	9	23, 26, 37, 89, 100, 106, 145, 146, 217

Ergebnis: In den Titeln, Untertiteln, Zwischentiteln und Bildunterschriften überwiegen die Informationselemente, wobei diese Kategorie nicht voraussetzt, dass Informationen wertfrei sind, sondern im Vergleich zu Elementen der Kategorie „Negative Emotionalisierung und Dramatisierung“ einen neutraleren Ton wählen. Die Ausprägung der Kategorie „Negative Emotionalisierung und Dramatisierung“ fällt stark aus, was darauf hinweisen kann, dass negative Emotionalisierungen und Dramatisierungen nicht im Inhalt der Artikel selbst Platz finden, sondern eher eine Erscheinung in den „Zwischentönen“ sind, die sich nicht offensichtlich in den Texten auffinden lassen. Ähnlich verhält es sich mit der Kategorie „Appell an Politik, LeserInnen, Umwelt, Menschen und Institutionen“, die ebenfalls stark vertreten ist, auch wenn sie in den Inhalten der Artikel selbst kaum Bedeutung findet, sehr wohl werden aber in den Titeln, Untertiteln, Zwischentiteln und Bildunterschriften häufig Appelle besonders an die Politik und LeserInnen platziert.

Bilder/Graphiken in den Artikeln: Dominante Kategorien

Bilder: 42

Graphiken: 2 (Artikel Nr. 44)

Bilder/Graphiken enthalten in 43 Artikeln.

Ohne Bilder/Graphiken: 7 (Artikel Nr. 8, 14, 16, 37, 40, 41, 47)

MOTIVE	KONKRETE AUSGESTALTUNG	VOR- KOMMEN INSGESAMT	ARTIKEL NR.
Armut bzw. Altersarmut	Leere Brieftasche; Geld wird gezählt; Einkaufswagen mit wenig Inhalt und ½ Preis-Aufklebern; Leere Hosensäcke; Kopf in den Händen halten; Graphik zu Armutsgefährdung	6	1, 2, 3, 12, 23, 44
Bildung	Kind mit Schultasche; Schulzeugnisse	1	2
Geschlechter- verhältnis	Zwei unterschiedlich hohe Türme aus Euromünzen, auf dem höheren ist ein Mann sitzend/stehend und auf dem niedrigeren eine Frau, zu sehen	3	11, 43, 49
Erwerbsarbeit	Frau in Anzug; Abgebildete Hände, die am Schreibtisch in Terminkalender schreiben; Frau sitzt auf vollgeräumten Schreibtisch; Frau mit Putzwagen; Frauen arbeiten am Fließband; Frauen arbeiten in Textil-Einrichtung; Frau arbeitet in Bäckerei	6	13, 18, 22, 34, 39, 50
Kinderbetreuung	Kind spielt mit Bausteinen; Kindergruppe mit gleichen roten Hauben und Rucksäcken auf der	5	18, 25, 26, 35, 36

	Straße; Frau hält Kind in den Armen; Frau zieht Kind auf Schlitten im Schnee		
Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit	Frau schreibt am Laptop und hat gleichzeitig ein Kind am Schoss	2	15, 46
Foto von AutorIn/ Interviewte Person/ Portraitierte Person	Foto von AutorIn; Foto von portraitiertter Person in eigener Wohnung; Person von hinten gezeigt, um nicht erkannt zu werden; Foto von interviewter Person	22	4, 5, 6, 9, 10, 11, 17, 18, 19, 20, 21, 24, 27, 29, 31, 32, 33, 42, 45, 46, 47, 50
Unbestimmte Zuordnung	Porzellanfiguren; Frauen stehen an Geländer und schauen auf Wasser; Betonmauer; Stecker mit Knopf, auf der eine Frau zu sehen ist; Männerköpfe	5	5, 28, 30, 38, 45

Ergebnis: Der überdurchschnittlich hohe Anteil an Bildern, die Fotos von den AutorInnen zeigen, lässt darauf schließen, dass Armut als komplexes Phänomen eher schwierig bildlich darzustellen ist, gleichzeitig könnte dies jedoch auch bedeuten, dass die LeserInnen nicht mit dem mit Armut verbundenen Leid konfrontiert werden sollen, weil es das Elend der Mitmenschen vor Augen führt. Die hohe Anzahl an Portraitfotos der AutorInnen lässt außerdem vermuten, dass die Hervorhebung der AutorInnen einen stärkeren Fokus besitzt als der Inhalt der Artikel.

3.3.3.3. Zusammenfassende Interpretation

Die durchgeführte Strukturanalyse, welche ausgewählte Artikel der österreichischen Tageszeitungen *Kleine Zeitung*, *Kurier*, *Die Presse*, *Der Standard* und *Krone Zeitung* zum Thema Frauenarmut in Österreich zwischen 1. Januar 2010 und 30. Juni 2019 untersucht hat, zeigt auf, dass in den knapp zehn Jahren des Untersuchungszeitraums keine maßgeblichen Entwicklungen oder Veränderungen in der Thematisierung stattgefunden haben, sondern sich die Berichterstattung über die Jahre relativ konstant zeigt. Wie bereits im theoretischen Teil dieser Arbeit behandelt, wird Erwerbsarbeit als das wichtigste Mittel gegen Armut angesehen. Die Strukturanalyse verdeutlicht, dass Erwerbsarbeit auch zu den inhaltlich dominierenden Kategorien der untersuchten Artikel zählt. Auffällig ist hierbei, dass im Kontext von Frauenarmut und Erwerbsarbeit insbesondere Teilzeitarbeit häufig erwähnt und als Ursache für Armut, besonders im Alter, dargestellt wird. Diese Auffassung verdeutlicht sich in der Berichterstattung z.B. durch Bezeichnungen wie „Teilzeit als Armutsfalle“. Ein niedrigeres Einkommen durch Teilzeitanstellung im Vergleich zur Vollzeiterwerbstätigkeit wird gleichgesetzt mit einem niedrigen Pensionsanspruch und daher mit einer unzureichenden Absicherung vor Armut im Alter. Auch die Kategorien Reproduktionsarbeit und das Geschlechterverhältnis sind inhaltlich von Bedeutung, da die zugeschriebene Rollenverteilung zwischen Männern als Familienernährer einerseits und Frauen als verantwortlich für Kinderbetreuung und Pflege andererseits, im Kontext von Armutsgefährdung von Frauen thematisiert und kritisiert wird. Als Lösungsvorschlag wird jedoch selten das kollektive Aufbrechen der Geschlechterleitbilder angeführt, sondern Frauen wird indirekt vermittelt, dass sie sich als Individuen der männlichen „Normalerwerbsbiographie“ anpassen müssen um ihr Armutsrisiko zu verringern. Dies bedeutet z.B., dass sich Frauen bereits bei der Berufswahl für „typische Männerberufe“ entscheiden und außerdem eine lückenlose Erwerbsbiographie vorweisen sollten, was auch bei Kinderwunsch impliziert, frühestmöglich aus der Karenz zurückzukehren sowie ausnahmslos Vollzeit zu arbeiten und so spät wie möglich aus dem Erwerbsleben in die Pension einzutreten. Unterstützt wird dies durch „Zwischentöne“ in Form von Titeln, Untertiteln, Zwischentiteln oder Bildbeschriftungen, die Informationen zwar „objektiv“ vermitteln, gleichzeitig jedoch auch durch negative Emotionalisierung und Dramatisierung sowie durch Appelle an Politik und LeserInnen auf das Problem von Frauenarmut in Österreich hinweisen. Die zurückhaltende Bebilderung kann als Ausdruck dafür aufgefasst werden, dass die thematisierte Armut nicht mit Elend und Leid assoziiert werden soll, stattdessen wird die vermittelte Verantwortungsübertragung auf Frauen unterstrichen durch Vollzeiterwerbstätigkeit ihr Armutsrisiko zu minimieren. Anders als von Christoph

Butterwegge im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs festgestellt, wurden im Großteil der untersuchten Artikel Auslöser und Ursache von Armut nicht verwechselt (vgl. Butterwegge, 2009a: 44). So wurden bestimmte, in den Artikeln angeführte Ereignisse im Leben von Frauen wie z.B. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Scheidung oder der Tod vom Ehepartner als Auslöser für den sozialen Abstieg gewertet, als Ursache jedoch die bereits zuvor bestehende mangelnde Absicherung benannt. Begründungen und damit einhergehende Lösungsvorschläge werden jedoch nicht auf gesellschaftlicher Ebene verortet, auch wenn die Frauen zugeschriebene Verantwortung für die Reproduktionsarbeit benannt und kritisiert wird, sondern der vorherrschenden Leistungsideologie entsprechend (vgl. Butterwegge, 2009a: 34). Es findet eine starke Betonung der Eigenverantwortung von Frauen statt, indem die Ansicht vermittelt wird, dass sie für ihre Absicherung vor Armut selbst Sorge tragen müssen (vgl. Butterwegge, 2009a: 75).

3.3.4. Feinanalyse

Die Feinanalyse wurden nach den folgenden Schritten durchgeführt:

Als Erstes werden Erscheinungsdatum, Titel des Artikels, Untertitel, Zwischentitel, Nennung von AutorIn, Ressort, Bildkategorie und Bildbeschriftung aus der Strukturanalyse übernommen und angeführt. Es folgt eine Zusammenfassung des Artikels, die eine unparteiische Übersicht über den Artikel geben soll und daher eine Wahrheitsmöglichkeit darstellt. Die aus der Strukturanalyse entnommenen Ober- und Unterkategorien werden als Nächstes nicht nur wiedergegeben, sondern in einem nächsten Schritt analysiert und dekonstruiert. Anschließend werden die sprachlich-rhetorischen Mittel stichpunktartig durch auftauchende Aussagen notiert und in die Analyse miteinbezogen.

Die Auswahl der fünf Artikel wurde anhand der in der Strukturanalyse identifizierten Kategorien vorgenommen, wobei eine Kategorie immer dominant auftritt. Der erste Artikel (erschieden in *Der Standard* am 18.03.2010) steht für Sozialleistungen und ihre Verbindung mit Erwerbsarbeit, der zweite Artikel (erschieden in der *Kleinen Zeitung* am 15.10.2010) für Altersarmut und die damit verbundenen Themen Pensionen und Erwerbsarbeit, der dritte Artikel (erschieden im *Kurier* am 07.10.2012) für die Kategorie Alleinerziehende, der vierte Artikel (erschieden in der *Kronen Zeitung* am 01.10.2016) für das Geschlechterverhältnis und der fünfte Artikel (erschieden in *Die Presse* am 05.03.2018) für unbezahlte Reproduktionsarbeit. Die fünf Artikel stammen aus den fünf unterschiedlichen Tageszeitungen und wurden so ausgewählt, dass sie einen möglichst breiten Zeitraum abdecken.

3.3.4.1. Feinanalyse 1 (Artikel 36)

Zeitung: Der Standard

Ressort: Innenpolitik

Titel: Familienpolitik ist sauteuer – aber sie wirkt nicht

Untertitel: Viel Geld investiert, Ziele verfehlt: So resümieren Wifo-Expertinnen die Familienförderung. Leistungen wie das Langzeit-Kindergeld sollten gestrichen werden, um die Kinderbetreuung auszubauen. Sparen wäre ein Irrweg.

Zwischentitel: Verschleudertes Potenzial

Bild: Zwei Kinder schauen durch eine Glasscheibe

Beschriftung Bild: Wenig Platz für Kinder: Österreich investiert Geld am falschen Ort.

Datum: 18.03.2010

Autor: Gerald John

Zusammenfassung des Artikels:

Im Auftrag der Arbeiterkammer wurde vom Wifo eine Studie zur allgemeinen Wirksamkeit der österreichischen staatlichen Familienleistungen durchgeführt. Die finanziellen Aufwendungen für die Familienleistungen liegen in Österreich weit über dem EU- und OECD-Durchschnitt, weisen laut den Ergebnissen der Studie jedoch trotzdem viele Schwächen auf, da „Geld teilweise für die falschen Zwecke ausgegeben wird“. Solange diese Defizite bestehen, wird dem Finanzministerium von den Wifo-Expertinnen, die die Studie durchgeführt haben, geraten, keine der geplanten Einsparungen bei den Familienleistungen durchzuführen. Die selbstgesteckten Ziele der österreichischen Familienpolitik werden nur unzureichend erfüllt, da die Geburtenrate nicht ansteigt, die Kinderarmut zunimmt und das „Male-Breadwinner-Model“ in Österreich weiterhin weitverbreitet ist. Die Frauenerwerbsquote wird in Österreich als relativ hoch bezeichnet, obwohl darauf verwiesen wird, dass sehr viele der Frauen nur Teilzeit arbeiten und es in einem Viertel der Familien nur einen männlichen Alleinverdiener gibt. Die beschriebene Arbeitsaufteilung in den Familien wird von der zitierten Wifo-Expertin nicht nur als Grund für die schlechtere Bezahlung von Frauen genannt, sondern auch als nicht ausgeschöpftes Potential an gut ausgebildeten Arbeitskräften für das Wirtschaftswachstum. Der Kernvorschlag der Wifo-Expertinnen besteht darin, die finanziellen Familienleistungen zu streichen und das Geld anstelle dessen in Kinderbetreuungsplätze zu investieren, da nur 14% der unter dreijährigen Kinder in Kinderkrippen betreut werden und Österreich damit das von der EU vorgegebene Ziel von 33% verfehlt. Nach Einschätzung der befragten Arbeiterkammer-

Expertin liegt dies nicht daran, dass die Eltern dies prinzipiell frei entscheiden, denn in einer Befragung gaben 43% der Eltern an, bei besserer Kinderbetreuung auch mehr arbeiten zu wollen. Um Geld dafür aufzustellen, sollen alle finanziellen Leistungen abgeschafft werden, die nicht die Berufstätigkeit von Frauen fördern. Familienarmut ließe sich laut der Einschätzung der Arbeiterkammer-Expertin nicht durch finanzielle Leistungen bekämpfen, sondern nur durch die Ermöglichung von bezahlter Arbeit für die Mütter. Die Familienbeihilfe kuriere nur das Symptom und nicht die Armut selbst.

Themen:

Familienförderung verfehlt familienpolitische Ziele; Wifo-Studie zur Effektivität von Familienleistungen in Österreich; wenig Kürzungspotential bei Familienpolitik; überdurchschnittlich hohe Ausgaben für Familienleistungen in Österreich; höhere Geburtenrate sowie Reduktion von Kinderarmut und dem „Male-Breadwinner-Model“ als familienpolitische Ziele in Österreich verfehlt; hohe Frauenerwerbsquote; ungenütztes Potential für das Wirtschaftswachstum durch viele Teilzeitanstellungen von Frauen und männliche Alleinverdiener in Familien; Streichung von finanziellen Leistungen, die Frauenerwerbstätigkeit nicht fördern; mehr Geld für Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen durch Streichung von finanziellen Leistungen; Bekämpfung von Familienarmut durch die Ermöglichung von bezahlter Arbeit für Mütter

Dominante Kategorien: Sozialleistungen; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit

Unterkategorien: Familienleistungen; Kindergeld; Male-Breadwinner-Model; Kinderarmut; Frauenerwerbsquote; Lohnunterschiede; Teilzeit; Kinderbetreuung

Zwischentitel Kategorien: Appell an Politik, LeserInnen, Umwelt, Menschen, Institutionen; Negative Emotionalisierung/Dramatisierung

Bild Kategorie: Kinderbetreuung

Sprachlich-rhetorische Auffälligkeiten:

Übertreibung: „sauteuer“ (Zeile 1), „viel Geld investiert“ (Z. 2), „enormer Aufwand“ (Z. 39), „– der Mann als Solo-Ernährer der Familie – sei hierzulande immer noch gang und gebe“ (Z. 45-48), „Verschleudertes Potenzial“ (Z. 48), „41 Prozent arbeiten lediglich Teilzeit“ (Z. 52-53), „ökonomische Verschwendung“ (Z. 61-62)

Delegitimierung: „aber sie wirkt nicht“ (Z. 2), „Ziele verfehlt“ (Z. 3), „Sparen wäre ein Irrweg“ (Z. 3), „Blick hinter die Fassade (...) offenbart die Schwächen“ (Z. 27-31), „Wir geben viel Geld für die teilweise falschen Zwecke aus“ (Z. 32-33), „Nur ‚unzureichend‘ erreiche Österreich die selbstgesteckten familienpolitischen Ziele“ (Z. 34-36), „nur 11 Prozent fließen

in ‚reale‘ Leistungen“ (Z. 86-88), „womit Österreich das für heuer angepeilte EU-Ziel von 33 Prozent meilenweit verpasst“ (Z. 92-95)

Verantwortungszuschreibung: „Arbeitsaufteilung nicht nur für eine Ursache für die schlechtere Bezahlung der Frauen, die sich in Österreich verschärfe, sondern auch für ökonomische Verschwendung“ (Z. 57-62), „Das Potenzial gut ausgebildeter Arbeitskräfte bliebe damit ungenutzt“ (Z. 62-64), „Wenn die Erwerbsquote der Frauen an jene der Männer angepasst werde, würde die Wirtschaft um ein Drittel schneller wachsen“ (Z. 66-71), „Goodies abschaffen, die nicht die Berufstätigkeit der Frauen fördern“ (Z. 103-105), „Besser ließe sich Armut bekämpfen, wenn Müttern bezahlte Arbeit ermöglicht werde“ (Z. 124-127)

Inhaltlich-ideologische Aussagen:

Die österreichische Familienpolitik und hier insbesondere die Ausgaben für Familienleistungen werden als viel zu hoch und nicht wirksam genug bezeichnet und diese Schlussfolgerung wird damit legitimiert, dass Österreich die selbstgesteckten familienpolitischen Ziele, das sind Verringerung der Kinderarmut, Erhöhung der Geburtenrate und Abschaffung des „Male-Breadwinner-Models“, nicht erreicht. Unerwähnt bleibt dabei, dass es sich um Ziele handelt, die nicht nur durch monetäre Maßnahmen allein erreicht werden können. Implizit wird durch den Artikel und darin vorkommende Ö-Töne der befragten Wifo-Expertinnen die Botschaft vermittelt, dass durch die finanziellen Leistungen den Frauen nicht genügend Anreize gegeben werden um vollzeit-erwerbstätig zu sein, sie außerdem damit dem Wirtschaftswachstum schaden. Gleichzeitig wird angedeutet, dass die Verantwortung bei den Frauen liegt, durch Vollzeiterwerbstätigkeit die Familienarmut zu reduzieren.

Diskursive Position:

Der Artikel vermittelt eine scheinbare Objektivität, indem gleich zu Beginn auf eine Studie des Wifo im Auftrag der Arbeiterkammer hingewiesen wird. Die Personen, die die Studie durchgeführt haben, werden als Expertinnen bezeichnet und im Artikel kommen wiederkehrend Statistiken vor. Durch die Wahl der Adjektive wird allerdings ersichtlich, dass der Sachgehalt nicht neutral präsentiert wird, sondern die österreichischen Familienleistungen als zu hoch und nicht effektiv genug aufgefasst werden. Dazu mischt sich der latente Vorwurf, dass Frauen, da die finanziellen Zuwendungen zu wenig Anreize böten, nicht genügend in Vollzeit arbeiten und deshalb das Wirtschaftswachstum hemmen. Gleichzeitig wird auch implizit Verantwortungszuschreibung geäußert, dass Frauen durch mehr Arbeit die Möglichkeit besäßen Familienarmut effektiv zu bekämpfen, anstatt dass dies, wie es derzeit der Fall ist, durch teure und nicht zielführende Sozialleistungen geschehen muss.

Interpretation:

Der Artikel verdeutlicht bereits im Titel die Ansicht, dass die österreichische Familienpolitik zu teuer ist und nicht genügend Wirkung zeigt. Im Laufe des Fließtextes wird auf das Vorhaben des Finanzministeriums hingewiesen in der Familienpolitik Einsparungen vornehmen zu wollen, wovon jedoch von den Wifo-Expertinnen gewarnt wird, da es große Defizite gäbe. Worin genau diese Defizite bestehen, wird jedoch nicht ausgeführt. Stattdessen wird anhand von Zahlen belegt, dass Österreich überdurchschnittlich viele Finanzmittel für Familienleistungen bereitstellt. An dieser Stelle wird auf eine Studie durch das Wifo hingewiesen, die von der Arbeiterkammer beauftragt wurde, um „hinter die Fassaden zu blicken“ und damit die „Schwächen“ offenbaren zu können – nämlich, dass viel Geld für die teilweise falschen Zwecke ausgegeben wird. Begründet wird dies durch das „unzureichende“ Erreichen der selbstgesteckten familienpolitischen Ziele (Z. 27-36). Zwar werden die drei familienpolitischen Ziele und ihre aktuellen Verfehlungen, nämlich die niedrige Geburtenrate, die steigende Kinderarmuts-Rate und das verbreitete „Male-Breadwinner-Model“ genannt, jedoch wird nicht erklärt, ob es sich dabei um die einzigen festgelegten Ziele handelt oder in welchem Zeitrahmen und wie die genannten Ziele durch finanzielle Leistungen erreicht werden können. Anstatt die Studie und die Ergebnisse schlüssiger zu erklären, wird auf die „zwar vergleichsweise hohe“ Frauenerwerbsquote hingewiesen, die jedoch gleich darauf mit der Aussage relativiert wird, dass „41 Prozent lediglich Teilzeit arbeiten“ und in einem Viertel der Familien der Mann noch immer der Alleinverdiener ist (Z. 48-53). Dieser Umstand wird von der zitierten Wifo-Expertin als eine der Ursachen für die schlechtere Bezahlung von Frauen gesehen und mit der Warnung versehen, dass sich dieser Umstand noch verschärfe (Z. 57-58). Diese Aussage ist äußerst allgemein gehalten, da Personen, die Teilzeit arbeiten, aufgrund der niedrigeren Arbeitsstundenzahl weniger verdienen. Wenn man jedoch die Berechnungen des Gender-Pay-Gaps betrachtet, zeigt sich deutlich, dass nicht nur die Teilzeit ausschlaggebend für die niedrigere Bezahlung von Frauen ist, da auch Frauen mit gleicher Ausbildung, Berufserfahrung und lückenlosem Lebenslauf weniger verdienen als vergleichbare männliche Kollegen. Die sehr allgemein formulierte Aussage suggeriert jedoch, dass Frauen gleiche Bezahlung erhielten wie Männer, würden sie nur Vollzeit arbeiten. Darauf folgt die Anschuldigung, dass die Erwerbsquote von Frauen auch eine „ökonomische Verschwendung“ darstelle, da es viele gut ausgebildete Frauen als Arbeitskräfte gebe, die trotzdem nicht wie Männer in Vollzeitstellen arbeiten und damit das Wirtschaftswachstum drosseln (Z. 58-62). Mit dieser Aussage wird die Ansicht vermittelt, dass es nicht nur eine individuelle Entscheidung von Frauen darstellt in Teilzeit oder gar keiner Anstellung wenig oder nichts zu

verdienen, sondern sie auch der Allgemeinheit Schaden, da sie nicht zum Wirtschaftswachstum beitragen, indem sie sich nicht an die männliche Erwerbsbiographie anpassen. Der Kernvorschlag der Wifo-Expertinnen sieht eine Streichung der finanziellen Familienleistungen vor, um das Geld für Kinderbetreuungsplätze zu investieren, die auch als „reale“ Leistungen bezeichnet werden (Z. 86-88). Damit wird suggeriert, dass es sich bei allen anderen Leistungen um „irreale“ und damit unnütze Leistungen handelt. Als Legitimierung wird eine EU-Vorgabe genannt, die Betreuungsraten für Kinder unter drei Jahren von 33% vorsieht, die Quote in Österreich mit nur 14% „meilenweit“ verpasst wird (Z. 89-94). Mit der Bezeichnung „meilenweit“ wird das Gefühl vermittelt, dass die österreichische Familienpolitik hier absolut versagt habe, obwohl keine Angaben anderer EU-Länder als Vergleich angeführt werden, welche die Zahlen vergleichbar machen könnten. Stattdessen wird der Eindruck erweckt, dass sich Österreich in eine gänzlich falsche Richtung bewegt, bei der Erfüllung der Vorgabe. Um die nötigen finanziellen Mittel für mehr Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, wird als Lösung die Streichung von „Goodies“ genannt, die die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht fördern. Für die zitierten Expertinnen gibt es somit anscheinend keine anderen Förderungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuungsplätze, wie z.B. zusätzlich mehr Geld für die Kinderbetreuung zu fordern. Als Maßnahme scheint nur die Streichung von Leistungen angemessen, die bereits mit der Bezeichnung „Goodies“ als nicht wirklich notwendig dargestellt werden. Gleichzeitig schaffen die Leistungen keine Anreize für Vollzeitbeschäftigung von Frauen. Auf der so genannten „Abschussliste“ der Expertinnen stehen das dreijährige Kindergeld, auch wenn erwähnt wird, dass dieses von den Eltern besonders gerne genutzt wird, so wie auch die 13. Familienbeihilfe. Die Frage, ob Letztgenannte nicht besonders ärmeren Familien zugutekäme, wird damit abgetan, dass es die Erwerbstätigkeit von Frauen sei, die Armut reduzieren könne, die Familienbeihilfe würde nur „Symptome kurieren“. Mit den abschließenden Worten wird indirekt ausgesagt, dass die tatsächliche Ursache für Armut in Familien in der Erwerbsquote von Frauen liege. Da Frauen nicht genau so viel Erwerbsarbeit leisten wie Männer, scheinen sie verantwortlich für Armut zu sein. Deshalb können auch nur sie diese effektiv bekämpfen. Warum Frauen weniger Erwerbsarbeit leisten als Männer, z.B. aufgrund der überwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit, wird zu keinem Zeitpunkt erwähnt. Der Eindruck entsteht, dass Frauen die völlig freie Wahl zwischen Vollzeit und Teilzeit hätten und sich aufgrund von Familienleistungen, die weniger Anreize für Vollzeit darstellen, für die Leistungen entscheiden und damit nicht nur die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen aufrechterhalten und der Wirtschaft schaden, sondern auch für Armut verantwortlich sind.

3.3.4.2. Feinanalyse 2 (Artikel 1)

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Bundesland-Thema (Kärnten)

Titel: Alleine, alt, arm: Frauen in der Armutsfalle

Untertitel: Alarmierend: Mehr als ein Viertel aller alleinstehenden Pensionistinnen in Kärnten ist von Armut betroffen. Am Land ist das Risiko am größten.

Zwischentitel: Strafe statt Lohn / Gerda statt Gerhard

Bild: Ältere Frau mit leerer Brieftasche und Geld am Tisch

Beschriftung Bild: Jeden Cent mehrmals umdrehen - das droht gerade jenen Kärntnerinnen, die im Alter alleine gelassen werden

Datum: 15.10.2010

Autor: Josef Puschitz

Zusammenfassung des Artikels:

Die präsentierten Zahlen und Fakten der vierten Kärntner Armutskonferenz zeigen, dass Frauen einen hohen Anteil der armutsgefährdeten Personen in Kärnten ausmachen und dies besonders im Alter auf sie zutrifft. Laut der Studie sind ein Viertel der Pensionistinnen in Kärnten von Armut gefährdet. Die Gründe dafür werden vom zitierten Obmann des Kärntner Netzwerks gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben gesehen. Frauen arbeiten oft in Teilzeitjobs und sammeln daher wenig Pensionszeiten, was im Alter zu Armut führe. Besonders betrifft dies Frauen im ländlichen Raum, da dort die Infrastruktur noch zusätzlich durch Abzug von Menschen abbaut. Als problematisch sieht der Obmann auch die Abhängigkeit der Höhe der Pensionen von Frauen von dem Einkommen bzw. von den Pensionen ihrer Ehemänner und er fordert, dass Witwenpensionen vom Einkommen der Verstorbenen entkoppelt werde. Auch bei den anderen Pensionsformen gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern. So betrug 2007 die durchschnittliche Pension eines Kärntners fast um die Hälfte mehr als die von einer Kärntner Pensionistin. Auch für die zitierte Landesrätin liegt der Grund dafür in der mangelnden Gleichbehandlung von Männern und Frauen, da Frauen überwiegend für Kindererziehung und Pflege zuständig seien. Sie kritisiert, dass Frauen für ihre Leistungen nicht von der Gesellschaft im Alter belohnt, sondern bestraft würden. Die Landesrätin will Mädchen dazu ermutigen typische Männerberufe zu ergreifen, damit sie mehr verdienen und damit ihre Zukunft besser absichern können. Bildung stellt für sie das effektivste Mittel für die Bekämpfung von Armut dar. Mädchen werden nach der

Einschätzung der Landesrätin zu wenig gefördert und ihre Benachteiligung durch diese Strukturen schon früh vorbereitet. Mit Frauenförderprogrammen und Berufsberatung sollen die Rahmenbedingungen für Frauen in der Arbeitswelt verbessert werden. Außerdem sollen mehr Frauen in die Politik geholt werden.

Themen: Armut ist weiblich; Frauen sind besonders im Alter bzw. in der Pension armutsgefährdet; der Grund für die Altersarmut von Frauen liegt in ihrer Benachteiligung in der Arbeitswelt; Frauen arbeiten Teilzeit und sammeln wenig Pensionszeit; die Schwierigkeit der Situation für Frauen in ländlichen Gegenden; Koppelung von Witwenpension und Einkommen des verstorbenen Ehemanns; Kärntner Pensionistinnen mit durchschnittlich halb so hoher Pension wie Pensionisten; mangelnde Gleichbehandlung zwischen Männern und Frauen; im Alter Strafe anstelle von Belohnung; Mädchen sollen Männerberufe wählen, für mehr Verdienst und Absicherung; Bildung als wichtigstes Mittel gegen Armut; Förderung von Mädchen; Frauenförderprogramm für verbessertes Arbeitsleben für Frauen; mehr Frauen in die Politik

Dominante Kategorien: Altersarmut; Erwerbsarbeit; Pension; Bildung

Unterkategorien: Teilzeit; Förderung junger Mädchen und Frauen; Pensionshöhe; Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben

Zwischentitel Kategorien: Negative Emotionalisierung/Dramatisierung; Keine Zuordnung

Bild Kategorie: Armut bzw. Altersarmut

Sprachlich-rhetorische Auffälligkeiten:

Fatalismus: „Frauen in der Armutsfalle“ (Zeile 2-3), „Kein Zufall, dass Armut in der deutschen Sprache den Artikel ‚die‘ vorangestellt bekommt“ (Z. 7-10), „Armut ist weiblich“ (Z. 10), „‘Endstation‘ Armut“ (Z. 16), „überlasst die Alten ihrem Schicksal“ (Z. 44-45), „Statt dass die Gesellschaft sie für ihre Leistungen belohnt, werden sie im Alter mit Armut bestraft“ (Z. 68-71), „in atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu versenden“ (Z. 97-99)

Inhaltlich-ideologische Aussagen:

Armut wird schon zu Beginn des Artikels als weiblich bezeichnet und dies trifft besonders für Frauen in der Pension zu. Als Ursachen werden die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt genannt, damit verbunden die überwiegende Teilzeitbeschäftigung von Frauen, die zu niedrigen Pensionszeiten führt sowie die zugeschriebene Verpflichtung zur Kinderbetreuung und Pflege. Als Lösungsvorschlag wird Mädchen geraten sich für „typische“ Männerberufe zu entscheiden, um mehr zu verdienen und sich so besser absichern zu können.

Diskursive Position:

Im Artikel wird deutlich thematisiert, dass Frauen von Armut betroffen sind und dass die Gefahr im Alter zu verarmen für Frauen besonders hoch ist. Als Gründe hierfür werden Ungleichbehandlung im Erwerbsleben, Teilzeitanstellung und Reproduktionsarbeit genannt. Um diesem Schicksal zu entgehen, sollen sich Mädchen beruflich an typischen „Männerberufen“ orientieren.

Interpretation:

Der Artikel spricht bereits im Titel die besondere Armutsgefährdung von Frauen im Alter an. Durch die Bezeichnung „Armutsfalle“ wird gleich zu Beginn schon ein Fatalismus suggeriert, der Armut für Frauen als unausweichlichen Umstand darstellt. Dies wird am Anfang des Artikels unterstrichen, indem darauf hingewiesen wird, dass das Wort Armut in der deutschen Sprache nicht zufällig den Artikel „die“ vorangestellt hat (Z. 7-9). Der Artikel verweist auf „Zahlen und Fakten“ (Z. 11-12) der vierten Kärntner Armutskonferenz, wonach Armut weiblich sei und besonders ältere Personen „unverschuldet in der ‚Endstation‘ Armut landen“ (Z. 15-16). Auch mit der Bezeichnung „Endstation“ wird eine Unausweichlichkeit suggeriert. Es folgt eine Auseinandersetzung mit den Zahlen der Armutsbetroffenen, wobei der Anteil von Frauen als „auffällig hoch“ (Z. 24-25) bezeichnet wird. Besonders wird hierbei auf die alleinstehenden Pensionistinnen in Kärnten verwiesen. Als Ursache von Altersarmut wird die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben genannt sowie die vermehrte Teilzeitbeschäftigung und die daraus resultierenden niedrigen Pensionsansprüche. Damit wird auf strukturelle Probleme hingewiesen, die für die Altersarmut von Frauen entscheidend sind. Als besonders schwierig wird die Situation in den ländlichen Gegenden bezeichnet, da jüngere Menschen wegziehen und die Infrastruktur tendenziell abbaut. Als weiteres strukturelles Problem wird herausgestellt, dass Witwenpensionen vom Einkommen der verstorbenen Ehemänner abhängen und es wäre besser diese zu entkoppeln. Die niedrigeren Durchschnittspensionen von Frauen gegenüber denen von Männern werden als ungerecht bezeichnet (Z. 57-62). Zurückzuführen ist dies laut der Kärntner Landesrätin auf mangelnde Gleichbehandlung z.B. im Reproduktionsbereich, da Frauen nach ihrer Angabe hauptverantwortlich für die Kindererziehung und Pflege seien. Diese Leistungen sollten nach ihrer Auffassung im Alter belohnt werden, durch die niedrigen Pensionsansprüche werden die Frauen dafür jedoch mit Armut bestraft (Z. 66-71). Die hohe Betroffenheitsrate von Frauen für Verarmung im Alter wird auch hier auf die strukturellen Probleme der Ungleichbehandlung der Geschlechter, anhand der unbezahlten Reproduktionsarbeit, zurückgeführt. Als Lösungsvorschlag folgt jedoch ein nur individueller Ansatz, da Mädchen geraten wird sich für einen „typischen Männerberuf“ (Z. 76) zu entscheiden und damit einem „Gegenentwurf für das

männliche Ernährermodell“ (Z. 72-73) zu folgen. Gefordert wird hier im Grunde, dass sich Frauen wiederum an die männliche „Normalerwerbsbiographie“ anpassen sollen. Damit wird Frauen suggeriert, dass sie sich selbst vor der Armut schützen können, indem sie Berufe ausüben, die Männern zugeschrieben werden, denn diese sind besser bezahlt und dienen somit besser als Absicherung fürs Alter (Z. 77-79). Als zweites Mittel gegen Armut wird von der Landesrätin der Bereich Bildung angeführt. Mädchen werden nach ihrer Ansicht im Schulsystem viel zu wenig gefördert und ihre Benachteiligung damit bereits von den schulischen Strukturen verfestigt. Die angesprochenen Förderungen beziehen sich jedoch nicht primär auf die individuellen Stärken und Fähigkeiten der Mädchen, sondern auf die spätere Erwerbsarbeit, da die „Rahmenbedingungen für Frauen im Arbeitsleben verbessert werden sollen“ (Z. 90-93). Durch gezielte Berufsberatung sollen Mädchen andere Karrierewege aufgezeigt werden (Z. 90-96). Es kann davon ausgegangen werden, dass mit „anderen Karrierewege“ im Grunde „männliche Karrierewege“ gemeint sind. Frauen sollen durch die Berufsberatung davor bewahrt werden „in atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu versanden“ (Z. 96-100). Während zu Beginn des Artikels auf strukturelle Probleme als Ursachen für Altersarmut bei Frauen hingewiesen wird, folgen die Lösungsvorschläge einem individuellen Ansatz, da Frauen sich „typisch männlichen Berufen“ zuwenden sollen um sich selbst vor der „Armutsfalle“ zu schützen.

3.3.4.3. Feinanalyse 3 (Artikel 16)

Zeitung: Kurier

Ressort: Sonntag

Titel: 92 Prozent der Alleinerzieher sind Frauen

Untertitel: Zahlen & Fakten

Zwischentitel: Anzahl / Geschlecht / Armut / Kinderbetreuung / Gesundheit

Bild: nicht vorhanden

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 07.10.2012

AutorIn: nicht angegeben

Zusammenfassung des Artikels:

Der Artikel behandelt die Ergebnisse einer Studie über die Lebensbedingungen von Alleinerziehenden in Österreich im Jahr 2011, die vom Sozialministerium in Auftrag gegeben

und von Soziologinnen der Universität Wien durchgeführt wurde. Als generelle Ergebnisse werden im Artikel festgehalten, dass Alleinerziehende vielfachen Anforderungen ausgesetzt sind und hierbei von einer Doppel- und Dreifachbelastung ausgegangen werden kann. Laut den Autorinnen kann jedoch nicht pauschal von einer problematischen Situation gesprochen werden, da Alleinerziehende zahlreiche Kompetenzen entwickeln. Die weiteren Ergebnisse der Studie haben gezeigt, dass jede achte Frau mit Kind oder Kindern unter 15 Jahren in Österreich alleinerziehend ist. Bei den Männern sind es ein Prozent. Insgesamt sind 92% aller Alleinerziehenden Frauen. Obwohl Alleinerzieherinnen eine hohe Erwerbstätigkeit aufweisen, sind sie überdurchschnittlich oft von Armut gefährdet. Sie sind auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit stärker auf Kinderbetreuungsplätze angewiesen und geben hierfür mehr Geld aus als Familien mit zwei Elternteilen. Alleinerzieherinnen sind außerdem mehr von Stress betroffen als Mütter von Zwei-Eltern-Familien.

Themen: Studie über die Lebensbedingungen von Alleinerziehenden; vielfältige Anforderungen und Doppel- sowie Dreifachbelastung; Entwicklung zahlreicher Kompetenzen; jede achte Frau in Österreich ist alleinerziehend; 92% aller Alleinerziehenden sind Frauen; Alleinerzieherinnen sind trotz Erwerbstätigkeit überdurchschnittlich oft armutsgefährdet; Alleinerzieherinnen sind auf Kinderbetreuung angewiesen und geben dafür mehr Geld aus als Zwei-Eltern-Familien; Alleinerzieherinnen haben mehr Stress als Mütter in Zwei-Eltern-Familien

Dominante Kategorie(n): Alleinerziehend; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit; Gesundheit

Unterkategorien: Doppel- und Dreifachbelastung; Kinderbetreuung; Stress

Zwischentitel Kategorien: Information; Keine Zuordnung

Bild Kategorie: kein Bild vorhanden

Sprachlich-rhetorische Auffälligkeiten:

Wechsel zwischen gendergerechter und nicht-gendergerechter Sprache: „92 Prozent der Alleinerzieher sind Frauen“ (Zeile 2); „Im Auftrag des Sozialministeriums haben Soziologinnen der Universität Wien die Lebensbedingungen von Alleinerziehern (...) (erfasst)“ (Z. 3-7); „Generell ist die Situation von Alleinerziehender“ (Z. 18-20); „da Alleinerziehende zahlreiche Kompetenzen entwickeln“ (Z. 25-27); „betonen die Autoren“ (Z. 27); „Im Jahr 2009 lebten 106.000 Mütter (20.000 davon sind Migrantinnen)“ (Z. 28-30); „schreiben die Studienautoren“ (Z. 68-69); „Vor allem Alleinerzieherinnen haben mehr Stress“ (Z. 70-72); „Während Mütter von Zwei-Eltern-Familien in zwölf Prozent der Fälle über gesundheitliche Beeinträchtigungen klagen, sind es bei den Alleinerziehenden bereits 16 Prozent“ (Z. 72-77)

Inhaltlich-ideologische Aussagen:

Der Artikel bezieht sich auf eine Studie des Sozialministeriums, welche von Soziologinnen der Universität Wien durchgeführt wurde und deshalb wird auch der Versuch unternommen, die Ergebnisse objektiv wiederzugeben. Obwohl im Artikel verdeutlicht wird, dass 92% der Alleinerziehenden Frauen sind und die Studie von Soziologinnen durchgeführt wurde, wird trotzdem die männliche Form „Alleinerzieher“ bzw. „Autoren“ oder die neutrale Form „Alleinerziehende“ verwendet – selbst, wenn nur von Frauen die Rede ist. Der Artikel bezieht sich überwiegend auf die angesprochene Studie, nur an einer einzigen Stelle wird ein Zitat angeführt, welches nicht von den Autorinnen der Studie stammt und zwar in Form eines Statements der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende (ÖPA): „Die Studie beschreibt das sich arbeitsintensiv und an der Grenze der Überforderung gestaltende Leben allein erziehender Frauen. Es ist uns wichtig, eine wissenschaftlich fundierte Studie darüber zu haben“ (Z. 8-17). Dies lässt darauf schließen, dass sich die Studie speziell auf die Lebensumstände der Alleinerzieherinnen bezieht, dies im Artikel jedoch nicht deutlich angesprochen wird, da sowohl von Alleinerzieher, Alleinerziehenden und Alleinerzieherinnen die Rede ist. Dies lässt zwei mögliche Schlüsse zu: erstens, dass beim Verfassen des Artikels nicht auf gendergerechte Sprache geachtet wurde und deshalb die verschiedenen Formen zufällig verwendet werden, oder zweitens, dass der Artikel sich nicht alleine auf die Alleinerzieherinnen fokussieren möchte, auch wenn diese 92% aller alleinerziehenden Personen in Österreich ausmachen.

Diskursive Position:

Das Leben als alleinerziehende Person wird als arbeitsintensiv bezeichnet und liegt laut dem Artikel an der Grenze zur „Überforderung“, da Alleinerziehende vielfältige Anforderungen in Form von Doppel- bzw. Dreifachbelastungen erleben. Alleinerziehende sind überwiegend Frauen, die einem überdurchschnittlich hohen Armutsrisiko trotz hoher Erwerbsquote ausgesetzt sind. Durch ihre Erwerbstätigkeit sind sie auch stärker auf Betreuungsplätze angewiesen, trotz einer dadurch entstehenden zusätzlichen finanziellen Belastung. Auch die gesundheitlichen Folgen für Frauen werden angesprochen, da Alleinerzieherinnen stärker von Stress betroffen sind als Mütter aus Zwei-Eltern-Familien.

Interpretation:

Der Artikel behandelt eine Studie über die Lebensbedingungen von Alleinerziehenden in Österreich und versucht dabei die Ergebnisse objektiv zu kommunizieren. Obwohl bereits im Titel erwähnt wird, dass es sich bei 92% aller alleinerziehenden Personen um Frauen handelt und im Zitat der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende (ÖPA) erwähnt wird, dass

sich die Studie mit dem Leben alleinerziehender Frauen beschäftigt, wird im Artikel nicht deutlich genug kommuniziert, ob sich die Studie mit Alleinerziehenden generell oder speziell mit Alleinerzieherinnen beschäftigt. Die zitierte ÖPA spricht von der Studie als eine Beschreibung des „arbeitsintensiv und an der Grenze der Überforderung gestaltende(n) Leben(s) alleinerziehender Frauen“ (Z. 8-12). Es folgt darauf die Aussage, dass „die Situation Alleinerziehender von vielfältigen Anforderungen und einer Doppel- bzw. sogar Dreifachbelastung geprägt“ (Z. 18-22) ist. Dies wird jedoch durch das darauffolgende Zitat der Autorinnen der Studie relativiert, nach deren Ansicht nicht „pauschal von einer problematischen Situation“ ausgegangen werden kann, da „Alleinerziehende zahlreiche Kompetenzen entwickeln“ (Z. 22-27), um mit ihrer Situation umzugehen. Bei den Ergebnissen zeigt sich jedoch, dass nicht nur jede achte Frau in Österreich mit Kindern unter 15 Jahren alleinerziehend ist und Frauen 92% aller Alleinerziehenden ausmachen, sondern auch, dass Alleinerzieherinnen (im Artikel wird die Form „alleinerziehende Mütter“ verwendet) trotz hoher Erwerbstätigkeit im Vergleich zur restlichen österreichischen Bevölkerung überdurchschnittlich oft von Armut gefährdet sind und durch Zahlungsrückstände häufig in Schulden geraten. Im Artikel wird außerdem der Bereich Kinderbetreuung angesprochen, für die Ein-Eltern-Haushalte aufgrund der notwendigen Erwerbsarbeit einen doppelt so hohen Anteil am Haushaltseinkommen ausgeben müssen als Zwei-Eltern-Haushalte, außerdem ließe das vorhandene Betreuungsangebot außerhalb von Wien oft gar keine Vollzeitanstellung zu. Alleinerziehende sind daher nicht nur alleine für das Familieneinkommen verantwortlich und haben daher entsprechend hohe Erwerbsraten, sondern müssen auch die Kinderbetreuung alleine regeln. Als letztes Themengebiet wird auch Gesundheit angesprochen und festgehalten, dass Alleinerzieherinnen im Vergleich zu Müttern in Zwei-Eltern-Familien mehr Stress haben und vermehrt an gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden. Die Lage von Alleinerzieherinnen wird daher als schwierig und besonders herausfordernd dargestellt, vor allem im direkten Vergleich mit Zwei-Eltern-Familien. Dies geschieht jedoch nie explizit, stattdessen wird der Umstand mit den Worten „Alleinerziehende (entwickeln) zahlreiche Kompetenzen“ (Z. 22-27) relativiert, anstatt dass die problematischen Situationen klar als solche benannt werden. Besonders im Hinblick auf Armut, können „Kompetenzen“ nicht immer dabei helfen, die Situation zu verbessern. Im Allgemeinen wird im Artikel zu keinem Zeitpunkt erwähnt, was getan werden könnte, um die Situation von Alleinerziehenden zu verbessern. Sie werden mit ihrer schwierigen und oft prekären Situation alleine gelassen.

3.3.4.4. Feinanalyse 4 (Artikel 49)

Zeitung: Krone

Ressort: Lokal

Titel: Ungerechte Job-Welt: Die vielen Nachteile für Frauen

Untertitel: Gleichberechtigung noch immer ein Fremdwort AK legt neue Zahlen vor - Salzburgerinnen verdienen im Schnitt nur 1115 Euro netto

Zwischentitel: Welche Maßnahmen gegensteuern sollen

Bild: Waage mit Frauenfigur auf einem Stapel Euromünzen auf der einen Seite und schwererem Stapel mit Männerfigur auf der anderen Seite

Beschriftung Bild: Beim Gehalt gibt es noch immer ein großes Ungleichgewicht: Männer verdienen in Salzburg im Schnitt um 577 Euro mehr

Datum: 01.10.2016

Autorin: Sabine Salzmann

Zusammenfassung des Artikels:

Eine Erhebung der Arbeiterkammer für Salzburg zeigt, dass Frauen in der Arbeitswelt benachteiligt werden. Das durchschnittliche Gehalt einer Salzburgerin liegt bei 1.115€ netto und damit um 577€ niedriger als das Durchschnittsgehalt eines Salzburgers. Als Nachteile in der Arbeitswelt für Frauen werden die höhere Teilzeit- als Vollzeiterwerbstätigkeit, die niedrigeren Chancen auf Führungspositionen und die Lohnunterschiede im Vergleich zu den Gehältern von Männern aufgezählt. Deshalb fordert die neue Frauenreferentin der Arbeiterkammer, die im Artikel zitiert wird, notwendige Verbesserungen. Durch die steigende Frauenerwerbsquote sind Frauen immer mehr auf faire Bedingungen in der Arbeitswelt angewiesen. Einbrüche in der Quote finden bei Frauen ab einem Alter von 30 Jahren statt, da laut der Frauenreferentin viele nach der Karenz den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit nicht schaffen. Als Benachteiligung von Frauen werden die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, die vielen Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse, die schlecht bezahlten Branchen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, die Lohnunterschiede zwischen „typischen Männer- und Frauenberufen“ und die geringeren Aufstiegschancen von Frauen in Leitungspositionen genannt. Als Maßnahmen, um das Arbeitsleben für Frauen zu verbessern, fordert die Arbeiterkammer das Recht für Teilzeit-Beschäftigte auf Vollzeit aufzustocken, einen kollektivvertraglichen monatlichen Brutto-Mindestlohn von 1.700€, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, eine gesetzliche Frauenquote, gleiche Aufstiegschancen, einen Rechtsanspruch

auf den „Papamonat“ und „Familienzeit“ in der Privatwirtschaft und den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen.

Themen: Arbeiterkammer-Erhebung; Gleichberechtigung noch nicht erreicht; Arbeitswelt für Frauen mit Nachteilen behaftet; mehr Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse als Vollzeit bei Frauen; weniger Chancen auf Führungspositionen für Frauen; Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen; steigende Frauenerwerbsquote; Wiedereinstieg ins Arbeitsleben nach Karenz; Equal-Pay-Day; hohe Lebenserhaltungskosten; viele Teilzeit-Jobs bei Frauen; Betreuungspflichten; Altersarmut; Gehaltsunterschiede in verschiedenen Arbeitsbranchen; schlecht bezahlter Dienstleistungssektor; Einkommensunterschiede bei „typischen Männer- und Frauenberufen“; abnehmender Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten; Maßnahmen gegen Ungerechtigkeit; Recht auf Vollzeit-Aufstockung; kollektivvertraglicher Mindestlohn; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; gesetzliche Frauenquote; Aufstiegschancen; Rechtsanspruch auf „Papamonat“ und Familienzeit“ in der Privatwirtschaft; Ausbau von Kinderbetreuung

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis

Unterkategorien: Teilzeit; Vollzeit; Karenz; Wiedereinstieg; Aufstiegsmöglichkeiten; Lohnunterschied; Betreuungspflicht; schlecht bezahlte Branchen

Zwischentitel Kategorien: Appell an Politik, LeserInnen, Umwelt, Menschen, Institutionen; Information

Bild Kategorie: Geschlechterverhältnis

Sprachlich-rhetorische Auffälligkeiten:

Übertreibung und Dramatisierung: „Gleichberechtigung immer noch ein Fremdwort“ (Zeile 1), „Zahlen schockieren nicht nur eingeschworene Frauenrechtlerinnen“ (Z. 3-4), „massiven Nachteilen behaftet“ (Z. 5-6), „große Gehaltskluft“ (Z. 7), „alarmierende Zahlen“ (Z. 27-28), „massive Einkommensunterschiede“ (Z. 30-31), „Kluft noch größer“ (Z. 50), „allzu rosig sind die Aussichten am Gehaltszettel für viele Frauen nicht“ (Z. 74-76)

Abgrenzung: „Zahlen schockieren nicht nur eingeschworene Frauenrechtlerinnen“ (Z. 3-4)

Inhaltlich-ideologische Aussagen:

Der Artikel thematisiert, dass Frauen am Arbeitsmarkt vielfachen Benachteiligungen ausgesetzt sind, obwohl die Frauenerwerbsquote ansteigt und damit auch das Erwerbsleben eine wichtigere Rolle für Frauen spielt. Dies sollte nicht nur bei „eingeschworene Frauenrechtlerinnen“ Anstoß erregen, sondern die Zahlen zeigen die Benachteiligung von Frauen so deutlich, dass auch „durchschnittliche Personen“ diese erkennen müssen.

Diskursive Position:

Frauen nehmen am Arbeitsmarkt durch die steigende Erwerbsquote eine immer wichtigere Rolle ein. Sie sind jedoch stark von Benachteiligungen betroffen, die sich anhand von Einkommensunterschieden, einem schwierigen Wiedereinstieg nach der Karenz, den notwendigen Teilzeit-Beschäftigungsverhältnissen aufgrund von Betreuungspflichten, Altersarmut, Arbeit in schlecht bezahlten Branchen, schlechter bezahlten „Frauenberufen“ und schlechteren Aufstiegschancen festmachen lassen. Gegen diese Benachteiligungen sollen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Interpretation:

Der Artikel nimmt eine Veröffentlichung der Arbeiterkammer zum Anlass um auf die Benachteiligungen hinzuweisen, die Frauen am Arbeitsmarkt erleben. Gleich zu Beginn wird dargelegt, dass die Zahlen schockierend seien (Z. 3), und zwar nicht nur für „eingeschworene Frauenrechtlerinnen“ (Z. 3-4). Mit dieser Bezeichnung wird der Versuch unternommen sich vom feministischen Diskurs über die Diskriminierungen im Geschlechterverhältnis abzugrenzen und zu verdeutlichen, dass auch „normale Personen“, wie sie die Autorin oder auch die LeserInnen der *Kronen Zeitung* darstellen und sich eher nicht als FeministInnen verstehen, den Status Quo als Ungerechtigkeit auffassen sollen. Diese Bemerkung kann auch als Rechtfertigung für die LeserInnen verstanden werden, warum sich ein ganzer Artikel dem Thema Geschlechterungerechtigkeit widmet, denn jede Person sollte sich von den Ergebnissen „schockiert“ zeigen, unabhängig von feministischen Haltungen oder nicht. Tatsächlich handelt es sich offenkundig auch um ein feministisches Thema. Inhaltlich wird als erstes die steigende Erwerbsquote von Frauen thematisiert. Hierbei wird darauf Bezug genommen, dass immer mehr Frauen auf „faire Bedingungen“ in der Arbeitswelt angewiesen sind (Z. 10-13). Damit wird angedeutet, dass die Arbeitswelt männlich konnotiert ist und durch die steigende Erwerbsquote nun auch Frauen sich darin zurechtfinden müssen, sie also auch „faire Bedingungen“ brauchen. Als erste Benachteiligung wird der schwierige Wiedereinstieg ins Erwerbsleben für Frauen nach der Karenz genannt, der sich in einer niedrigeren Erwerbsquote von Frauen ab 30 Jahren widerspiegelt. Die Liste an weiteren Benachteiligungen wird als „lang“ bezeichnet. Darunter fallen z.B. auch die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen - hier wird indirekt der Equal-Pay-Day angesprochen, ohne die Bezeichnung selbst zu verwenden. Stattdessen wird dieser Umstand mit den Worten „Der Tag, ab dem die Frauen im Vergleich zu den Männern quasi ‚gratis‘ arbeiten“ (Z. 30-34) umschrieben. Die Verwendung einer solchen Umschreibung kann eventuell auch daher rühren, dass kein feministisch konnotierter Begriff verwendet werden soll. Als weitere Benachteiligung wird das

Teilzeitbeschäftigungsverhältnis vieler Frauen angesprochen, welches für 37,8% der Frauen auf die Betreuungspflichten zurückzuführen ist. Welche anderen Gründe bestehen, wird jedoch nicht erwähnt. Im Gegensatz dazu wird der Teilzeitanteil von 4,8% der Männer genannt, der im Vergleich als „verschwindend“ (Z. 65-66) bezeichnet wird. Es wird hier somit verdeutlicht, dass überwiegend Frauen für die Reproduktionsarbeit verantwortlich und daher auf eine Teilzeitbeschäftigung „angewiesen“ (Z. 63-64) sind und sich nicht primär freiwillig dazu entschieden haben. Im Zitat der Frauenreferentin der Arbeiterkammer „Laut einer Studie aus dem Jahr 2014 will jede achte Teilzeitbeschäftigte ein volles Stundenausmaß“ (Z. 68-71) wird angesprochen, dass ein Teil der Teilzeitbeschäftigten Vollzeitarbeit vorziehen würde, also nicht nur von reiner Freiwilligkeit ausgegangen werden kann. Als Nachsatz wird die Armutsgefährdung von Frauen im Alter angeführt, ohne allerdings eine direkte Verbindung zum davor Geschriebenen herzustellen. Als weitere Benachteiligung werden die schlecht bezahlten Branchen angesprochen, in denen Frauen häufig erwerbstätig sind. Hier wird auf eine Studie der Arbeiterkammer verwiesen, wonach 89,2% der Frauen eine Arbeit in der Dienstleistungsbranche „gewählt haben“. Es wird nicht genauer erklärt, ob die Studie die Berufswünsche der Frauen erhoben hat oder ob damit die Anstellungen gemeint sind, in denen sich die Frauen derzeit befinden. Ob sich bei freier Wahl tatsächlich 21% der Frauen für eine Anstellung im Handel entscheiden würden, kann angezweifelt werden. In diesem Abschnitt des Artikels wird somit suggeriert, dass Frauen bewusst Anstellungen in schlecht bezahlten Branchen wählen. Dabei wird nicht angesprochen, dass auch die Möglichkeit bestehen könnte, dass Frauen in diesen Branchen am einfachsten eine Anstellung finden und deshalb vermehrt darin arbeiten. Als „Rechenbeispiel“ (Z. 90) wird das Gehalt als Frisörin im ersten Lehrjahr und damit „typischen Frauenberuf“ mit dem eines Maurers und damit „typischen Männerberuf“ verglichen. Dies kann auch als Anspielung darauf verstanden werden, dass Frauen sich vermehrt für „typische Männerberufe“ entscheiden sollen um ein besseres Einkommen zu erzielen. Die letzte genannte Benachteiligung wird mit „weniger Frauen im ‚Chef-Sessel‘“ (Z. 99-100) betitelt. Erklärt wird dies mit dem Rückgang von weiblichen Vorständen und Frauen in Aufsichtsräten. Zum Schluss des Artikels werden schließlich jene Maßnahmen genannt, die von der Arbeiterkammer gefordert werden um den beschriebenen Benachteiligungen zu begegnen. Auch der Verweis darauf, dass es sich bei den Maßnahmen um Forderungen der Arbeiterkammer handelt, kann als Abgrenzungsversuch von mitunter traditionell feministischen Forderungen gesehen werden: das Recht auf Aufstockung von Teilzeit auf Vollzeit, ein kollektivvertraglicher Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine gesetzliche Frauenquote, gleiche Aufstiegschancen, ein Rechtsanspruch auf „Papamonat“ und

„Familienzeit“ auch in der Privatwirtschaft und ein Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, um letztlich das Arbeitsleben für Frauen zu erleichtern (Z. 110-126).

3.3.4.5. Feinanalyse 5 (Artikel 32)

Zeitung: Die Presse

Ressort: Meinung / Quergeschrieben

Titel: Achtung! Kinder können Armut und Ausgrenzung verursachen!

Untertitel: Eindringlich werden Frauen davor gewarnt, Kinder zu bekommen und sie dann gar noch selbst zu betreuen. Rein finanziell betrachtet haben die Warner leider recht.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Gudula Walterskirchen

Beschriftung Bild: Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt. Seit 2017 Herausgeberin der „Niederösterreichischen Nachrichten“ und der „Burgenländischen Volkszeitung“.

Datum: 05.03.2018

Autorin: Gudula Walterskirchen

Zusammenfassung des Artikels:

Der Artikel beginnt mit der Frage, was die Armutskonferenz und der Weltfrauentag, die beide im Erscheinungsjahr des Artikels zu ähnlichen Zeitpunkten stattfinden, gemeinsam haben. Als Antwort wird auf die erhöhte Armutsgefährdung von Müttern, besonders Alleinerziehenden und Familien mit drei oder mehr Kindern, hingewiesen. Familienarmut wird als soziale Herausforderung bezeichnet, die die Altersarmut in dieser Position derzeit ablöst. Armut in Österreich wird als Konzept thematisiert, das relativ zum durchschnittlichen Lebensstandard zu sehen ist. Zugleich findet eine Abgrenzung von der „importierten Armut“ durch Einwanderung statt. Armut in Österreich bedeutet laut der Autorin leichter von Ausgrenzung betroffen zu sein, da man sich nicht an Dingen beteiligen kann, die für andere selbstverständlich sind. Die größte Armutsgefährdung bestehe für Familien, in denen es nur ein Einkommen gibt, weshalb von den zitierten ExpertInnen der Statistik Austria nahegelegt wird, dass sowohl die Väter als auch die Mütter Vollzeit arbeiten sollen. Es wird daraufhin der Leiter des AMS zitiert, der Frauen empfiehlt, so schnell wie möglich nach der Geburt wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Die Autorin interpretiert dies als Polemik darauf, dass Frauen nicht so „dumm“ sein mögen, Kinder zu bekommen und diese selbst betreuen zu wollen. Sie kritisiert die politischen Maßnahmen,

die vom wirtschaftlichen Interesse getrieben sind, so viele Personen wie möglich in eine Vollzeitbeschäftigung zu holen. Es überrascht die Autorin deshalb nicht, dass immer weniger Frauen Kinder bekommen möchten, da sie nicht nur durch die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie überfordert, sondern auch der ständigen Gefahr einer Scheidung, von Arbeitslosigkeit oder Armut ausgesetzt sind. Sollte sich an diesem Umstand nichts ändern, wird die Bevölkerungszahl in Österreich nur durch Zuwanderung stabil bleiben können, was laut der Autorin jedoch zu einer veränderten Gesellschaft und einem anderen Land führen würde. Als weitere Möglichkeit wird die Unterstützung vom Mittelstand bei der Gründung von Familien und in den ersten Jahren als Jungfamilien angeführt. Sie werden als bildungsaffine Schicht bezeichnet, deren Kinder das Funktionieren der Wirtschaft garantieren werden. Armut wird nicht als Hindernis für Bildung gesehen, sondern Armutsgefährdung als Hindernis Kinder – und damit zukünftige SteuerzahlerInnen – großzuziehen.

Themen: Kinder als mögliche Ursache von Armut und Ausgrenzung; Armutskonferenz; Weltfrauentag; hohe Armutsgefährdung für Mütter, Alleinerziehende und Familien mit drei oder mehr Kindern; Altersarmut; Familienarmut; Einwanderung; Armut als relatives Konzept; soziale Ausgrenzung durch Armut; mangelnde Kinderbetreuungseinrichtungen; rascher Wiedereinstieg in Erwerbstätigkeit nach Karenz; Bemühen der Politik möglichst viele Frauen und Männer in Vollzeitbeschäftigung zu haben; korrigierende Ansätze wie Recht auf Teilzeit; Armutsgefährdung bis ins Alter; nur Mindestpension nach Kindererziehung; Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung; Gefahr von Scheidung, Arbeitslosigkeit und Armut; Erhaltung der Bevölkerung durch Zuwanderung; Mittelstand und Jungfamilien aktiv unterstützen; echte Wahlfreiheit bei Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit; nachhaltig Wohlstand für nachfolgende Generationen sichern; Kinder aus bildungsaffinen Schichten als Wirtschaftsmotor; Armut als kein Hindernis für Bildung (da diese kostenlos ist); Armutsgefahr als Hindernis für Kinderentscheidung

Dominante Kategorie(n): Alleinerziehend; Altersarmut; Stigma; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit

Unterkategorien: Armutskonferenz, Weltfrauentag, Familienarmut; Armut als relativer Begriff; „importierte Armut“; soziale Ausgrenzung; nur ein Einkommen; Vollzeitbeschäftigung als Ziel; Teilzeit; Karenz; Kinderbetreuung; Mindestpension; Bildung

Zwischentitel Kategorien: Appell an Politik, LeserInnen, Umwelt, Menschen, Institutionen; Schuldenzentriertheit, Verantwortungszentriertheit; Keine Zuordnung

Bild Kategorie: Foto von AutorIn/Interviewte Person/Portraitierte Person

Sprachlich-rhetorische Auffälligkeiten:

Metaphern: „‘importierte Armut‘“ (Z. 16-17), „dass die Politik seit Jahrzehnten das Pferd von hinten aufzäumt“ (Z. 57-58), „auch dabei den Retourgang eingelegt“ (Z. 65-66), „Berufstätigkeit und Kleinkindbetreuung unter einen Hut zu bringen“ (Z. 79-81), „wer sollte den Wirtschaftsmotor am Brummen halten“ (Z. 108-109), „das ist ein Armutszeugnis für die Politik“ (Z. 125-126)

Übertreibung/Überzeichnung: „Achtung! Kinder können Armut und Ausgrenzung verursachen“ (Z. 1-2), „aus seiner Sicht richtig, aber im Grunde alarmierend. Denn im Klartext heißt das, die Frauen sollen bitte nicht so dumm sein, Kinder zu bekommen und diese auch noch selbst betreuen zu wollen.“ (Z. 52-56), „(wo frau sich dann mit der Mindestpension begnügen muss, so sie die wahnwitzige Idee hatte, mehrere Kinder großgezogen zu haben)“ (Z. 70-73), „Setzt sich dieser Trend fort, wird die Bevölkerung nur durch Zuwanderung erhalten bleiben“ (Z. 84-88), „Aber es werden dann ein verändertes Land und eine andere Gesellschaft sein als heute.“ (Z. 89-92)

Rhetorische Fragen: „Was haben die ab Montag tagende Armutskonferenz und der Weltfrauentag gemeinsam?“ (Z. 5-7), „Kann man junge Menschen heute mit gutem Gewissen bestärken, eine Familie zu gründen?“ (Z. 76-78), „Wieso muss alles gleichzeitig sein? Wieso kann man nicht Familiengründung und Karrierestart etwas entzerren? Was ist so schlimm an Teilzeitarbeit?“ (Z. 100-104)

Inhaltlich-ideologische Aussagen:

Im Artikel wird Familienarmut als soziale Herausforderung bezeichnet, welche die Altersarmut, die vor Jahrzehnten noch als solche galt, ablöst. Altersarmut scheint mit dieser Aussage ein früheres Problem gewesen zu sein, das heute nicht mehr vergleichbare Relevanz besitzt. Es wird eine klare Unterscheidung zwischen „österreichischer“ und „importierter“ Armut (Z. 16) vorgenommen. Letztere wird von Personen nach Österreich „gebracht“, die aus ärmeren Herkunftsländern stammen und sich in Österreich ein besseres Leben erhoffen (Z. 15-20). Wie Armut in Österreich aussieht, wird mit den folgenden, eher verharmlosenden Beispielen erklärt: „keine neue Waschmaschine kaufen zu können, wenn die alte kaputt geht; sich kein Bio-Gemüse leisten zu können, keinen Urlaub und keinen Schulsikurs.“ (Z. 26-33) Auch wenn alle diese Beispiele Armut in Österreich widerspiegeln können, so drückt sich Armut vielleicht noch stärker darin aus, dass die Miete oder andere wichtige Rechnungen wie Strom oder Gas nicht bezahlt werden können und generell nicht genügend finanzielle Mittel für Lebensmittel zur Verfügung stehen – nicht etwa nur für teurere biologische Produkte.

Zuwanderung wird als Möglichkeit beschrieben die Bevölkerungszahlen in Österreich konstant zu halten, falls sich die aktuelle Tendenz nicht ändert und wieder mehr Kinder geboren werden. Dass Österreich bereits auf eine lange Tradition an Einwanderungsbewegungen durch die Migration aus den Ländern der k.u.k.-Monarchie seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und durch die Gastarbeiterpolitik Anfang der 1960er Jahre zurückblickt, bleibt dabei unerwähnt. Jedoch wird die Aussage mit dem Zusatz versehen, dass dies dann das Land und die Gesellschaft verändern würde und nicht geklärt ist, „ob wir das wirklich so wollen“ (Z. 85-94). Hier wird der Eindruck vermittelt, dass Österreich bisher keinerlei „äußeren“ Einflüssen und Veränderungen ausgesetzt war, was schon aufgrund der bisherigen Einwanderungsbewegungen als Behauptung nicht aufrechterhalten werden kann. Die Autorin sieht den Vorschlag, dass beide Elternteile Vollzeit arbeiten und Kinderbetreuungsplätze ausgebaut werden sollen, als Mittel zur Armutsvermeidung für Familien kritisch. Die Politik solle nach ihrer Auffassung dafür Sorge tragen, dass Frauen sich ohne drohende Nachteile nach der Geburt ihrer Kinder dafür entscheiden können, ob sie diese selbst zu Hause betreuen möchten oder so bald wie möglich wieder ins Erwerbsleben einsteigen wollen. Dieses Anliegen bezieht sich jedoch nur auf Familien aus der Mittelschicht, da diese zu den bildungsaffinen Schichten zählen und ihre Kinder die zukünftigen SteuerzahlerInnen repräsentieren (Z. 107-126). Alle Kinder, die nicht aus der Mittelschicht stammen, werden von der Autorin als nicht zukünftige SteuerzahlerInnen abgetan. Ihnen wird damit bereits im Kindesalter unterstellt, als Erwachsene von den österreichischen Sozialleistungen abhängig zu werden, anstelle durch Erwerbsarbeit selbst Steuern zu zahlen. Die Autorin trifft anhand der zugehörigen Schicht und unterstellten Leistungsbereitschaft eine Unterscheidung zwischen den „unterstützungswürdigen“ und „unwürdigen“ Kindern.

Diskursive Position:

Laut dem Artikel trifft Armut in Österreich vor allem Mütter, Alleinerziehende und Familien mit drei Kindern oder mehr. Kinder werden daher für Frauen mit Armutsrisiko gleichgesetzt. Auf diesen Umstand ist auch die sinkende Geburtenrate in Österreich zurückzuführen, da Frauen bei der Entscheidung für Kinder immer auch mit Scheidung, Arbeitslosigkeit und Armut zu rechnen haben. Die Politik soll dafür sorgen, dass Familien aus der österreichischen Mittelschicht sich wieder für Kinder entscheiden können, ohne Armut befürchten zu müssen. So sollen zukünftige SteuerzahlerInnen großgezogen werden, die das Wirtschaftssystem am Leben erhalten, anstatt dass die österreichische Bevölkerungszahl nur durch Zuwanderung erhalten bleibt.

Interpretation:

Bereits der Titel des Artikels beginnt mit dem Wort „Achtung!“ und der Warnung, dass Kinder „Armut und Ausgrenzung verursachen“ (Z. 1-2) können. Auch im Untertitel wird darauf hingewiesen, dass Frauen heute davor gewarnt werden Kinder zu bekommen und selbst zu betreuen, da dies finanzielle Probleme mit sich bringen könnte. Im inhaltlichen Teil wird erklärt, dass in Österreich speziell Mütter, Alleinerziehende und Familien mit drei Kindern oder mehr von Armut gefährdet sind und damit „Familienarmut“ die Altersarmut als „soziale Herausforderung“ ablöst (Z. 13-15). Die Autorin versucht hier zu vermitteln, dass heute in Österreich Kinderkriegen mit einem erhöhten Armutsrisiko gleichzusetzen sei. Durch die Aussage, dass „vor Jahrzehnten“ die Altersarmut eine soziale Herausforderung dargestellt hat (was statistisch betrachtet jedoch auch heute noch gilt, da 27% aller alleinlebenden Pensionistinnen im Jahr 2017 armutsgefährdet waren und damit zu den am stärksten von Armut betroffenen Gruppen in Österreich zählen, siehe Kapitel 2.2.2.), will die Autorin darauf hinweisen, dass sich die volle Aufmerksamkeit der Politik und Öffentlichkeit nun auf die Familienarmut richten solle und nicht beide gesellschaftlichen Probleme nebeneinander stehen können, sondern Familienarmut einen höheren Stellenwert einnehmen soll. Statistisch betrachtet gehören Personen ohne österreichische oder EU-Staatsbürgerschaft zu der am meisten von Armut gefährdeten Gruppe in Österreich (im Jahr 2017 waren 50% dieser Gruppe gefährdet, siehe Kapitel 2.2.2.) und auch für EU-BürgerInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft besteht ein besonders hohes Risiko (im Jahr 2017 zu 29%, siehe Kapitel 2.2.2.). Auch diese besonders armutsgefährdeten Gruppen werden von der Autorin mit den Worten „Lassen wir einmal die ‚importierte‘ Armut beiseite, also jene Familien, die aus ärmeren Ländern nach Österreich auf der Suche nach einem besseren Leben einwandern“ (Z. 16-20) als weniger bedeutsam abgewertet, da es sich lediglich um eine „importierte Armut“ handelt und damit nicht um ein in Österreich entstandenes Problem. Damit wird suggeriert, dass es sich auch nicht um ein Problem handelt, um das sich die österreichische Gesellschaft kümmern muss, im Gegensatz zur Familienarmut unter österreichischen StaatsbürgerInnen. Damit wird eine Unterscheidung zwischen den „österreichischen“ und „nicht-österreichischen“ Familien vorgenommen, welche die Armut der einen Familien weniger bedeutsam als die Armut der anderen darstellt. Wie Armut in Österreich konkret aussieht, wird mit Beispielen wie „sich keine neue Waschmaschine kaufen zu können“ oder „sich kein Bio-Gemüse leisten zu können“ (Z. 25-33) beschrieben. Auch wenn diese Beispiele Gültigkeit besitzen, so findet hier dennoch eine Verharmlosung von Armut in Österreich statt, da ausgespart bleibt, dass genauso Obdachlosigkeit, wichtige Rechnungen nicht begleichen zu können oder nicht in

herkömmlichen Supermärkten, sondern nur in Sozialmärkten Lebensmittel kaufen zu können Armut in Österreich bedeute. Mit den angeführten Beispielen wird suggeriert, dass es sich um gewisse Annehmlichkeiten handelt, die für den Großteil der Bevölkerung aus der Mittelschicht selbstverständlich sind und im Gegenzug bei Armut diese nicht geleistet werden können. Dies kann darauf hindeuten, dass die Autorin die von ihr angesprochene Armut auf eine gewisse Art und Weise darstellen möchte, die zur Wahrnehmung von möglicher Armut in der „zivilisierten“ Mittelschicht passt und nicht zu Randgruppen der Gesellschaft. Die Autorin erklärt daraufhin, dass Familien besonders dann armutsgefährdet sind, wenn nur eine Person erwerbstätig ist und dass deshalb die ExpertInnen der Statistik Austria empfehlen, dass beide Elternteile einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen sollen. Dass dies bisher noch nicht der Fall ist, wird auf fehlende Kinderbetreuungsplätze zurückgeführt (Z. 47-49). Ebenso zitiert wird die Aussage des damaligen AMS-Leiters, dass Frauen so bald wie möglich wieder in die Arbeitswelt nach der Geburt eines Kindes zurückkehren sollen und er deshalb mehr Krippenplätze fordert (Z. 49-51). Die Autorin bezeichnet diesen Vorschlag aus seiner Sicht als richtig, allgemein jedoch als „alarmierend“ (Z. 53), da für sie diese Aussage bedeutet: „Frauen sollen bitte nicht so dumm sein, Kinder zu bekommen und diese auch noch selbst betreuen zu wollen“ (Z. 54-56). Sie kritisiert damit die Empfehlung für Frauen, so schnell wie möglich wieder erwerbstätig zu werden und ihre Kinder in Betreuung zu geben, anstatt zu Hause zu bleiben und diese Aufgabe selbst zu übernehmen. Die Autorin kritisiert, dass die Politik diese Empfehlung seit „Jahrzehnten“ unterstützt, da sie von den Interessen der Wirtschaft, Gewerkschaften und leeren Staatskassen geleitet ist und deshalb so viele Frauen und Männer wie möglich in einer Vollerwerbsbeschäftigung haben möchte (Z.57-63). Zwar hat es nach ihrer Ansicht beispielsweise mit dem Recht auf Teilzeit eine erste richtige Entwicklung gegeben, jedoch wurde diese mittlerweile schon wieder revidiert. Als einzig hoffnungsvolle Maßnahme nennt sie die steuerliche Entlastung von Familien (Z. 64-70). Hier muss jedoch angemerkt werden, dass solche Maßnahmen nur all jenen Familien zugutekommen, die durch Erwerbsarbeit und entsprechend hohe Einkünfte steuerpflichtig sind. Dies exkludiert also alle Personen, die Sozialleistungen wie die Mindestsicherung erhalten oder nur geringfügig angestellt sind. Für die Autorin ist es aufgrund der aufgezählten Faktoren nicht verwunderlich, dass sich immer weniger junge Frauen für Kinder entscheiden, da dies „Armutsgefährdung bis ins Alter“ (Z. 70) bedeuten kann, wenn Frauen sich dazu entscheiden die Kinder selbst großzuziehen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt für die Autorin eine nachvollziehbare Überforderung für Frauen dar, da zugleich immer die Gefahr von „Scheidung, Arbeitslosigkeit und Armut“ (Z. 82-85) besteht. Wenn sich dieser politische und gesellschaftliche Trend fortsetzt, gibt es für die

Autorin nur zwei Möglichkeiten für den Erhalt der Bevölkerungszahlen in Österreich. Die erste besteht in Zuwanderung. Hier zeigt sich der Konservatismus der Autorin, die diese Option übertrieben negativ darstellt, da sich das Land und die Gesellschaft dadurch grundlegend verändern würden, was bei bisherigen Einwanderungsbewegungen bereits geschehen ist und das heutige Österreich mitgeprägt hat, und die Debatte darüber, „ob wir das wirklich wollen“ – wir, die „echten“ ÖsterreicherInnen im Gegensatz zu den zugezogenen Personen – noch nicht geführt wurde (Z. 90-94). Die zweite, vorzuziehende Möglichkeit besteht für sie darin, dass „vor allem de(m) Mittelstand (wieder) aktiv bei der Familiengründung und Jungfamilien in den ersten schwierigen Jahren“ (Z. 95-100) Unterstützung zukommen soll und damit „echte“ Wahlfreiheit ermöglicht wird, ohne dass dadurch Nachteile für Frauen entstehen (Z. 101). Die Erklärung, warum gerade der Mittelstand bei der Familiengründung unterstützt werden soll, folgt im letzten Absatz des Artikels. Hier erklärt die Autorin, dass es das Bestreben einer Gesellschaft sein sollte „nachhaltig den Wohlstand und die Lebensgrundlagen ihrer Nachkommen zu sichern“ (Z. 105-107). Dies scheint für sie nur durch wirtschaftliche Leistung möglich zu sein, welche für die Autorin nur durch „Kinder aus bildungsaffinen Schichten“ (Z. 108-110) und damit mithilfe der „Mittelschicht“ gesichert werden könne. Die Autorin postuliert somit nicht nur eine Unterscheidung zwischen den „echten“ ÖsterreicherInnen und den Zuziehenden, sondern auch zwischen einer „Mittelschicht“, die bei der Familiengründung unterstützungswürdig erscheinen, da ihre Kinder gut gebildet sind, wirtschaftlich verwertbare Leistungen erbringen und schlussendlich die künftigen SteuerzahlerInnen sein werden (Z. 114-115) und einer „Unterschicht“, deren Kinder wirtschaftlich nicht dasselbe Potential haben und deshalb implizit weniger unterstützungswürdig erscheinen. Damit wird im letzten Absatz auch die Gruppe der Personen mit niedrigerem Bildungsstand abgewertet, die zusammen mit PensionistInnen, Familien mit drei Kindern oder mehr und Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zu den am stärksten von Armut gefährdeten Gruppen in Österreich zählen (siehe Kapitel 2.2.2.). Alle armutsgefährdeten Gruppen mit Ausnahme der Familien werden von der Autorin als weniger bedeutsam für die österreichische Gesellschaft dargestellt um ihre Aussage zu legitimieren, dass Familien aus der Mittelschicht von der Politik stärker gefördert werden müssen um das Wirtschaftssystem aufrecht zu erhalten.

3.3.4.6. Zusammenfassende Interpretation

Die Auswahl der fünf Artikel für die Feinanalyse fand anhand der in der Strukturanalyse herausgearbeiteten Kategorien statt. Die Artikel sind deshalb jeweils einer entsprechenden dominanten Thematisierung, so z.B. Altersarmut oder Erwerbsarbeit, zugeordnet. Auf der

sprachlich-rhetorischen Ebene lassen sich deutliche Unterschiede festmachen, wie bestimmte Kategorien behandelt werden. So neigt die Sprache in der Thematisierung von Altersarmut zu Fatalismus, z.B. indem Ausdrücke wie „Endstation Armut“ oder „Frauen in der Armutsfalle“ (Feinanalyse 2, Artikel Nr.1) eingesetzt werden. Damit wird der Ansicht Ausdruck verliehen, dass Altersarmut für Frauen unausweichlich ist und, sobald sie sich darin wiederfinden, auch keine Möglichkeit eines Auswegs aus der Armut mehr besteht. Die Thematisierung von Alleinerzieherinnen (Feinanalyse 3, Artikel Nr. 16) findet sprachlich-rhetorischen bemüht objektiv statt. Die einzige Auffälligkeit betrifft den uneinheitlichen Einsatz gendergerechter Sprache. Dies könnte darauf hindeuten, dass, auch wenn alleinerziehende Personen fast ausschließlich Frauen sind, oft kein Bewusstsein für einen gendergerechte Umgang mit Sprache besteht und deshalb auch das generische Maskulinum verwendet wird, wo sich bestimmte Aussagen ausschließlich auf Frauen beziehen. Bei den Themen Erwerbsarbeit, Geschlechterverhältnis und unbezahlte Reproduktionsarbeit sind durchaus Überschneidungen auf der sprachlich-rhetorischen Ebene beobachtbar. Dies geschieht durch eine Verwobenheit mit der Kategorie Erwerbstätigkeit von Frauen und hier insbesondere bei Teilzeit. Sprachlich wird hier auf Übertreibungen und Dramatisierungen zurückgegriffen, etwa wenn Teilzeiterwerbstätigkeit als „verschleudertes Potenzial“ (Feinanalyse 1, Artikel Nr. 36) angesehen, der Arbeitsmarkt für Frauen als mit „massiven Nachteilen behaftet“ (Feinanalyse 4, Artikel Nr. 49) bezeichnet oder die Frage von Erwerbstätigkeit und/oder Kinderbetreuung mit den Worten „Achtung! Kinder können Armut und Ausgrenzung verursachen“ (Feinanalyse 5, Artikel Nr. 32) eingeleitet wird. Auch auf der inhaltlichen Ebene stellt Erwerbsarbeit, verbunden mit weiteren Themen, eine bedeutsame Kategorie dar. Einigkeit herrscht in allen analysierten Artikeln darüber, dass Frauen von Armutsgefährdung betroffen sind und insbesondere Alleinerzieherinnen und Pensionistinnen den Schwerpunkt bilden.

Es lassen sich zwei spezifische inhaltliche Argumentationslinien erfassen, welche die Verwobenheit von Erwerbstätigkeit und dem jeweiligen dominanten Thema der Artikel zeigen. Die erste Argumentationslinie besteht darin, dass Erwerbstätigkeit, die nicht an die „männliche Normalerwerbsbiographie“ angepasst ist, also im Sinne einer lückenlosen Vollzeitanstellung in einer typisch besser entlohten „männlichen Branche“, als Hauptfaktor für das bestehende Armutsrisiko für Frauen gesehen wird. Zwar werden strukturelle Gründe und hier insbesondere der Frauen zugeschriebene Aufgabenbereich von Kinderbetreuung angesprochen und kritisiert die Verantwortung, sich vor dieser Armutsgefahr zu schützen, wird jedoch auf die Frauen individuell übertragen. Sie sollen ihre Teilzeitstellen auf Vollzeit aufstocken, sich für „typisch männliche Berufe“ entscheiden und nach der Karenz so schnell wie möglich wieder ins

Berufsleben einsteigen um sich ausreichend abzusichern und ihre Armutsgefährdung wirksam zu reduzieren. Die zweite Argumentationslinie vertritt die Auffassung, dass die hohe Teilzeiterwerbsquote von Frauen nicht auf freiwilligen Entscheidungen basiert, sondern dass Frauen nur schwer durch die ihnen zugeschriebenen Kinderbetreuungs- und Pflegepflichten in Vollzeit tätig sein können. Anders als bei der ersten Argumentationslinie werden hier auch geschlechterspezifische Diskriminierungen in der Arbeitswelt angesprochen, weshalb kollektive Lösungen im Sinne von politischen Handlungen gefordert werden, um diese Quellen von Armutsgefährdung für Frauen zu reduzieren.

Auf der bildlichen Ebene können keine allgemeinen Aussagen über die ausgewählten Artikel für die Feinanalyse getroffen werden. Zwei der fünf Artikel haben keine Bebilderung bzw. ein Bild zeigt die Autorin des Artikels (Artikel Nr. 32), die anderen drei Bilder stellen unterschiedliche Motive dar, die hauptsächlich zur Bebilderung des Kernthemas und Verdopplung des Inhalts dienen: eine ältere Frau mit leerer Brieftasche (Artikel Nr. 1) bildet das Thema Altersarmut ab; zwei Kinder, die durch eine Glasscheibe blicken (Artikel Nr. 36), stellen das Thema Kinderbetreuung und Reproduktionsarbeit dar und das Bild einer Waage (Artikel Nr. 49), auf der jeweils zwei unterschiedlich hohe Türme aus Euromünzen aufgebaut sind – auf dem kleineren eine Frau, auf dem größeren ein Mann – veranschaulicht das Geschlechterverhältnis.

3.3.5. Zusammenfassende Interpretation der Struktur- und Feinanalyse

Die Strukturanalyse und Feinanalyse der Artikel aus den ausgewählten österreichischen Tageszeitungen zu Armut von Frauen in Österreich im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 30. Juni 2019 haben gezeigt, dass Erwerbsarbeit in der Thematisierung die zentrale Rolle einnimmt. Erwerbsarbeit wird als wichtigstes Mittel sowohl für die Armutsbekämpfung als auch zur Absicherung vor Armut verhandelt. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen von Christoph Butterwegge, wonach sich der öffentliche Diskurs über Armut zumeist mit den Gegenstrategien von Arbeit und Bildung beschäftigt, wobei Bildung in der durchgeführten Analyse eher eine untergeordnete Rolle zukommt (vgl. Butterwegge, 2009a: 249). Anders als dies nach Butterwegge häufig im öffentlichen Diskurs und auch in der Fachliteratur anzutreffen ist, findet in der untersuchten Berichterstattung über Frauenarmut keine Verwechslung zwischen den Auslösern und den Entstehungsursachen von Armut statt (vgl. Butterwegge, 2009a: 44). Als Ursachen werden die gesellschaftlichen Verhältnisse, wie die zugeschriebenen getrennten Arbeitssphären (vgl. Behning, 2004: 193) oder die Lohndiskriminierung aufgrund

des Geschlechts (vgl. Hönig/Kreimer, 2005: 44-45) genannt und als solche kritisiert. Durch die Verschränkung der Erwerbsarbeit als Mittel gegen Armut mit der Kategorie Geschlecht erfolgt jedoch in der Berichterstattung eine Erweiterung um die Dimension der „männlichen Normalerwerbsbiographie“ (vgl. Schlager, 2009: 127), die dezidiert als anzustrebende Norm postuliert wird. Die Ursachen für Armut von Frauen werden in der Berichterstattung als gesellschaftliches Problem erkannt. Die Lösungsvorschläge werden jedoch auf der individuellen Ebene verortet, indem Frauen vermittelt wird, dass sie sich „nur“ an die „männliche Normalerwerbsbiographie“ anpassen hätten um ihr Armutsrisiko zu verringern. Dies hat zwei schwerwiegende Implikationen: erstens wird die „männliche Normalerwerbsbiographie“ zum idealen und damit erstrebenswerten Zustand erhoben, dabei die männliche Überlegenheit im Geschlechterverhältnis reproduziert und zweitens wird der Lösungsvorschlag ohne ein damit einhergehendes Aufbrechen der Geschlechterleitbilder ad absurdum geführt, da Frauen sonst weiterhin die Hauptverantwortung für die Reproduktionsarbeit zugeschrieben wird und keine Veränderung stattfinden kann. Die Verantwortung für die Absicherung vor Armut wird bei den Frauen selbst gesehen und Armut damit tendenziell zu einem selbstverschuldeten Schicksal erklärt. Dadurch bedarf es auch keiner grundlegenden Auseinandersetzung mit den bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen um die Ursachen von Armut von Frauen in Österreich zu bekämpfen (vgl. Butterwegge, 2009a: 249), sondern nur die individuelle Anpassung des Agierens von Frauen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ursache von Armut werden in diesen Lösungsansätzen verkannt und Armut von Frauen als individuelles Verschulden und daher individuelle Verantwortung dargestellt.

4. Schluss

4.1. Beantwortung der Forschungsfragen

F1: Wie wird Armut von Frauen in der Berichterstattung der ausgewählten österreichischen Tageszeitungen Kronen Zeitung, Heute, Kleine Zeitung, Der Standard, Kurier, Österreich und Die Presse dargestellt?

Die Berichterstattung in den ausgewählten Tageszeitungen während dem festgelegten Untersuchungszeitraum über das Thema Armut von Frauen in Österreich zeugt von dem bestehenden Bewusstsein, dass Frauen und zwar insbesondere Pensionistinnen und Alleinerzieherinnen verstärkt von Armutsgefährdung betroffen sind. Die Tageszeitungen *Heute* und *Österreich* mussten aufgrund von mangelnder Repräsentanz aus der Analyse ausgeschlossen werden. Armut von Frauen in Österreich ist in der Berichterstattung der genannten Tageszeitungen häufig mit dem Thema Erwerbsarbeit verbunden. Angesprochen wird dabei die hohe Teilzeitquote von Frauen aufgrund der ihnen zugeschriebenen Verantwortung für die Kinderbetreuung und der daraus resultierenden fehlenden finanziellen Absicherung, die zu Armut führen kann. Frauen wird deshalb geraten, sich an die „männliche Normalerwerbsbiographie“ anzupassen und sich so selbstständig vor Armut zu schützen.

F2: Welche Gründe für Armut von Frauen werden genannt und welche Urteile/Feststellungen folgen diesen Begründungen?

Der primäre Grund für Armut von Frauen wird in dem im Vergleich zu Männern geringeren Erwerbsausmaß gesehen. Es wird in der Berichterstattung argumentiert, dass Frauen durch das geringere Einkommen und kürzere Arbeitszeiten weniger verdienen, was sich auf die Versicherungsbeiträge und damit auf die Pensionshöhe niederschlägt und als Konsequenz zu Altersarmut führt. Hierbei gibt es zwei Argumentationslinien: die Erste sieht in Teilzeitbeschäftigung den Grund für die Armutsgefährdung von Frauen. Teilzeitanstellungen werden als freiwillige Entscheidungen von Frauen dargestellt und deshalb suggeriert, dass Frauen lediglich auf Vollzeit aufstocken müssten und damit ihr Armutsrisiko minimieren könnten. Die zweite Argumentationslinie sieht deshalb in der Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen den Grund für Armutsgefährdung, begründet die Teilzeit jedoch als notwendig für die zugeschriebene Verantwortung für die Kinderbetreuung. Es werden also zwei unterschiedliche Beurteilungen vorgenommen, wo entweder an die Frauen selbst herangetragen wird, sich trotzdem so gut wie möglich an die als männlich geltende Vollzeiterwerbsbiographie ohne Lücken anzupassen und sich so selbst abzusichern, oder es wird von der Politik gefordert, durch

Schaffung von mehr Kinderbetreuungsplätzen die Erwerbstätigkeit von Frauen zu unterstützen. Als weitere Gründe, jedoch weitaus seltener, werden die Lohndiskriminierung von Frauen genannt, für deren Aufbrechen politische Maßnahmen gefordert werden. Außerdem werden körperliche oder psychische Krankheiten von Frauen als Begründung angeführt, die zur Abhängigkeit von Sozialleistungen führen, als Schicksalsschläge aufgefasst werden und daher oft in Verbindung mit Hilfe- bzw. Spendenaufrufen oder Kritik am Sozialsystem stehen.

F3: Welche Themen tauchen im Zusammenhang mit Armut von Frauen in Österreich auf?

Zu den dominanten Themen zählen Erwerbsarbeit, Altersarmut, Pensionen, Bildung, alleinerziehende Personen, Sozialleistungen, Stigmata, Gesundheit, Geschlechterverhältnis und Reproduktionsarbeit. Weitere auftretende Themen umfassen Gewalt, Frauenpolitik, Finanzen, Einkommen, Sozialpolitik, wissenschaftliche Studien, Hilfsorganisationen, Kirche, Familienpolitik, Versicherungsleistungen, Betteln, Weltfrauentag, Migration, Frauenvolksbegehren und Familienarmut.

F4: Wird bei der Begründung und bei den Konsequenzen von Armut zwischen Frauen und Männern unterschieden?

Eine Unterscheidung zwischen Konsequenzen für Frauen und Männer findet in der Berichterstattung nicht explizit statt. Da jedoch besonders in Hinblick auf Erwerbsarbeit häufig auf die Teilzeitfrauenerwerbsquote verwiesen wird und auf die Frauen zugeschriebene Verantwortung für die Kinderbetreuung, werden die Gründe für die Armut von Frauen implizit als geschlechtsspezifische Probleme behandelt.

F5: Lassen sich wiederkehrende Aussageelemente in der Berichterstattung finden?

Teilzeiterwerbstätigkeit wird häufig als Grund für die Armutsgefährdung von Frauen gesehen, da dadurch die Einkünfte niedriger sind und sich dies auch auf die Pensionszeiten niederschlägt. In der Berichterstattung wird den Frauen außerdem wiederholt geraten, sich für besser bezahlte „typische Männerberufe“ zu entscheiden, nach der Karenz so schnell wie möglich wieder ins Berufsleben einzusteigen und nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Partnern zu stehen.

F6: Wird Armut als individuell verschuldetes Problem dargestellt oder auf strukturelle Ursachen zurückgeführt?

Dass Frauen einem erhöhten Armutsrisiko, besonders als Alleinerzieherinnen oder Pensionistinnen, ausgesetzt sind, wird in der Berichterstattung überwiegend auf strukturelle Ursachen und zwar auf die ihnen zugeschriebene Verantwortung für den Reproduktionsbereich oder auf Diskriminierungen aufgrund der Geschlechterzugehörigkeit zurückgeführt. Wenn es jedoch um Lösungs- bzw. Präventionsvorschläge geht, wird die Verantwortung wiederum individuell verortet, da Frauen suggeriert wird, dass sie sich selbst durch die Anpassung an die „männliche Normalerwerbsbiographie“ vor Armut absichern können.

4.2. Einschätzungen über die Gültigkeit der Empirie

Die Empirie der vorliegenden Magisterarbeit erhebt nicht den Anspruch gewisse Thesen zu beweisen oder abgeleitete Hypothesen zu überprüfen. Vielmehr stellt sie ein Verbindungsglied zwischen theoretischen Betrachtungen von Armut von Frauen in Österreich und der Medienforschung dar und führt beispielhaft und systematisch an, wie und an welcher Stelle in den analysierten Artikeln die theoretisch-historischen Themenzusammenhänge erkennbar und damit auch kritisierbar sind. Die zu Beginn der Magisterarbeit vorgenommene theoretische Aufarbeitung über Armut von Frauen in Österreich stellt somit eine Grundlage für die Analyse dar, mit der das Untersuchungsmaterial mit vorangestellten Fragen und Thesen betrachtet werden konnte. Eine anders ausgerichtete theoretische Annäherung an das Thema hätte somit auch andere relevante Kategorien innerhalb der Diskursanalyse hervorgebracht. Die Empirie dieser Magisterarbeit kann somit nur im Zusammenhang mit der zuvor durchgeführten theoretischen Beleuchtung Gültigkeit erlangen. Die detaillierte Beschreibung der Vorgehensweise, die Offenlegung der einzelnen Analyseschritte und die Ausarbeitung der Kategorien dienen der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit des Forschungsprozesses, jedoch nur unter der Bedingung einer kritischen Lesart.

4.3. Resümee und Ausblick

Armut von Frauen in einem wohlhabenden Land wie in Österreich ist ein komplexes Phänomen, das nicht durch individuelles Versagen erklärt oder anhand von Einzelschicksalen verstanden werden kann. Die Auseinandersetzung mit dem relativen Armutsbegriff und den verfügbaren offiziellen statistischen Daten hat verdeutlicht, dass Armut von Frauen in Österreich ein real existierendes, gesellschaftliches Problem darstellt und Frauen aufgrund von strukturellen

Ursachen einem spezifischen Armutsrisiko ausgesetzt sind, das so mit der spezifischen Gefährdung von Männern in Österreich nicht vergleichbar ist. Ziel dieser Magisterarbeit war es das kaum beachtete, aber sozialpolitisch überaus ernstzunehmende Thema mit der deutschsprachigen Medienforschung zusammen zu führen und damit das Verhältnis zwischen Armut von Frauen und dem diesbezüglichen Mediendiskurs zu erschließen. Die Forschungsmotivation entwickelte sich aus der Frage heraus, wie sich die neoliberale Leistungsideologie in einem Land wie Österreich, das sich an der geistig-politischen Weltsicht des Neoliberalismus orientiert, auf den Mediendiskurs über Armut von Frauen in Österreich auswirkt. Denn wenn es der neoliberalen Leistungsideologie zufolge wirtschaftlichen LeistungsträgerInnen einer Gesellschaft besser ergehen sollte als Gesellschaftsmitgliedern, die weniger oder keine Leistung im Sinne von Erwerbsarbeit erbringen (vgl. Butterwegge, 2009a: 34), so stellt sich die Frage wie sich der öffentliche Diskurs über jene Gruppe von Frauen gestalten sollte, die aufgrund der zugeschriebenen Reproduktionsarbeit zwar, prozentuell gesehen, weniger bezahlte Erwerbsarbeit verrichten als Männer, gleichzeitig jedoch durch ihre unbezahlte „private“ Arbeit einen entscheidenden Beitrag für die Gesellschaft leisten. Und das wirft die Frage auf, ob Frauen im Mediendiskurs für ihr Schicksal individuell verantwortlich gemacht werden oder aber ihre Armut eigentlich als strukturelles Problem verstanden werden müsste. Wie die Ergebnisse der Kritischen Diskursanalyse verdeutlichen konnten, werden die strukturellen Ursachen für die Armutsgefährdung von Frauen im Mediendiskurs anerkannt und berücksichtigt. Anstatt jedoch die Notwendigkeit eines Aufbruchs der strukturellen Diskriminierungspraxen gegenüber Frauen zu thematisieren, greift bei diesem Beispiel dennoch die neoliberale Leistungsideologie und verschränkt sich gleichzeitig mit der ideologischen Verfestigung von sozialer Ungleichheit zwischen der männlichen Suprematie und der weiblichen Subalternität (vgl. Kurz-Scherf, 2009: 45). Frauen wird im Mediendiskurs die Verantwortung übertragen sich selbst durch eine Anpassung an die männliche „Normalerwerbsbiographie“ (vgl. Schlager, 2009: 127) vor Armut abzusichern. Damit wird subtil die Botschaft vermittelt, dass, wenn Frauen dennoch von Armut betroffen sind, es sich nunmehr um ein selbstverschuldetes Schicksal handelt und nicht um ein gesellschaftliches Problem. Anstatt auf gesellschaftlicher und politischer Ebene Gegenmaßnahmen zu entwickeln, wird Armut von Frauen im Mediendiskurs aus der öffentlichen Sphäre in die private verbannt. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Armut von Frauen in Österreich hat viele Fragen aufgeworfen, die aus zeitökonomischen Gründen in dieser Magisterarbeit unbeantwortet blieben, so z.B., welche weiteren Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Berichterstattung über Armut von Frauen und Männern erkennbar sind. Hierfür würde sich eine quantitative und

qualitative Beschäftigung mit den Medieninhalten anbieten, um der Frage nachzugehen, ob sich die Stigmatisierung von Armut und die neoliberale Leistungsideologie, bezogen auf das Geschlecht, anders auswirken. In gleicher Weise bedeutsam wäre die Betrachtung der Rezeptionsebene durch qualitative Interviews oder Gruppendiskussionen um die Wirkung der Berichterstattung auf die LeserInnen zu untersuchen und mit den Ergebnissen der Kritischen Diskursanalyse zu vergleichen. Es wird die Aufgabe zukünftiger Forschungsarbeiten sein, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen und damit das viel zu wenig beachtete Thema Armut von Frauen aus seinem Schattendasein zu holen.

5. Quellenverzeichnis

5.1. Bibliographie

- Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (2009): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bäcker, Gerhard/Bispinck, Reinhard/Hofemann, Klaus/Naegele, Gerhard/Neubauer, Jennifer (2008): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (1995): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/New York: Campus.
- Becker-Schmidt, Regina/Krüger, Helga (2009): Krisenherde in gegenwärtigen Sozialgefügen: Asymmetrische Arbeits- und Geschlechterverhältnisse – vernachlässigte Sphären gesellschaftlicher Reproduktion. In: Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 12-41.
- Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (2010): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Behning, Ute (2004): Arbeit und Arbeitsteilung. In: Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hrsg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien: Facultas. S. 191-209.
- Boeckh, Jürgen/Huster, Ernst-Ulrich/Benz, Benjamin/Schütte, Johannes (2006): Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (2011): Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 64, Heft 9. S. 439-446.
- Burkart, Roland/Hömborg, Walter (2012): Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. Wien: new academic press.
- Burkart, Roland/Lang, Alfred (2012): Die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas – Eine kommentierte Textcollage. In: Burkart, Roland/Hömborg, Walter (Hrsg.): Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. Wien: new academic press. S. 42-71.
- Butterwegge, Christoph/Holm, Karin/Imholz, Barbara/Kluntz, Michael/Michels, Caren/ Schulz, Uwe/Wuttke, Gisela/Zander, Margherita/Zeng, Matthias (2004): Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Butterwegge, Christoph (2009a): Armut in einem reichen Land: Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Butterwegge, Christoph (2009b): Vom medialen Tabu zum Topthema? Armut in Journalismus und Massenmedien. In: Journalistik Journal, Jg. 12, Heft 3. S. 30-33.
- Chorus, Silke (2013): Care-Ökonomie im Postfordismus. Perspektiven einer integralen Ökonomietheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Diaz-Bone, Rainer (2005): Diskursanalyse. In: Mikos, Lothar (Hrsg.): Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch. Konstanz: UVK. S. 538-552.
- Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (2009): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck: Studienverlag.
- Dück, Julia/Schütt, Denise (2014): Editorial: Materialistischer Feminismus. In: Prokla, Jg. 44, Heft 1. S. 2-10.
- Eiffe, Franz (2009): Konzepte der Armut im europäischen Kontext: Ein geschichtlicher Überblick. In: Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck: Studienverlag. S. 67 – 90.
- Enzensberger, Hans Magnus (1970): Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Kursbuch, Jahrgang 20. S. 91-128.
- Esping-Andersen, Gosta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt a. M./New York: Campus. S. 19-58.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Grabka, Markus/Jotzo, Björn/Rasner, Anika/Westermeier, Christian (2017): Der Gender Pension Gap verstärkt die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen im Rentenalter. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Wochenbericht, Jg. 84, Heft 5. S. 87-96.

- Hark, Sabine (2011): Feministische Theorie- Diskurs- Dekonstruktion. Produktive Verknüpfungen. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 381-400.
- Häusl, Maria (2016): Vorwort. In: Häusl, Maria et al. (Hrsg.): Armut. Gender-Perspektiven ihrer Bewältigung in Geschichte und Gegenwart. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag. S. 17-40.
- Häusl, Maria/Horlacher, Stephan/Koch, Sonja/Loster-Schneider Gudrun/Schötz, Susanne (2016): Armut. Gender-Perspektiven ihrer Bewältigung in Geschichte und Gegenwart. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Heitzmann, Karin/Schmidt, Angelika (2001): Frauenarmut: Hintergründe, Facetten, Perspektiven. Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang.
- Hönig, Barbara/Kreimer, Margareta (2005): Konstellationen und Mechanismen geschlechtlicher Lohn-Diskriminierung in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 30, Heft 1. S. 44-66.
- Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (2018): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Margarete (2010): Diskursanalyse: Ein Verfahren zur kritischen Rekonstruktion von Machtbeziehungen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 386-391.
- Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast-Verlag.
- Jäger, Siegfried/Zimmermann, Jens/In Zsarb. mit der Diskurswerkstatt im DISS (2010): Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste. Münster: Unrast-Verlag.
- Jäger, Siegfried (2011): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Reiner et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 91-124.
- Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse – Eine Einführung. Münster: Unrast-Verlag.

- Jung, Tina/Lieb, Anja/Reusch, Marie/Scheele, Alexandra/Schoppengerd, Stefan (2014): In Arbeit: Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (2011): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (2009): Feminismus: Kritik und Intervention. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2009): Weiblichkeitswahn und Männlichkeitskomplex – zur Geschichte und Aktualität feministischer Patriarchatskritik. In: Kurz-Scherf, Ingrid et al. (Hrsg.): Feminismus: Kritik und Intervention. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 24-47.
- Lamei, Nadja/Skina-Tabue, Magdalena (2011): Armut und Gender. Eine aktuelle Analyse ökonomischer Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. In: Verwiebe, Roland (Hrsg.): Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. Wien: Braumüller. S. 125-148.
- Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (1998): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Lewis, Jane (2001): The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care. In: Social Politics. International Studies in Gender, State & Society, Jg. 8, Heft 2. S. 152-169.
- Mairhuber, Ingrid (2001): Frauenarmut – Ein sozialpolitisches Problem?! In: Heitzmann, Karin/Schmidt, Angelika (Hrsg.): Frauenarmut: Hintergründe, Facetten, Perspektiven. Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang. S. 137-162.
- Marshall, Thomas (1992): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen. In: ders. (Hrsg.): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a. M./New York: Campus. S. 33-94.
- Mayert, Andreas/Schendel, Gunther (2018): Armut, Stigmatisierung, Scham und Angst. In: Schäfer, Gerhard et al. (Hrsg.): „Arme habt ihr immer bei euch“: Armut und soziale Ausgrenzung wahrnehmen, reduzieren, überwinden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S. 194-213.

- Mikos, Lothar (2005): Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch. Konstanz: UVK.
- Neckel, Sighard (2000): Achtungsverlust und Scham. Die soziale Gestalt eines existenziellen Gefühls. In: ders. (Hrsg.): Die Macht der Unterscheidung. Essays zur Kulturosoziologie der modernen Gesellschaft. Frankfurt a. M./New York: Campus. S. 92-109.
- Neumann, Frieder (2016): Soziale Mindestsicherung in Europa. Leistungsprofile im Vergleich. Berlin: LIT.
- Reichwein, Eva (2012): Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, gesellschaftliche Wahrnehmung und Sozialpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (2004): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien: Facultas.
- Sauer, Birgit (2014): Arbeit und Geschlechterdemokratie. Leerstellen und Lehrstellen der Politikwissenschaft. In: Jung, Tina et al. (Hrsg.): In Arbeit: Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 84-98.
- Schäfer, Gerhard/Montag, Barbara/Deterding, Joachim (2018): „Arme habt ihr immer bei euch“: Armut und soziale Ausgrenzung wahrnehmen, reduzieren, überwinden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schlager, Christa (2009): Soziale Ungleichheit und Armut aus Geschlechterperspektive. In: Dimmel, Nikolaus et al. (Hrsg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck: Studienverlag. S. 127-137.
- Sellach, Brigitte (2010): Armut: Ist Armut weiblich? In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 471-479.
- Sen, Amartya (1992): Inequality reexamined. Cambridge: Harvard University Press.
- Simmel, Georg (1908): Soziologie – Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Stang, Richard (2018): Armut und Öffentlichkeit. In: Huster, Ernst-Ulrich et al. (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 823-838.
- Tálos, Emmerich (1997): Armut im Sozialstaat. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 4. S. 437-452.

Tálos, Emmerich (1998): Sozialstaat – Sozialpolitik. In: Sozialpolitik im internationalen Vergleich. Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 14. S. 5-13.

Verwiebe, Roland (2011): Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. Wien: Braumüller.

Verwiebe, Roland (2011): Armut in Österreich – Bestandsaufnahme der sozialwissenschaftlichen Diskussion und Trends im europäischen Kontext. In: Verwiebe, Roland (Hrsg.): Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. Wien: Braumüller. S. 3-22.

5.2. Internetquellen

Eurostat (2019): Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung in der EU. URL: <https://ec.europa.eu/eurostat/news/themes-in-the-spotlight/poverty-day-2018> (Zugriff am 02.01.2019).

Finanz.at (2019): Mindestsicherung (Sozialhilfe) – Rechner - Anspruch und Höhe. URL: <https://www.finanz.at/steuern/mindestsicherung/> (Zugriff am 20.08.2019).

Kronen Zeitung (2019): Printausgabe. Krone Zeitung/Krone Bunt – Offenlegung. URL: <https://www.krone.at/324550> (Zugriff am 01.08.2019).

Kurier (2019): Redaktionsstatut. URL: <https://kurier.at/info/das-redaktionsstatut/714241> (Zugriff am 01.08.2019).

Malik, Maja (2010): Abschlussbericht zur Studie: Zum Umgang der Medien mit Armut und sozialer Ausgrenzung. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Westfälische Wilhelms-Universität-Münster. URL: www.uni-muenster.de/imperia/md/content/kowi/personen/armut_in_den_medien_bmas_abschlussbericht.pdf (Zugriff am 26.08.2019).

MediaAffairs (2019): Medienstudie. Über sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und Kinderarmut in österreichischen Massenmedien. URL: www.armutskonferenz.at/files/pernegger-schenk_medienstudie_kinderarmut-2018.pdf (Zugriff am 02.03.2019).

Media-Analyse (2019): Media-Analyse 2018. URL: www.media-analyse.at/admin/pages/htmlTemplateTable.php?xyCat=402819,402820,402821,402822,402823,402824,402825,402909,402910,402913,402928,402955 (Zugriff am 01.08.2019).

Der Standard (2019): Blattlinie. URL: <https://about.derstandard.at/redaktion/blattlinie/> (Zugriff am 01.08.2019).

- Statistik Austria (2009): Zeitverwendung 2008/2009. Ein Überblick über geschlechterspezifische Unterschiede. Endbericht der Bundesanstalt Statistik Austria an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst. URL: http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&dDocName=052108 (Zugriff am 24.01.2019).
- Statistik Austria (2019a): Präsentation zu „Armut und soziale Eingliederung 2017/ EU-SILC 2017. Ergebnisse und Hintergrundinformationen“. URL: [www.dowas.at/media/filer_public/c4/86/c486427b-5217-4fab-92c4-ea73fbd37315/armut und soziale eingliederung 2017 eu-silc 2017 ergebnisse und hintergr.pdf](http://www.dowas.at/media/filer_public/c4/86/c486427b-5217-4fab-92c4-ea73fbd37315/armut_und_soziale_eingliederung_2017_eu-silc_2017_ergebnisse_und_hintergr.pdf) (Zugriff am 02.01.2019).
- Statistik Austria (2019b): Gender Statistik. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/index.html (Zugriff am 21.01.2019).
- Statistik Austria (2019c): Gender Statistik: Einkommen. URL: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/einkommen/index.html (Zugriff am 21.01.2019).
- Statistik Austria (2019d): Verdienststrukturerhebung. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/verdienststruktur/index.html (Zugriff am 21.01.2019).
- Statistik Austria (2019e): Gender Statistik: Erwerbstätigkeit. URL: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/erwerbstaetigkeit/index.html (Zugriff am 25.06.2019).
- Styria Media Group AG (2019a): Kleine Zeitung – Lesbare Leidenschaft für Land und Leute. URL: www.styria.com/de/kleine-zeitung-lesbare-leidenschaft-fur-land-und-leute-717 (Zugriff am 01.08.2019).
- Styria Media Group AG (2019b): Die Presse – Ein intellektuelles Aushängeschild. URL: www.styria.com/de/die-presse-ein-intellektuelles-aushangeschild-734 (Zugriff am 01.08.2019).
- WKO (2019): Hauptergebnisse der WKO-Lehrlingsstatistik. URL: <https://www.wko.at/service/zahlen-daten-fakten/daten-lehrlingsstatistik.html> (Zugriff am 26.06.2019)

5.3. Zeitungsartikel für Diskursanalyse

5.3.1. Kleine Zeitung

- Ablinger, Sonja (10.10.2015): Frauenpolitik als Orchideenthema. In: Kleine Zeitung. S. 98.
- Bachal, Daniela (08.03.2019): Teilzeitarbeit wird für Frauen häufig zur Falle. In: Kleine Zeitung. S. 38-39.
- Fertschey, Elke (15.02.2014): Auch in Kärnten ist die Armut weiblich. In: Kleine Zeitung. S. 16.
- Gabriel, Eva (27.07.2017): Um 42 Prozent weniger Pension. In: Kleine Zeitung. S. 32.
- Gigler, Claudia (15.11.2016): Zu viel für mehr Hilfe, zu wenig zum Leben. In: Kleine Zeitung. S. 18.
- Kalser, Manuela (24.03.2013): Sohn bezahlt für Jobverlust der Mutter. In: Kleine Zeitung. S. 20-21.
- Kalser, Manuela (25.12.2016): 28 Jahre den Mann gepflegt – und nun in Altersarmut. In: Kleine Zeitung. S. 26.
- Kerschbaumer, Carina (03.05.2017): Urlaub und Armut. In: Kleine Zeitung. S. 14.
- Macher, Thomas (04.11.2013): Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. In: Kleine Zeitung. S. 14.
- Pototschnig, Franz (09.03.2017): Nur Arbeit kann die Armut beseitigen. In: Kleine Zeitung. S. 26.
- Puschitz, Josef (15.10.2010): Allein, alt, arm: Frauen in der Armutsfalle. In: Kleine Zeitung. S. 16-17.
- Traar, Christina (25.02.2016): „Ich will nicht, dass die Leute mich so sehen“. In: Kleine Zeitung. S. 6-7.

5.3.2. Kronen Zeitung

- Münzer, Martina (23.11.2014): „Mit 200 Euro mehr wäre ich glücklich“. In: Kronen Zeitung. S. 8-9.
- Salzer, Monika (05.06.2011): Der ideale Weg. In: Kronen Zeitung. S. 52.

Salzmann, Sabine (29.10.2014): Stille Armut trifft viele Mütter. In: Kronen Zeitung. S. 22-23.

Salzmann, Sabine (01.10.2016): Ungerechte Job-Welt: Die vielen Nachteile für Frauen. In: Kronen Zeitung. S. 22-23.

Walser, Emanuel (29.10.2016): So arm ist unser Österreich. In: Kronen Zeitung. S. 12-13.

5.3.3. Kurier

o. A. (04.09.2010): Mehr Jobs für wenig Geld. In: Kurier. S. 3.

o. A. (15.11.2010): „Habe jetzt mehr Geld als vorher“. In: Kurier. S. 9.

o. A. (07.10.2012): 92 Prozent der Alleinerzieher sind Frauen. In: Kurier. S. 2.

Baierl, Sandra (25.05.2019): Frauen müssen sich selbst schützen. In: Kurier. S. 3.

Haller, Patricia (02.06.2011): 24 Stunden im Dienst. In: Kurier. S. 3.

Heiss, Barbara (09.12.2017): Wenn ein Job nicht reicht. In: Kurier. S. 8.

Mauch, Uwe (01.05.2015): Endlich gute Aussichten. In: Kurier. S. 27.

Mauch, Uwe (31.08.2017): Vom tiefen Fall aus der Mitte. In: Kurier. S. 20.

Mauch, Uwe (19.11.2018): Akademikerin, 57, armutsgefährdet. In: Kurier. S. 20.

Metzger, Ida (14.02.2016): „Ich fühlte mich wie ein Schmarotzer“. In: Kurier. S. 4.

Salomon, Martina (24.12.2016): Lasst uns das Land nicht arm-rechnen und -reden. In: Kurier. S. 9.

Vachova, Magdalena (05.12.2015): Alleinerzieher: Wenn das „Life“ in der Balance fehlt. In: Kurier. S. 2-3.

5.3.4. Die Presse

o. A. (18.03.2010): Wifo gegen dreijährigen Kindergeld-Bezug. In: Die Presse. S. 16.

Gaulhofer, Karl (21.02.2016): Drum spaltet die Gesellschaft, wer sich ewig bindet. In: Die Presse. S. 18-19.

Kelle, Birgit (08.03.2019): Es geht uns Frauen heute in Europa fantastisch. In: Die Presse. S. 34-35.

Reischer, Peter (13.12.2014): Ist die Stadt noch für alle da? In: Die Presse. S. 40.

Schwentner, Judith (18.08.2010): Familie ist nicht Frauensache. In: Die Presse. S. 26.

Steindorfer, Eva (05.02.2014): Der Fluch der jungen Ehefrauen. In: Die Presse. S. 16.

Walterskirchen, Gudula (12.06.2017): Allerhöchste Zeit, den Wert der Familien wiederzuentdecken. In: Die Presse. S. 23.

Walterskirchen, Gudula (05.03.2018): Achtung! Kinder können Armut und Ausgrenzung verursachen! In: Die Presse. S. 23.

Walterskirchen, Gudula (03.12.2018): Wer wenig hat, lebt deshalb nicht am „Rand der Gesellschaft“. In: Die Presse. S. 23.

Wentner, Gundi (07.05.2012): Frauenpolitik ist auch Bildungspolitik. In: Die Presse. S. 20.

5.3.5. Der Standard

APA (12.03.2010): Arm, allein, weiblich – und ohne Notstandshilfe. In: Der Standard. S. 8.

Berger, Jutta (12.08.2017): Alte Mütter demonstrieren für gerechte Pension. In: Der Standard. S. 10.

Gleissner, Rolf (24.01.2015): Keine Märchen: Einkommen steigen, Armut ist rückläufig. In: Der Standard. S. 38.

Hausbichler, Beate (26.02.2014): „Wir brauchen eine Reduktion der Erwerbsarbeit“. In: Der Standard. S. 14.

John, Gerald (18.03.2010): Familienpolitik ist sauteuer – aber sie wirkt nicht. In: Der Standard. S. 7.

Köppl-Turyna, Monika (02.05.2017): Volksbegehren als Schuss ins Frauenknie. In: Der Standard. S. 19.

Kuffner, Astrid (22.08.2012): „Die Verantwortung muss raus aus den Familien“. In: Der Standard. S. 16.

Pallinger, Jakob (12.10.2018): Trotz Einkommens kein Auskommen. In: Der Standard. S. 18.

Scheibelhofer, Paul/Wiesböck, Laura (07.03.2019): Das privilegierte Geschlecht. In: Der Standard. S. 28.

Vollmann, Manuela/Schallert, Daniela (23.05.2015): Für einen differenzierten Teilzeitdiskurs. In: Der Standard. S. 22.

Weißensteiner, Nina (03.05.2012): Keine halbe Sache. In: Der Standard. S. 30.

5.4. Abbildungsverzeichnis (Tabellen und Graphiken)

Abb. 1, S. 23-24, Tabelle: Armutsgefährdung vor/nach sozialstaatlichen Transfers u. Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers 2010-2017, EU-28, Quelle: Eurostat (2019)

Abb. 2, S. 27, Tabelle: Armutsgefährdung vor und nach sozialstaatlichen Transfers, Armutsrisikogrenze und Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers in Österreich 2010-2018, Quelle: Eurostat (2019), Statistik Austria (2019a)

Abb. 3, S. 28, Graphik: Risikostruktur der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich, 2017, Quelle: Statistik Austria, (2019a)

Abb. 4, S. 29, Graphik: Armuts- und Ausgrenzungsrisiko nach Beschäftigungsverhältnis in Österreich, 2017, Quelle: Statistik Austria, (2019a)

Abb. 5, S. 30, Graphik Beteiligung von Frauen und Männern an ausgewählten Tätigkeiten im Haushalt, 2009, Quelle: Statistik Austria, Zeitverwendung (2008/2009)

Abb. 6, S. 31, Tabelle: Armuts- und soziale Ausgrenzungsgefährdung nach Sozialtransfers nach Geschlecht für Österreich und EU-Durchschnitt von 2010-2018, Quelle: Eurostat (2019)

Abb. 7, S. 32, Tabelle: Armutsgefährdung nach Sozialtransfers nach Geschlecht für Österreich und EU-Durchschnitt von 2010-2018, Quelle: Eurostat (2019)

Abb. 8, S. 51, Tabelle: Armutsgefährdung vor Sozialtransfers nach Geschlecht für Österreich und EU-Durchschnitt von 2010-2018, Quelle: Eurostat (2019)

6. Anhang

6.1. Liste von Artikeln und Kategorien aus der Strukturanalyse

Artikel Nr. 1:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Bundesland-Thema (Kärnten)

Titel: 1. Alleine, alt, arm: Frauen in der Armutsfalle

Untertitel: 2. Alarmierend: Mehr als ein Viertel aller alleinstehenden Pensionistinnen in Kärnten ist von Armut betroffen. Am Land ist das Risiko am größten.

Zwischentitel: 3. Strafe statt Lohn / 4. Gerda statt Gerhard

Bild: Ältere Frau mit leerer Brieftasche und Geld am Tisch

Beschriftung Bild: 5. Jeden Cent mehrmals umdrehen - das droht gerade jenen Kärntnerinnen, die im Alter alleine gelassen werden

Datum: 15.10.2010

Autor: Josef Puschitz

Dominante Kategorien: Altersarmut; Erwerbsarbeit; Pension; Bildung

Artikel Nr. 2:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Bundesland-Thema (Kärnten)

Titel: 6. Sohn bezahlt für den Jobverlust der Mutter

Untertitel: 7. Weil eine Alleinerzieherin ihren Arbeitsplatz verloren hat, lebt sie von 780 Euro Einkommen. „Ich kann mir das Gymnasium für meinen Sohn nicht leisten“, klagt die Kärntnerin.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild 1: Kind mit Schultasche auf der Straße

Beschriftung Bild 1: 8. Kinder aus einkommensschwachen Familien haben weniger Bildungschancen. Michael (10) ist der Beweis dafür

Bild 2: Zeugnisse am Tisch

Beschriftung Bild 2: 9. Gute Noten. „Michael hätte das Zeug für mehr“

Bild 3: Lebensmittel mit „1/2 Preis“-Sticker in Einkaufswagen

Beschriftung Bild 3: 10. Sie kaufen abgelaufene Ware

Datum: 24.03.2013

Autorin: Manuela Kalser

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Erwerbsarbeit; Bildung; Sozialleistungen; Stigma

Artikel Nr. 3:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Bundesland (Kärnten)

Titel: 11. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Untertitel: 12. Über 90.000 Kärntner sind von Armut bedroht. Immer öfter trifft es alleinerziehende Mütter und junge Menschen.

Zwischentitel: 13. Arm trotz Arbeit

Bild 1: Leeres Portemonnaie

Beschriftung Bild 1: nicht vorhanden

Bild 2: Frau sitzt mit Kopf in den Händen vor Blättern, Taschenrechner und offenem Portemonnaie am Tisch

Beschriftung Bild 2: 14. Vor allem alleinerziehende Mütter plagen Geldsorgen

Datum: 04.11.2013

Autor: Thomas Macher

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Gesundheit; Sozialleistungen; Erwerbsarbeit; Bildung

Artikel Nr. 4:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Bundesland-Thema (Kärnten)

Titel: 15. Auch in Kärnten ist die Armut weiblich

Untertitel: 16. Jede siebente Frau in Kärnten ist laut Arbeiterkammer-Studie armutsgefährdet. Gründe: weniger Arbeitschancen und Ungleichbehandlung.

Zwischentitel: 17. Mindestpension / 18. Klage nach Jobverlust

Bild: Foto von Marlene Diethart, Bildungsexpertin der AK

Beschriftung Bild: 19. Marlene Diethart, Bildungsexpertin der AK „Trotz gleicher Qualifikation werden viele Frauen niedriger eingestuft.“

Datum: 15.02.2014

Autorin: Elke Fertschey

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis; Sozialleistungen; Pension

Artikel Nr. 5:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Leserforum / Debatte (Steiermark)

Titel: 20. Frauenpolitik als Orchideenthema

Untertitel: 21. „Die Regierung agiert zögerlich. Frauenpolitik scheint gegenwärtig kein Thema der Regierungsarbeit zu sein.“

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Sonja Ablinger

Beschriftung Bild: 22. Sonja Ablinger über die Lohnschere und den morgigen Equal Pay Day.

Datum: 10.10.2015

Autorin: Sonja Ablinger

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 6:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Politik (Steiermark)

Titel: 23. „Ich will nicht, dass die Leute mich so sehen“

Untertitel: 24. Nach 45 Berufsjahren reicht die Pension von Ines Haller kaum zum Leben. Eine Geschichte über Armut und die Erinnerung an bessere Zeiten.

Zwischentitel: 25. Angst vor der Zukunft

Bild 1: Ältere Frau und Hund sitzen an einem Tisch in einer Wohnung

Beschriftung Bild 1: 26. „Er sorgt sich um mich“: Hund „Blondie“ mit Frauchen Ines Haller in ihrer Wohnung. Die 72-jährige Pensionistin möchte nicht erkannt werden.

Bild 2: Zwei Hunde-Porzellanfiguren

Beschriftung Bild 2: 27. Hunde sind Hallers Leben, unzählige Figuren zieren die Wohnung der ehemaligen Hundefriseurin

Datum: 25.02.2016

Autorin: Christina Traar

Dominante Kategorien: Stigma; Pension; Gesundheit; Sozialleistungen

Artikel Nr. 7:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Bundesland_STMK (Steiermark)

Titel: 28. Zu viel für mehr Hilfe, zu wenig zum Leben

Untertitel: 29. Familienbeihilfe und Alimente zählen als Einkommen, Sozialleistungen wurden gekürzt. Dadurch leben viele steirische Familien in bitterer Armut.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Claudia Klimt-Weithaler

Beschriftung Bild: 30. Klimt-Weithaler (KPÖ): Kritische Situation

Datum: 15.11.2016

Autorin: Claudia Gigler

Dominante Kategorien: Sozialleistungen; Pension; Alleinerziehend

Artikel Nr. 8:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Reportagen (Kärnten)

Titel: 31. 28 Jahre den Mann gepflegt – und nun in Altersarmut

Untertitel: 32. Ein Beispiel von leider vielen, das zeigt, wie schnell man in die Armut rutschen kann. Und unsere Hilfe braucht.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: nicht vorhanden

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 25.12.2016

Autorin: Manuela Kalser

Dominante Kategorien: Altersarmut; Reproduktionsarbeit; Pension; Sozialleistungen

Artikel Nr. 9:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Mürztal (Mürztal)

Titel: 33. Nur Arbeit kann die Armut beseitigen

Untertitel: 34. Soziallandesrätin Doris Kampus besuchte gestern den Bezirk. Dass gestern Weltfrauentag war, passte gar nicht schlecht.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Doris Kampus, Maria Fischer und Stefan Hofer

Beschriftung Bild: 35. Landesrätin Doris Kampus, flankiert von den Abgeordneten Maria Fischer und Stefan Hofer

Datum: 09.03.2017

Autor: Franz Pototschnig

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Sozialleistungen; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 10:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Österreich (Steiermark)

Titel: 36. Urlaub und Armut

Untertitel: 37. Urlaub kannte sie nicht. Sie hätte sich deshalb aber nie als arm oder ausgegrenzt gesehen.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Carina Kerschbaumer

Beschriftung Bild: 38. Carina Kerschbaumer

Datum: 03.05.2017

Autorin: Carina Kerschbaumer

Dominante Kategorien: Reproduktionsarbeit; Stigma

Artikel Nr. 11:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Wirtschaft (Kärnten)

Titel: 39. Um 42 Prozent weniger Pension

Untertitel: 40. Heute haben Pensionisten in Österreich so viel Pension bekommen, wie Pensionistinnen erst am Jahresende haben. Alle Menschen sind gleich? Die Realität sieht anders aus.

Zwischentitel: 41. Pensionssplitting

Bild 1: Gezeichnetes Bild von älterer Frau und älteren Mann, beide sitzen auf einem Turm mit Euromünzen, der Turm vom Mann ist höher als der Turm von der Frau

Beschriftung Bild 1: 42. 13.902 Euro beträgt das Bruttojahreseinkommen der Pensionistinnen. 23.802 Euro beträgt das Bruttojahreseinkommen der Pensionisten.

Bild 2: Foto von Michaela Eigner-Pichler

Beschriftung Bild 2: 43. „Frauen dürfen sich bei ihrer Pension nicht auf ihre Männer verlassen. Traurig, dass man so einen Tag wie heute begehen muss. Michaela Eigner-Pichler“

Datum: 27.07.2017

Autorin: Eva Gabriel

Dominante Kategorien: Pension; Geschlechterverhältnis; Erwerbsarbeit

Artikel Nr. 12:

Zeitung: Kleine Zeitung

Ressort: Besser_Leben (Steiermark, Kärnten)

Titel: 44. Teilzeitarbeit wird für Frauen häufig zur Falle

Untertitel: 45. Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit und riskieren damit vielfach eine Pension in Armut. Wie sich rechtzeitig gegensteuern lässt.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Unterkörper von Frau, die leere Hosensäcke zeigt

Beschriftung Bild: 46. 75% der Pflegebedürftigen Menschen werden von Angehörigen betreut: zu 80 Prozent von Frauen. / 47. 22% der alleinlebenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet. Bei Männern beträgt der Anteil nur 13 Prozent. / 48. 67% der Teilzeitbeschäftigten Frauen arbeiten laut Erhebung der Arbeiterkammer weniger als 25 Stunden pro Woche. / 49. 501 Euro: Im Schnitt übersteigt die Alterspension von Männern jene von Frauen um diesen Betrag. / 50. 68% der Bezieher von Ausgleichzulagen in Österreich sind Frauen. So die Daten aus dem Jahr 2017. / 51. 29,5 Stunden unbezahlte Arbeit leisten erwerbstätige Frauen pro Woche, Männer kommen auf nur 7,4 Stunden. / 52. Entwicklung der Erwerbstätigen- und Teilzeitquoten in Prozent. Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, aber anders als bei den Männern arbeiten fast 50 Prozent nur Teilzeit. / 53. Ganzjährig Vollzeitbeschäftigte nach Einkommensklassen in Prozent. Frauen verdienen im Mittel weniger als Männer und sind öfter in den unteren Einkommensklassen vertreten.

Datum: 08.03.2019

Autorin: Daniela Bachal

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Pension; Geschlechterverhältnis; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 13:

Zeitung: Kurier

Ressort: Karriere

Titel: 54. Mehr Jobs für wenig Geld

Untertitel: 55. In Österreich arbeiten mehr Frauen als vor zwölf Jahren. Aber: Nur Estland und Slowenien diskriminieren mehr.

Zwischentitel: 56. Hoch und niedrig / 57. Ewiges Thema: Gehalt / 58. Ohne Einkünfte

Bild: Frau in Anzug, im Hintergrund verschwommen Menschen in Anzügen

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 04.09.2010

AutorIn: nicht angegeben

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis; Reproduktionsarbeit; Alleinerziehend

Artikel Nr. 14:

Zeitung: Kurier

Ressort: Wirtschaft

Titel: 59. Frau H. „Habe jetzt mehr Geld als vorher“

Untertitel: nicht vorhanden

Zwischentitel: 60. Neuer Job

Bild: nicht vorhanden

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 15.11.2010

AutorIn: nicht angegeben

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Sozialleistungen; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 15:

Zeitung: Kurier

Ressort: Innenpolitik

Titel: 61. 24 Stunden im Dienst

Untertitel: 62. Sozialpolitik: Neun von zehn Alleinerziehern (sic!) sind Frauen: Sie müssen mehr arbeiten und sind dennoch stärker armutsgefährdet

Zwischentitel: 63. Unterhalt / 64. Arbeit / 65. Armut / 66. Alltag

Bild: Frau sitzt am Schreibtisch und schreibt auf Tastatur von Laptop, Mädchen sitzt am Schoss und schaut nach oben in die Kamera

Beschriftung Bild: 67. Kind und Job: Das unter einen Hut zu bringen ist neben Geldproblemen eine der großen Sorgen von Alleinerzieherinnen

Datum: 02.06.2011

AutorIn: Patricia Haller

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 16:

Zeitung: Kurier

Ressort: Sonntag

Titel: 68. 92 Prozent der Alleinerzieher sind Frauen

Untertitel: 69. Zahlen & fakten

Zwischentitel: 70. Anzahl / 71. Geschlecht / 72. Armut / 73. Kinderbetreuung / 74. Gesundheit

Bild: nicht vorhanden

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 07.10.2012

AutorIn: nicht angegeben

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit; Gesundheit

Artikel Nr. 17:

Zeitung: Kurier

Ressort: Leben

Titel: 75. Endlich gute Aussichten

Untertitel: 76. Hilfe in der Not. Warum eine junge Alleinerzieherin erstmals lachen kann

Zwischentitel: 77. Sie zeigt ihre Zähne

Bild: Frau von hinten, die bei einem offenen Fenster hinausschaut

Beschriftung Bild: 78. „Mein Traum wäre es, einmal in einem Büro zu arbeiten. Ich habe die Lehrzeit sehr genossen.“ Tina M. Alleinerzieherin

Datum: 01.05.2015

Autor: Uwe Mauch

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Gesundheit; Stigma; Erwerbsarbeit

Artikel Nr. 18:

Zeitung: Kurier

Ressort: Karriere

Titel: 79. Alleinerzieher: Wenn das „Life“ in der Balance fehlt

Untertitel: 80. Alltagshelden. 110.000 Alleinerzieher schaukeln die Wiege, den Job und die gesamten Familienagenden. Sie werden in der Arbeitswelt immer noch mit vielen Vorurteilen konfrontiert. Ein Blick in die Lebenswelten dreier Alltagshelden.

Zwischentitel: 81. Vollzeit, weil notwendig / 82. Starre Rollenbilder / 83. Neue Studie

Bild 1: Kinderhände spielen mit Lego-Bausteinen

Beschriftung Bild 1: 84. In Österreich leben 110.000 Alleinerzieher. Viele von ihnen straucheln finanziell, arbeiten deshalb öfter Vollzeit als Frauen mit Kind und Partner

Bild 2: Erwachsene Hände schreiben in Terminkalender, daneben liegt eine Brille, Notizblock, Stift und Büroklammern

Beschriftung Bild 2: 85. Der Alltag eines Alleinerziehers steht und fällt mit einer guten Planung. Die Termine der Kinder, der Job – Zeit für sich selbst bleibt oft wenig

Bild 3: Foto von Evelyn Herl

Beschriftung Bild 3: 86. „Ich bin nicht leidend, nehme keine Opferrolle an.“ Evelyn Herl, Fulltime-Job mit Reisen, zwei Kinder

Bild 4: Foto von Alexander Haide

Beschriftung Bild 4: 87. „Vor 8,5 Jahren habe ich das Kranksein abgeschafft.“ Alexander Haide, Alleinerziehender Autor, eine Tochter

Bild 5: Foto von Sybille Kovacs

Beschriftung Bild 5: 88. „Bei 30 Stunden funktioniert die Work-Life-Balance am besten.“ Sybille Kovacs, 30 Stunden in Forschung, zwei Kinder

Datum: 05.12.2015

Autorin: Magdalena Vachova

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 19:

Zeitung: Kurier

Ressort: Innenpolitik

Titel: 89. „Ich fühlte mich wie ein Schmarotzer“

Untertitel: 90. Mindestsicherung. Yasmin Rauhofer (39) rutschte vor zehn Jahren in die Arbeitslosigkeit und bezieht Mindestsicherung. Im Interview erzählt die gelernte Elektromonteurin über ihr Leben mit 837 Euro pro Monat.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild 1: Foto von Yasmin Rauhofer, die auf einem Baum sitzt

Beschriftung Bild 1: nicht vorhanden

Bild 2: Yasmin Rauhofer und Ida Metzger sitzen an einem Tisch und unterhalten sich

Beschriftung Bild 2: 91. Yasmin Rauhofer im Interview mit KURIER-Redakteurin Ida Metzger

Datum: 14.02.2016

Autorin: Ida Metzger

Dominante Kategorien: Stigma; Sozialleistungen; Erwerbsarbeit; Gesundheit

Artikel Nr. 20:

Zeitung: Kurier

Ressort: Wirtschaft

Titel: 92. Lasst uns das Land nicht arm-rechnen und -reden

Untertitel: 93. Salomonisch

Zwischentitel: 94. Teilzeit für die Kinder / 95. Krieg verteilt radikal um

Bild: Foto von Martina Salomon

Beschriftung Bild: 96. Kolumne, Salomonisch, Martina Salomon

Datum: 24.12.2016

Autorin: Martina Salomon

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 21:

Zeitung: Kurier

Ressort: Leben

Titel: 97. Vom tiefen Fall aus der Mitte

Untertitel: 98. Sozialdebatte. Eine Autorin fühlt sich von der Politik alleine gelassen. Ihre Situation berührt, auch der Sozialexperte sieht Handlungsbedarf

Zwischentitel: 99. Mit 50 plus arbeitslos / 100. Soziale Absturzgefahr

Bild: Foto von Evelyne Kwas

Beschriftung Bild: 101. Empört sich nun öffentlich: Evelyne Kwas in ihrer Bauernstube

Datum: 31.08.2017

Autor: Uwe Mauch

Dominante Kategorien: Altersarmut; Erwerbsarbeit; Stigma

Artikel Nr. 22:

Zeitung: Kurier

Ressort: Karriere

Titel: 102. Wenn ein Job nicht reicht

Untertitel: 103. Wenn trotz Vollzeitjob am Ende des Monats zu wenig Geld übrig ist, um gut über die Runden zu kommen, verhelpen sich viele mit Nebenjobs. Zwei betroffene erzählen, wie es ist, zwei Jobs zu haben.

Zwischentitel: 104. Genaue Zahlen

Bild: Illustration von Frau die mit geschlossenen Augen auf vollem Schreibtisch im Schneidersitz sitzt

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 09.12.2017

Autorn: Barbara Heiss

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Alleinerziehend

Artikel Nr. 23:

Zeitung: Kurier

Ressort: Leben

Titel: 105. Akademikerin, 57, armutsgefährdet

Untertitel: 106. Schatten-Dasein. Immer mehr ältere Frauen schämen sich für ihren sozialen Abstieg

Zwischentitel: 107. Für Gottes Lohn / 108. Wo Armut einsam macht

Bild: Illustration von einer Frau, die den Kopf in den Händen hält und auf einer Parkbank sitzt

Beschriftung Bild: 109. Verlassen, alleine gelassen: ein Leben lang hat sie sich für andere eingesetzt, in ihrer Pension droht jetzt die Verarmung

Datum: 19.11.2018

Autor: Uwe Mauch

Dominante Kategorien: Altersarmut; Stigma; Pension; Reproduktionsarbeit;

Geschlechterverhältnis; Erwerbsarbeit

Artikel Nr. 24:

Zeitung: Kurier

Ressort: Karriere

Titel: 110. Frauen müssen sich selbst schützen

Untertitel: 111. Wer zeitlebens wenig verdient, hat auch eine niedrigere Pension. Frauen sollten hier aktiv gegensteuern – je früher, desto besser.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Sandra Baierl

Beschriftung Bild: 112. „Armut im Alter ist in Österreich ein weibliches Phänomen: Sie trifft Frauen drei Mal häufiger als Männer.“ Sandra Baierl, Leitung JOB Business

Datum: 25.05.2019

Autorin: Sandra Baierl

Dominante Kategorien: Altersarmut; Pension; Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 25:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Economist

Titel: 113. Wifo gegen dreijährigen Kindergeld-Bezug

Untertitel: 114. Familien. Ökonomen fordern weniger Geld- und mehr Sachleistungen.

Zwischentitel: 115. Hohe Ausgaben für Familien

Bild: Gruppe von Kindern mit roten Hauben und Rucksäcken auf der Straße

Beschriftung Bild: 116. Für sie soll es künftig mehr Geld geben, fordert das Wifo. Die Eltern sollen es aber nicht in bar erhalten.

Datum: 18.03.2010

Autorin: nicht angegeben

Dominante Kategorien: Sozialleistungen; Erwerbsarbeit

Artikel Nr. 26:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Meinung / Gastkommentar

Titel: 117. Familie ist nicht Frauensache

Untertitel: 118. Eine zeitgemäße Familienpolitik erfordert mehr als zu Hause anwesende Mütter. Replik auf den Gastkommentar „Frauen, Familien und die Gleichstellung“ von Gudrun Kattinig, 12 August.

Zwischentitel: 119. Keine Siegerinnen / 120. Verantwortung der Männer

Bild: Illustration von Frau, die Kind in den Armen hält

Beschriftung Bild: 121. Ich habe dir mein ganzes bisheriges Leben geopfert, kannst du dich jetzt auch einmal anders beschäftigen?

Datum: 18.08.2010

Autorin: Judith Schwentner

Dominante Kategorien: Gesundheit; Geschlechterverhältnis; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 27:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Meinung / Gastkommentar

Titel: 122. Frauenpolitik ist auch Bildungspolitik

Untertitel: 123. 18 Jahre Mütterteiletzeit – oder endlich eine große Reform des Bildungssystems?

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Gundi Wentner

Beschriftung Bild: 124. Dr. Gundi Wentner (51) ist Unternehmensberaterin und seit 2002 Partnerin bei Deloitte. Sie ist Mutter einer schulpflichtigen Tochter und engagiert sich beim Bildungsvolksbegehren von Hannes Androsch.

Datum: 07.05.2012

Autorin: Gundi Wentner

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Bildung; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 28:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Economist

Titel: 125. Der Fluch der jüngeren Ehefrauen

Untertitel: 126. Armut. In Österreich ist jede zehnte Seniorin armutsgefährdet. Einer internationalen Studie zufolge sind besonders Witwen betroffen – hierzulande trifft das aber nicht zu.

Zwischentitel: 127. Länger arbeiten sichert Pension / 128. Österreichs wohlhabende Witwen

Bild: Zwei Ältere Frauen stehen an einem Geländer und schauen auf das Wasser

Beschriftung Bild: 129. Armut. Das Einkommen beträgt weniger als die Hälfte des Medianeinkommens in Prozent

Datum: 15.02.2014

Autorin: Eva Steindorfer

Dominante Kategorien: Altersarmut; Pension; Erwerbsarbeit; Sozialleistungen

Artikel Nr. 29:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Zeichen der Zeit

Titel: 130. Ist die Stadt noch für alle da?

Untertitel: 131. „Der Anblick eines Bettlers bringt uns dauernd an unsere eigenen Grenzen.“
Die Bildungswissenschaftlerin Marion Thuswald, Vertreterin der Bettellobby Wien, im Gespräch.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild 1: Foto von Marion Thuswald

Beschriftung Bild 1: 132. „Wir haben in den vergangenen zehn Jahren in Österreich mehr als 15 Gesetzesverschärfungen bekommen, die nur das Betteln betreffen.“ Marion Thuswald

Bild 2: Foto von Peter Reischer

Beschriftung Bild 2: 133. Peter Reischer. Jahrgang 1954, geboren in Gmunden. Studium der Architektur in Wien. Seit 1978 in den Bereichen Werbeagentur, Verlagswesen und Graphik selbstständig tätig. Seit 2010 Leitender Redakteur der Zeitschrift „Architektur“. Lebt als Journalist und Architekt in Wien.

Datum: 13.12.2014

Autor: Peter Reischer

Dominante Kategorie: Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 30:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Economist

Titel: 134. Darum spaltet die Gesellschaft wer sich ewig bindet

Untertitel: 135. Früher heiratete der Arzt die Krankenschwester oder der Chef die Sekretärin. Die Durchmischung dämpfte die Ungleichheit. Heute sind Frauen besser gebildet, verdienen mehr – und wählen Partner auf ihrem Niveau. Auch das vergrößert die Kluft bei den Einkommen der Haushalte. Aber wie stark ist der Effekt wirklich?

Zwischentitel: 136. Ideologisch vermint. / 137. Arme Singles. / 138. Lotterie statt Amor. /

Bild: Betonmauer in grüner Landschaft

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 21.02.2016

Autor: Karl Gaulhofer

Dominante Kategorie: Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 31:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Meinung / Quergeschrieben

Titel: 139. Allerhöchste Zeit den Wert der Familie wiederzuentdecken

Untertitel: 140. Explodierende Kosten bei der Pflege, niedrige Geburtenrate und Probleme bei der Kinderbetreuung sind die Folgen einer jahrzehntelangen Demontage der Familie.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Gudula Walterskirchen

Beschriftung Bild: 141. Zur Autorin: Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Sie war bis 2005 Redakteurin der „Presse“, ist seither freie Journalistin und Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt.

Datum: 12.06.2017

Autorin: Gudula Walterskirchen

Dominante Kategorien: Geschlechterverhältnis; Erwerbsarbeit; Altersarmut; Alleinerziehend; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 32:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Meinung / Quergeschrieben

Titel: 142. Achtung! Kinder können Armut und Ausgrenzung verursachen!

Untertitel: 143. Eindringlich werden Frauen davor gewarnt, Kinder zu bekommen und sie dann gar noch selbst zu betreuen. Rein finanziell betrachtet haben die Warner leider recht.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Gudula Walterskirchen

Beschriftung Bild: 144. Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt. Seit 2017 Herausgeberin der „Niederösterreichischen Nachrichten“ und der „Burgenländischen Volkszeitung“.

Datum: 05.03.2018

Autorin: Gudula Walterskirchen

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Altersarmut; Stigma; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 33:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Meinung / Quergeschrieben

Titel: 145. Wer wenig hat, lebt deshalb nicht am „Rand der Gesellschaft“

Untertitel: 146. Wer Arme pauschal als soziale Außenseiter betrachtet, definiert damit Menschen nur über Geld und Konsum. Das ist respektlos und zusätzlich demütigend.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Foto von Gudula Walterskirchen

Beschriftung Bild: 147. Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt. Seit 2017 Herausgeberin der „Niederösterreichischen Nachrichten“ und der „Burgenländischen Volkszeitung“.

Datum: 03.12.2018

Autorin: Gudula Walterskirchen

Dominante Kategorien: Stigma; Sozialleistungen; Altersarmut

Artikel Nr. 34:

Zeitung: Die Presse

Ressort: Meinung

Titel: 148. Es geht uns Frauen heute in Europa fantastisch.

Untertitel: 149. 8. März. Ganz ohne Quote werden wir und unsere Töchter die Männer in den nächsten zwei Jahrzehnten nahezu überrennen. Weil wir gut sind.

Zwischentitel: 150. Es fehlt noch die Trans-Quote! / 151. Gendersensibler Karneval

Bild: Illustration einer Frau mit Putzwagen

Beschriftung Bild: 152. Ich verdiene im 21. Jahrhundert immer noch weniger als die durchschnittliche Nurhausfrau

Datum: 08.03.2019

Autorin: Birgit Kelle

Dominante Kategorien: Geschlechterverhältnis; Reproduktionsarbeit; Altersarmut

Artikel Nr. 35:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Innenpolitik

Titel: 153. Arm, allein, weiblich – und ohne Notstandshilfe

Untertitel: 154. 14 Prozent der Frauen sind gefährdet, in die Armut abzurutschen – gar jede Vierte, gäbe es keine Sozialleistungen. Notstandshilfe gibt es kaum: 85 Prozent der weiblichen Anträge scheitern.

Zwischentitel: 155. Neue Rechenart

Bild: Frau zieht Kind auf Schlitten im Schnee, beide nur von hinten zu sehen

Beschriftung Bild: 156. Alleinerzieherinnen sind besonders betroffen: Von ihnen ist jede Dritte armutsgefährdet.

Datum: 12.03.2010

AutorIn: APA

Dominante Kategorien: Sozialleistungen; Alleinerziehend; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 36:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Innenpolitik

Titel: 157. Familienpolitik ist sauteuer – aber sie wirkt nicht

Untertitel: 158. Viel Geld investiert, Ziele verfehlt: So resümieren Wifo-Expertinnen die Familienförderung. Leistungen wie das Langzeit-Kindergeld sollten gestrichen werden, um die Kinderbetreuung auszubauen. Sparen wäre ein Irrweg.

Zwischentitel: 159. Verschleudertes Potenzial

Bild: Zwei Kinder schauen durch Glasscheibe

Beschriftung Bild: 160. Wenig Platz für Kinder: Österreich investiert Geld am falschen Ort.

Datum: 18.03.2010

Autor: Gerald John

Dominante Kategorien: Geschlechterverhältnis; Erwerbsarbeit

Artikel Nr. 37:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Kommentar

Titel: 161. Keine halbe Sache

Untertitel: 162. Elternteilzeit

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: nicht vorhanden

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 03.05.2012

Autorin: Nina Weißensteiner

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 38:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Forschung Spezial

Titel: 163. „Die Verantwortung muss raus aus den Familien“

Untertitel: 164. Frauen erbringen den überwiegenden Teil der unbezahlten Pflege- und Betreuungsarbeit. Erna Appelt, Geschlechterforscherin an der Uni Innsbruck, fordert höhere Löhne im Care-Bereich und eine Entlastung der Angehörigen.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Stecker mit Knopf, auf dem eine Frau ein Tablett trägt

Beschriftung Bild: 165. Es sind meist Frauen, die sich um alte und kranke kümmern. Das bedeutet für viele Abhängigkeit und Armut, sagt Erna Appelt.

Datum: 22.08.2012

Autorin: Astrid Kuffner

Dominante Kategorien: Reproduktionsarbeit; Geschlechterverhältnis; Erwerbsarbeit

Artikel Nr. 39:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Forschung Spezial

Titel: 166. „Wir brauchen eine Reduktion der Erwerbsarbeit“

Untertitel: 167. Beim diesjährigen Symposium Dürnstein geht es um das „gute Leben“. Für die Ökonomin Adelheid Biesecker bedarf es dafür vor allem einer Neubewertung von Arbeit. Beate Hausbichler sprach mit ihr über neue Arbeitsmodelle und die Krise der Reproduktion.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild: Frauen arbeiten am Fließband

Beschriftung Bild: 168. Der Alltag in der Fabrik: Produktion am Fließband.

Datum: 26.02.2014

Autorin: Beate Hausbichler

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 40:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Kommentar der anderen

Titel: 169. Keine Märchen: Einkommen steigen, Armut ist rückläufig

Untertitel: 170. Aus Statistiken lesen viele heraus, was sie gerne hineininterpretieren möchten – Nachrechnen wäre gefragt

Zwischentitel: 171. Wirtschaft ist schuld?

Bild: nicht vorhanden

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 24.01.2015

Autor: Rolf Gleissner

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 41:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Spezial

Titel: 172. Für einen differenzierten Teilzeitdiskurs

Untertitel: 173. Vorschläge zur Neubewertung mit Blick auf das gemeinsame Ganze

Zwischentitel: 174. Wirtschaftliche Ebene / 175. Gesellschaftliche Ebene / 176. Individuelle Ebene

Bild: nicht vorhanden

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 23.05.2015

Autorinnen: Manuela Vollmann, Daniela Schallert

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 42:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Kommentar der anderen

Titel: 177. Volksbegehren als Schuss ins Frauenknie

Untertitel: 178. Die Forderungen der Frauenplattform wie höherer Mindestlohn kommen einem Programm zur Arbeitsplatzvernichtung gleich. Und gegen den Gehaltsunterschied – den Gender-Pay-Gap – gibt es ein wirksameres Mittel.

Zwischentitel: 179. Horrend teure Forderungen

Bild 1: Vier Frauen an Tisch mit Schreibutensilien und Wassergläser

Beschriftung Bild 1: 180. Frauenvolksbegehren reloaded. Sandra Cervik, Eva Rossmann; Elfriede Hammerl und Christine Nöstlinger bei einer Pressekonferenz im März 1997.

Bild 2: Foto von Monika Köppl-Turyna

Beschriftung Bild 2: 181. Köppl-Turyna warnt vor Jobverlust durch Fraueninitiative.

Datum: 02.05.2017

Autorin: Monika Köppl-Turyna

Dominante Kategorien: Geschlechterverhältnis; Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 43:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Inland

Titel: 182. Alte Mütter demonstrieren für gerechte Pension

Untertitel: 183. Gertraud Burtscher, 74-jährige Vorarlberger Juristin, kommt mit ihrer Oma-Revolution nach Wien. Auf dem Heldenplatz will sie mit betroffenen alten Frauen und Politikerinnen für gerechte Pensionen demonstrieren.

Zwischentitel: 184. Leben in Abhängigkeit

Bild: Gruppe von Personen, zwei Frauen halten ein Transparent

Beschriftung Bild: 185. Im Mai hatte die Oma-Revolution in Bregenz ihren ersten öffentlichen Auftritt. Gertraud Burtscher (mit Warnweste) will die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für alle Mütter erreichen.

Datum: 12.08.2017

Autorin: Jutta Berger

Dominante Kategorien: Pension; Sozialleistung; Altersarmut; Stigma; Reproduktionsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 44:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Wirtschaft

Titel: 186. Trotz Einkommens kein Auskommen

Untertitel: 187. Rund 300.000 Menschen in Österreich sind erwerbstätig und kommen trotzdem kaum über die Runden. Die Hintergründe der Betroffenen sind verschieden, die Ängste ähnlich.

Zwischentitel: 188. Arbeiten und arm bleiben / 189. Niedrige Bezahlung / 190. Mehr Netto vom Brutto

Bild 1: Graphik Armutsgefährdung nach höchstem Bildungsabschluss und berufliche Stellung 2014

Beschriftung Bild 1: 191. Wer trotz Arbeit besonders armutsgefährdet ist. Working Poor nach soziodemographischen Merkmalen

Bild 2: Graphik Working Poor in der EU

Beschriftung Bild 2: 192. Working Poor in den EU-Staaten

Datum: 12.10.2018

Autor: Jakob Pallinger

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Sozialleistungen; Reproduktionsarbeit

Artikel Nr. 45:

Zeitung: Der Standard

Ressort: Kommentar der anderen

Titel: 193. Das privilegierte Geschlecht

Untertitel: 194. Der morgige Frauentag ist ein guter Anlass, um über Männer zu sprechen, über ihren Beitrag zu ungleichen Geschlechterverhältnissen und über ihre Rolle in der Überwindung derselben. Schließlich bedeutet Feminismus auch für sie die Aussicht, das eigene Leben freier und vielfältiger zu leben.

Zwischentitel: 195. Die patriarchale Dividende / 196. Mehr Selbstreflexion

Bild 1: Illustration von Männerköpfen

Beschriftung Bild 1: 197. Männerbünde gibt es schon auf dem Schulhof. Sie belohnen das Mitschwimmen und Wegschauen.

Bild 2: Fotos von Paul Scheibelhofer und Laura Wiesböck

Beschriftung Bild 2: 198. Wiesböck und Scheibelhofer über die Krise der Männlichkeit.

Datum: 07.03.2019

AutorInnen: Paul Scheibelhofer, Laura Wiesböck

Dominante Kategorie: Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 46:

Zeitung: Kronen Zeitung

Ressort: Bunte

Titel: 199. Der ideale Weg

Untertitel: nicht vorhanden

Zwischentitel: 200. Es kann dir niemanden abnehmen, dich selbst auf den Weg zu machen

Bild 1: Frau mit Handy am Ohr, tippt am Laptop und hat Baby am Schoss

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Bild 2: Foto von Monika Salzer

Beschriftung Bild 2: 201. Mag. Monika Salzer, Pfarrerin der Evangelischen Kirche in Österreich – Diözese A. B. Wien

Datum: 05.06.2011

Autorin: Monika Salzer

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Reproduktionsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 47:

Zeitung: Kronen Zeitung

Ressort: Lokal

Titel: 202. Stille Armut trifft viele Mütter

Untertitel: 203. Jede zehnte Alleinerziehende kämpft ums Überleben. Wie die Caritas hilft

Zwischentitel: 204. Die Armut ist großteils weiblich / 205. Was Familien aus der Bahn werfen kann

Bild: nicht vorhanden

Beschriftung Bild: nicht vorhanden

Datum: 29.10.2014

Autorin: Sabine Salzmann

Dominante Kategorien: Alleinerziehend; Gesundheit; Sozialleistungen; Stigma

Artikel Nr. 48:

Zeitung: Kronen Zeitung

Ressort: Krone-Bunt

Titel: 206. „Mit 200 Euro mehr wäre ich glücklich“

Untertitel: 207. Wohnungspreise schnellen hinauf, Grundnahrungsmittel werden immer teurer. Viele Österreicher kämpfen mit einem Mindesteinkommen täglich ums Überleben.

Zwischentitel: nicht vorhanden

Bild 1: Frau sitzt am Tisch in einer Wohnung

Beschriftung Bild 1: nicht vorhanden

Bild 2: Frau steht in Zimmer mit Bett und Sofa

Beschriftung Bild 2: 208. Für die Möblierung nahm sich Elisabeth K. einen Kredit.

Bild 3: Frau schaut in leeren Kühlschrank

Beschriftung Bild 3: 209. Gähnende Leere

Bild 4: Frau hält Winterjacke

Beschriftung Bild 4: 210. Neue Jacke wäre Luxus

Bild 5: Frau macht Kaffee in Filterkaffeemaschine

Beschriftung Bild 5: 211. Kaffee zu Hause statt im Café

Datum: 23.11.2014

Autorin: Martina Münzer

Dominante Kategorien: Altersarmut; Erwerbsarbeit; Pension

Artikel Nr. 49:

Zeitung: Kronen Zeitung

Ressort: Lokal

Titel: 212. Ungerechte Job-Welt: Die vielen Nachteile für Frauen

Untertitel: 213. Gleichberechtigung noch immer ein Fremdwort AK legt neue Zahlen vor
Salzburgerinnen verdienen im Schnitt nur 1115 Euro netto

Zwischentitel: 214. Welche Maßnahmen gegensteuern sollen

Bild: Waage mit Frauenfigur auf einem Stapel Euromünzen auf der einen und schwereren
Stapel mit Männerfigur drauf auf der anderen Seite

Beschriftung Bild: 215. Beim Gehalt gibt es noch immer ein großes Ungleichgewicht: Männer
verdienen in Salzburg im Schnitt um 577 Euro mehr

Datum: 01.10.2016

Autorin: Sabine Salzmann

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Geschlechterverhältnis

Artikel Nr. 50:

Zeitung: Kronen Zeitung

Ressort: Im Brennpunkt

Titel: 216. So arm ist unser Österreich

Untertitel: nicht vorhanden

Zwischentitel: 217. „Oftmals schämen sich die Betroffenen“

Bild 1: Collage Bild 1 Teddybär und Bild 2 zwei arbeitende Frauen

Beschriftung Bild 1: 218. Teddybären in der Caritas-Textil-Einrichtung „Carla Tex“ in
Hohenems: für viele eine Möglichkeit ins Berufsleben einzusteigen.

Bild 2: Frau arbeitet in Bäckerei und hält Papiertasche

Beschriftung Bild 2: 219. Emel Kenes hat den Wiedereinstieg ins Berufsleben geschafft

Bild 3: Foto von Judit Marte-Huainigg

Beschriftung Bild 3: 220. „Bildung ist der Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Wir müssen
massiv in die Qualität investieren. Judit Marte-Huainigg, Caritas-Expertin

Datum: 29.10.2016

Autor: Emanuel Walser

Dominante Kategorien: Erwerbsarbeit; Gesundheit; Stigma; Bildung

Feinanalyse 1:Artikel Nr. 36, *Der Standard*, Ressort: Innenpolitik, 18.03.2010, Autor: Gerald John,

Titel: „Familienpolitik ist sauteuer – aber sie wirkt nicht“

DONNERSTAG, 18. MÄRZ 2010

INLAND

DER STANDARD 7

Familienpolitik ist sauteuer – aber sie wirkt nicht

Viel Geld investiert, Ziele verfehlt: So resümieren Wifo-Expertinnen die Familienförderung. Leistungen wie das Langzeit-Kindergeld sollten gestrichen werden, um die Kinderbetreuung auszubauen. Sparen wäre ein Irrweg.

Gerald John

Wien – Die schlechte Nachricht für den Finanzminister zuerst: „Wenig Kürzungspotenzial“ sieht Margit Schratzenstaller bei der Familienpolitik. Während die Regierung nächstes Jahr in dem Bereich 235 Millionen sparen will, warnt die Expertin des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo): „Solange es so große Defizite gibt, halte ich Einsparungen für problematisch.“

Lücken im System? Finanzielle Engpässe? Die Budgetzahlen weisen eigentlich aufs Gegenteil hin. Mit 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gibt Österreich überdurchschnittlich viel für Familienleistungen aus, das EU-Mittel liegt bei 2,5 Prozent, jenes der OECD bei nur zwei Prozent. Doch ein Blick hinter die Fassade, wie ihn das Wifo in einer Studie im Auftrag der Arbeiterkammer vorgenommen hat, offenbart die Schwächen. Schratzenstaller: „Wir geben viel Geld für die teilweise falschen Zwecke aus.“

Nur „unzureichend“ erreiche Österreich die selbstgesteckten familienpolitischen Ziele, konstatiert

tieren Schratzenstaller und Kollegin Hedwig Lutz. Trotz des enormen Aufwandes grundelt die Geburtenrate bei 1,4 Kindern pro Frau, die Quote der armutsgefährdeten Kindern hat sich in 20 Jahren auf 15 Prozent verdoppelt. Und das „Male-Breadwinner-Model“ – der Mann als Solo-Ernährer der Familie – sei hierzulande immer noch gang und gäbe.

Verschleudertes Potenzial

An sich ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit 68,6 Prozent vergleichsweise hoch. Doch 41 Prozent arbeiten lediglich Teilzeit, in einem Viertel der Familien ist der vollzeitbeschäftigte Mann immer noch der Alleinverdiener. Schratzenstaller hält diese Arbeitsaufteilung nicht nur für eine Ursache für die schlechtere Bezahlung der Frauen, die sich in Österreich verschärft, sondern auch für ökonomische Verschwendung. Das Potenzial gut ausgebildeter Arbeitskräfte bliebe damit ungenutzt, sagt sie und zitiert eine Berechnung der EU: Wenn die Erwerbsquote der Frauen an jene der Männer angepasst

werde, würde die Wirtschaft um ein Drittel stärker wachsen.

Kernvorschlag der Expertinnen: finanzielle Familienleistungen streichen, um das Geld in mehr Kindergärten, Kinderkrippenplätze zu stecken. Derzeit investiert der Staat 78 Prozent des Familienbudgets in Zuschüsse, Absatzebeiträge und andere monetäre Transfers, nur elf Prozent fließen in „reale“ Leistungen. Die Folge sind fehlende Betreuungsplätze:

Nur 14 Prozent der unter Dreijährigen werden in Kinderkrippen betreut, womit Österreich das für heuer angepeilte EU-Ziel von 33 Prozent meilenweit verpasst. Dass die Familien dies per se so wollen, glaubt Arbeiterkammer-Expertin Ingrid Moritz nicht: „43 Prozent der Eltern würden gerne mehr arbeiten, wenn bessere Betreuung zur Verfügung stünde.“

Um Geld dafür freizuschaffen, würde Schratzenstaller Goodies abschaffen, die nicht die Berufstätigkeit der Frauen fördern: den Alleinverdienerabsatzbetrag für Kinderlose (brächte 60 Millionen)



Wenig Platz für Kinder: Österreich investiert Geld am falschen Ort.
Foto: Reuters

oder die Langzeitversion des Kinderbetreuungsgeldes, das bis zu drei Jahre bezogen wird. Diese ist freilich die weitaus beliebteste, von 60 Prozent der Eltern gewählte Variante. Allerdings zeigt sich auch: In Wien, wo es die beste Kinderbetreuung gibt, entscheidet sich nur die Hälfte der Mütter und Väter für drei Jahre Kindergeld. Kandidat für die Abschlusliste

Kinderbetreuung in Wien Seite 10



Jeden Cent mehrmals
umdrehen - das
droht gerade jenen
Kärntnerinnen, die
im Alter alleine
gelassen werden
FOTO: A.

JOSEF PUSCHITZ

Es ist kein Zufall, dass Armut in der deutschen Sprache den Artikel „die“ vorangestellt bekommt. Armut ist weiblich, das belegen die Zahlen und Fakten der vierten Kärntner Armutskonferenz unmissverständlich. Noch schlimmer: Besonders alte Menschen landen unverschuldet in der „Endstation“ Armut.

„Die Altersarmut steigt dramatisch“, sagt Gerald Knapp, der Obmann des Kärntner Netzwerks gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Allein in Kärnten sind 24.300 Menschen akut von Armut betroffen, der Anteil von alten Frauen darunter ist auffällig hoch. Studien zufolge ist mehr als ein Viertel aller alleinstehenden Pensionistinnen in Kärnten armutsgefährdet. Für Knapp ist dieses Phänomen nicht über Nacht entstanden, die Wurzeln für die große Altersarmut liegen in der Vergangenheit: „Frauen sind im Erwerbsleben benachteiligt. Sie arbeiten meist nur in Teilzeitsjobs und sammeln so kaum Pensionszeiten. Genau das rächt sich dann im Alter.“ Die Armut trifft Menschen auf dem Land noch viel härter als die in den städtischen Gebieten, weil die Infrastruktur langsam ausgehöhlt wird – Stichwort Postamtsschließungen. Die

Allein, alt, arm: Frauen in der Armutsfalle

Alarmierend: Mehr als ein Viertel aller alleinstehenden Pensionistinnen in Kärnten ist von Armut betroffen. Am Land ist das Risiko am größten.

ARMUTSKONFERENZ

Alten, Armut und Gesellschaft stehen im Mittelpunkt der vierten Kärntner Armutskonferenz. Heute ab 9 Uhr beraten Experten aus dem Sozialbereich im Bildungshaus im Stift St. Georgen am Längsee über mögliche Auswege aus der Armutsfalle. Ab 15 Uhr: Podiumsdiskussion zu den Perspektiven gegen Altersarmut und soziale Ausgrenzung. Für Menschen ohne Einkommen ist freier Eintritt.

Strafe statt Lohn

Die Ungerechtigkeit setzt sich auch bei den normalen Pensionen fort: 2007 betrug die durchschnittliche Pension eines Kärntners fast um die Hälfte mehr als die Pension einer Kärntnerin. Mangelnde Gleichbehandlung führt auch Landesrätin Beate

Gegenentwurf für das „männliche Ernährermodell“, auf dem der Sozialstaat basiert, will Prettners junge Mädchen dazu ermutigen, sich „Männerberufe“ zu schnappen. Dort sollen sie mehr verdienen – und so für eine gesicherte Zukunft sorgen.

Gerda statt Gerhard

Knapp sieht ebenfalls in der Bildung den Schlüssel zur effektiven Armutsbekämpfung. „Bislang fördert unser Schulsystem junge Mädchen viel zu wenig. Ihre Beteiligung wird von diesen Strukturen schon früh festgesetzt.“ Dem beginnt das Land Kärnten in ersten Schritten gegenzusteuern. Mit Frauenförderprogrammen sollen die Rahmenbedingungen für Frauen im Arbeitsleben verbessert werden. Mit gezielter Berufsberatung will Prettners etwa Mädchen andere Karrierewege aufzeigen und sie davor bewahren, in atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu versanden. Symbolhaften Charakter hat ihr Anliegen, mehr Frauen in die Politik zu holen: „Als einzige Frau in der Landesregierung spüre ich in Kärnten auch politische Armut. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik.“ Vielleicht wären die Verhältnisse im Land mit einer Gerda Dörfler an der Spitze tatsächlich andere . . .

Prettners (SPÖ) ins Treffen: „Noch immer sind Frauen überwiegend für Kindererziehung und Pflege zuständig. Statt dass die Gesellschaft sie für ihre Leistungen belohnt, werden sie im Alter mit Armut bestraft.“ Als

ZAHLEN & FAKTEN

92 Prozent der Alleinerzieher sind Frauen

Im Auftrag des Sozialministeriums haben Soziologinnen der Universität Wien die Lebensbedingungen von Alleinerziehern im Jahr 2011 genau unter die Lupe genommen. „Die Studie beschreibt das sich arbeitsintensiv und an der Grenze der Überforderung gestaltende Leben allein erziehender Frauen. Es ist uns wichtig, eine wissenschaftlich fundierte Studie darüber zu haben“, heißt es bei der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende (ÖPA).

Generell ist die Situation Alleinerziehender von vielfältigen Anforderungen und einer Doppel- bzw. sogar Dreifachbelastung geprägt. Aber: „Es kann nicht pauschal von einer problematischen Situation ausgegangen werden, da Alleinerziehende zahlreiche Kompetenzen entwickeln“, betonen die Autoren.

– **Anzahl** Im Jahr 2009 lebten 106.000 Mütter (20.000 davon sind Migrantinnen) und 9000 Väter und 160.000 Kinder unter 15 Jahren (13 Prozent dieser Altersgruppe) in sogenannten Ein-Eltern-Familien. Das sind jede achte Frau mit Kindern unter 15 Jahren und ein Prozent der Männer.

– **Geschlecht** 92 Prozent aller Alleinerzieher sind Frauen.

– **Armut** Trotz hoher Erwerbstätigkeit sind alleinerziehende Mütter deutlich stärker von Armut gefährdet als die österreichische Gesamtbevölkerung. Insgesamt sind 29 Prozent der Ein-Eltern-Haushalte armutsgefährdet (der österreichische Durchschnitt liegt bei 12 Prozent). Viele Frauen sind auch mit Zahlungen im Rückstand und schlittern in die Schuldenfalle.

– **Kinderbetreuung** Durch die

Notwendigkeit einer beruflichen Tätigkeit sind Single-Mütter deutlich stärkerer finanzieller Belastung für Kinderbetreuung ausgesetzt als Zwei-Eltern-Familien. Mit vier Prozent muss ein doppelt so hoher Anteil des Haushaltseinkommens dafür aufgewendet werden. Dazu kommen große regionale Unterschiede im Angebot. „Mit Ausnahme von Wien ist das vorhandene Betreuungsangebot nach wie vor vielfach mit einer Vollzeitbeschäftigung nur schwer vereinbar“, schreiben die Studienautoren.

– **Gesundheit** Vor allem Alleinerzieherinnen haben mehr Stress. Während Mütter von Zwei-Eltern-Familien in zwölf Prozent der Fälle über gesundheitliche Beeinträchtigungen klagen, sind es bei den Alleinerziehenden bereits 16 Prozent.

neue Zahlen vor ► Salzburgerinnen verdienen im Schnitt nur 1115 Euro netto

Die vielen Nachteile für Frauen

Handel mit 21 Prozent ein. Auf Platz zwei landet die öffentliche Verwaltung (19 Prozent), gefolgt vom Tourismus (13 Prozent). Erschwerend kommt hier hinzu, dass es einen hohen Anteil an Saisonarbeit gibt.

Als Rechenbeispiel: ein Vergleich typischer Frauen- bzw. Männerberufe: Ein Friseur-Lehrmädchen verdient im ersten Lehrjahr 460 Euro brutto im Monat. Als Maurer oder Maurerin sind es mit 925 Euro brutto mehr als doppelt so viel.

Weniger Frauen im „Chef-Sessel“: Waren es 2014 in Salzburg noch 7,4 Prozent weibliche Vorstände, liegt die aktuelle Zahl bei 3,7 Prozent. In Landesunternehmen gab es einen leichten Anstieg von zwei Prozent, dafür wurden weniger weibliche Aufsichtsräte bestellt.

Welche Maßnahmen gegensteuern sollen

Die AK fordert Maßnahmen wie: Recht für Teilzeitbeschäftigte auf Vollzeit aufzustocken, ein kollektivvertraglicher Mindestlohn



Beim Gehalt gibt es noch immer ein großes Ungleichgewicht: Männer verdienen in Salzburg im Schnitt um 577 Euro mehr. ...

Gleichberechtigung noch immer ein Fremdwort ► AK legt

Ungerechte Job-Welt:

ungsplichten – sie versorgen Kinder oder ältere Menschen – auf Teilzeit angewiesen. Bei Männern ist es im Vergleich ein ver-schwindender Anteil von nur 4,8 Prozent. Grössen-berger: „Laut einer Studie aus dem Jahr 2014 will jede achte Teilzeitbeschäftigte ein volles Stundenmaass.“ Frauen sind auch im Alter öfter von Armut gefährdet.

► Oft schlecht bezahlte Branchen: Allzu rosig sind die Aussichten am Gehaltszettel für viele Frauen nicht. 89,2 Prozent wählen in der Studie einen Job in der Dienstleistungsbranche. Platz eins nimmt dabei der

77 Weil Frauen im Job oft 40 Stunden pro Woche nicht erreichen, kann es im Alter zu Armut kommen.

Ines Grössenberger, Frauenreferentin der Arbeiterkammer



Die Zahlen schockieren nicht nur eingeschworene Frauenrechtlerinnen. Leider ist die Arbeitswelt für die weibliche Hälfte immer noch mit massiven Nachteilen behaftet: Mehr Teilzeit als Vollzeit, weniger Chancen auf Führungspositionen, große Gehaltsklüfte! Die neue Frauenreferentin der AK fordert nach der jüngsten Erhebung dringend notwendige Verbesserungen ein.

Immer mehr Frauen sind auf faire Bedingungen in der Arbeitswelt angewiesen: 2015 waren 69,8 Prozent der Salzburgerinnen zwischen 15 und 60 Jahren in einem Arbeitsverhältnis. Das ist um 0,6 Prozent mehr als zwei Jahre davor. Am höchsten ist die Quote der

VON SABINE SALZMANN

Erwerbstätigen zwischen 25 und 29 Jahren. „Dann kommt der große Einbruch, weil viele nach der Karenz den Wiedereinstieg nicht schaffen“, so die AK-Frauenreferentin Ines Grössenberger über alarmierende Zahlen. Die Liste der Benachteiligten ist lang:

► Noch immer massive Einkommensunterschiede: Der Tag, ab dem die Frauen im Vergleich zu den Männern sind aufgrund von Betreu-

QUERGESCHRIEBEN

VON GUDULA WALTERSKIRCHEN



Achtung! Kinder können Armut und Ausgrenzung verursachen!

Eindringlich werden Frauen davor gewarnt, Kinder zu bekommen und sie dann gar noch selbst zu betreuen. Rein finanziell betrachtet haben die Warner leider recht.

Was haben die ab Montag tagende Armutskonferenz und der Weltfrauentag gemeinsam? Ein Blick in die Statistik gibt Aufschluss: Die Wahrscheinlichkeit, arm oder armutsgefährdet zu sein, ist für Mütter – vor allem für jene, die alleinstehend sind – und für Familien mit drei oder mehr Kindern am größten. Vor Jahrzehnten war es die Altersarmut, die eine soziale Herausforderung darstellte, heute ist es die Familienarmut.

Lassen wir einmal die „importierte“ Armut beiseite, also jene Familien, die aus ärmeren Ländern nach Österreich auf der Suche nach einem besseren Leben einwandern. Auch sie stellen bald fest, dass Armut ein relativer Begriff, nämlich im Vergleich zum durchschnittlichen Lebensstandard der jeweiligen Bevölkerung zu sehen ist. In Österreich arm zu sein heißt, sich keine neue Waschmaschine kaufen zu können, wenn die alte kaputt geht; sich kein Bio-Gemüse leisten zu können, keinen Urlaub und keinen Schulsikurs. Man ist dadurch leicht ausgegrenzt, weil man eben nicht mitmachen kann, was für die anderen selbstverständlich ist.

Armutsgefährdet sind heute Mütter oder Eltern meist dann, wenn es nur ein Einkommen gibt, von dem mehrere Personen leben müssen. Die Experten der Statistik Austria sehen als bestes Mittel gegen die Armutsgefährdung, wenn Mann und Frau voll erwerbstätig sind. In Haushalten mit drei und mehr Kindern gehen „nur“ 43 Prozent der Mütter einem Erwerb nach. Hinderungsgründe seien mangelnde Kinderbetreuungseinrichtungen. AMS-Chef Kopf empfahl kürzlich, rasch nach der Geburt wieder einzusteigen, und forderte mehr Krippenplätze. Aus seiner Sicht richtig, aber im Grunde alarmierend. Denn im Klartext heißt das, die Frauen sollen bitte nicht so dumm sein, Kinder zu bekommen und diese auch noch selbst betreuen zu wollen.

All das zeigt, dass die Politik seit Jahrzehnten das Pferd von hinten aufzäumt. Folgend den Interessen der Wirtschaft, der Gewerkschaft und der permanent leeren Staatskassen, will man möglichst alle

Männer und Frauen im Vollerwerb haben. Es gab zwar korrigierende Ansätze, wie das Recht auf Teilzeit und eine bessere Absicherung, aber inzwischen hat man auch dabei den Retougang eingelegt. Die einzige Maßnahme, die hoffen lässt, ist die steuerliche Entlastung der Familien.

Es ist nicht verwunderlich, dass angesichts von Armutsgefährdung bis ins Alter (wo frau sich dann mit der Mindestpension begnügen muss, so sie die wahnwitzige Idee hatte, mehrere Kinder großgezogen zu haben) immer mehr junge Frauen keine Kinder mehr haben wollen. Kann man junge Menschen heute mit gutem Gewissen bestärken, eine Familie zu gründen? Sie fühlen sich zu Recht überfordert, Berufstätigkeit und Kleinkindbetreuung unter einen Hut zu bringen, mit der ständigen Gefahr von Scheidung, Arbeitslosigkeit und Armut.

Setzt sich dieser Trend fort, wird die Bevölkerung nur durch Zuwanderung erhalten bleiben. Das ist auch eine Möglichkeit. Aber es werden dann ein verändertes Land und eine andere Gesellschaft sein als heute.

Die Debatte, ob wir das wirklich so wollen, wurde bisher nicht geführt. Es gibt auch eine andere Möglichkeit, nämlich vor allem den Mittelstand (wieder) aktiv bei der Familiengründung und Jungfamilien in den ersten schwierigen Jahren zu unterstützen und echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, ohne langfristige Nachteile. Wieso muss alles gleichzeitig sein? Wieso kann man nicht Familiengründung und Karrierestart etwas entzerren? Was ist so schlimm an Teilzeitarbeit?

Eine Gesellschaft sollte bestrebt sein, nachhaltig den Wohlstand und die Lebensgrundlagen ihrer Nachkommen zu sichern. Und wer sollte den Wirtschaftsmotor am Brummen halten, wenn nicht die Kinder aus bildungsaffinen Schichten. Armut ist kein Hindernis für Bildung, denn diese ist kostenlos. Armutsbedrohung ist aber sicher für viele ein Hindernis, Kinder und damit künftige Steuerzahler großzuziehen. Und das ist ein Armutszeugnis für die Politik.

Zur Autorin:

Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt. Seit 2017 Herausgeberin der „Niederösterreichischen Nachrichten“ und der „Burgenländischen Volkszeitung“.

Morgen in
„Quergeschrieben“:
Peter Rabl.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

6.3. Abstract

Frauen sind in Österreich tendenziell stärker armuts- und sozial ausgrenzungsgefährdet als Männer. Die in dieser Magisterarbeit nachgezeichnete theoretische Auseinandersetzung mit den Entstehungszusammenhängen von Armut dreht sich wesentlich darum, dass ein gerade für Frauen diskriminierendes Geschlechterverhältnis als wesentliche strukturelle Ursache für Frauenarmut erkennbar ist und nicht so sehr das individuelle Verschulden von Frauen. Unter Verwendung der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger wird in dieser Arbeit empirisch nachvollzogen, wie Frauenarmut im medialen Diskurs ausgewählter österreichischer Tageszeitungen dargestellt wird. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass der Aspekt Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle in der Thematisierung von Armut von Frauen in Österreich einnimmt. Die Analyse macht auch deutlich, dass in der Berichterstattung strukturelle Ursachen für die Armutsgefährdung von Frauen Berücksichtigung finden, Maßnahmen zur Lösung aber nicht auf gesellschaftlicher Ebene verortet werden, sondern die individuelle Verantwortung von Frauen betreffen.